

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

41. Sitzung vom 26. Juni 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	GRin Barbara Novak	S. 41
		GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 44
		GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 45
		GR Mag Dietbert Kowarik	S. 46
2. Fragestunde		Berichterstatter GR Dr Wolfgang Ulm	S. 47
1. Anfrage		Abstimmung	S. 48
(FSP - 02200-2013/0001 - KU/GM)	S. 3		
2. Anfrage			
(FSP - 02197-2013/0001 - KVP/GM)	S. 5	10. 00040-2013/0001-GSK; MA 21, P 25: Plan Nr 7119E: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 13, KatG Hietzing	S. 48
3. Anfrage			
(FSP - 02194-2013/0001 - KFP/GM)	S. 8		
4. Anfrage			
(FSP - 02192-2013/0001 - KSP/GM)	S. 11		
5. Anfrage			
(FSP - 02199-2013/0001 - KVP/GM)	S. 15	11. 01596-2013/0001-GSK; MA 18, P 31: Evaluierung Masterplan Verkehr Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 48
3. AST/02234-2013/0002-KGR/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Gläserne Stadt statt gläserne BürgerInnen – Informations- freiheit für mehr Demokratie und weniger Korruption"		Redner:	
Rednerin bzw Redner:		GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 48
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 17	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 50
GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 19	GR Anton Mahdalik	S. 52
GR Mag Dietbert Kowarik	S. 20	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 52
GRin Barbara Novak	S. 21	GR Siegi Lindenmayr	S. 53
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22	Abstimmung	S. 55
GR Norbert Walter, MAS	S. 22		
GR David Ellensohn	S. 23	12. 01664-2013/0001-GSK; MA 21, P 33: Plan Nr 7880: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 16, KatG Ottakring	S. 55
GR Armin Blind	S. 24		
GR Georg Niedermühlbichler	S. 25	13. 01718-2013/0001-GSK; MA 21, P 34: Plan Nr 8026: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 16, KatG Neulerchenfeld	S. 55
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 26		
		14. 01941-2013/0001-GKU; MA 7, P 18: Subvention Verein Stadtforum	S. 55
5. Absetzung des Antrages des Stadtsenates 01279-2013/0001-GSK; MA 21, P 29 von der Tagesordnung	S. 26	Abstimmung	
6. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	15. 01699-2013/0001-GWS; MA 34, P 35: Anmietung von Büroräumlichkeiten für ein Doppelsozialzentrum in 2, Walcherstraße 11	S. 55
		Abstimmung	
7. Umstellung der Tagesordnung	S. 26		
		16. 01726-2013/0001-GWS; MA 34, P 36: Anmietung von Büroräumlichkeiten im Bürohaus Rivergate, in 20, Handelskai 92	S. 55
8. Begrüßung des Kontrollamtsdirektors Dr Peter Pollak, MBA	S. 26	Abstimmung	
8. 01884-2013/0001-MDLTG; KA, P 1: Tätig- keitsbericht Kontrollamt 2012/2013			
Berichterstatter GR Dr Wolfgang Ulm	S. 26		
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Mag Karin Holdhaus	S. 26	17. 01818-2013/0001-GIF; MA 17, P 2: Sub- vention Wiener Volkshochschulen	
GR Mag Wolfgang Jung		Berichterstatterin	
(zur Geschäftsordnung)	S. 30	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 55
GRin Birgit Hebein	S. 31	Redner:	
GR Mag Dietbert Kowarik	S. 33	GR Gerhard Haslinger	S. 55
GR Mag Thomas Reindl	S. 37		
GRin Henriette Frank	S. 40		

Berichterstatterin		19. 01820-2013/0001-GIF; MA 17, P 4: Förderung Interface Wien GesmbH	
GRin Anica Matzka-Dojder	S. 56	Berichterstatterin	
Abstimmung	S. 57	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 61
18. 01819-2013/0001-GIF; MA 17, P 3: Subvention Verein Unterstützungskomitee zur Integration von MigrantInnen		Redner:	
Berichterstatterin		GR Mag Wolfgang Jung	S. 61
GRin Anica Matzka-Dojder	S. 57	GR Senol Akkilic	S. 63
Rednerinnen bzw Redner:		Berichterstatterin	
GRin Angela Schütz	S. 57	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 63
GRin Martina Ludwig-Faymann	S. 57	Abstimmung	S. 64
StRin Veronika Matiasek	S. 58	20. 01635-2013/0001-GIF; MA 14, P 5: Sachkredit für Drucker	
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 59	Berichterstatter GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 64
GR Godwin Schuster	S. 59	Redner:	
GR David Ellensohn	S. 60	GR Mag Günter Kasal	S. 64
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 60	Berichterstatter GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 64
Berichterstatterin		Abstimmung	S. 65
GRin Anica Matzka-Dojder	S. 61		
Abstimmung	S. 61		

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 41. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt sind GRin Mag Berger-Krotsch, GRin Prof Dr Vitouch, GR Univ-Prof Dr Eisenstein bis 12 Uhr, GRin Schinner ab 11 Uhr und GR Strobl gleichfalls ab 11 Uhr.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 02200-2013/0001 - KU/GM) wurde von Herrn GR Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Die Sanierung des Stadthallenbades ist ein Debakel für die Sportstadt Wien, für die Leistungssportler und die Freizeitschwimmer und wahrscheinlich auch für den Steuerzahler. Bis heute gibt es weder einen realistischen Eröffnungstermin noch lassen sich die Gesamtkosten erahnen. Als einzige bisher sichtbare Konsequenz wurde die Sanierung und der spätere Betrieb des Stadthallenbades nunmehr in eine eigene GmbH in direkter Unterstellung unter die Wien Holding übertragen. Anders ausgedrückt: im Organigramm der Wien Holding wird ein weiteres 'Kasterl' samt dazu gehörenden Posten geschaffen. Welche weiteren Konsequenzen wird die Stadt Wien aus dieser missglückten Sanierung ziehen?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Sie fragen mich nach der Sanierung des Stadthallenbades und die ja auch öffentlich bekannt gewordene neue Strukturierung in diesem Bereich. Ich darf Sie davon informieren, dass sich die Stadt Wien und die Wien Holding ganz bewusst für die neue Organisations- und Gesellschaftsstruktur des Stadthallenbades entschieden haben, um die Fertigstellung des Bades zügig und effizient voranzutreiben. Durch diese Maßnahme rückt das Stadthallenbad letztendlich näher an den Wien Holding-Konzern heran. Ich denke, das stärkt einerseits die Effizienz, bündelt die Ressourcen und bringt eine klare Struktur, die sowohl auf die Fertigstellung der Generalsanierung als auch dann in weiterer Folge den optimalen Betrieb ausgerichtet ist.

Das Stadthallenbad wird künftig nicht mehr von der Wiener Stadthalle geführt und betrieben, sondern von einer eigenen, neu gegründeten Kapitalgesellschaft, die als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Wien Holding agieren wird. Damit ist das Stadthallenbad als gesellschaftsrechtlich eigenständige Kapitalgesellschaft, als GesmbH direkt an den Wien Holding-Konzern angebunden. Ich kann auch dazusagen, das war durchaus eine Empfehlung. Es ist ja viel zum Thema der Sanierung gesagt worden. Eine der Empfehlungen, nicht zuletzt auch der Frau Leeb, hat geheißen, das Stadthallenbad ist mehr als ein Fulltimejob. Jetzt wird das auch gesellschaftsrechtlich abgesichert.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Aigner. – Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Guten Morgen, Herr Stadtrat! Vielen Dank.

Können Sie uns, wenn jetzt sozusagen der Turbo dazugeschaltet wird, nachdem man gesellschaftsrechtlich die Voraussetzungen geschaffen hat, damit das Stadthallenbad rasch wieder in Betrieb geht, eine zeitliche Perspektive geben, wann denn tatsächlich diese neue Struktur auch zu einem gefüllten und dichten Schwimmbekken führen wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Auf der einen Seite gilt das, was wir nach wie vor sagen: Es geht letztendlich darum – und jetzt könnte ich auch da wieder die Frau Leeb zitieren –, die Sanierung und den Umbau des Stadthallenbades ruhig und unaufgeregt zu Ende zu bringen, unter Rahmenbedingungen, die bekanntermaßen nicht gerade einfach sind. Tatsache ist, dass die Beweissicherung, die ja eine der Maßnahmen nach dem Baustopp war, weitestgehend abgeschlossen ist, vor allem in sämtlichen zentralen Bereichen, was die Beckendichtheit betrifft, die Tragfähigkeit betrifft und vieles andere mehr, und jetzt ja bereits in der Stadthalle an der entsprechenden Behebung der im Beweissicherungsverfahren festgestellten Mängel gearbeitet wird.

Es gibt dabei allerdings – und das ist ja durchaus etwas, was zumindest seit der Verhängung des Baustopps und den davor liegenden Mängeln, die es im Bad gegeben hat, offensichtlich ist – einen entsprechenden Knackpunkt, und der ist die Befüllung des Beckens. Man kann vorher sanieren, wie man will, man kann möglichst gute Arbeit leisten – und das unterstelle ich jetzt einmal auch allen Firmen –, der Knackpunkt ist die Befüllung des Beckens. Bekanntermaßen sind zwei der drei Becken befüllt, das Trainingsbecken und das entsprechende Leerbecken, nach der entsprechenden Sanierung ein sehr mühevoller Unterfangen. Es werden hier alle Schweißnähte kontrolliert und im Zuge von Mängeln auch neu verschweißt. Diese Arbeit ist bei zwei Becken abgeschlossen worden, derzeit sind beide Becken gefüllt. Tatsache ist, dass aus heutiger Sicht hier die Mängel, was die Beckendichtheit betrifft, behoben sind, weil es derzeit keine Wasseraustritte in diesen Bereichen gibt.

Im dritten Bereich laufen diese Arbeiten. Es geht immerhin um über 7 km Schweißnähte, die hier Millimeter für Millimeter kontrolliert werden. Und das hängt letztendlich davon ab, in welchem Zeitfenster beziehungsweise in welchem Zeitabschnitt hier die entsprechenden Arbeiten, die Feststellung und die Mängelbehebung ablaufen können. Hier kann jetzt von den Baufirmen, bei aller Ungeduld – die verständlich ist, sowohl seitens der Schwimmer als auch von meiner Seite als auch selbstverständlich von den Baufirmen –, kein wirklich seriöser Zeithorizont genannt werden, wann die Inbetriebnahme erfolgt.

Denn noch einmal: Selbst bei der Kontrolle, selbst bei der Behebung der Mängel ist der entscheidende Punkt die Befüllung, und erst dann sieht man letztendlich, ob das Becken dicht ist. Auch hier kann ich nur auf die Geschichte des Züricher City-Hallenbades verweisen. Das ist der entscheidende Punkt. Wenn hier befüllt wird und die Arbeiten ähnlich qualitativ durchgeführt werden,

wie sie derzeit bei den beiden anderen Becken verlaufen sind, gehen wir davon aus, dass es dicht ist. Dann freuen wir uns. Aber jetzt schon über einen Zeithorizont zu spekulieren, damit ich ihn nachher um die Ohren gehaut kriege, wäre ein Spekulieren auf sehr dünnem Eis.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es bis dato also keine klaren Strukturen gegeben hat, um das Stadthallenbad zu sanieren. Das ist ziemlich bemerkenswert, 1 300 Tage nach Baubeginn und doch immerhin 8 Monate, nachdem der Kontrollamtsbericht erschienen ist, wo ja auch ganz genau das als einer der zentralen Kritikpunkte angeführt wurde. Ich persönlich kann jetzt noch nicht den großen Wurf erkennen, worin die Lösung aller Probleme besteht, wenn man jetzt eine GesmbH gründet, aber vielleicht werden Sie mich ja eines Besseren belehren.

Mich würde sehr interessieren, wie der auf die GesmbH-Gründung folgende Zeitablauf ist. Denn so wie ich die Aussendung der Wien Holding verstanden habe, ist das ja noch im Laufen. Wie schauen da die konkreten Zeitschritte aus, wie geht es da weiter?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Die Wien Holding wird in den nächsten Tagen die Gründung der Gesellschaft durchführen und dann auch die gesellschaftsrechtliche Entflechtung der Stadthalle vornehmen. Das ist der Öffentlichkeit präsentiert worden, das wird in den nächsten Tagen erfolgen. Ungeachtet der Tatsache, dass es – und darauf möchte ich trotz alledem hinweisen – auch davor eine klare Struktur und Zuständigkeit für das Stadthallenbad gegeben hat. Aber, wie Sie wissen, im großen Verbund der Wiener Stadthalle – die ja durchaus aus verschiedenen Bereichen besteht und entsprechend der Struktur eine kaufmännische und eine künstlerische Geschäftsführung hat. Jetzt wird es gesellschaftsrechtlich entflochten, letztendlich auch im Bereich des Betriebes. Mir geht es wirklich auch darum zu sagen, es gibt dann einen klaren Betrieb des Wiener Stadthallenbades, um hier die gesellschaftsrechtliche Entflechtung vorzunehmen.

Das bedingt natürlich eine Vielzahl von Arbeiten, auch in der Organisationsstruktur der Stadthalle selbst, der Zuordnung von Mitarbeitern in diesem Bereich. Das ist jetzt Gegenstand der Arbeiten in der Wien Holding. Die Gesellschaftskonstruktion wird in den nächsten Tagen vollzogen sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage stellt Frau GRin Dr Kickert. – Bitte.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Das Stadthallenbad ist zugegebenermaßen ein jetzt schon länger andauerndes und sehr interessantes Thema. Aber der Sommer steht vor der Tür, und ich nehme an, dass es über das Stadthallenbad hinaus Aktionen und Möglichkeiten für die Wiener und Wienerinnen gibt, städtische Bäder zu nützen. Diese Information würde

mich sehr interessieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Die wesentlichste Voraussetzung für die Nutzung unserer Bäder ist letztendlich lang anhaltendes Schönwetter. Das liegt leider nicht in meinem unmittelbaren Einflussbereich. Nur, seien wir optimistisch. Und die Wiener Bäder sind ja auch optimistisch in diese Saison hineingegangen. Nicht zuletzt auch, nachdem wir auf Grund eines – rückblickend muss man sagen – Wetterfensters ja die Öffnung früher vorgenommen haben. Aber wir hoffen selbstverständlich, dass gerade in den nächsten Wochen tatsächlich die Bäder wieder zu einem zentralen Punkt des Freizeitvergnügens der Wienerinnen und Wiener zählen.

Ungeachtet der gesamten Infrastruktur, die den Wienerinnen und Wienern hier zur Verfügung steht, gibt es ja auch ein sehr vielfältiges Angebot und gerade in den Wiener Bädern eine Vielzahl von Angeboten durch das Wiener Ferienspiel für Kinder und junge Wienerinnen und Wiener. Wir haben in den letzten Jahren auch hervorragende Erfahrungen mit dem gesamten sportlichen Angebot gemacht. Neben dem Genuss des kühlen Nasses zählen gerade die Beachvolleyball-Plätze, aber natürlich auch die anderen Sporteinrichtungen in den Bädern zu einem zentralen Punkt.

Darüber hinaus ist für uns wesentlich, dass wir auch in den städtischen Bädern dem mittlerweile ja doch Platz greifenden Wellness-Gedanken Rechnung tragen und im Bereich der Massage den Wienerinnen und Wienern verschiedenste Angebote zur Verfügung stellen. Es ist uns ganz wichtig, dass gerade dieses Miteinander im Bad auch hervorragend funktioniert. Deshalb ist ja für uns auf der einen Seite der Bereich der Animation von Kindern und des Freizeitangebotes für Kinder ein wesentlicher Bestandteil, auf der anderen Seite aber auch, den Wienerinnen und Wienern die Möglichkeit zu bieten, auch die entsprechende Ruhe im Bad zu finden. Das ist ein immer sehr schwieriger Ausgleich, aber ich denke, er gelingt recht gut, denn die Akzeptanz der Wiener Bäder ist eine sehr große.

Ich möchte an dieser Stelle vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Wiener Bädern ganz herzlich danken, denn sie sind ganz wesentliche Stützen dieses Betriebes. Ich hoffe, dass wir, wenn das Wetter mitspielt, die Erfolge der letzten Jahre, was den Besuch der Wiener Bäder anbelangt, fortsetzen und die Wienerinnen und Wiener die Wiener Bäder mit ihrem vielfältigen Mix aus Freizeitangeboten, Kinderangeboten und Wellnessangeboten weiterhin so gut in Anspruch nehmen werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die letzte Zusatzfrage stellt GR Mag Kasal. – Bitte schön.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Diese Anfrage betrifft das Stadthallenbad. Jetzt hat meine Vorrednerin eine ganz logische Zusatzfrage gestellt, und zwar, wie es in den Wiener Bädern der MA 44 aussieht. Die MA 44 betrifft auch meine Frage.

In der MA 44 ist die fachliche Kompetenz vorhanden. Dort sind die Experten vorhanden. Dort gibt es jahrzeh-

telange Erfahrungen mit dem Betrieb von Bädern. Warum haben Sie nicht darüber nachgedacht, das Stadthallenbad – statt einer Ausgliederung oder Umgliederung oder Gesellschaftsgründung – in die MA 44 einzugliedern?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wie Sie wissen, ist das Stadthallenbad ja auch sehr stark dem gesamten Sportbereich zugeordnet. Und das schafft durchaus auch gegenwärtig Probleme. Wir haben es auch hier immer wieder diskutiert. Es hat schon seine durchaus auch nachvollziehbaren Gründe, warum das Stadionbad und letztendlich das Stadthallenbad im Bereich der Wien Holding angesiedelt sind. Nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass es hier auch sehr stark um eine Nutzung als Sportinfrastruktur geht. Also nicht nur als öffentliches Freibad, wie es die MA 44 in ihrer Aufgabenbeschreibung hat, sondern ganz stark auch als sportliches Bad. Deshalb sehe ich das Stadthallenbad nach wie vor sehr stark im Verbund der Sportinfrastruktur, gemeinsam mit vielen Veranstaltungsstätten, die im Bereich der Wien Holding angesiedelt sind, sei es das Happel-Stadion, sei es das Ferry-Dusika-Stadion, sei es das Stadthallenbad oder sei es das Stadionbad.

Man muss auch darauf hinweisen, dass im Zuge der Sportinfrastruktur ja gerade auch in den letzten Jahren das Stadionbad sehr massiv saniert wurde, auch unter sehr, sehr schwierigen Auflagen des Denkmalschutzes. Hier hat es funktioniert. Im Stadthallenbad hat es bekanntermaßen nicht funktioniert. Das allein auf die mangelnde Kompetenz zurückzuführen, ist doch eine sehr starke Verkürzung. Aber ich denke, dass die Zusammenfassung gewisser großer sportlicher Infrastrukturen – und dazu zählt das Stadthallenbad zweifellos – im Bereich der Wien Holding durchaus Sinn macht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Behandlung der 1. Anfrage.

Die 2. Anfrage (FSP - 02197-2013/0001 - KVP/GM) wurde von Frau GRin Ing Isabella Leeb gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Wie der Bericht der Helige-Kommission aufzeigt, wurden ohne jegliche rechtliche Grundlage nach Schließung des Kinderheimes Wilhelminenberg 1977 sämtliche Akten des Heimes vernichtet. Entspricht es den Tatsachen, dass auch die Akten anderer Kinderheime scheinbar zwecks 'Vertuschung' nach einer eventuellen Schließung vernichtet wurden?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Sie fragen mich nach dem Verschwinden beziehungsweise der Vernichtung von Akten des Heimes am Wilhelminenberg und den dazu gemachten Ausführungen in der entsprechenden eingesetzten Wilhelminenberg-Kommission. Es entspricht der Tatsache, dass aus heutiger Sicht – zumindest sind noch keine anderen aufgetaucht – die Akten, die im Heim des Schlosses Wilhelminenberg geführt wurden, nach der Schließung vernichtet wurden. Das hält auch die Wilhelminenberg-

Kommission fest. Was sie allerdings nicht festhält und dem Bericht nicht zu entnehmen ist, ist, dass dies einer Vertuschung geschuldet ist. Das habe ich im ganzen Bericht nicht gefunden, so wie Sie das in Ihrer Frage feststellen. Wir bewegen uns hier durchaus in einem Bereich der Spekulation, denn es gibt weder den Beweis, dass es der Vertuschung geschuldet ist, noch dessen, was ich jetzt sage. Tatsache ist, die Akten wurden vernichtet. Es gibt hier durchaus auch die These, dass das der Skartierungspraxis der damaligen Zeit entsprochen hat, wenngleich es dafür keine gesetzliche Grundlage gab. Das hält die Wilhelminenberg-Kommission sehr eindrucksvoll und ganz klar und deutlich auch fest.

Aber man muss schon sagen, gerade diesen Beweis, dass es hier auf irgendeine Anordnung zu einer entsprechenden Vernichtung der Akten gekommen ist, findet sich in dem entsprechendem Bericht tatsächlich nicht. Nichtsdestotrotz habe ich mir bekanntermaßen vorgenommen, gemeinsam mit der MA 11, aber auch mit den Kontrollinstanzen der Stadt das zu tun, was wir auch im Anschluss des Berichtes von Prof Sieder getan haben, nämlich diesen Bericht natürlich sehr grundlegend auf offene Punkte, die es darin gibt, zu durchforsten. Und dabei ist sicherlich der Bereich der verschwundenen Akten ein nicht unwesentlicher, um hier zu überprüfen, welche Akten vorhanden sind und wie es in anderen Heimen tatsächlich aussieht. Denn, und das ist schon auch wichtig festzuhalten, Tatsache ist auch, dass die zentral geführten Heimunterlagen, also all jene Unterlagen des Heimes – in unterschiedlichster Qualität, wenn ich das einmal so sagen darf – nach wie vor in den entsprechenden Archiven zu finden sind. Also der gesamte Bereich der sogenannten KÜST-Akten und jene Akten, die eben nicht im Heim geführt wurden, waren ja auffindbar beziehungsweise sind bis 30 Jahre zurück teilweise entsprechend skartiert worden. Aber hier sind die Akten ja auch vorhanden gewesen. Es wird natürlich auch ein wesentlicher Bereich sein, hier noch einmal zu schauen, ob sich in den Archiven vielleicht doch noch das eine oder andere findet, genauso wie es natürlich eine wesentliche Grundlage ist, diesen Bericht vor allem auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob es allfällige dunkle Punkte für die heutige Praxis der Jugendwohlfahrt gibt.

Ich denke, wir alle sind uns einig, dass auf der einen Seite diese Vorkommnisse schrecklich und unentschuldigbar waren, trotz der Tatsache, dass es natürlich immer wieder auch darum geht, hier ganz offiziell all jene, die hier Leid erlitten haben, um Entschuldigung zu bitten – aber sie sind eigentlich unentschuldigbar. Auf der anderen Seite – und das entspricht ja gerade auch dem Wunsch vieler Opfer – geht es darum, jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen, jetzt letztendlich darauf zu achten, ob es irgendwo Strukturen gibt, die so etwas tatsächlich nicht verhindern, und hier entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen.

Denn der wesentliche Schluss ist, die großen Reformmaßnahmen wurden ja eingeleitet. Das Wesentliche ist, dass aktuelle Missstände nicht unmittelbar abgestellt wurden. Und ich denke, auch da muss sich die Jugendwohlfahrt, müssen sich die Institutionen – und das betrifft

nicht nur die Jugendwohlfahrt – einfach immer wieder überprüfen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Ing Leeb. – Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat, ich glaube, dass sich nicht nur Institutionen selbst überprüfen müssen, sondern in diesem Fall auch wahrscheinlich Parteien. Die Tageszeitung „Die Presse“ bringt am 16. Juni einen Bericht unter dem Titel: „Kinderheime: Der Sündenfall des roten Wien“: „Die historische Schuld bringt das Selbstbild einer Partei ins Wanken, die sich seit ihrer Gründung den Kampf für die Schwächsten der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat. Denn spätestens seit dem Bericht von Irmtraut Karlsson Anfang der 70er Jahre lagen alle Fakten auf dem Tisch. Die damalige Beamtin der Stadt und spätere SP-Nationalratsabgeordnete untersuchte die Wiener Kinderheime, stellte gravierende Missstände fest und sprach wörtlich von ‚Kindergefängnissen‘.“

Es gab dann noch andere Verantwortliche aus den Reihen der SPÖ, die im Endbericht ja auch namentlich genannt sind, wie Maria Jacobi oder Gertrude Fröhlich-Sandner. Ich würde das noch um den langjährigen Leiter des Jugendamtes, Walter Prochaska, erweitern, der 1992 noch die Julius-Tandler-Medaille bekommen hat.

Herr Stadtrat, wie groß ist das politische Interesse in Ihrer Partei, jetzt, heute, 2013, nachdem die Fakten unleugbar auf dem Tisch sind, das Vergangene ehrlich aufzuarbeiten, sich aus der heutigen Sicht vielleicht etwas multiplieren Biographien offen und ehrlich zu stellen und sich da auch einer ernsthaften Aufarbeitung anzunehmen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, die gesamte Arbeit der letzten drei Jahre, die die Stadt, die die Wiener Jugendwohlfahrt, die wir als politisch Verantwortliche geleistet haben, steht genau unter diesem Gesichtspunkt der ehrlichen Aufarbeitung. Es war von Anfang an, zu einem Zeitpunkt, als von vielen Opfern die Frage nach Entschädigungszahlungen, nach Unterstützung durch Therapie noch gar nicht zur Diskussion gestanden ist, einer der zentralen Punkte und in diesem Zusammenhang auch meine zentrale Zusage: Wir werden in Wien diese Zeit lückenlos aufarbeiten.

Schaut man sich die Unterlagen durch, sieht man, dass sowohl die Untersuchung von Prof Sieder als auch die Untersuchungen der Wilhelminenberg-Kommission sowie die Pflegeheimstudie, deren Ergebnisse ja präsentiert wurden – die Studie wird in den nächsten Wochen entsprechend vollständig vorliegen – dieses Bemühen eindrucksvoll zeigen. Gerade auch im Vergleich mit anderen Bundesländern kann ich sagen, dass wir eine Form der Aufarbeitung gewählt haben, die durchaus auch international Beachtung findet. Ich denke, es führt kein Weg daran vorbei, zu diesem dunklen Kapitel auch zu stehen. Es ist geschehen. Man muss hier den Opfern eine Stimme geben. Man muss hier entsprechend überprüfen. Denn das ist ein ganz wesentliches Ersuchen. Und deshalb gibt es ja auch in den nächsten Wochen die

Einladung an die Opfer, in die MA 11 zu kommen und sich davon zu überzeugen, mit welchen Standards, unter welchen Vorgaben, unter welchen Ausbildungsrahmenbedingungen die Menschen heute im Bereich der Jugendwohlfahrt tätig sind. Um hier auch diesem Wunsch zu entsprechen: Ihr könnt das eh nicht wiedergutmachen, was uns widerfahren ist, aber sorgt dafür, dass das nicht passiert. – Das ist personenunabhängig zu sehen, und bei der Aufarbeitung dieses Bereiches gibt es keine Grenzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die 2. Zusatzfrage stellt Frau GRin Hebein. – Bitte schön.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Ich würde mir so eine lückenlose Aufklärung in allen Bundesländern wünschen, auch bei der katholischen Kirche. Aber meine Frage bezieht sich auf den erschütternden Bericht. Da wird ja auch klar, dass es, obwohl es immer wieder Medienberichte gegeben hat, kaum politische Diskussionen dazu gab – von niemandem – und dass auch in der Gesellschaft das Bild vorgeherrscht hat, die Kinder sollen schon dort verwahrt bleiben. Wie ist da Ihre Einschätzung?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich denke, Sie weisen richtig darauf hin, dass es wichtig und notwendig ist – ungeachtet der Tatsache, dass die Stadt als verantwortlich für die Institution der Vergangenheit steht –, eine gesellschaftliche Debatte zu führen. Und dieser Debatte kann sich auch niemand entziehen, nicht nur politische Parteien und Institutionen, sondern auch andere Bereiche, auch die Medien. Es kommt ja auch hier im Bericht sehr deutlich zutage, dass es, obwohl es in den 70er Jahren in kritischen Magazinen bereits entsprechende Berichte gegeben hat – damals vielfach fast diffamiert unter dem Motto „linke Magazine“, die es im ORF gibt –, weder eine gesellschaftliche noch eine politische Debatte hier im Haus gegeben hat. Also auch hier muss man feststellen, es hat hier letztendlich auch die gesamte Gesellschaft einen Bereich der Verantwortung zu tragen, entsprechende politische Diskussionen nicht rechtzeitig zu führen. Ich denke, hier unterscheiden wir uns alle – Gott sei Dank, so unangenehm das für politisch Verantwortliche ist –, dass, wenn es Probleme gibt, die an die Öffentlichkeit treten, auch eine entsprechende demokratische Kontrolle stattfindet, im klassischen Spiel zwischen Opposition und Regierung. Auch diese Kontrolle hat versagt. Ich denke, auch das zeigt der Bericht sehr eindrucksvoll. Und deshalb war es ja im Zuge dieser Aufarbeitung auch immer sehr wichtig, durchaus auch – und das hat nichts mit dem Delegieren von Verantwortung zu tun, die entsprechende Verantwortung im Bereich der Politik ist relativ klar und festgelegt – auf die gesellschaftlichen Dimensionen aufmerksam zu machen. Wie war die Stellung des Kindes in den 50er und 60er Jahren? Man könnte auch noch Personen ergänzen bei den Namen, die die Frau Abg Leeb genannt hat. In den 1950er Jahren war Vizebürgermeister Weinberger zuständig. Wie waren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen damals gearbeitet wurde?

Noch einmal, es geht mir überhaupt nicht um die Frage, Verantwortung und Zuständigkeiten zu delegieren. Aber ich denke, es ist immer wichtig, auch zu berücksichtigen, dass Politik in einem gesellschaftlichen Umfeld stattfindet. Und dieses gesellschaftliche Umfeld, das von unseren Grundwerten Toleranz, Solidarität, von Mitgefühl, von Empathie und so weiter geprägt sein muss, hat es, wie man sehen kann, zweifellos in dieser Frage noch nicht gegeben. Die Frage der Stellung des Kindes in der Gesellschaft war damals leider eine völlige andere. Dem haben sich weder die Politik entziehen können noch die Institutionen, aber auch die Gesellschaft nicht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Nepp. – Bitte.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie sagen ja immer wieder, dass Sie diese gesamten Skandale, die sich damals in diesen Kinderheimen abgespielt haben, lückenlos aufklären wollen. Empfehlen Sie daher Ihrer Fraktion die Einsetzung einer Gemeinderätlichen Untersuchungskommission?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Nein, ganz offen gesprochen. Denn ich denke, dass der Weg unter Beiziehung von externen Expertinnen und Experten für eine seriöse Untersuchung, sowohl intern als auch extern, der richtige Weg ist, und nicht der einer politischen Auseinandersetzung über diese Frage. Das wird auch den Opfern nicht gerecht, denn ein wesentlicher Bereich in diesem Zusammenhang ist eindeutig: Einerseits, gibt uns eine Stimme, die wir jahrzehntelang keine Stimme gehabt haben. Und die wesentliche Grundbotschaft zu all den Maßnahmen – und da freue ich mich auch über viele positive Reaktionen von Personen, die davon betroffen waren – ist der Grundtenor: Man glaubt uns. Und dieses „Man glaubt uns!“ auf der einen Seite und konkrete Hilfestellungen zu geben, ist für uns in Wien der wesentliche und der wichtige Bereich.

Da kann ich nur das noch dazu ergänzen, wozu ich gestern nicht mehr gekommen bin: Gerade auch im Vergleich des Umgangs mit Opfern zeigt Wien tatsächlich, in welcher Art und Weise es seine Verantwortung wahrnimmt, wenn ich daran denke, dass wir mittlerweile einen Betrag von über 31 Millionen für die historische Aufarbeitung aber auch für konkrete Hilfestellungen von Opfern gegeben haben. Mit einer entsprechenden Entschädigung im Rahmen der geltenden Gesetze sind wir durchaus meilenweit in einem seriösen Umgang mit den Opfern voran. Wenn ich mir zum Beispiel diesen Verantwortungsbereich in Kärnten ansehe, wo es den Richtwert von 5 000 EUR gibt – und das war es –, wo 90 000 EUR zur Verfügung gestellt wurden und es keinerlei Bemühungen der Aufarbeitung gegeben hat. Ich denke, das ist der richtige Weg, er wird den Opfern gerecht, er wird der politischen Verantwortung gerecht, aber auch der historischen Aufarbeitung und vor allem auch dem „für die Zukunft Schlüsse zu ziehen“.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die letzte Zusatzfrage stellt Frau GRin Ing Leeb. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat, ich möchte noch einmal zum gesellschaftlichen Umfeld zurückkommen. Ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir dieses Thema, auf einer sachlichen Ebene, auch in Zukunft nicht verschwinden lassen. Denn eines habe ich in den letzten Tagen auch bemerkt, und das hat mich noch einmal betroffen gemacht: Das gesellschaftliche Umfeld ist noch nicht hundertprozentig davon überzeugt, dass das Opfer sind, dass da großes Leid geschehen ist, das man eigentlich mit Geld nicht wiedergutmachen kann. Ich glaube, wir sind alle gefordert, da unser Scherflein beizutragen. Und deswegen – ich bin da auch Ihrer Meinung – sehe ich eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission nicht als den richtigen Boden, um das zu tun.

Aber jetzt meine Abschlussfrage: Ich habe in dem Bericht ein paar Interviews mit Personen gefunden, die offensichtlich noch immer ehrenamtlich im Bereich der Kindererziehung tätig sind. Können Sie ausschließen, dass ehemalige Erzieher oder Menschen, die da involviert waren, heute noch im Bereich der Kindererziehung in Wien tätig sind? Und vor allem, was werden Sie unternehmen, wenn dem der Fall ist, das zu unterbinden? Denn das finde ich ein bisschen schwierig.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Die Frage „Können Sie das ausschließen?“ ist immer eine relativ schwierige. Wir alle wissen, dass wir in einem komplexen Gesellschaftssystem leben, in dem wir viele Dinge, die man viel lieber noch ausschließen würde als diesen Zusammenhang, nicht ausschließen können. Nichtsdestotrotz ist es natürlich ein ganz wesentlicher Bereich gewesen, hier darauf auch zu achten, ob noch Personen aktiv im Dienst tätig sind, die beschuldigt werden. Und man muss sagen, man redet trotz alledem, bei allem Anerkenntnis von Beschuldigungen. Hier können wir ausschließen, dass es Beschuldigte in dem Bereich gibt, beziehungsweise konnten auch beschuldigte Personen, die noch im Dienst waren, entsprechend verifiziert werden. Denn letztendlich geht es darum, ob auch Beweise gefunden werden konnten, die für die Staatsanwaltschaft – und das ist ein ganz wesentlicher Bereich – eine wichtige Grundlage für das weitere Procedere darstellen. Und solche Personen konnten nicht gefunden werden.

Schwieriger ist das natürlich im Bereich der Ehrenamtlichkeit, weil nur schwer festzustellen ist, wer in welchem Bereich ehrenamtlich tätig ist. Aber ich denke, dass hier ja gerade auch mit den neuen bundesgesetzlichen Regelungen für Personen, die entsprechend Verurteilungen haben – nicht nur im ehrenamtlichen, sondern natürlich in erster Linie auch im Bereich der Beschäftigten –, neue Überprüfungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Da haben wir ja gerade auch in Wien entsprechend Mitarbeit geleistet. Bis jetzt gibt es aus meiner Sicht in diesem Bereich keine Hinweise, zumindest nicht unter den genannten – und wir haben ja die entanonymisierte Fassung auch nicht – und auch überprüften Namen, die wir gefunden haben.

Wesentlich ist natürlich, dass dieser Bericht entanonymisiert an die Staatsanwaltschaft übergeben wird. Hier

werden dann letztendlich auch Namen für Überprüfungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die die Kommission nicht hat, die auch wir nicht haben. Vielfach geht es ja um phonetische Namen, man weiß gar nicht, wer die Person ist, über die man hier spricht. Also hier voreilig Schlüsse zu ziehen, ist auch nicht wirklich seriös in der politischen Auseinandersetzung. Wir werden dann sehen, ob die entsprechenden Recherchen der Staatsanwaltschaft das eine oder andere noch klären können, bei dem weder wir noch die Wilhelminenberg-Kommission selbstverständlich einen Zugriff auf die entsprechenden Daten hatten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Die 3. Anfrage (FSP - 02194-2013/0001 - KFP/GM) wurde von Frau GRin Henriette Frank gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. *(Rund 1,2 Millionen Wiener haben vor Kurzem ein Kuvert bekommen, in dem sich ein Schreiben vom Bürgermeister und vom Wohnbaustadtrat befand. Darüber hinaus wurde ein Fragebogen beigelegt, der, wie vorgegeben wurde, anonym sei. Allerdings wurde das Kuvert als auch der darin befindliche Fragebogen mit einer fortlaufenden Nummer versehen, so dass Anonymität nicht gewährleistet sein kann. Wie werden Sie die Anonymität und den Datenschutz für die Betroffenen gewährleisten?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Sehr geehrte Frau GRin Frank!

Sie haben sich zur Informationsoffensive der Stadt zum Thema Wohnen geäußert. Ich möchte ein bisschen die Hintergründe beleuchten, warum meiner Meinung nach auch diese Offensive notwendig geworden ist. Das hängt sehr stark damit zusammen, dass es seit einiger Zeit eine teils berechnete, teils auch überzogene öffentliche Debatte um Wohnungskosten, Mietrecht, unzulässige Aufschläge und Befristungen gibt. Das hat viele Wienerinnen und Wiener verunsichert, und nicht wenige fragen sich: Sind meine Wohnkosten angemessen oder bezahle ich zu viel? Daher habe ich diese Informationsoffensive gestartet.

Wir versuchen, mit objektiven Fakten Antworten auf die wesentlichen und entscheidenden Fragen zu geben: Werde ich möglicherweise ungerechtfertigt zur Kassa gebeten? Oder wie komme ich mit den kostenlosen Serviceangeboten der Stadt Wien zu meinem Recht? – Das ist etwas, was die Menschen sehr beschäftigt. Daraus resultiert auch die Frage, welche Strategien die Stadt verfolgen kann, damit Wohnen auch in Zukunft erschwinglich bleibt.

Wir informieren über das Leistungs- und Serviceangebot der Stadt Wien – vom Wohnungsangebot bis hin zu den zahlreichen Service- und Unterstützungsangeboten, die wir erstellt haben; vom Mietrechner beispielsweise und dem Betriebskostenrechner über die Mieterhilfe bis zur Schlichtungsstelle. Das sind viele Einrichtungen, die manche Mieterinnen und Mieter zum Teil kennen und zum Teil nicht kennen, oft aber in ihrer Funktion falsch eingeschätzt werden. Insgesamt werden rund 1,5 Millio-

nen Wienerinnen und Wiener – das sind alle in Wien Wohnenden ab 16 Jahren – persönlich angeschrieben.

Eine umfassende Information zu diesem Themen Wohnen, Wohnkosten und Mietrecht soll, wenn man so will, den Hauptteil dieser Informationsoffensive bilden. Damit wollen wir die Wienerinnen und Wiener umfassend und objektiv, fernab auch von unterschiedlichen Interessen und Botschaften über die Situation im Wohnbereich informieren. Wir wollen damit aufklären und den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf entscheidende Fragen geben, mit Fakten und wichtigen Hilfestellungen sowie auch mit Serviceleistungen, die es bereits gibt.

Ich erfülle damit einen Wunsch, der auch mehrfach hier in diesem Haus geäußert worden ist. Ich kann mich sehr gut an eine Debatte hier im Gemeinderat erinnern, bei der ich aufgefordert worden bin, die Wienerinnen und Wiener verstärkt auch über die schon bestehenden Einrichtungen der Stadt und des Wohnbauressorts zu informieren. Und das möchte ich mit dieser Informationsoffensive ganz gezielt auch tun.

An diese Information über schon bestehende Leistungsangebote habe ich auch versucht, eine Wohnbefragung mitanzubinden. Es wird die größte Wohnbefragung sein, die es je in der Geschichte unserer Stadt gegeben hat. Ich nutze diese Gelegenheit nicht nur, um zu informieren, sondern auch, um wichtige Daten einzuheben, um auch für die Weichenstellung der Zukunft entsprechende wissenschaftliche Basisunterlagen zu haben. Das heißt, wir nutzen daher diese Informations- und Serviceoffensive auch, um aus von den Wienerinnen und Wienern erstellten Daten über ihre individuellen Wohnverhältnisse, Anforderungen und Wünsche entsprechende Konsequenzen abzuleiten. Das heißt, es ist für uns auch ganz, ganz wichtig, auch die Basis für die Wohnbauforschung im direkten Dialog mit den Wienerinnen und Wienern zu erstellen.

Und jetzt vielleicht noch zu einem Teilbereich Ihrer Frage, nämlich inwieweit es mit dem Datenschutz und der Anonymität bei dieser Befragung aussieht: Das kann ich Ihnen ganz klar beantworten. Die Auswertung der Befragung erfolgt nach Kriterien, die garantieren, dass die Ergebnisse repräsentativ für die Wiener Bevölkerung sind, und die Resultate stehen im direkten Kontext mit zahlreichen anderen Ergebnissen der Stadtforschung. Selbstverständlich werden alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten.

Der Fragebogen ist mit einem fortlaufenden Code und der für offizielle Statistiken maßgeblichen Zählsprenkelnummer versehen, um zu verhindern, dass er vervielfältigt wird und damit auch das Ergebnis verfälscht. Der Code enthält keine personenbezogenen Daten, und die Informationen, die auf dem Fragebogen angeführt sind – und das kann man auch dem seitlich notierten Vermerk entnehmen –, sind auch im Informationsschreiben erläutert. Der Code dient, wie ich schon erwähnt habe, als Kopierschutz, um Manipulationen der Ergebnisse durch kopierte Frageböden zu verhindern und um Gesamtergebnisse auf Gebietsebene interpretieren zu können.

Die Zusendung des Informationsschreibens, dem der anonyme Fragebogen beigeheftet ist, kann selbstver-

ständig nicht anonym erfolgen. Das ist klar, denn die Menschen werden ja persönlich angeschrieben.

Die personalisierte Zusendung des Informationsschreibens erfolgt nach strengsten datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Jene Stellen, die mit der Aussendung beauftragt wurden, kommen mit den ausgefüllten Fragebögen nicht in Kontakt. Es kann daher nie auf persönliche Daten rückgeschlossen werden, und die Codenummer kann keinesfalls Personen zugeordnet werden.

Die für die Auswertung zuständige Stelle hat keinen Zugang zu den Datensätzen, die für den Versand herangezogen worden sind. Die ausgefüllten Fragebögen werden aus den Kuverts herausgelöst und die Auswertung erfolgt vollkommen anonym. Zusätzlich werden die Ergebnisse zu großen Gruppen und allgemeinen Kategorien zusammengefasst, sodass die Auswertung doppelt anonymisiert ist. Das heißt, es gibt keine Möglichkeit nur irgendeines Missbrauches, wobei die Missbrauchsmöglichkeit mit den angeführten Daten ohnehin sehr beschränkt ist. Aber wir haben eine doppelte Sicherheit eingebaut, und es ist eine völlige Trennung zwischen Aussendung und Auswertung gegeben. Von daher besteht auch keine theoretische Möglichkeit, personenbezogene Daten missbräuchlich zu verwenden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke – Die 1. Zusatzfrage stellt Frau GRin Frank. – Bitte.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat, danke für die Beantwortung.

Die GRÜNEN haben heute die Aktuelle Stunde „Gläserne Stadt statt gläserne BürgerInnen“. Mit diesem Formblatt hatte ich ganz ehrlich gestanden den gegenteiligen Eindruck. Denn acht Seiten Daten abzufragen, ist für mich keine Informationskampagne, wie man sie sich gemeinhin vorstellen möchte. Und wenn sie so anonym wäre, wie Sie mir das jetzt eben doch sehr anschaulich geschildert haben, dann verstehe ich nicht, warum man das nicht einfach weggegeben und eine Studie daraus gemacht hat. Jetzt haben sie dem Wohnservice 600 000 EUR gegeben und sagen mir, dass es an 1,5 Millionen Haushalte ging.

Nun muss ich ganz kurz ausholen. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, aus dem Eigentumswohnbau, aus dem Privatwohnbau und aus den Gemeindebauten. Bisher war es mir nur möglich, ein Formblatt zu bekommen. Das hat noch niemand. Ich weiß nicht, wo das hingeschickt wird. Aber bei dem, das ich bekommen habe, hat sich jetzt Folgendes herausgestellt: In diesem Haushalt wohnen zwei Erwachsene, die bekamen zwei Formblätter mit ein- und derselben Nummer, und die Nachbarin hat eine andere Nummer. Und Sie erklären mir jetzt gerade, dass die Nummerierung überhaupt nichts damit zu tun.

Herr Stadtrat, ich sehe das vollkommen anders. Wenn eine Frage lautet: Wie viel Prozent Ihres Haushaltsnettoeinkommens geben Sie für die Miete aus? – Also, da kann man leicht nachvollziehen, was der Einzelne verdient.

Und jetzt kommt meine Frage: Wenn Sie jetzt all diese Daten gesammelt haben, können Sie dann ausschlie-

ßen, dass Sie sagen, wenn die Leute jetzt ohnehin so viel verdienen, dann braucht man das nicht zwingend für den sozialen Wohnbau? Denn für mich ergab sich das jetzt so nach dieser Fragestellung: befristet – nicht befristet, hin – her. Es war hier eine ganze Fülle von Informationen, die nicht dem Bürger dient, sondern nur der Stadt Wien. Und dafür muss aber der Bürger auch noch bezahlen. Was passiert jetzt mit diesen Daten? Sie haben ja gesagt, es wird so ausgewertet, aber ich meine, da sind die Nummern pro Haushalt gleich, der Nachbar hat eine andere. Da ist schon ein bisschen was im Busch.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Frau GRin Frank, Sie können mit Sicherheit annehmen, dass ich, egal, wie die Ergebnisse dieser Befragung sind, diese nicht dazu heranziehen werde, um politisch zu behaupten, dass sozialer Wohnbau in Wien nicht notwendig ist – unabhängig von Einkommenssituationen. Diesen Schluss werde ich mit Sicherheit nicht daraus ziehen, da kann ich Sie jetzt schon beruhigen, ohne die Ergebnisse genau zu kennen. Das wird mit Sicherheit nicht meine Schlussfolgerung sein.

Warum wir das nicht in einer Studie abwickeln, sondern die Befragung mit der Informationskampagne verbinden, ist natürlich auch eine Kostenfrage. Wir hätten uns natürlich auch darauf beschränken können, nur die Informationskampagne zu machen. Auch das wäre in der jetzigen Situation gerechtfertigt gewesen. Aber wir haben gemeint, wenn wir schon eine Aussendung machen – und der größte Teil der Gesamtkosten für diese Aussendung sind die Portokosten –, dann verbinden wir zwei Dinge miteinander. Das eine ist die Informationskampagne, die wir ohnehin machen wollten, für die Wienerinnen und Wiener, damit sie die Möglichkeiten kennen, die die Stadt Wien als Unterstützung für die Mieterinnen und Mieter bietet. Und das andere ist eben eine Befragung, die wir heranziehen wollen, um eine fundierte Basis für die Wohnbauforschung zu haben. Wir ersparen uns damit eine kostenintensive Studie, weil wir im direkten Kontakt mit den Mieterinnen und Mietern sehr viele wertvolle Informationen bekommen.

Natürlich ist das Ausfüllen und Zurücksenden des Fragebogens freiwillig. Wer das nicht möchte, schickt nichts zurück. Das wird wahrscheinlich auch der größere Teil sein. Es wird Menschen geben, die sich damit nicht beschäftigen wollen, die die Zeit nicht aufbringen wollen, die das vielleicht nicht wollen. Die schicken das halt nicht zurück. Aber ich gehe trotzdem davon aus, dass wir eine repräsentative Grundlage haben, dass wir nicht nur die Ist-Situation abschätzen können, sondern auch, was sich Wienerinnen und Wiener im Wohnbereich wünschen und vorstellen. Von da her sind ja auch einige Fragen so formuliert, dass wir auch ein bisschen heraushören können, was Themen sind, mit denen sich die Menschen im Wohnbereich besonders intensiv beschäftigen, oder wo ihre Wünsche und Sehnsüchte hingehen, was Wohnungen betrifft. Und das ist für uns eine wichtige Information, um dem auch das Wohnungsangebot anpassen zu können.

Ich habe schon sehr viele Rückmeldungen erhalten,

von Menschen, die diesen Fragebogen nicht nur bekommen, sondern auch ausgefüllt und zurückgeschickt haben. Es kann sein, dass es zeitliche Verzögerungen bei der Postzustellung gibt. Bei so einer großen Aussendung, bei 1,5 Millionen Zusendungen ist klar, dass nicht alle am selben Tag im Postkasten liegen. Das wird sicher so sein. Aber wir gehen davon aus, dass in einem überschaubaren Zeitraum alle 1,5 Millionen Formulare zugestellt sind und dass alle, die diese Formulare bekommen und das wollen, die Gelegenheit haben, sie auszufüllen und zu uns zurückzuschicken, damit wir sie entsprechend auswerten können.

Die Codierung ist so gewählt, dass man keine Rückschlüsse auf die jeweilige Person ziehen kann. Und warum wir beispielsweise in einem Haushalt lebenden Personen jeweils einen Fragebogen zuschicken und nicht nur einem Haushalt, hängt damit zusammen, dass unterschiedliche Personen, auch wenn sie im selben Haushalt wohnen, unterschiedliche Einstellungen zum Wohnen haben, und auch unterschiedliche Perspektiven. Es kann durchaus sein, dass in einem gemeinsamen Haushalt die Kinder überlegen, möglichst bald auszuziehen und eine Mietwohnung in Anspruch zu nehmen, während die Eltern natürlich über solche Dinge nicht nachdenken – (*lächelnd*) außer die Ehefrau überlegt sich vielleicht schon im Geheimen eine Scheidung und möchte auch ausziehen. Oder auch der Ehemann. Das ist prinzipiell auch denkbar. Von daher gehen wir nicht davon aus, dass es so quasi einen Haushaltsvorstand gibt wie früher, der für alle ausfüllt, sondern dass jede im Haushalt lebende Person die Möglichkeit hat, eigene Wünsche auch zum Ausdruck zu bringen und Wohnungswünsche für die Zukunft zu äußern. Und damit wollen wir auch arbeiten. Wir glauben zudem, dass das Datenmaterial ist, das für die Wohnbauforschung sehr wichtig ist, und vor allem auch für unsere strategische Ausrichtung im Bereich des Wohnbaus.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. – Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Flicker. – Bitte schön.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat, einen schönen guten Morgen!

Nach der Wiener Volksbefragung ist uns sehr bald die nächste Befragung ins Haus geflattert. Denn für mich ist das eher eine Befragung als eine Informationsoffensive. Und wenn wir die Informationsbroschüre sehr kritisch betrachten, dann ziehen wir sie aus der Schublade des Wahlkampfes heraus.

Aber meine Frage bezieht sich auf die Breite der Aussendung. Es haben auch alle Menschen mit Einfamilienhäusern beziehungsweise alle Eigentumswohnungsbesitzer diese Befragung erhalten. Wo lagen darin Ihre Ziele?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat:

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Ja, das ist richtig. Wir haben auch bei der Verfassung dieses Fragebogens darüber nachgedacht, welche Zielgruppen wir hier einbinden wollen. Und Sie haben völlig recht, Herr Gemeinderat, wir haben auch Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen deshalb mit einbezogen, weil es durchaus möglich ist – und wir beobachten das ja auch am Woh-

nungsmarkt –, dass es ja auch Wohnungswechsel gibt, dass es beispielsweise Menschen gibt, die jetzt in Eigentumswohnungen wohnen und in Zukunft eine Mietwohnung wollen, und umgekehrt, Menschen, die in einer Mietwohnung wohnen, sich eine Eigentumswohnung vorstellen. Das heißt, es gibt am Wohnungsmarkt heutzutage eine viel stärkere Fluktuation, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Wir sehen ja auch, dass am Wohnungsmarkt sehr viel mehr Wohnungen veräußert werden, auch von Wohnungseigentümern beispielsweise, von Hauseigentümern. Es gibt viel mehr neue Wohnungsformen als früher – zum Beispiel Baugruppen, Eigentümergeinschaften –, also viel mehr Konstruktionen, ein sehr viel bunteres Bild. Und das wollten wir auch mitberücksichtigen, auch um beurteilen zu können, ob beispielsweise die Nachfrage nach bestimmten Wohnungsformen im Steigen begriffen ist, um auch bestimmte Tendenzen ableiten zu können und um uns in der Konzeption des Neubaus aber auch bei der Sanierung auf diese geänderten Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt einstellen zu können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage stellt Herr GR Ellensohn. – Bitte.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wir haben ja noch keine Ergebnisse von der Befragung, also können wir uns darüber noch nicht unterhalten. Aber eine Art Zwischenergebnis könnte es geben, beim Betriebskostenabrechner und beim Mietenrechner, wo man überprüfen kann, wie viel zu viel man bezahlt oder ob es genau passt. Wir wissen ja, dass im privaten Wohnungsbereich sehr, sehr viele Vermieter und Vermieterinnen überhöhte Mieten oder zu hohe Betriebskosten verlangen. Gibt es jetzt schon sichtbar einen erhöhten Bedarf? Denn es war ja auch ein Auftrag, dass bei dieser Befragung der Mietkostenrechner und der Betriebskostenrechner beworben werden. Gibt es einen Hinweis, dass dieses Angebot jetzt mehr in Anspruch genommen wird? Oder kann man da noch nichts Genaues feststellen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Richtig ist, dass wir insgesamt bemerken, dass es mehr Mieterinnen und Mieter vor allem auch aus dem privaten Wohnhausbereich gibt, die sich an die Schlichtungsstelle wenden. Wir haben gerade auch in der letzten Zeit festgestellt, dass viele Mieterinnen und Mieter, die sich an die Schlichtungsstelle wegen überhöhter oder des Verdachts überhöhter Mieten wenden, auch recht bekommen. 90 Prozent der Mieterinnen und Mieter haben von der Schlichtungsstelle recht bekommen, das sind erhöhte Mieten bis zu 3 EUR am Quadratmeter. Also keine unerheblichen Beträge. Wir haben aus diesem Grund ja auch den Mietkostenrechner und Betriebskostenrechner angeboten, ein kostenloses Service. Und es ist mir jetzt natürlich auch ein starkes Anliegen, dass alle Mieterinnen und Mieter auch wissen, dass es diese Möglichkeiten gibt. Das war auch ein Hauptgrund, warum wir diese Informationsoffensive gestartet haben.

Sie haben völlig recht, wir können jetzt noch keine

endgültigen Ziffern nennen. Aber das, was wir jetzt schon sagen können, ist, dass es auf Grund dieser Aussendung zu einer Verdoppelung bei der Nachfrage des Mietrechners und des Betriebskostenrechners gekommen ist. Um eine Verdoppelung innerhalb weniger Tage, also ein spürbarer Ausschlag. Und ich meine, das ist gut so. Denn wenn wir als Stadt ein solches Angebot machen, dann sollen insbesondere jene, die das auch besonders benötigen, es auch nutzen können. Von daher sehe ich jetzt schon auch in dieser Auswertung der Nutzung des Betriebskosten- und Mietkostenrechners eine sehr starke, positive Auswirkung dieser Informationsoffensive.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage stellt Frau GRin Frank. – Bitte.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Zum einen, Herr Stadtrat, würde ich mir Sorgen machen, wenn eine adressierte Umfrage schon drei Wochen läuft – nicht eine, die nur irgendwo in die Postkästen geschmissen wird –, und es kennen sie nur wenige. Ich sage nicht, keiner. Aber ich habe wirklich intensiv gefragt und genau vier Leute gefunden, die eine haben. Das ist wenig, da würde ich mir vielleicht schon einmal Sorgen machen, bei 1,5 Millionen Aussendungen.

Sie haben sehr oft gesagt, wir wollen uns dann danach richten, was Wohnungsangebote und die strategische Ausrichtung betrifft. – Jetzt gibt es so viele Studien, dass wir genau wissen, welche Art von Wohnungen wir brauchen, nur werden diese nicht gebaut. Wir haben zu wenig. Das ist einmal ganz eindeutig. Jetzt schicken sie 1,5 Millionen Aussendungen aus, damit die Leute sagen, wir wollen Ihre beliebten Smart-Wohnungen, wir wollen eine mit dem Bike, und was immer es jetzt gibt. Aber wir können es gar nicht bauen, weil weder die Wohnbauförderung noch sonst etwas dafür da ist. Also, was werden Sie dann daran ändern, dass man hier den Wünschen der Leute, wenn sie diese äußern, auch entgegenkommt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Zum einen mache ich mir keine Sorgen, dass die Wienerinnen und Wiener diese Befragung nicht zur Kenntnis nehmen. Ich habe hier einen gegenteiligen Eindruck. Ich habe nicht nur den persönlichen Eindruck, dass viele Menschen den Fragebogen ausfüllen, sondern wir bemerken das ja – wie ich das vorhin auf die Anfrage vom Klubvorsitzenden Ellensohn gesagt habe – auch an den Einrichtungen der Stadt, dass es beispielsweise beim Betriebskostenrechner eine Verdoppelung der Nachfrage gibt. Das ist natürlich auch auf diese Aussendung zurückzuführen. Das ist, wenn man so will, noch ein valideres Mittel, inwieweit die Wienerinnen und Wiener das registrieren, ist vielleicht eine persönliche Einschätzung. Aber wir werden das ja sehen, es wird ja dann eine Gesamtauswertung geben, die ich natürlich auch präsentieren werde.

Ich muss mich vehement dagegen aussprechen, dass wir die Wünsche der Wienerinnen und Wiener nicht realisieren. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben immer wieder im Neubau, aber auch in der Sanierung ganz massive Kurskorrekturen vorgenommen, wenn wir den

Eindruck gewonnen haben, dass es Veränderungen in der gesellschaftlichen Situation gibt, oder wenn die Wienerinnen und Wiener andere Wünsche äußern.

Sie haben selbst die Smart-Wohnungen angesprochen. Das ist ein lang vorbereiteter Wechsel in der Konzeption des Neubaus, der über viele Stationen gelaufen ist: von der Veränderung der Kriterien der Bauträgerwettbewerbe über die Einführung sozialer Nachhaltigkeit zu den supergeförderten Wohnungen, wo wir Erfahrungen für das Konzept der Smart-Wohnungen gesammelt haben, und vieles andere mehr. Das heißt, wir versuchen neue gesellschaftliche Tendenzen im Wohnbau auch umzusetzen, und zwar nicht in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Ich konnte gestern beim Rechnungsabschluss schon darauf hinweisen, dass wir in Wien im Jahr 5 000 bis 6 000 geförderte Wohnungen errichten. Das ist mehr als in jeder anderen europäischen Großstadt. Natürlich kann man jetzt immer noch sagen, warum macht man statt 6 000 nicht 7 000. Aber in Summe gesehen brauchen wir den internationalen Vergleich nicht scheuen. In einer Situation, in der es eine internationale Finanz- und Wirtschaftskrise gibt und Kommunen in allen anderen Bereichen massive Einsparungen vornehmen, haben wir auf einem sehr hohen Niveau nicht nur den Neubau gehalten, sondern auch – das konnte ich bei der Rechnungsabschlussdebatte ja schon berichten – bei der Sanierung völlig neue Wege beschritten.

Es ist mir wichtig, dass diese Befragung eine repräsentative Befragung ist, bei der wir nicht einen Querschnitt auswählen, wie bei einer repräsentativen, wissenschaftlichen Befragung, sondern allen Wienerinnen und Wienern Gelegenheit geben mitzuwirken. Es kann niemand sagen, mich hat ja nie jemand gefragt, sondern es sind alle befragt worden. Und wer mitmacht, hat Möglichkeit, die Zukunft mitzugestalten, und wer das nicht tut, hat freiwillig auf dieses Recht verzichtet. Aber mir ist es wichtig, alle Wienerinnen und Wiener in die Entscheidung mit einzubeziehen. Und wie gesagt, ich werde die Ergebnisse dann präsentieren, auch in diesem Kreis natürlich, und wir werden ja dann gemeinsam auch im Wohnbauausschuss entsprechende Konsequenzen daraus ableiten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Die 4. Anfrage (FSP - 02192-2013/0001 - KSP/GM) wurde von Herrn GR Woller gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (*Frau Dr. Helige hat am 12. Juni 2013 den Abschlussbericht der Wilhelminenberg-Kommission der Öffentlichkeit präsentiert. Zu welchen Erkenntnissen kam Sie und wie sieht die weitere Vorgangsweise aus?*)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Die Wilhelminenberg-Kommission unter der Leitung von Frau Dr Helige hat vor zwei Wochen ihren Bericht präsentiert. Und wie schon zuvor der Bericht der Historikerkommission unter Leitung von Prof Sieder, der Interviews mit ehemaligen Heimkindern aus den verschiedensten Kinderheimen der damaligen Zeit geführt

hat, bestätigen sich auch in dieser Untersuchung die erschütternden Missstände in den ehemaligen Kinderheimen.

Der Bericht zeigt deutlich – und es ist ja heute schon darauf hingewiesen worden –, wie Kinder damals in einem herzlosen und überaus brutalen System behandelt wurden und wie sie diesem System auch ausgeliefert waren. Großheime, wie sie damals durchaus üblich waren, sind, wie wir heute wissen, ein Nährboden für Gewalt, Misshandlung und Isolation. Die Kommission machte deutlich, dass zumindest ab Anfang der 70er Jahre vielen diese totalitären Strukturen bewusst und bekannt waren, weshalb ja auch die Wiener Heimkommission zur Erarbeitung von Reformen eingesetzt wurde. Aber er macht auch deutlich, dass damals verabsäumt wurde, dass Sofortmaßnahmen getroffen werden, die schnell herrschende und bekannte Missstände auch abgestellt hätten.

Wir wissen auch – und auch das wurde ja in der Pressekonferenz klar präsentiert –, dass der Wilhelminenberg keinen Einzelfall darstellt, sondern durchaus auch, wie ich es genannt habe, als pars pro toto zu sehen ist. Wir wissen, dass diese kinderverachtende Erziehung in Großheimen der damaligen Zeit in ganz Österreich praktiziert wurde, sei es St Martin in Tirol, das Kinderheim Leonstein in Oberösterreich, das Jugendwohnheim Linz-Wegscheid, das Stift Mehrerau in Vorarlberg, oder in Salzburg, das ja auch einen sehr umfassenden Untersuchungsbericht vorgelegt hat. Über 61 Einrichtungen sind davon betroffen, in vielen anderen Bundesländern, und in einer Vielzahl von Einrichtungen, ganz egal, ob sie von einer Gemeinde, von Landesregierungen oder auch vom Bund geführt wurden.

Dies war aber tatsächlich auch kein österreichisches Phänomen, sondern auch leider international weit verbreitet. Deutschland, Schweden, Großbritannien, Irland – um nur einige zu nennen – arbeiten ebenfalls ihre Geschichte auf. Allerdings mit einem doch großen Unterschied, ein Unterschied, der zeigt, wie ernst wir in Wien diesen Bereich genommen haben. In Deutschland zum Beispiel wurde im Jahr 2006 über Petitionen ein Runder Tisch ins Leben gerufen, aber es dauerte bis zu diesem Jahr, bis erste finanzielle Hilfestellungen zur Verfügung gestellt wurden.

Wir in Wien hingegen haben sehr rasch gehandelt, haben im Frühjahr 2010 die Kinder- und Jugendanwaltschaft und danach den Weissen Ring beauftragt, rasche und unbürokratische Hilfestellung für die Opfer zu organisieren. Seither bieten wir psychotherapeutische, rechtliche und finanzielle Hilfestellung an. Insgesamt hat dafür – ich habe ja darauf hingewiesen – der Gemeinderat bereits 31,5 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Darin enthalten sind über 60 000 Einheiten für psychotherapeutische Hilfe und mehr als 21 Millionen EUR bezahlte finanzielle Hilfestellung für über 1 200 Personen.

Auch die historische Aufarbeitung in den Bundesländern zeigt, wie die Lehrmeinung und der menschenverachtende Umgang mit Kindern aus der nationalsozialistischen Ära noch lange weiter wirkte und dass Kinder entrechtete Mitglieder unserer Gesellschaft waren, vor allem dann, wenn sie eben aus sozial schwächer gestell-

ten Familien kamen.

Auch darauf hat die Wiener Jugendwohlfahrt reagiert und entsprechende Reformen durchgeführt. Wir sorgen heute dafür, dass derartige Dinge nicht mehr passieren dürfen. Deshalb war für uns auch die historische Aufarbeitung wichtig. Wir haben alle vorhandenen Akten und Unterlagen offengelegt, gerade auch für die Forschung.

Ein ganz wichtiger und wesentlicher Schritt – auch das ist nicht überall erfolgt –: Bereits als die ersten Vorfälle auftauchten, hat die MA 11 einen absoluten Skartierungsstopp verordnet. Nach den historischen Recherchen der MA 11 handelt es sich – darauf habe ich ja in der vorigen Anfragebeantwortung schon hingewiesen – möglicherweise um eine Skartierungspraxis, die wir jetzt auch entsprechend abgestellt haben. Auch das ist eine ganz klare Reaktion, denn gerade dieser Bereich ist natürlich nicht nur im Hier und Jetzt, sondern für die historische Forschung sicherlich auch in weiterer Zukunft, in 20, 30 Jahren von Bedeutung.

Der Bericht der Untersuchungskommission Wilhelminenberg stellt aus meiner Sicht ein wichtiges zeithistorisches Dokument dar. Der Bericht ist es wert, genau gelesen zu werden. Ich ersuche auch darum, diesen genau zu lesen. Denn vielfach sind wir mit Schlussfolgerungen konfrontiert, die sich im Bericht so nicht finden; denn da werden vielfach tatsächlich festgestellte Sachverhalte mit Gerüchten in einer Art und Weise vermischt, wie sie, meine ich, dem Leid der Opfer nicht gerecht werden.

In gewissen Medien verbreitete Anschuldigungen gegenüber Personen oder Berichte über Vorfälle konnten so, wie in den Medien kolportiert – oder vielfach in der Öffentlichkeit kolportiert, um es besser zu sagen –, von der Wilhelminenberg-Kommission nicht bestätigt werden. Aber keine Frage, die Erziehungspraxis war eine schreckliche. Es haben sexuelle Übergriffe stattgefunden, es haben Vergewaltigungen stattgefunden, es haben Misshandlungen stattgefunden, die sich eindeutig in strafrechtlichem Rahmen bewegt haben.

Wie bereits anlässlich der Präsentation des Wilhelminenberg-Berichtes wird die MA 11 diesen Bericht ebenso wie eben den Sieder-Bericht der Staatsanwaltschaft übermitteln. Wir haben das ja auch mit dem Bericht von Prof Sieder gemacht. Ich denke, damit ist tatsächlich eine Grundlage geschaffen worden für weitere Arbeiten der Staatsanwaltschaft, wie sie wahrscheinlich in wenigen Bereichen in der Vergangenheit stattgefunden haben. Sobald wir diesen in der Endfassung und in der entanonymisierten Fassung vorliegen haben, wird er der Staatsanwaltschaft übermittelt.

Erfreulicherweise hat es hiezu auch bereits die Kontaktaufnahme der Staatsanwaltschaft mit der Wiener Jugendwohlfahrt gegeben. Es gibt einen eigenen, für diesen Bereich zuständigen Staatsanwalt, und ich denke, das ist ganz, ganz wesentlich.

Die Richtigstellungen, die durchaus auch durch diesen Bericht deutlich werden infolge dieser sehr intensiven Untersuchungen – es wurde ja seitens der Wilhelminenberg-Kommission über eineinhalb Jahre daran gearbeitet – zeigen, dass sich die sich in der Erinnerung befindlichen – und ich sage bewusst, in der Erinnerung

befindlichen, und diese Erinnerung ist einfach als gegeben anzunehmen – Massenvergewaltigungen in den Schlafsälen so nicht bestätigt haben.

Die Richtigstellungen, die sich im entsprechenden Bericht finden, relativieren allerdings nicht – und das ist mir immer ganz wichtig zu sagen – das Leid, das den Kindern am Wilhelminenberg widerfahren ist. Aber es gehört, denke ich, auch zum Respekt vor ihrem Leid, dass dieser Bericht richtig wiedergegeben wird.

Wie schon nach dem Bericht der Historikerkommission, werden wir auch diesen Bericht durcharbeiten und Überlegungen anstellen, welche Schlüsse und Maßnahmen wir heute daraus ziehen und welche Maßnahmen wir noch setzen können, um den Kindern eine optimale Förderung und Betreuung zu Gute kommen zu lassen.

Diese Bemühungen werden wir selbstverständlich auch weiterführen. Wir werden diesen Bericht zum Anlass nehmen, noch einmal zu überprüfen, wie heutige Kontrollinstanzen wirken. Und damit haben wir bewusst eben nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 11 beauftragt, sondern ganz bewusst auch die entsprechenden internen Kontrollinstanzen der Stadt Wien, Interne Revision, aber auch Kontrollamt. Darüber hinaus haben wir auch im vergangenen Jahr eine zusätzliche externe Kontrolle ins Leben gerufen, nicht zuletzt nämlich die Ombudsstelle für Kinder in sozialpädagogischen Einrichtungen bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Der Bund hat darüber hinaus auch die OPCAT-Kommission bei der Volksanwaltschaft eingerichtet. Insgesamt wird damit die Arbeit der Jugendwohlfahrt heute von sechs externen und fünf internen Stellen des Landes kontrolliert.

Aber auch Kontrolle ist nur das eine. Wir haben ja seit 2009 auch im Bereich der Wiener Jugendwohlfahrt 70 zusätzliche Dienstposten geschaffen, 20 im Bereich der sozialen Arbeit, 50 im Bereich der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Denn auch in diesem Bereich gilt, was uns natürlich auch im Bereich der Schulen, der Kindergärten beschäftigt: Die Stadt wächst, und damit wachsen vielfach natürlich auch die Anforderungen an die Wiener Jugendwohlfahrt.

Ich denke, dass diese Schritte zeigen, wie ernst wir diesen Bericht nehmen. Ich kann nur das wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe: Neben der historischen Aufarbeitung geht es uns darum, die Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, und auch das entspricht dem Wunsch vieler Opfer.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Ing Leeb.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat! Sie haben davon gesprochen, dass in der MA 11 relativ bald ein Skartierungsstopp verhängt wurde, dass keine Akten mehr vernichtet wurden. Das ist richtig. Bei der MA 2 war es ein bisschen holpriger am Beginn. Da hat man gemeint, dass man die Personalakten aus Datenschutzgründen nicht herausgeben kann. Gott sei Dank ist die Kommission, muss ich ganz ehrlich sagen, da standhaft geblieben und hat vehement die Herausgabe der Akten gefordert; denn wir haben es ja erlebt: Das wird ja nicht namentlich genannt, das dient der wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Wir haben in einer vorhergehenden Frage darüber gesprochen, dass sich auch Institutionen der Aufarbeitung stellen müssen. Jetzt ist mir im Bericht aufgefallen, dass die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten seinerzeit bei Verhandlungen zu Personalfragen, Besprechungen zu heiminternen und organisatorischen Fragen, aber auch bei disziplinarischen Angelegenheiten in Heimsitzungen beigezogen wurde und Erzieher häufig gewerkschaftlich organisiert waren. Die Kommission hat dann versucht, an Akten und Unterlagen beim ÖGB heranzukommen. Das wurde abgewiesen, weil die nur 30 Jahre aufbewahrt würden.

Kollege Meidlinger hat dann im Ausschuss gemeint, es wären nur 7 Jahre. Ich denke aber, es geht auch gar nicht darum, sondern darum, auch in dieser Organisation ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass man sich diese Dinge offen anschauen muss und vielleicht nicht in einer Art geschlossenem System die Mitglieder schützen und diesen Schutz nicht über den Schutz von Opfern stellen darf. Es hat ja auch die Frau Helige auf meine Frage bestätigt, dass es der Gewerkschaft gut anstünde, sich dieser Aufarbeitung zu stellen.

Jetzt meine Frage dazu: Werden Sie sich persönlich bei der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten dafür einsetzen, dass auch die Rolle der Gewerkschaft im Zuge dieses Heimskandals für wissenschaftliche Zwecke und, um eine vollständige Aufklärung zu gewährleisten, durchgeführt wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich glaube, gerade nach den Ausführungen des Kollegen Meidlinger in dem Gespräch mit der Wilhelminenberg-Kommission ist ganz klar geworden, dass auch die Gewerkschaft Interesse daran hat. Es wurde allerdings darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaft in diesem Bereich eben kein Stadt- und Landesarchiv ist, nicht die MA 11 ist oder die MA 2 ist, die Unterlagen archiviert, sondern die Vorschriften und die Regulative, die es im ÖGB gibt, zum Tragen gekommen sind, und es über diesen Zeitraum einfach keine Akten mehr gibt.

Das kann einem gefallen oder nicht, ist aber eine Tatsache. Aber ich glaube, es ist gerade auch in der Wortmeldung sehr deutlich geworden, dass auch der ÖGB in diesem Bereich ... Ich denke, da gibt es ja durchaus immer wieder historische Aufarbeitungen, in denen auch der ÖGB – nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen oder Themenfeldern – im Sinne der öffentlichen Auseinandersetzung historische Aufarbeitung übernommen hat.

Ich denke, dass diese Aussage beziehungsweise dieses Signal – dass es daran selbstverständlich Interesse gibt, man steht selbstverständlich hilfreich zur Seite, aber man hat diese Unterlagen, dort gibt es keine Akten, nicht mehr – sehr deutlich gemacht hat, dass der ÖGB da großes Interesse hat.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Frage der Personalakten eine besonders sensible ist. Ist ja gar keine Frage, es ging hier nicht um Bestimmen der Kommission auf der einen Seite, sondern es ging letzt-

endlich darum – dass nicht auch da maßgeblich Mythen entstehen –: Auf welcher Basis einer gesetzlichen Grundlage ist die Herausgabe der Personalakten möglich?

Da hat die Stadt Wien jenen Schritt eingeleitet, der eben letztendlich gesetzlich notwendig ist, nämlich einen Bescheid seitens der Datenschutzkommission zu beantragen. Das hat die Stadt Wien gemacht, diese Datenschutzkommission hat den Bescheid erlassen, in dem die Rahmenbedingungen festgelegt wurden. Da sind durchaus Rahmen drinnen, und ein Rahmen ist eben etwas, wo man sagt, den darf man nicht überschreiten. Es wurden also Rahmenbedingungen festgelegt, unter denen letztendlich die MA 2 diese Personalakten zur Verfügung stellen konnte, erfreulicherweise in für die Kommission ausreichendem Maße,

Aber man muss schon sagen, es hat die Stadt Wien in Unterstützung der Kommission diesen Schritt gesetzt, um festzustellen, in welchem Rahmen wir es herausgeben dürfen. Die Stadt Wien hatte ja – und das zeigt der Bescheid sehr eindrucksvoll, wenn man ihn liest – in diesem Bereich durchaus Bedenken, und zwar zu Recht, sonst hätte die Datenschutzkommission ja hier nicht den entsprechenden Rahmen gesetzt.

Also ich glaube, auch hier zeigt sich: Es hat eine gute Kooperation gegeben. Es war schwierig, aber Datenschutzfragen sind schwierige Fragen, das wissen wir auch in vielen anderen Bereichen, und da werden wir uns durchaus auch in Aktuellen Stunden noch ein bisschen damit auseinandersetzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Frage stellt GRin Hebein. – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Stadtrat! Wir haben letztes Jahr eine Enquete beschlossen, die der sensiblen Frage der Verjährungsfrist nachgehen soll. Diese hat inzwischen stattgefunden. Können Sie uns über die Erkenntnisse der Experten und Expertinnen berichten? – Vielen Dank.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ja, die MA 11 hat zu dieser Veranstaltung eingeladen. Sie hat im Rahmen dieses Themas entsprechende Expertinnen und Experten eingeladen und gebeten, ihre Sicht der Dinge zu präsentieren. Es handelt sich dabei um Dr Arno Pilgram vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, um Dr Patrick Frottier, ein Facharzt für Psychiatrie und psychotherapeutische Medizin und für Kinder- und Jugendpsychiatrie, auch Udo Jesonek als Präsident der Verbrechenopferhilfeorganisation Weisser Ring und als Experte auch für den gesamten Bereich des Opferschutzes, aber auch zahlreiche Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Fachbereichen der MA 11.

Die Enquete war ja im Zusammenhang mit der historischen Aufarbeitung der Wiener Heimerziehung angeregt worden. Im Zuge des Aufarbeitungsprojekts der Heimerziehung in der Nachkriegszeit entstand in Österreich, aber auch in vielen anderen Ländern eine Debatte um diesen Bereich der Verjährungs- und Tilgungsfristen bei sexuellem Missbrauch.

Die ExpertInnen, die an der Enquete teilnahmen,

standen Diskussionen über völlige Aufhebung durchaus skeptisch gegenüber. Ich denke, da ist gerade auch im Bereich der juristischen Auseinandersetzungen natürlich eine Vielzahl von Facetten zu beachten. Nämlich einerseits, dass Verjährungen immer ein rechtspolitischer Kompromiss im Rahmen des Legalitätsprinzips sind, ein Kompromiss zwischen der Pflicht der Verfolgung von Straftaten auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Prinzip des fairen Verfahrens. Ein Verfahren soll zum Beispiel in angemessener Zeit mit zuverlässigen Beweismitteln durchgeführt werden. Da ist natürlich jeder Kompromiss unbefriedigend, darüber waren sich natürlich alle Expertinnen und Experten einig.

Aber es war in diesem Zusammenhang natürlich eine Vielzahl von rechtlichen Fragen zu klären und zu diskutieren, und zwar gerade die Frage: Wie weit ist ein fairer Prozess, ein faires Verfahren nach 30, 40, 50 Jahren noch möglich; nämlich im Beweis auf der einen Seite, um beschuldigten Personen die Möglichkeit einer Verteidigung zu geben, aber auch natürlich vor allem den Opfern jede Möglichkeit einzuräumen, die sie eben auch brauchen, nämlich entsprechend Beweise vorzulegen?

Es werden sich die Ergebnisse dieser Enquete demnächst auch im Internet der MA 11 finden. Es würde jetzt zu weit führen, diese sehr intensive Enquete in allen Facetten darzulegen. Aber es haben sich da durchaus einige wesentliche Punkte gezeigt, die Forderungen an den Bund darstellen, aber natürlich auch Schlussfolgerungen für uns in Wien ganz wesentlich sind.

Einer der wesentlichen Punkte war, dass ungeachtet dieser Debatte es ganz wesentlich ist, einen Ausbau der Unterstützungsinfrastruktur für Opfer zur Verfügung zu stellen. Das ist zwar etwas, das es in einzelnen Bereichen durchaus gibt, aber hier an eine vernetzte, gesamtgesellschaftliche Struktur zu denken, ist ganz wesentlich. Man braucht auch auf der Bundesebene eine entsprechende Anlaufstelle.

Man braucht auch den Ausbau der Opferschutzinstrumente im Straf- und Zivilprozess beziehungsweise die Sicherstellung, dass die derzeit vorhandenen Opferschutzinstrumente auch entsprechend zur Anwendung kommen. Wir wissen, dass es viele gesetzliche Vorgaben gibt, aber dann letztendlich aus Kapazitätsmangel der entsprechende Opferschutz nicht sichergestellt werden kann.

Es geht letztendlich auch um die Frage von klinisch-forensischen Ambulanzen – ein ganz wesentlicher Bereich im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch, letztendlich ein wesentliches Instrument auch für die Justiz im Verfahren, aber natürlich vor allem für die Opfer im entsprechenden Verfahren, um hier rasch auch entsprechend – unter Anführungszeichen – Beweise sichern zu können in Form der authentischen und unmittelbaren Erinnerungen. Es braucht auch Verbesserungen im Verbrechenopfergesetz, aber es braucht auch eine Verstärkung der Täterarbeit, auch das ist in diesem Zusammenhang nicht zu übersehen.

Für uns in Wien ist selbstverständlich die wesentliche Schlussfolgerung der respektvolle Umgang mit Opfern, wie wir ihn mit dem Weissen Ring als Opferschutzorganisation gewählt haben. Ein ganz wesentlicher Unter-

schied wieder, gerade wenn man den gestrigen Bericht, ich muss ihn noch einmal zitieren, im „Standard“ sich ansieht. In Kärnten passiert, da wurde eine Beamtin eingesetzt, die das abhandelt, und das letztendlich unter völlig anderen Rahmenbedingungen. Dieser respektvolle Umgang mit der entsprechenden Zeit und Ressource ist also ein wesentlicher Faktor.

Es geht natürlich auch um verstärkte Maßnahmen im Bereich der Gewaltprävention, also etwas, das gerade für uns in der Jugendwohlfahrt derzeit in der konkreten Arbeit den aktuellen Schwerpunkt darstellt, nämlich Präventionsarbeit zu leisten, damit eben Unterbringungen von Kindern außerhalb ihrer Familien so selten wie möglich passieren. Aber wir brauchen uns nichts vorzumachen, das wird auch in Zukunft notwendig sein.

Da geht es einerseits darum, die besten Einrichtungen zu haben, aber auch Unterstützungsinstrumentarien für Familien in schwierigen Situationen. Deshalb ist für uns dieser präventive Teil von besonderer Notwendigkeit. Es geht um den gesamten Bereich der Standards für die Vorgehensweise bei sexuellem Missbrauch. Ungeachtet der Tatsache eben der strafrechtlichen Verfolgung, ist das für uns ein ganz wesentlicher Bereich, an dem gerade die Jugendwohlfahrt arbeitet, und das ja unter vielfach sehr, sehr schweren Bedingungen.

Denn gerade sexueller Missbrauch und sexuelle Übergriffe finden ja im überwiegenden Teil im familiären Umfeld statt. Daher gilt es, auch da Abwägungen zu treffen und Maßnahmen zu setzen, die einerseits die Verantwortung der Gesellschaft gegenüber diesen Missständen wahrnehmen, aber auch das familiäre Umfeld betrachten. Das ist eine besondere Herausforderung.

Es ist für uns ganz wesentlich und wichtig gewesen in diesem Zusammenhang, völlig unabhängig der Ergebnisse der Enquete auch den Dialog zwischen der Wiener Jugendwohlfahrt heute mit Opfern der damaligen Zeit zu forcieren. Deshalb gibt es auch die Einladung zu einem Tag der Begegnung an die Opfer in der MA 11 – ich habe vorhin schon darauf hingewiesen –, um sich davon überzeugen zu können, mit welchen Standards, mit welchen Ausbildungsmodellen die Wiener Jugendwohlfahrt heute arbeitet.

Wie gesagt, das Protokoll der Enquete wird in Kürze auf der Homepage der MA 11 zu lesen sein. Ich würde das jedem ans Herz legen, denn ich denke, da sind sehr interessante, spannende, auch für einen Nichtjuristen – auch ich bin kein Jurist – verständliche Diskussionen, sehr eindrucksvoll nachzuvollziehen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 3. Zusatzfrage stellt GR Nepp. – Bitte.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Es ist eigentlich wirklich verwunderlich, dass eine Frage zu diesem Thema, nämlich zum Thema der Helige-Kommission hier zugelassen wird – vor allem, wenn man daran denkt, dass unsere Dringliche Anfrage heute an den Herrn Bürgermeister nicht zugelassen wurde, weil es seitens des Verfassungsdienstes geheißen hat, dass das Landeskompetenz ist. Da könnte man glauben, hier herrscht irgendwie reine Willkür.

Aber trotzdem, wir Freiheitliche haben ja den Vorschlag eingebracht, im Bereich des Schlosses Wilhel-

minenberg eine Gedenktafel, einen Gedenkstein zu errichten. Bei zweimaliger Anfrage an den Herrn Bürgermeister hat es geheißen, ja, das ist keine schlechte Idee und er wird das machen. Nun wollte ich Sie fragen: Können Sie uns schon von irgendwelchen Fortschritten berichten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Herr Stadtrat! Bevor Sie die Antwort geben, nur eine kurze Antwort von mir, denn zulassen oder nicht zulassen, das entscheidet ausschließlich der Vorsitzende. Die Dringliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister wurde deshalb nicht zugelassen, weil nicht nur die Helige-Kommission thematisiert wurde, sondern auch viele andere Einrichtungen, und diese gesamten Einrichtungen unterliegen ausschließlich der Vollziehung des Jugendwohlfahrtsgesetzes.

Die Helige-Einrichtung – ich sage es jetzt sehr respektlos, Helige-Einrichtung – wurde hier im Gemeinderat beschlossen. Deshalb wird auch über das Ergebnis dieses Berichtes hier im Gemeinderat diskutiert. Das war die Ursache dafür, dass die Entscheidung so gefallen ist.

So, bitte Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: So wie ich zuerst gesagt habe: Abseits jeglicher politischer Auseinandersetzung würde ich trotzdem empfehlen, den Helige-Bericht zu lesen. Ich würde auch empfehlen, die entsprechenden Ausführungen des Bürgermeisters dazu noch einmal zu lesen. Da sieht man, wie in kurzer Zeit schon Erinnerungen verfälscht werden.

Tatsache ist auch: Seitens des Bürgermeisters wurde darauf hingewiesen, dass die gesamte eigentumsrechtliche Situation am Wilhelminenberg sich anders darstellt, dass es sich mittlerweile nicht um eine öffentliche Einrichtung, sondern um eine private Liegenschaft handelt, und da entsprechend Gespräche zu führen sind. Ich habe das übernommen, und zwar nicht zuletzt auf Basis eines Antrages, der in meinem Heimatbezirk – ich glaube sogar, einstimmig – beschlossen wurde. Diese Gespräche sind im Laufen, und wenn es die entsprechenden Ergebnisse gibt, werde ich Sie darüber gerne informieren. Aber wir werden das machen, ist da noch nicht gesagt worden.

Vielleicht gibt es aber auch eine Auseinandersetzung in Ihrem Bereich. Ich würde gerade angesichts der heutigen Artikel im „Falter“ auch anregen, eine Gedenktafel am ehemaligen Jugendgerichtshof anzubringen. Diese bekannte, weit über die Grenzen Österreichs hinaus akzeptierte Einrichtung hat ja Ihr Justizminister geschlossen; wobei diese Schließung jetzt jene Auswirkungen zeigt, vor denen damals seitens der Richterschaft gewarnt wurde. Also ich denke, man könnte auch in diesem Bereich einiges tun, und da sind Sie durchaus gefordert. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke dem Herrn Stadtrat für die Beantwortung der 4. Frage.

Die 5. Frage (FSP - 02199-2013/0001 - KVP/GM) wurde von Herrn GR Dipl.-Ing. Stiftner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (*Wie den Medien zu entnehmen ist, ist bereits im Sommer 2013 (mit 1. Juli) mit ersten Preiserhöhungen bei den Wiener Linien*

zu rechnen. Erhöht werden sollen, so scheint es, die Preise der Tages-, Wochen- und Monatskarten. Wie schätzen Sie die Auswirkungen dieser Maßnahme auf das Mobilitätsverhältnis der VerkehrsteilnehmerInnen in Wien ein?)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Herr Gemeinderat!

Das Mobilitätsverhalten der WienerInnen, aber auch in vielen anderen europäischen Städten befindet sich in einem Wandel hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, der sich übrigens an einigen Kennzahlen nachvollziehen lässt. Wir haben seit Einführung der 365 EUR Jahreskarte der Wiener Linien mit 1. Mai 2012 einen Zuwachs von 145 000 JahreskartennutzerInnen verzeichnet – bis heute.

Beim Modal-Split ist diese Entwicklung ebenfalls eindeutig ablesbar. Dort hat im Vergleich zu 2011 der Öffi-Verkehr um 2 Prozentpunkte auf sensationelle 39 Prozent zugenommen, und das nur innerhalb eines Jahres. Gleichzeitig ist der Radverkehr von 5,6 Prozent auf 6,3 Prozent angestiegen. Der Anteil der FußgängerInnen ist in etwa gleich geblieben. Lediglich der Autoverkehr ist spürbar zurückgegangen, und zwar waren 2012 in Wien zum ersten Mal mehr Menschen zu Fuß unterwegs als mit dem Auto.

Das heißt, dass immer mehr Menschen in Wien ihre Alltagswege umweltfreundlich, also mit dem Rad, zu Fuß oder mit den Öffis zurücklegen. Diese Entwicklung ist eine eindrucksvolle Bestätigung für den verkehrspolitischen Kurs, den die Wiener Stadtregierung mit dem Regierungsübereinkommen 2010 eingeschlagen hat. Diese Entwicklung wird sich durch die von der Stadt Wien gesetzten Maßnahmen weiter fortsetzen. Die Öffi-Anteile werden in Wien weiter steigen, ebenso der Radverkehrs- und der Fußverkehrsanteil.

Zur Info: Sie sollten wissen, dass für mehr als 60 Prozent der Kundinnen und Kunden der Wiener Linien sich im Zusammenhang mit der letzten Tarifreform überhaupt nichts geändert hat. Die Jahreskarte bleibt stabil, ebenso bleibt die vergünstigte Jahreskarte für Studierende unverändert. Auch die vergünstigte Jahreskarte für Seniorinnen und Senioren bleibt unverändert. Auch das Top-Jugendticket bleibt unverändert. Wenn wir die Nutzerinnen und Nutzer in diesen Gruppen zusammenzählen, kommen wir, wie gesagt, auf weit mehr als 60 Prozent der Kundinnen und Kunden der Wiener Linien; und das sind genau diejenigen, die man als Stammkunden und als Vielfahrerinnen und Vielfahrer bezeichnen kann.

Das heißt, meine Prognose im Zusammenhang mit der von Ihnen gestellten Frage lautet: Es wird sich überhaupt nichts verändern. Der Trend, den wir im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten, wird in den kommenden Jahren genauso fortgesetzt werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Vizebürgermeister. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dipl.-Ing Stiftner. – Bitte.

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielen Dank, Frau Stadträtin! Schönen guten Morgen!

Ich glaube, es war Winston Churchill, der gesagt hat:

„Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“ Ungefähr so kommen mir auch Ihre Zahlenspielereien vor, weil wir alle wissen, dass Autofahrer auch Fußgänger sind oder auch öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Ich denke, dass auch diese Veränderungen in homöopathischen Dosen speziell beim Radverkehr eher auf das Wetter als auf verkehrspolitische Maßnahmen zurückzuführen sind. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Aber das ist nicht der wirkliche Punkt. Mir geht es eigentlich darum, dass Sie mit Ihrer Maßnahme jene Klientel besonders treffen, die eigentlich nicht Vielfahrer sind, nämlich die Radfahrer. Das sind ja doch jene, die das öffentliche Verkehrsmittel vor allem dann nutzen, wenn sie das Rad nicht nützen können, also eher den Einzelfahrschein verwenden. Es geht ja darum, vor allem jene zu motivieren, hier auch auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, die bisher noch nicht die Möglichkeit gehabt haben oder genutzt haben. Deshalb finden wir es nicht gerade sinnvoll, die Preise dieser Einzelfahrschein zu erhöhen.

Aber zu meiner Frage: Sie haben jetzt Mehreinnahmen daraus, das heißt, das geht natürlich ins Ressort von Frau Brauner. Aber Sie sind für die Planung zuständig, und deshalb meine Frage: Wie werden Sie diese Mehreinnahmen für den U-Bahn-Ausbau, den Sie hoffentlich planen, richtig und auch zielgerecht einsetzen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Darf ich fragen, von welchen Mehreinnahmen die Rede ist? Das habe ich nicht verstanden. Von welchen Mehreinnahmen reden Sie jetzt?

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Durch die Erhöhung der Tickets.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fragestunde heißt, es fragt ein Mandatar das Stadtsenatsmitglied und nicht umgekehrt. (*Allgemeine Heiterkeit. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wien ist andersrum! – VBgmin Mag Renate Brauner: Wenn man so eine komische Frage stellt!*)

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Mit Verlaub, ich kann eine völlig irrelevante Antwort auf eine Frage, die ich nicht verstanden habe, geben, oder ich kann dem Mandatar die Möglichkeit geben, seine Frage so zu präzisieren, dass ich verstehe, worauf er aus ist, sodass ich ihm eine relevante Antwort geben kann. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Also Sie haben die Wahl. Sie können sich's aussuchen, wie Sie es haben möchten.

Nun, im Zusammenhang mit Ihrer Frage konkret: Vorweg möchte ich Ihnen sagen, dass es eigentlich sehr schön wäre – wenn man sich etwas wünschen kann in diesem Haus –, wenn es Ihnen einmal gelingen würde, eine Frage zu stellen, ohne eine Beleidigung und eine Unterstellung darin zu verpacken.

Also, wir fälschen hier keine Statistiken! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Der Modal-Split wird jährlich ermittelt. Das ist nachvollziehbar, das ist überprüfbar. Zu Ihrer Information, das passiert übrigens in der Verantwortung der Wiener Linien; und ich glaube, 145 000 zusätzlich gekaufte Jahreskarten innerhalb eines Jahres sind eine Zahl, die Sie wahrscheinlich wahnsinnig ärgert, weil sie

einfach den Erfolg dieser Maßnahme auf eindrucksvolle Art und Weise belegt, aber sie ist nicht von der Hand zu weisen, sie ist ein Fakt.

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass inzwischen mehr als 500 000 Wienerinnen und Wiener sich für die Jahreskarte entschieden haben; und das bedeutet wiederum, dass der Weg, den wir hier gewählt haben, sich bewährt. Es war eine gute Tarifreform. Es war einmal mehr eine Idee, um die uns andere Städte beneiden. Es ist übrigens auch ein Konzept, für das wir derzeit sehr, sehr viel Austausch mit anderen Städten haben, weil es auch Schule macht in Europa. Und es bewirkte, wie gesagt, dass der Modal-Split sich nur innerhalb eines Jahres zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs um 2 Prozent verschoben hat; wobei diese 2 Prozent wiederum fast eins zu eins aus dem motorisierten Individualverkehr abzuziehen sind, welcher nunmehr bei 27 Prozent in Wien hält.

Ich denke, wie gesagt, dass die Maßnahme eine gute war. Es ist auch eine Maßnahme, die in Summe schlussendlich sich auch selbst finanziert hat. Das war ja auch die Prognose unsererseits, nämlich dass man in diesem Bereich zwar zunächst, na ja, finanzielle Mittel in die Hand nehmen muss; dass diese aber, weil sich so viele für die Jahreskarte entscheiden, schlussendlich auch wieder hereingespielt werden.

Ich bleibe dabei: Meine Prognose ist, dass in den nächsten Jahren sich noch viel, viel mehr Menschen für eine Jahreskarte entscheiden werden, weil es sehr einfach ist. Um 1 EUR pro Tag die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen zu können, und zwar beliebig oft und in allen Richtungen, ist ganz einfach der bessere Deal. Alle rechnen nach und kommen drauf, dass sie viel günstiger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können, wenn sie sich für eine Jahreskarte entscheiden.

Was die Einnahmen im Zusammenhang mit der Tarifreform betrifft, weise ich Sie darauf hin, dass dies nicht im Geringsten mit der Kompetenz meines Ressorts zusammenhängt. Ich darf Sie daher darauf hinweisen, dass Sie jederzeit die Möglichkeit haben, genau diese Frage der zuständigen Frau Stadträtin Brauner zu stellen, denn die Wiener Linien sind bekanntlich nicht in der Kompetenz des Verkehrsressorts.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die nächste Zusatzfrage wird von Herrn GR Mahdalik gestellt. – Bitte schön.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Da ich nicht beleidigend, sondern höflich rüberkommen möchte, stelle ich Ihnen die Frage, ob Ihnen irgendeine Frage an mich auf der Zunge brennt?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin! (*Zwischenruf der GRin Ing Isabella Leeb.*)

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Eigentlich nein. Ich glaube, ich weiß alles, was ich von Ihnen wissen will. (*Heiterkeit und Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die nächste oder letzte Zusatzfrage wird von Herrn GR Dipl.-Ing Stiftner gestellt. – Bitte.

GR Dipl.-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin!

Es tut mir leid, wenn Sie meine Frage als beleidigend empfunden haben. Wenn das so ist, entschuldige ich mich, weil das nicht Absicht war. Ich habe vielmehr eine ressortzuständige Frage gestellt und möchte deshalb auf die Kompetenz hinweisen, die Sie eben abgestritten haben. Sie haben selbst am 27. April 2012 dieselbe Frage – allerdings ging es da nicht um die Erhöhung, sondern die Verbilligung – von Ihrem Fraktionskollegen Maresch sehr ausgiebig beantwortet.

Damals waren Sie zuständig. Sie können es im Protokoll nachlesen, ich gebe Ihnen das. Es war wortident dieselbe Frage, nur kam sie eben von einer anderen Fraktion. Und das ist eben Teil der vielleicht nicht vorhandenen Kooperation, die wir hier heute kritisieren, sehr geehrte Damen und Herren. (*Demonstrativer Beifall bei der FPÖ.*)

Zu meiner Frage: Sie haben den Ausbau des Ring-Rund-Radwegs propagiert. Wir erleben immer wieder Chaos, wenn es um Verkehrseinschränkungen am Ring geht wie etwa durch Demonstration oder andere Dinge. Planen Sie wirklich noch nach dieser relativ pompösen Fertigstellung dieses Ring-Rund-Radweges die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht für den Ring?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Zunächst ist keine solche geplant. Wie ich bereits hingewiesen habe, werden Abschnitte an verschiedensten Stellen in der Stadt auf ihre Eignung überprüft. Die Überprüfung ist noch im Gange. Mir liegen allerdings erste Ergebnisse auch tatsächlich vor. Meines Wissens, wenn ich das auswendig richtig zitiere, dürften keine weiteren Abschnitte, die den Ring betreffen, geplant sein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke für die Beantwortung. Mit der Beantwortung der 5. Frage ist die Fragestunde nunmehr beendet.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Der Grüne Klub im Rathaus hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Gläserne Stadt statt gläserne BürgerInnen – Informationsfreiheit für mehr Demokratie und weniger Korruption“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Mag Werner-Lobo, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir haben diese Aktuelle Stunde initiiert, weil wir glauben, dass die Informationsfreiheit und die Abschaffung des Amtsgeheimnisses aus der Bundesverfassung eines der wichtigsten Themen ist, vor allem, damit Politik und Verwaltung wieder mehr Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung bekommen; und weil wir glauben, dass dieses Thema eines der wichtigsten Mittel zur Korruptionsbekämpfung ist.

Ich hoffe eigentlich darauf, dass wir hier im Wiener Gemeinderat, in der Wiener Stadtregerung, gemeinsam mit der Opposition so etwas wie einen Konsens darüber erzielen können, dass es eigentlich in unser aller Interesse sein sollte, Informationsfreiheit, Transparenz vo-

ranzutreiben und dieses Relikt aus einem obrigkeitstaatlichen Denken, das als Amtsgeheimnis in der Bundesverfassung leider noch immer verankert ist, endlich wegzubekommen.

Ich sage, das ist deswegen in unserem eigenen Interesse, weil ich unterstelle – da wage ich mich jetzt ein bisschen weit heraus –, dass alle hier anwesenden Politiker und Politikerinnen ein eigenes Interesse daran haben könnten, nicht angepatzt zu werden, nämlich wegen Korruptionsfällen, die in der Vergangenheit immer wieder das Ansehen der Politik an und für sich geschädigt und auch uns persönlich als Politiker und Politikerinnen geschadet haben.

Wir alle stehen fast unter einem Generalverdacht, weil wegen der vielen Korruptionsfälle, die in der Vergangenheit bekannt geworden sind, wir alle als Politiker und Politikerinnen uns immer wieder verteidigen müssen gegen den Generalvorwurf: Ihr Politiker seid ja alle irgendwie korrupt! Ich glaube, das beste Mittel, um unserem Berufsstand wieder zu einem gewissen Respekt, zu einem gewissen Ansehen zu verhelfen, ist Transparenz, und zwar umfassende Transparenz.

In der Bundesverfassung gibt es den Art 20 Abs 3 und 4, die das Amtsgeheimnis festlegen. Dieses Amtsgeheimnis stammt aus der obrigkeitstaatlichen Zeit und ist eigentlich durch nichts mehr zu legitimieren.

Wir fordern deswegen die Bundesregierung auf, diese Abs 3 und 4 zu streichen; und zwar nicht ersatzlos zu streichen, sondern es gibt hier einen Vorschlag von sehr, sehr anerkannten Juristen und Wissenschaftern wie Alfred Noll, Hubert Sickinger, Daniel Ennöckl, Walter Geyer, ehemaliger Chef der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft, und Franz Fiedler, ehemaliger Rechnungshofpräsident. Das ist ein Expertenentwurf, der die Transparenz und die Informationsfreiheit in der Bundesverfassung als Staatsziel festlegen möchte.

Das heißt, wir wollen, dass sich die Republik Österreich dazu bekennt, dass Politik und Verwaltung nicht etwas ist, das im stillen Kämmerlein passieren soll, sondern etwas, das für alle Bürgerinnen und Bürger, für die wir letztendlich Politik machen, zur Verfügung stehen soll; und dass all diese Dinge, die wir da verhandeln, alle Akten, alle Dokumente veröffentlicht werden sollen, und zwar nicht erst auf Nachfrage, sondern von selbst. Alles, was wir hier in Ausschüssen an Verträgen und so weiter behandeln, soll zur Verfügung gestellt werden, aber mit zwei ganz wichtigen Ausnahmen.

Die erste Ausnahme ist überall dort, wo Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Deswegen haben wir die heutige Aktuelle Stunde „Gläserne Stadt statt gläserne BürgerInnen“ benannt. Es geht ausdrücklich nicht darum, Persönlichkeitsdaten zu veröffentlichen. Da gibt es berechnete Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Persönlichkeitsdaten nicht veröffentlicht werden. Allerdings muss das begründet werden, dass es eben aus diesem Interesse nicht geschieht.

Ich sage auch explizit dazu: Das heißt nicht, dass man Akten, zum Beispiel Berichte, Untersuchungsberichte und so weiter deswegen zurückhalten soll, weil sie Persönlichkeitsdaten enthalten; sondern diese Persönlichkeitsdaten kann man schwärzen und den Rest, alles,

was für die Öffentlichkeit relevant ist, zugänglich machen.

Der zweite Punkt betrifft all jene Bereiche, wo das Gemeinwohlinteresse verletzt wird. Das betrifft in Wien wahrscheinlich relativ wenige Bereiche. Auf Bundesebene kann das Sicherheitsziele betreffen. Aber auch etwa, ich nehme jetzt ein Beispiel aus unserer Geschäftsgruppe, wenn zum Beispiel Flächenwidmungspläne verhandelt werden: In der Verhandlungsphase könnte eine unmittelbare Veröffentlichung dazu führen, dass die Grundstückspreise steigen und der Spekulation Tür und Tor öffnen. Diese Dinge müssen also in begründenden Fällen ausgenommen werden.

Wir sind jetzt in Wien in der schwierigen Situation, dass wir eigentlich damit konfrontiert sind, dass das auf Bundesebene verschleppt wird. Es hat ursprünglich sehr, sehr klare Bekenntnisse gegeben von Sebastian Kurz, und es gibt nach wie vor ein sehr, sehr klares Bekenntnis von Herrn Staatssekretär Ostermayer. Die ÖVP steht leider jetzt wieder auf der Bremse, und wie sich abzeichnet, wird sich da vor der Nationalratswahl nichts tun. Die Bürgerinnen und Bürger können dagegen etwas tun. Sie können bei der Nationalratswahl am 29. September entweder die SPÖ oder die GRÜNEN wählen, je nach persönlichem Geschmack, dann wird da sicherlich eher etwas weitergehen.

Wir Wiener und Wienerinnen wollen jedenfalls ein Transparenzgesetz auf den Weg bringen. Man kann das Hamburger Modell als Vorbild nehmen. Wir wollen das auf den Weg bringen, um wirklich so etwas wie ein Datenregister zu schaffen, so etwas wie ein Transparenzregister zu schaffen.

Man braucht dazu ein Organ, das darüber wacht, wenn Bürgerinnen und Bürger Informationen haben wollen und möglicherweise nicht bekommen, ein Organ, das als eine Art zweite Instanz diese Daten herausrücken kann. Dazu gibt es ein tolles Vorbild in Slowenien. Da gibt es eine slowenische Transparenzbeauftragte, die, wenn Daten nicht freigegeben werden, dafür sorgt, dass sie freigegeben werden. Der Weg dazu ist, glaube ich, das Wichtigste. Wir haben hier in Wien – und da bedanke ich mich sehr für die Initiative der StRin Frauenberger – ein international sehr anerkanntes, vorbildliches Modell im Bereich Open Data und Open Government geschaffen.

Ich glaube, das Erfolgsgeheimnis dafür, dass wir da internationale Preise und Anerkennung gewonnen haben und europaweit als Vorbild gelten, liegt darin, dass wir das nicht allein gemacht haben, sondern gemeinsam mit Stakeholdern und Stakeholderinnen, Experten und Expertinnen aus der Zivilgesellschaft. Regelmäßig – morgen Nachmittag zum Beispiel wieder – sitzen Menschen aus der Zivilgesellschaft gemeinsam mit der Stadtverwaltung zusammen und sagen, was wir jetzt noch offener machen können, wie Wien eine offenerere Stadt werden kann, wie Wien eine transparentere Stadt werden kann.

Es gibt eine hervorragende Initiative, nämlich die Initiative Transparenzgesetz.at, die da in den vergangenen Monaten bereits viel weitergebracht hat, das Thema in den öffentlichen Diskurs gebracht hat. Unser erklärtes Ziel ist, dass wir gemeinsam mit diesen Menschen ein

modernes Transparenzgesetz entwickeln, das dann letztendlich international Vorbild werden soll. Also schön wäre es, wenn wir es noch besser als die Hamburger machen.

Wir werden da bereits nach dem Sommer konkrete Schritte setzen. Wir werden uns mit diesen Leuten – sowohl den Experten und Expertinnen aus dem Ausland als auch mit den Initiativen – zusammensetzen, und dann müssen wir zuerst einmal schauen, was der Bund macht.

Das Ziel müsste es eigentlich sein, dass auf Bundesebene die Transparenz in der Verfassung verankert wird, dass der Bund eine gemeinsame Regelung schafft, und dass Wien sich dann hervortun kann, indem es diese Regelungen, die der Bund vorgeben sollte, besonders bürgerfreundlich, besonders bürgerinnenfreundlich auslegt. Sollte zumindest das Amtsgeheimnis fallen, wobei wir als Stadt Wien auf jeden Fall weiterhin Druck in diese Richtung machen werden, dann werden wir auf Landesebene sicherlich das modernste Transparenzgesetz Europas auf den Weg bekommen.

Da geht es um sehr viel, nämlich darum, das Vertrauen in die Politik zu stärken. Es geht darum, dass Bürger und Bürgerinnen, aber natürlich auch Journalisten und Journalistinnen, deren Aufgabe es ist, unsere Arbeit kritisch zu kontrollieren, in Unterlagen, Daten, Verträge und so weiter Einblick nehmen können.

Das ist das beste Mittel, um der Korruption einen Riegel vorzuschieben. Es wird wirklich dringend Zeit, Österreich aus dem Korruptionssumpf herauszuholen. Eine Möglichkeit ist, wie gesagt, die Wahl am 29. September. Wien wird da Vorreiter sein. Und ich zähle darauf, dass da auch die Opposition mitmacht; denn eigentlich liegt es ja im ureigensten Interesse der Opposition, Regierungsparteien zu kontrollieren. Wir bieten das an, dass wir auch kontrollierbar werden. Wir haben nichts zu verbergen. Wir wollen hier offen sein, wir hoffen darauf, dass man dieses Thema möglichst konsensual abhandeln kann.

Die GRÜNEN haben bereits vor einigen Wochen gemeinsam mit Georg Niedermühlbichler von der SPÖ eine Veranstaltung abgehalten, die sehr erfolgreich war. Auch Isabella Leeb war bei der Veranstaltung da. Daher verlasse ich mich darauf, dass zumindest die ÖVP da auch einen konstruktiven Beitrag leistet. Die SPÖ hat zu diesem Beschluss einen einstimmigen Beschluss auf ihrem Parteitag geleistet, wir GRÜNE haben einen einstimmigen Beschluss in unserem höchsten politischem Gremium geleistet. Das heißt, der Weg ist eigentlich frei für Wien. Jetzt wird es Zeit, dass auch der Bund, die Bundesregierung den Weg frei macht. – Herzlichen Dank! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass die Damen und Herren des Gemeinderates sich nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner gemeldet. – Bitte sehr.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Verehrte Damen und Herren der GRÜNEN von Herrn Lobo! Es ist schon mutig, wenn man dieses Thema der Aktuellen Stunde wählt, und gleichzeitig in seinem Resümee der derzeitigen Regierungsbeteiligung feststellen muss, dass man mehr zur Unterdrückung der Informationslast dieser Stadt beigetragen hat, als zur entsprechenden Verbreitung. Aber dass die GRÜNEN vor der Wahl Wasser predigen und jetzt Wein schlürfen, dürfte nicht nur mit der Nähe zum Herrn Bürgermeister zu tun haben, sondern hat ideologische Ursachen, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Die Open-Data-Initiative, die Sie mit viel PR-Pomp angekündigt haben, ist lediglich (*Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) – ich verstehe die Aufregung, ich kann es nachvollziehen, wenn man ertappt wird – eine bessere Info-App geworden. Es ist wirklich sehr interessant zu wissen, wo der nächste Mistkübel zu finden ist; aber ich glaube, wir verstehen etwas anderes unter Open Data. Nämlich wenn es darum geht, wirklich Einschau zu halten, wenn man als Gemeinderat Kontrolle ausüben möchte, dann heißt es Datenschutz; und die Akteneinsicht, sehr geehrte Damen und Herren – und das wissen die GRÜNEN – ist in Wirklichkeit eine Farce in dieser Stadt. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das sagst du! Was war denn mit dem Amtsgeheimnis von Berlakovich? Was das auch ein Grüner?*)

Wir brauchen mehr Transparenz des Staates, aber vor allem brauchen wir mehr Transparenz in der Stadt. Das ist wichtig, und da regieren die GRÜNEN, da haben sie die Chance, Dinge festzusetzen, Dinge hier zu machen. Eine gläserne Stadt statt einem gläsernen Bürger ist wichtig.

Ich verstehe natürlich besonders, und ich habe eine hohe Sensibilität auch dafür, dass gerade in der Zeit, wo Dinge über die NSA ans Tageslicht kommen, wo das Programm PRISM in der Öffentlichkeit ist, wo wir in nicht allzu ferner Vergangenheit über WikiLeaks gesprochen haben, es natürlich sehr schwer ist, die Grenzen auszumachen: Was sind wirklich notwendige Datensammlungen? Was ist Datenfreiheit?

So ist es wichtig, dass man darüber nachdenkt und konstruktiv – und da biete ich Ihnen auch die Kooperation an – zu diskutieren versucht und eine Lösung findet. Ich verstehe auch, dass natürlich auf Grund der Piraten, die sich jetzt neu formieren, die GRÜNEN da einen gewissen politischen Nachholbedarf haben und sich vielleicht auch, was dieses Thema angeht, positionieren. Aber es wird nichts helfen, denn Sie haben es in der Hand, in dieser Stadt auch wirklich etwas zu tun.

Wir wollen keinen gläsernen Menschen, wir wollen keinen Überwachungsstaat, das sei hier klar festgestellt. Wir wollen, dass die Privatsphäre des Einzelnen gesichert wird. Und da unterscheiden wir uns wahrscheinlich sehr stark von den GRÜNEN. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Warum?*) Geschützt gehört, was privat ist und mit dem Eigentum zu tun hat. Transparenz soll sein, wo Steuergeld im Spiel ist. Das ist ein ganz wesentliches Statement, das ich dazu abgebe, und daran werden mich die GRÜNEN ganz genau messen. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Kollege Lobo! Sie werden vielleicht überrascht sein, aber ich unterstütze Sie in einem ganz wichtigen Punkt: Mehr als 90 Staaten haben bereits ein Informationsfreiheitsgesetz, Österreich noch nicht. Österreich hat auch als letztes Land der EU dieses Gesetz nicht. Einer, der sich dafür eingesetzt hat, das wird Sie nicht überraschen, ist unser Staatssekretär Kurz. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Er setzt sich ein, aber nicht durch in der eigenen Partei!)*

Er hat dazu nämlich bereits einen Antrag formuliert, nämlich eines Informationsfreiheitsgesetzes. Ich würde mich freuen, wenn – weil es ein Verfassungsgesetz ist – auch jetzt hier, in dieser Legislaturperiode mit den GRÜNEN noch eine Einigung gefunden werden könnte, damit wir das beschließen. Denn das ist wirklich ein Mittel gegen Verheimlichung, gegen Korruption. Es liegt auf dem Tisch. Die ÖVP ist Vorreiter, liebe GRÜNE! Ihr braucht nur zuzustimmen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Klaus Werner-Lobo: Die ÖVP ist Vorreiter in der Korruption! – Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Ich weiß, dass die Einschaumöglichkeit eine unangenehme Geschichte ist und, Herr Lobo, Sie brauchen nur ein Beispiel zu nehmen. Nehmen Sie den Subventionsbericht her, den wir gestern wieder gefordert haben, den Sie abgelehnt haben: Transparenz in allen Belangen! Warum gibt es keine Transparenz zum Thema Subvention in der Stadt Wien? Das wurde von Ihnen, von der Regierungsfraktion, abgelehnt. Sie hätten es in der Hand gehabt, die Dinge hier weiterzuentwickeln, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich denke, Open Data ist ein sehr wichtiges Thema, und auch der Umgang mit Demokratie in vielen Bereichen, mit Bürgerbeteiligung, mit Bürgermitbestimmung, E-Partizipation wäre ein wichtiger Punkt – nicht das Drüberfahren bei der Mariahilfer Straße und in vielen anderen Projekten, nicht das Ausradieren von 150 000 Unterschriften, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine Politik, die man eher im Kreml anfinden kann als in Wien; aber auch in Wien ist diese Art von Politik offenbar besonders stark ausgeprägt, seit die GRÜNEN in der Regierung sind. Jetzt versuchen sie nachzurudern.

Ich kann noch einmal sagen: Beginnen Sie dort, wo Sie Regierungsmacht haben, nämlich in Ihrem eigenen Verkehrsressort. Da können Sie offenlegen, was Sie wollen, und das sollten Sie auch, dann würden bessere Ergebnisse herauskommen.

Abschließend lassen Sie mich sagen: Dort, wo die ÖVP mitregiert, gibt es direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und Transparenz; wo aber Rot-Grün regiert, gibt es Informationsunterdrückung, Informationsmanipulation, und es wird über den Bürgerwillen drübergefahren! – Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Dort, wo die ÖVP regiert, gibt's Korruption!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Danke auch, dass Sie mich kurz ersetzen! Meine Damen und Herren!

Das Thema ist sehr wichtig, da gebe ich den GRÜNEN durchaus recht. Man sieht auch, dass die Wichtigkeit dieses Themas eine Fraktion in diesem Haus fast überhaupt nicht interessiert. Vor mir sehe fast nur leere Reihen, die Frau Kollegin Straubinger ausgenommen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Und auf der rechten Seite der SPÖ ist es auch noch gut besetzt, ansonsten sind die Reihen der SPÖ – entschuldigen Sie, Herr Kollege – doch eher dürrig besetzt. So viel dazu, das ist auch durchaus bezeichnend.

Aber, Herr Kollege, eines darf ich Ihnen schon noch sagen. Sie haben versucht, sich mit den verfassungsgesetzlichen Bestimmungen auseinanderzusetzen. Wenn Sie das wirklich gemacht hätten, hätten Sie Ihr Anliegen vielleicht auch in der richtigen Sitzung eingebracht, nämlich in der Landtagssitzung. Das nur nebenbei, dort hätte es, wenn überhaupt, hingepasst.

Sie wissen, auch der Landtag kann über bundesverfassungsgesetzliche Regelungen schwer entscheiden. Aber ich unterstreiche das noch einmal, und darum ist es auch wichtig, dass wir das heute diskutieren können. Die Zeit ist leider Gottes sehr knapp. Die Wichtigkeit des Themas ist außer Frage gestellt, also zumindest für uns Freiheitliche.

Was wir in der Stadt tatsächlich tun könnten und was jetzt in diese Diskussion – es ist immerhin eine Gemeinderatsdiskussion – durchaus gehört, möchte ich Ihnen sagen. Dazu hat schon der Herr Kollege Stiftner Ihnen mitgeteilt, dass die GRÜNEN das zwar gerne nach außen posaunen, aber im eigenen Vollzugsbereich, dort, wo sie es können, dann doch nicht so leben, wie Sie es jetzt so schön vorgebracht haben.

Sie können sich erinnern: Die ÖVP war es, die eine Anfrage bezüglich der Beraterverträge an die Frau Stadträtin gestellt hat. Ich glaube, sie hat die Anfrage von Ihrem Kollegen Öllinger im Nationalrat abgekupfert. Das wurde ungefähr so oder genauso gestellt an die Frau Stadträtin. Die Frau Stadträtin hat keine Antwort dazu gegeben. Nachträglich hat sie dann gesagt, nein, wir haben eh keine. In der eigentlichen Anfragebeantwortung hat sie aber ziemlich wenig Transparenz walten lassen.

Interessant ist auch die Ausrede des grünen Justizsprechers, Herrn Albert Steinhauser, der sich dann hingekümmert hat zur Meinung, die Wiener Situation sei landesgesetzlich vorgegeben. – Schwachsinn, Blödsinn, stimmt nicht! Sie werden weder in der Stadtverfassung noch in der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien noch in der Geschäftsordnung irgendwo einen Hinweis darauf finden, dass hier eingeschränkt geantwortet werden müsste. Das Einzige ist der eigene Wirkungsbereich, das ist klar, aber der war ja zweifellos gefragt.

Die Einschränkungen – und das haben Sie ja eigentlich ganz richtig ausgeführt – sind natürlich bundesverfassungsgesetzlich gegeben, das betrifft den Datenschutz. Ich bin nicht wirklich der Verteidiger der ÖVP, aber interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die ÖVP-Minister auf Bundesebene sehr viel auskunftsfreudiger sind als die grüne Stadträtin. Das nur dazu. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Über den Pestizideinsatz zum Beispiel, da ist er sehr auskunftsfreudlich, der Berlakowski.)*

vich!)

Das Zweite darf ich Ihnen auch noch anführen. – Wie gesagt, ich bin nicht der Verteidiger der ÖVP. Machen Sie sich das mit der ÖVP aus. – Aber eines aus eigener Erfahrung mit der Frau Vizebürgermeisterin darf ich Ihnen anführen, Herr Lobo. Ich habe am 26. Jänner 2011 an die Frau Stadträtin, an alle Stadträte im Übrigen, eine Anfrage gestellt, nämlich hinsichtlich in diversen Medien geschalteter Inserate.

Ich hatte eine nicht sehr ergreifende Antwort von der Frau Stadträtin, obwohl ihre Antwort zu dem Zeitpunkt ziemlich einfach gewesen wäre. Sie hätte sagen können: In der kurzen Zeit habe ich noch gar keine Aufträge gegeben. Oder sie hätte die wenigen, die sie eben gegeben hätte, erwähnen können. Irgendwann hat sie es dann eh großartig verkündet. Das ist dann auch in der „Presse“ gestanden, da hat sie sich damit gerühmt.

In meiner Anfragebeantwortung hat sie ausschließlich darauf auf die Anfragebeantwortung des Herrn StR Oxonitsch hingewiesen, hat das also quasi als ihre Anfragebeantwortung übernommen. Und darin steht: „In Anbetracht der großen Anzahl und des damit verbundenen administrativen Aufwandes erscheint diese Erhebung nahezu unmöglich“ - nämlich die Inseratenbeauftragung bekannt zu geben - „wirtschaftlich jedenfalls nicht gerechtfertigt“. – Das ist das wahre Interesse der GRÜNEN an Transparenz, meine Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Also weniger Schein, mehr Sein, Herr Kollege! Es hindert Sie auch niemand daran, hier, auf Landes- und Gemeindeebene, tatsächlich Initiativen zu setzen. Ich warte darauf. Wenn Ihre Initiativen klug sind, werden sie durchaus unsere Zustimmung haben. Nur machen Sie es! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wir sind ja auch noch hinten nach. Es wurde auch schon gesagt, es gibt nicht einmal die Transparenz für die Gemeinderäte und die Abgeordneten. Ich werde dann noch in der nächsten Diskussion in der Schwerpunktdebatte einiges dazu sagen. Sie sind ja auch hinten nach mit Ihrem eigenen Regierungsübereinkommen, wo Sie selbst aufgelistet haben, was Sie im Sinne der Kontrolle alles vor haben. Ausgegliederte Teile der Gemeindeverwaltung sollen einer ausreichenden Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat unterworfen sein. – Davon haben wir auch noch nichts gehört von Ihnen. Also: Mehr Sein als Schein, Herr Kollege! *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste ist Frau GRin Novak zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Barbara **Novak** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich bin sehr dankbar für das heutige Thema, weil es mir Gelegenheit gibt, nach sehr vielen Jahren als Mitglied in diesem Haus einmal einen Streifzug in Richtung Open Government, E-Government, Open Data Informationsfreiheit zu geben. Das ist ein Bereich, in dem sehr, sehr viel in der Stadt Wien weitergegangen ist in den letzten, ich würde sagen, 15 bis 20 Jahren; denn da hat dieser Prozess, der ja ein Prozess der gesamten Verwal-

tung des Magistrats, ein Prozess der Grundhaltung ist, ungefähr begonnen.

Ich erinnere an all die Bestrebungen, die sehr gut schon in den 1990ern umgesetzt wurden zum Thema New Public Management, also die Veränderung des Magistrats von einer sehr technokratischen, bürokratischen Einrichtung hin zu einer kundenorientierten, bürgernahen, bevölkerungsnahen Verwaltung, hin zu mehr Partizipation, Mitsprache, Transparenz und damit zu höherer Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden, also der Wienerinnen und Wiener mit der Verwaltung und den Dienstleistungen.

Es geht also um ein neues Selbstverständnis, es geht in Richtung Public Government. Es ist also auch ein Abgehen von, wenn man so will, Geheimnissen, Mausechelen, vom Bewahren und Beschützen von Daten oder Informationen, die man vor irgendetwas – meistens vor einer Gefahr, die von außen droht – beschützen müsste, hin zu einer Öffnung der Verwaltung im Allgemeinen.

Dazu hat die IT, meine ich, einen sehr wichtigen Beitrag geleistet, nämlich eine Beschleunigung herbeigeführt. Der Einsatz von IT hat im Bereich E-Government viele Prozesse einfacher oder überhaupt erst möglich gemacht und führt jetzt in der großen europäischen Initiative Public Sector Information und am Ende auch hier in Wien unsere Open-Data-Initiative dazu, dass ganz klar auch regionale Wertschöpfung durch die Herausgabe von Verwaltungsdaten passieren kann.

Die Open-Data-Initiative, die die Stadt Wien als erste Stadt in Österreich gesetzt hat, hat gezeigt, dass es sowohl wirtschaftlich als auch wissenschaftlich Sinn macht, Daten zur Verfügung zu stellen, dass es vor allem auch wirtschaftlich innerhalb des eigenen Hauses Sinn macht. Am meisten profitieren, das hat sich ganz klar gezeigt, die eigenen Einrichtungen, also die Magistratsabteilungen, die miteinander zusammenarbeiten, wenn sie Daten in einer ordentlichen, maschinenlesbaren und guten Form zur Verfügung haben und damit viel effizienter und schneller arbeiten können.

Es gibt daher ein ganz klares Bekenntnis zur Informationsfreiheit. Es gibt ein ganz klares Bekenntnis dazu, diesen Prozess weiterzuführen, den wir vor vielen, vielen Jahren begonnen haben. Wer A sagt, muss in diesem Fall auch B sagen, und das wollen wir. Ich würde es ähnlich wie die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen ausdrücken und sagen: Wir wollen der repräsentativen Demokratie ein Update verpassen. Wir wollen also den nächsten Schritt machen, den nächsten Level hier erreichen.

Dass es dabei natürlich auch darum geht, personenbezogene Daten zu schützen; dass es natürlich auch darum geht, sich ganz genau anzuschauen, in welchen Bereichen wir sensible Daten haben, die in unser aller Interesse, im Interesse der Wienerinnen und Wiener nicht veröffentlicht werden dürfen, ist selbstverständlich, das setze ich voraus. Es ist klar, dass wir über so etwas nicht sprechen beziehungsweise hier Vorkehrungen treffen.

Wir sagen aber ganz klar Ja dazu, IT einzusetzen, um Partizipation stärker zu ermöglichen. Auch dafür ein

herzliches Dankeschön an die zuständige Stadträtin Frauenberger, die es erstmalig ermöglicht hat, ganz breit einen Partizipationsprozess wie den Charta-Prozess aufzusetzen, der so, in dieser Form eben nur durch den IT-Einsatz möglich war und auch ein Beitrag ist, um diese Öffnung, diese Transparenz herzustellen.

Das Einzige, wo ich sage, da bin ich nicht so naiv, dass ich glaube, dass ein IFG oder dieser Prozess dazu führt, dass Korruption generell verhindert wird. Dort, wo kriminelle Energie vorhanden ist, ist sie auch mit einem IFG vorhanden. Da werden wir viel mehr und weitere Maßnahmen setzen müssen. Aber der Weg ist ganz klar der richtige und wird zu einem Mehr an Demokratie führen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner, bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Der Kollege Stiftner hat sehr vorsichtig formuliert und gesagt, er hält es für mutig, dass von Seiten der GRÜNEN und vom Kollegen Lobo die Informationsfreiheit angezogen wird. Ich würde da ein bisschen was drauflegen. Ich halte es nicht für mutig, ich halte es für unverfroren, dass eine Zudeckerpartei *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP.)*, dass eine Partei, die im Nu von Aufdeckern zu Zudeckern, von Mitbestimmern zu Drüberfahrern geworden ist, sich hier herstellt und mehr Informationsfreiheit und eine gläserne Verwaltung fordert und sich dann nicht geniert, den Bund dafür verantwortlich zu machen!

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Für die Transparenz, für die Sie selber sorgen können, braucht man kein einziges Gesetz zu ändern, schon gar nicht die Bundesverfassung. Das hat mit der Amtsverschwiegenheit nichts zu tun. Es fehlt Ihnen schlichtweg der politische Wille, für Transparenz zu sorgen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich darf Ihnen ein paar Beispiele dafür bringen: Die gewählten Oppositionsabgeordneten haben nicht einmal das Recht auf die Akten, über die sie selbst zu befinden haben, dass sie die zugestellt bekommen, dass man sie in Kopien bekommt. Da sind wir vom Goodwill der Stadträte abhängig. Und Sie wollen alles ins Netz stellen, wo Sie nicht einmal bereit sind, den eigenen Abgeordneten, die gewählt sind - und das sind nicht x-beliebige Bürger, sondern diejenigen, die Beschlüsse fassen sollen, die Sie kontrollieren sollen -, das in elektronischer Form zukommen zu lassen. Sie haben Angst vor dem Obrigkeitsstaat und behaupten, dass das Amtsgeheimnis etwas mit dem Obrigkeitsstaat zu tun hat. *(Aufregung bei GR Mag Klaus Werner-Lobo-)*

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit, wo in allen Lebensbereichen vor allem die GRÜNEN einen Obrigkeitsstaat implementieren wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Schauen Sie sich Ihren Masterplan Verkehr an! Sie wollen den Menschen vorschreiben und lassen das beschließen, wie sie ihr Mobilitätsverhalten zu gestalten haben. Das ist Obrigkeitsstaat Marke Grün! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Es geht ja weiter. Wo ist die Transparenz bei den

Subventionen? Gibt es nicht. Wo ist die Transparenz bei den Anfragebeantwortungen? Man sieht es ja auch bei den mündlichen Anfragen, man sieht es bei den schriftlichen Anfragen. Wenn man die Frage stellt: Inseratenlamine der Stadt Wien, wie ist das auf die verschiedenen Medien aufgeteilt? Wie füttern Sie die Medien an? Dann kriegt man zur Antwort, das würde bedeuten, dass man die Mitarbeiter in die Archive schicken muss und dafür ist man sich zu schade. Man gibt es einfach nicht bekannt, wie viel Geld in die einzelnen Medienkooperationen fließt. Das ist nicht Amtsgeheimnis, sondern das ist Unwillen. Das ist im Prinzip auch eine Form von Korruption, von legalisierter Korruption! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Oder die systematische Aushöhlung und Entmachtung des Gemeinderates, der Ausschüsse. Es werden Fonds errichtet, wo außer den Regierenden niemand mehr drinnen ist, wo die Opposition in Beiräte abgeschoben wird, wo man überhaupt nichts mehr erfährt, wo man mit Papierln zugemüllt wird und wo man überhaupt nicht in die Entscheidungsprozesse eingebunden ist. Machen Sie doch einmal diese Entscheidungsprozesse transparent, bevor Sie alle Daten von behördlichen Verfahren ins Netz stellen wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und der Lobbyismus, der sich im Hintergrund abspielt, und der Kollege Chorgherr im Planungsbereich ist ja ein Beispiel dafür, wie schnell sich alles ändert. Ja, jetzt wo man selber widmen kann, umwidmen kann, wo man dabei ist, da will man dann auf einmal nichts mehr wissen, weil Sie wissen ja, was gut für die Leute ist und nicht nur die Menschen vor Ort, die sich in ihrer Lebensqualität bedroht fühlen, sondern Sie wissen es! Wo ist da die Transparenz, die Sie einmahnen? Fangen Sie bitte in Ihrem eigenen Bereich an! Oder warum gründen Sie einen Verein nach dem anderen, der öffentliche Aufgaben wahrnimmt und zu 100 Prozent von Steuermitteln lebt? Wo ist die Transparenz bei den Vorstandsbezügen? Sie machen es ja genau deswegen, damit Sie aus der Öffentlichkeit flüchten, damit Sie aus dem öffentlichen Dienstrecht rauskommen *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*, damit Sie Ihren Parteigängern die mehrfache Gage zuschanzen können, die man hier im Magistrat verdienen kann. Das ist Transparenz von Marke Rot-Grün! Und bevor Sie damit nicht aufhören, hören Sie auf, neue Gesetze zu fordern und schaffen Sie die Transparenz, die Sie ohne ein Gesetz bewerkstelligen können! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile ihm das Wort.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich meine, dass der Goethe im „Faust“ einmal gesagt hat: „Die Botschaft hör' ich wohl, nur, allein, mir fehlt der Glaube!“ Ich glaube, was Schöneres kann es ja nicht sein, weil dass die GRÜNEN, die seit zwei Jahren in der Regierung sitzen, jetzt hergehen und ein Thema anziehen, das sie tagtäglich leben könnten und selber nichts davon umsetzen - das war jetzt die Steigerungstufe vom Roman Stiftner zum Wolfgang Aigner -, da sage ich einmal, ich finde das eigentlich eine Chuzpe, wenn nicht

noch ein bisschen was drauf. *(Beifall bei der ÖVP und von StR David Lasar.)*

Die besondere Bürgerfreundlichkeit herauszuheben, die die Barbara Novak angezogen hat, und ich schätze sie sehr - nur wenn wir alle schon so super da herinnen sind und vor allem die Stadt Wien, dann frage ich mich, warum bis heute der Datenaustausch unter den Magistratsabteilungen nicht funktioniert und zu einer einzigen Ortsverhandlung immer noch zehn Magistratsbeamte hinrennen müssen? Dann frage ich mich: Wo ist das geblieben? *(Zwischenruf von Amtsf StRin Sandra Frauenberger.)* Na sicher hat es was damit zu tun, na selbstverständlich, weil das One-Stop-Shop-Prinzip hätte man schon lange machen können. Wenn man will, kann man vieles tun, aber wer es nicht will, der macht es halt nicht. *(Beifall bei der ÖVP. – GRin Barbara Novak: Unterschiedliche Expertisen!)* Ja, aber die kann ich vorher einholen. Also da reicht es, wenn eine Dame oder ein Herr hingehet, da muss ich nicht zehn hinschicken.

Im Übrigen, ich sage nur, Wiener Wohnen. Die Auftragsverträge den Mieterinnen und Mietern transparent in die Häuser zu hängen, damit sie wissen, die Firma XY ist beauftragt, kostet XY, es sind so und so viel Quadratmeter, dann wissen die Mieterin und der Mieter genau, aha, die malen 50 m² aus. Aber in der Rechnung sind dann 150 – interessant! Was ist da mit der großen Transparenz? Bei den Bauern habt ihr verlangt, dass man die Subventionen ins Internet stellt. Ihr habt alle vor den Kadi geführt, die persönlichen Daten! Die persönlichen Daten! *(GR Godwin Schuster: Wir haben sie wieder weggenommen aus dem Internet!)* Und was macht's ihr? Nichts! Ihr seid nicht einmal in der Lage, einen Subventionsbericht herauszugeben! So schaut's aus! *(Beifall bei der ÖVP. – GR Godwin Schuster: Steht nicht mehr drinnen!)* Na sicher. *(GR Godwin Schuster: Nein!)* Im Übrigen, da könnte ich noch ein bisschen was dazu sagen, hat die Stadt Wien auch genug gekriegt. *(GR Godwin Schuster: EU-Förderung!)* Also so ist es ja auch nicht. Aber das ist natürlich nicht drinnengestanden, weil es keine persönliche Person ist.

Im Übrigen, Kollege Lobo, weil Sie das Hamburger Modell so hochgepriesen haben, sage ich Ihnen schon auch: Da gibt es durchaus auch kritische Stimmen so wie zum Beispiel den Schweizer Ökonomen Gerhard Schwarz, der gesagt hat: „Der Transparentismus, der jetzt überall gefordert wird, ist durchaus auch freiheitsgefährdend.“ Ich meine, Sie wissen auch ganz genau, wovon er spricht, weil so einfach ist es dann auch wieder nicht, denn Persönlichkeitsschutz mit einer Transparenzbeauftragten, die Slowenien vielleicht hat, in Hamburg ist es ein Datenschutzbeauftragter – na ja, wer bestimmt den dann? Wird der gewählt? Woher kommt er? Nach welchen Kriterien entscheidet der? Also lassen wir die Kirche im Dorf.

Im Übrigen, weil wir jetzt gerade den Rechnungsabschluss gehabt haben, eine so eine Schwarte. Ich glaube, in diesem Gemeinderat herinnen, und das traue ich mich offen zu behaupten und ich muss den Kollegen Margulies wirklich loben, denn er ist, glaube ich, der Einzige, der sich auskennt. Das sage ich auch ganz unverfroren. Nur, warum habt ihr das nicht schon lange

transparent gemacht, maschinenlesbar, mit Suchfunktionen, dass man die Posten sofort findet, nicht in zig Pöstchen und Posten nach ... *(Aufregung bei den GRÜNEN.)* Ja, das hättet ihr aber schon machen können! Ihr seid zwei Jahre in der Regierung, Freunde! So schaut's aus! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Mag Günter Kasal.)*

Ich meine, ihr glaubt's ja wohl, wenn man eine Schwarte hingeschmissen kriegt, das ist so wie der berühmte Knochen für den Hund: Friss oder stirb. Aber so geht's halt leider nicht.

Im Übrigen das Sonderkündigungsrecht im Hamburger Modell: 30 Tage ist es transparent und sind die Verträge einsehbar. Da können sich die Bürgerinnen und Bürger melden, wenn sie was dagegen haben. Ich halte das persönlich durchaus für wettbewerbsverzerrend, unwirtschaftlich und es wird wohl oder übel auch, sage ich jetzt einmal, den Wettbewerb insofern einschränken, dass er schmaler wird.

In diesem Sinne, liebe grüne Freunde, nehmt euch an der Nase. Macht die Dinge, redet es nicht an und merkt euch eines, und das hat der Woodrow Wilson einmal gesagt: „Der Staat darf nicht lenken. Er soll Bedingungen schaffen, aber nicht Individualisten formen.“ Danke. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Mag Günter Kasal.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Ellensohn gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist relativ einfach, wenn man über Korruption spricht und das nicht im politischen Umfeld macht, sondern mit der Bevölkerung. Da stellt man drei Fragen, da kriegt man drei Mal eine Antwort, die in dem Haus auch nicht anders ausfällt: Gabi Moser oder Walter Meischberger, Peter Pilz oder Ernst Strasser, Rolf Holub oder der fünfeinhalb Jahre Haft ausgefasste Josef Martinz. Drei Mal kommt als Ergebnis der Grüne raus. Vertrauen bei der Korruptionsbekämpfung gibt es in der Bevölkerung wenig, erstens einmal, und wenn es eines gibt, glauben tun sie es ausschließlich den drei Genannten Moser, Pilz und Holub, aber sicher nicht den von mir aufgezählten ÖVPlern und FPÖlern! *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Ja ja, bei den GRÜNEN!)* Die Korruption ... Herr Stiftner, Sie pöbeln da vorne, Sie pöbeln da hinten, die Frau Feldmann wäre eigentlich aufgerufen, Sie zur Ordnung zu rufen. Wenn ich das machen würde, würde sie zu mir sagen: So geht's nicht. Sie haben wirklich von der ersten Sekunde an, wenn Sie hergehen, Fragestunde, et cetera, erster Satz, erster Halbsatz, immer eine Unhöflichkeit nach der anderen. Aber wir sind es gewohnt und es ist auch nicht so schlimm. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Es ist auch nicht so schlimm, es ist auch nicht so schlimm. Der Klaus Werner-Lobo hat das heute anders versucht. Es nützt nichts. Sie machen Ihre vorgeschriebene Rede, das ist vollkommen egal. Ich habe es ihm auch gesagt, es wird nicht auf fruchtbaren Boden fallen - ist es nicht. Die Korruption richtet ... *(Aufregung bei Dipl-Ing Roman Stiftner.)* Na gehen Sie, der kommt da raus und redet irgendwas von Alkohol, et cetera. Soll ich Ihnen eine Liste von den ÖVP-Bürgermeistern in Vorarlberg geben,

die ich persönlich kenne, die alle in der Nähe wohnen, mit Autounfällen mit etwas über 1,0 Promille? Es ist mehr als eine Hand voll, ja, es ist mehr als eine Hand voll. Das tut aber nichts zur Sache. Es fahren eine ganze Menge konservativer Bürgermeister besoffen in den Graben. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Recherchieren Sie einfach im Vordergrund, recherchieren Sie einfach im Vordergrund! Ich komme aus der Gemeinde Weiler als Stichwort dazu, Gemeinde Weiler. Recherchieren Sie einfach nach!

Zur Sache. Die Korruption ist nämlich kein Spaß und kostet uns, und da gibt es viele Berechnungen. 17 Milliarden EUR im Jahr gehen durch Korruption verloren. Wo kommt das alles her? Strasser, Karl-Heinz Grasser, Mensdorff-Pouilly, Meischberger, alle kann man aufzählen. Und wenn dann jemand herauskommt, weil er verzweifelt, wenn man ihm die Verbrecher vorliest, dann kommt die FPÖ raus und liest der SPÖ den Lucona-Skandal und den AKH-Skandal vor, die wohl Skandale waren, aber zum Glück schon lang her sind. Neuere Personen werden ... (*Aufregung bei der FPÖ.*) Politische MandatsträgerInnen von der SPÖ werden in dieser Diskussion nicht angepatzt, von den GRÜNEN keine, seit es uns gibt. Und von Ihnen packelweise Leute! Die Korruption hat in Österreich eine Farbe und die ist Blau-Schwarz. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*) Der Josef Martinz ist es nämlich schon wert, hier erwähnt zu werden, hat was gestanden und darum diese Haft ausgefasst. Er hat gesagt, ich hab' irgendwas schlecht gemacht bei diesem Hypo-Gutachten, dem sogenannten Hypo-Gutachten. Zurücktreten hat er sowieso müssen, ist eh klar. 12 Millionen EUR hat er für ein Gutachten kassiert. Dann hat man gesagt, das ist schon ein bisschen viel, ohne Problem 6 Millionen. Also die Leistung war über Nacht die Hälfte wert. Moment! Und was hat er mit dem Geld gemacht? Was hat er mit dem Geld gemacht? Er sagt selber, ich habe illegale Parteienfinanzierung für die ÖVP ermöglicht. Das sagt der Martinz. Das ist ein ÖVPLer, nur damit das klar ist! Kennen Sie einen Grünen, der das gesagt hat, der verurteilt, angeklagt ist? Oder einen von der SPÖ? Sagen Sie mir einen! Es ist immer das Gleiche. Die Frage lautet immer: Machen Sie es besser? Bringen Sie ein Beispiel! Machen Sie es schlechter? Es kommt immer kein Beispiel, es ist jedes Mal das Gleiche. Der Herr Martinz ist mittlerweile zurückgetreten.

Das Amtsgeheimnis brauchen Sie als Pestizidgeheimnis. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Das ist das, was Sie brauchen! Sie brauchen ein Pestizidgeheimnis, um das Bienensterben zu vertuschen. Die ÖVP ... Wir haben ja gelacht zwischendurch. (*Aufregung bei der ÖVP.*) Die ÖVP, die ÖVP ist Vorreiter. Der Roman ist der George und der Herr Stiftner ist der Orwell. So passt das Paket, ja, so geht sich das aus. (*Heiterkeit bei GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*) Was kann man denn tun, was kann man denn gegen Korruption tun? Erstens selber saubere Hände haben. Sehe ich nicht, sind alle unter der Bank, wurscht. Antikorruptionsvolksbegehren der GRÜNEN unterschreiben. Open Data ermöglichen, wird ausgebaut, hat Sandra Frauenberger schon gemacht, bevor wir in der Regierung waren. Den Weg gehen wir immer noch weiter, bekommen auch internationale Preise dafür.

Informationsfreiheitsgesetz schaffen und die zentrale Frage: Weg mit dem Amtsgeheimnis. Das kommt aus anderen Zeiten, das passt heute nicht mehr, ist Bundesache. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass das Angebot, das Klaus Werner-Lobo formuliert hat, nämlich, machen wir das gemeinsam, nur dazu geführt hat, dass die ÖVP sofort herausgepöbelt hat. Ich nehme an, Sie wollen es nicht gemeinsam machen. (*Aufregung bei FPÖ und ÖVP.*) Ich hoffe, es gibt im Herbst die Möglichkeit, das zu machen, ohne dass wir gezwungen sind, das gemeinsam mit Ihnen zu machen, weil das dauert wieder so lange. Das ist wie die Bildungsblockade und alles, das dauert Jahrzehnte. Wünschen tu ich mir eine andere Mehrheit. Nach 27 Jahren ÖVP-Bundesregierung – bitte, irgendjemand muss uns erhören, am liebsten der Wähler und die Wählerin! Vielen Dank. (*Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der GR Blind. Ich erteile ihm das Wort.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Zuallererst, ich finde es meines Erachtens nach recht peinlich, wenn der Klubobmann einer Regierungspartei seit zweieinhalb Jahren hier immer dieselbe Rede hält. Es ist ... (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Aufregung bei den GRÜNEN.*) Es ist nicht nur peinlich, sondern auch jämmerlich und dieses Hauses unwürdig, wenn man eine glatte Themenverfehlung beim eigenen, sich selbst gegebenen Thema hinlegt, Herr Kollege Ellensohn! In der Schule in Deutsch hätte man dafür ein Nicht genügend wegen Themenverfehlung bekommen und wahrscheinlich auch einen Dreier in Betragen, aber ... (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Wenn wir jetzt schon bei der Zeugnisvergabe sind ... (*GR Kurt Wagner: Ja und wo?*) Herr Kollege, ich bin sogar in Wien in die Schule gegangen und habe es recht gut geschafft und mein Leben dennoch gemeistert. (*Heiterkeit bei der FPÖ. – GR David Ellensohn: Wer weiß!*) Bitte? Sehen Sie, Herr Kollege, ich habe leider nur noch vier Minuten. Wir können uns dann nachher über die Bildungskarrieren von uns beiden unterhalten. (*Heiterkeit bei den GRen David Ellensohn und Mag Rüdiger Maresch.*)

Wir sehen es im Grunde genommen ähnlich wie die GRÜNEN, dass der Zugang zu öffentlich verfügbaren Daten erhöht werden muss. Das ist keine Frage, weil als Vorreiter in diesem Land, was die direkte Demokratie betrifft, sagen wir natürlich: Direkte Demokratie setzt die umfassende Information der Bevölkerung voraus. Meine Damen und Herren, da sind wir Vorreiter! Sie sind die Vorreiter im Vertuschen, im Verschleiern und natürlich auch im Verschieben von Posten von der öffentlichen Seite zu Beauftragten in ausgegliederte Bereiche. (*Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.*) Sie haben es zur Exzellenz gebracht, ausgegliederte Gesellschaften zu gründen, Vereine zu gründen. Ich erinnere da gerade jetzt an den Verein der Freunde der Wiener Donauinsel. Wir werden uns im Integrationsausschuss vielleicht auch noch näher damit beschäftigen, was die Vergabe von Marktständen beispielsweise betrifft, von

Gelegenheitsmärkten. Alles aus dem öffentlichen Bereich herausgegangen, alles hinein in ausgegliederte Bereiche (*Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.*), unterliegt natürlich nicht mehr dem Beamtenrecht, unterliegt nicht mehr der Interpellation, unterliegt nicht mehr der Kontrolle der Volksanwaltschaft, und so weiter, Herr Kollege. Da sind Sie die Intransparenten! Sie sind der Meister der Intransparenz und versuchen, das als besonders transparent darzustellen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es hapert ja bei Ihnen schon an den Kleinigkeiten, denn es ist ja geradezu peinlich, wenn hier vom Kollegen Werner-Lobo mit der Open-Data-Initiative herausgekommen wird, gepriesen als unglaublicher Fortschritt. Es ist ein Fortschritt, Frau Stadträtin. Aber dann passieren Dinge wie beispielsweise bei den Wiener Linien.

Die Wiener Linien verweigern für private Anbieter Echtzeitdaten in einer Art und Weise, die unglaublich ist und müssen dann in einem langen Prozess überzeugt werden, herauszugeben, welche U-Bahn wann irgendwo ankommt. Bitte, das sind keine Geheimnisse. Das zu wissen, ist ein Recht, das jeder Bürger in dieser Stadt hat. Wir zahlen genug für den öffentlichen Verkehr und es müssen die privaten Unternehmen dann auch die Möglichkeit haben, auf diese Daten zuzugreifen. In Linz ist das zum Beispiel alles ganz anders, da war das ganz schnell. In Linz war der Zugang auf die Verkehrsdaten rasch vollkommen frei. In Wien hat es einen langen Prozess bedurft, um derartig banale Daten herauszugeben. Strengen Sie sich einmal da in Ihrem eigenen Bereich an oder kandidieren Sie für den Nationalrat! Wir sind zwar überzeugt davon, dass sie dort nicht besser aufgehoben wären, aber Sie würden wenigstens Wien erspart bleiben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das Zweite, was anzusprechen ist, ist zum Beispiel die Tätigkeit hier im Gemeinderat. Sie wollen ja Transparenz für Politiker. Wir sind da sehr dafür, Herr Kollege. Nur, warum schaffen Sie es dann zum Beispiel nicht, das, was sich hier im Gemeinderat und das, was sich hier im Landtag abspielt, in einer sinnvollen Weise elektronisch zu verarbeiten und auch abfragbar zu machen? Ich spreche da zum Beispiel von dieser Informationsdatenbank, von Infodat Wien. (*GR David Ellensohn: Haben wir ja schon!*) Wenn Sie auf ... Kollege Ellensohn, passen Sie auf, dann lernen Sie was! Wenn Sie auf Infodat klicken, haben Sie zwar ein Feld „Volltextsuche“, wunderbar, aber suchen Sie mal im Volltext! Ich hab' mich mit der zuständigen Magistratsabteilung unterhalten. Es ist eine Volltextsuche nicht möglich, Herr Kollege. Ja, aber ... (*Aufregung bei Amtsf StRin Sandra Frauenberger und GRin Barbara Novak. – GR David Ellensohn: Eine Vereinbarung!*) Ja, aber setzen Sie es um, vereinbaren Sie nichts, tun Sie was, Herr Kollege! Sie sind gewählt. Setzen Sie um! Machen Sie keine Ankündigungspolitik (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Aufregung bei den GRen David Ellensohn, Mag Klaus Werner-Lobo und Mag Rüdiger Maresch.*), machen Sie etwas!

Wie gesagt, ich hab nur noch sieben Sekunden, von der Zudeckerei der Stadt Wien, was jetzt zum Beispiel die Subventionsdatenbank betrifft, da ist genug gesprochen worden. Das möchte ich nur zum krönenden Ab-

schluss anmerken, weil es ja wirklich ein Scherz ist zu sagen, man will eine offene Stadt, aber man rückt nicht einmal die Liste der Subventionen heraus. Nehmen Sie sich selber bei der Nase. Machen Sie keine Ankündigungen, sondern Nägel mit Köpfen, Herr Kollege! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der GR Niedermühlbichler. Ich erteile ihm das Wort.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe geglaubt, dass bei diesem wichtigen Thema hier sachlich diskutiert werden kann (*Aufregung bei der FPÖ.*), habe mich aber getäuscht. Ich muss aber sagen, dass der Klaus Werner-Lobo in seiner Einleitung sehr sachlich war. Wir kennen ihn, wir wissen, er könnte es auch anders. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Aber es hat nichts genützt, weil natürlich die ÖVP und die FPÖ gleich auf dieses Thema aufgesprungen sind und gleich, und das war mir eh klar, in der Vorbereitung gesagt haben, Wien soll tun, Wien soll machen, Wien kann das allein entscheiden. Da muss man sich ein bisschen mehr in die Materie hineinbegeben. Da muss man sich auch mit jenen Menschen und Institutionen beschäftigen, die sich sehr stark für Transparenz machen und die sagen alle, wir brauchen eine österreichweite Lösung. Wir brauchen nicht in neun Bundesländern verschiedene Lösungen, wo man dann in Wien sehr viel Auskunft bekommt, in Kärnten auch dank der neuen Regierung, in Tirol vielleicht ein bisschen weniger und in Niederösterreich gar nichts. Das kann es nicht sein, denn Information ist ein Recht, das alle Bürger Österreichs gleich verdient haben, und man muss es gewähren.

Der auch Ihnen bekannte ehemalige Rechnungshofpräsident Franz Fiedler hat gesagt, er fürchtet eine Zersplitterung der Bürgerrechte bei unterschiedlichen Landesgesetzen. Daher müssen wir auf österreichischer Ebene handeln und müssen hier gemeinsam ein Gesetz zustande bringen. Das Amtsgeheimnis muss abgeschafft werden. Und hier gibt es vom Staatssekretär Josef Ostermayer ein ganz klares Bekenntnis. Er hat immer wieder gesagt, dass das Amtsgeheimnis zu Gunsten des Informationsfreiheitsgesetzes abgeschafft werden muss und es gibt auch Verhandlungen darüber. Wenn jetzt die ÖVP draufkommt - und das finde ich ja ganz lustig - und sagt, in Wien könnten wir alles machen und bei uns versuchen wir es eh, und dann immer wieder den Sebastian Kurz hervorhebt und sagt, der ist da eh dafür, in der Arbeitsgruppe sagt er, er möchte alles, dann kommt mir das so vor und der Norbert Walter weiß es, er kommt aus Tirol so wie ich und wir wissen, dort gibt es einen Perchtenlauf und da gibt es auch bei den Perchten immer so eine Maske, nämlich vorne die schöne lächelnde, freundliche, das ist der Sebastian Kurz, der für alles ist, der das auch ganz gut macht, das muss man ja zugeben, sich sehr gut verkauft (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) und der natürlich in der Informationsfreiheit für alles, jedes und so weiter ist. Und dann gibt es, wenn man die Maske umdreht, da ist sie meistens schwarz, eine böse Maske, und das ist euer Klubvorsitzender Kopf, der dann in den

Verhandlungen immer wieder sagt, na ja aber das ist nicht so, das wollen wir nicht, so haben wir das nicht gemeint. Na ja der Sebastian Kurz ist schon okay, aber der ist ein bisschen jung, der kann natürlich viel verlangen, aber wir müssen natürlich schauen, dass das auch umsetzbar ist.

Also diese zwei Gesichter der ÖVP sehen wir ja nicht nur hier, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Das müsst ihr euch halt gefallen lassen, dass ihr auf Bundesebene gefordert seid, aber natürlich diese ganze Angelegenheit verschleppt und wir in Wien hier nicht die Möglichkeit haben, eigene Vorschläge umzusetzen, so wie wir es wollen, weil natürlich, und Sie wissen das, das Amtsgeheimnis ein Verfassungsgesetz ist und wir in Wien das einfach nicht aushebeln können.

Daher wollen wir und bekennen uns dazu, dass wir eine österreichweite Regelung haben wollen. Die Bundes-SPÖ, Staatssekretär Ostermayer ist dafür, kämpft dafür. Die ÖVP ist hier gefordert, das auch zu tun und zu unterstützen. Bei der FPÖ weiß ich es nicht, die sagen zwar immer, was sie alles brauchen, aber es gibt kein tatsächliches Bekenntnis der FPÖ. Wir haben, und das hat der Klaus Werner-Lobo auch schon gesagt, die Wiener SPÖ hat einen einstimmigen Beschluss am Landesparteitag für ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild gemacht. Die GRÜNEN haben das auch. Ich weiß nicht, ob es in der FPÖ so was gibt. Sich nur hier herauszustellen und zu sagen, das hätte man gern und das hätte man gern und das hätte man gern, ist zu wenig. Bekennen Sie sich dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, und stehen Sie dazu! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Es ist schon viel darüber gesagt worden, was Wien bereits macht und machen kann, Open Data. (*Aufregung bei GR Armin Blind.*) Wir werden diesen Weg weiterhin fortsetzen. Sollte eine bundeseinheitliche Regelung nicht zustande kommen, was sehr schade wäre, werden wir in Wien natürlich auch versuchen, hier dem Bürger Information zukommen zu lassen, weil das ganz wichtig ist. Mit unserer StRin Sandra Frauenberger gehen wir schon seit Jahren diesen guten Weg. Wir werden ihn fortsetzen. Vertrauen Sie auf uns! Und wenn die Wählerinnen und Wähler am 29. September hier auch eine klare Antwort geben, können wir das umso schneller. In diesem Sinn danke schön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eine und zwei des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind. Weiters sind vor Sitzungsbeginn von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen zwei Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Von der Tagesordnung wird die Postnummer 29 abgesetzt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 6 bis 17, 19 bis 24, 26 bis 28, 30, 32 und 37 bis 44 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt

gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 1 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen:

Postnummern 1, 25, 31, 33, 34, 18, 35, 36, 2, 3, 4 und 5. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes für das Geschäftsjahr 2012 und 2013. Ich darf dazu den Direktor des Kontrollamtes Dr Pollak recht herzlich bei uns begrüßen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes auch herzlich begrüßen und bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dr Ulm, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Wolfgang **Ulm**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Und bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich Sie, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitten, sich auch der Galerie zuzuwenden. Da sitzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes, denen man hier direkt und sehr persönlich für die wirklich tolle Arbeit im Kontrollamt herzlich danken kann. (*Allgemeiner Beifall.*)

Nun eröffne ich die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus und ich erteile es ihr. Redezeit ist maximal 40 Minuten.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Schauen wir uns ganz kurz an, was denn die Aufgabe und das Ziel des Kontrollamtes ist, das jenes ist, zur Optimierung der Einnahmen und Ausgaben beizutragen, das heißt, zu einer Verringerung der Kosten beziehungsweise einer Erhöhung des Nutzens beim Einsatz der öffentlichen Mittel beizutragen. In dem Sinne unterscheidet sich das Kontrollamt eigentlich nicht von den Aufgaben der Stadtregierung, denn es ist eigentlich eine Uraufgabe der Stadtregierung, dafür zu sorgen, dass Einnahmen und Ausgaben optimal eingesetzt werden. Der große Unterschied sozusagen zwischen Kontrollamt und Stadtregierung ist, dass das Kontrollamt Prüfungen macht und Empfehlungen zur direkten Umsetzung setzt. Hier muss man leider sagen, und das wird sich im Laufe der Diskussion heute sicher auch noch zeigen und hat sich in den Berichten des Kontrollamtes leider gezeigt, dass hier die Bereitschaft, Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge umzusetzen, manchmal etwas schleppend ist und manchmal Geschwindigkeit und Enthusiasmus fehlend sind.

Ich bin nun seit knapp eineinhalb Jahren Mitglied des Kontrollausschusses und ich muss sagen, es ist ein

wirkliches äußert interessanter Ausschuss, weil man sehr viel und sehr breit sieht, was in der Stadt alles funktioniert und nicht funktioniert. Allein im Wirtschaftsjahr, das wir ja betrachten, September 2012 bis Juni 2013 waren es immerhin 5 Ausschüsse mit 424 Geschäftsstücken. An dieser Stelle möchte ich den ganz besonderen Dank des ÖVP-Klubs dem Herrn Kontrollamtsdirektor Dr Peter Pollak ausrichten und an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen herzlichen Dank für die gute Arbeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wissen Ihren sachlichen Zugang und verantwortungsbewussten Umgang mit Ihrer Kompetenz und Pflicht gegenüber der Stadt Wien und den Wienerinnen und Wienern zu schätzen. Dank auch an die Vorsitzenden Kowarik und Wolfgang Ulm, meinen Kollegen, für die ausgezeichnete Vorsitzführung für diesen Berichtszeitraum.

Einem Kontrollamt in Wien wird nicht langweilig. Gut für die Kolleginnen und Kollegen des Kontrollamtes. Nicht so gut aus Sicht der Wienerinnen und Wiener sind die Kritikpunkte des Kontrollamtes, die gefunden wurden, kleinere, viele kleinere, aber leider auch einige schwerwichtige. Und glauben Sie mir, uns allen wäre es lieber, wenn das Kontrollamt keine Empfehlungen aussprechen müsste.

Was man beim Kontrollamt besonders hervorheben muss, ist die Beharrlichkeit und die Geduld, die das Kontrollamt in einigen Fällen bewiesen hat, denn man muss leider festhalten und ich habe das vorhin schon gesagt, das Problem ist und die Kritik ist ja nicht, dass etwas passiert, das nicht in Ordnung ist. Es kann immer etwas passieren und es ist immer wieder etwas, das nicht funktioniert. Es ist die Aufgabe des Kontrollamtes, das auch aufzuzeigen. Das Problem ist die Kritikunfähigkeit in oft vielen Fällen und die Verbesserungsresistenz, die eben nicht dazu führt, dass diese Empfehlungen umgesetzt werden und die Regierung optimaler in der Effizienz- und Nutzensauswertung ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn ich heute einige Beispiele anführe, dann nicht, um in Ihren Wunden zu bohren, sondern um deutlich zu machen, wie wichtig das Kontrollamt ist und warum es notwendig ist, das Kontrollamt mit entsprechenden Kompetenzen auszustatten und diese zu erweitern. Aber dazu kommen wir später noch. Und damit alle verstehen, worum es geht und was wir meinen, möchte ich ein Beispiel ein bisschen ausführlicher darlegen, weil es vielleicht gerade ein gutes Beispiel ist und es jetzt nicht so dramatisch ist, was da passiert. Aber die Vorgehensweise der Stadt Wien, der Regierung und der Politik, das ist eigentlich das Spannende in diesem Bericht, wo ich ein paar Auszüge bringen möchte. Nennen wir es Auszug, nennen wir es „Simmeringer Kfz-Prüfstätten-Stück in elf Akten“ und ich wünsche Ihnen viel Vergnügen!

Wir befinden uns am 28. Mai 2010 um 7.45 Uhr bei der Begehung der Hauptwerkstätte Simmeringer Hauptstraße der Kfz-Prüfstelle der Wiener Linien. Was findet das Kontrollamt vor? Es wird gerade ein privater PKW begutachtet, keine Autobusse der Wiener Linien derzeit auf der Prüfstraße. Es wird gerade die Radaufhängung eines privaten PKWs ausgetauscht, ein Boot gerade

noch mit einem frischen Anstrich, Grundanstrich, ein anderes Boot bereits fertig angestrichen in roter Farbe, wie kann es anders sein, die rote Farbe der Wiener Linien. Und noch ein drittes Boot - ich erinnere, es handelt sich um eine Kfz-Prüfstelle - auf einem Anhänger.

Begehung Nummer 2 am 14. Jänner 2011, also gute drei Monate später. Was findet das Kontrollamt vor? Reparaturen an einem privaten PKW. Gut, denkt sich das Kontrollamt, na ja, jetzt waren wir schon zwei Mal da, eigentlich werden nur private PKWs repariert. Gehen wir noch einmal hin, aller guten Dinge sind drei.

Ein 3. Besuch, eine 3. Begehung am 24. März 2011. Und was findet das Kontrollamt vor? Reparaturen an drei privaten PKWs und unter dem Vordach der Prüfstelle ein stark beschädigter privater PKW, ein Wohnmobil und ein Anhänger, wie kann es anders sein, mit einem Boot. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oktober, November, Dezember, Jänner, Februar, März, also sechs Monate später die erste Stellungnahme der Wiener Linien: „Die beobachteten Reparaturen waren zu diesem Zeitpunkt auf Grund einer Betriebsvereinbarung zulässig.“ Gut. Diese Beobachtungen werden der Wiener Stadtwerke Holding weitergegeben, die entsprechend sofort eine Weisung erteilt: Es dürfen keine privaten Reparaturarbeiten in der Dienstzeit, auch nicht in der Freizeit, gemacht werden und abgestellte Fahrzeuge und Boote privater Natur seien zu entfernen. Gut. Jetzt wird ja alles besser sein.

Begutachtung Nummer 4 am 1. April 2011. Hier kommt es zu einer neuen Beobachtung des Kontrollamtes, nämlich dass die Seriennummern der Begutachtungsplaketten an einigen privaten PKWs, die im unmittelbaren Bereich der Kfz-Prüfstelle abgestellt waren, die gleichen Buchstaben aufwiesen wie die Begutachtungsplaketten an Dienstfahrzeugen der Wiener Linien.

Also bei der Stelle kann man wirklich nur allen Kolleginnen und Kollegen, die nicht im Kontrollausschuss sind, empfehlen, ab und zu diese Berichte zu lesen, weil sie wirklich aufschlussreich und sehr interessant sind, manchmal auch amüsant. Also wie gesagt, seltsame Vorkommnisse. Was macht das Kontrollamt gewissenhaft? Es verlangt eine Aufstellung der Begutachtungen, und das Ergebnis: Anzahl der Begutachtungen für private Personen im Zeitraum 1.1.2008 bis 30.6.2010: 82, Tendenz steigend, im letzten Quartal sogar verdoppelt. Interessant ist auch die Beobachtung, das ist vielleicht für später wichtig, dass das durchschnittliche Alter der Begutachtungen 17 Jahre ist. Normalerweise hat ein Auto ein Durchschnittsalter von ungefähr 7,84 Jahren. Hier fiel dem Kontrollamt auf, dass besonders alte Autos geprüft werden und es immer wieder zu wiederholten Begutachtungen kommt oder kam. Jetzt denkt sich das Kontrollamt: Gut, machen wir Überprüfungen und wollen einmal stichprobenartig wissen, um welche Uhrzeit denn diese Gutachten der privaten PKWs immer wieder gemacht wurden, weil es ja sein kann, dass es außerhalb der Dienstzeit ist und findet heraus, dass von 25 eingesehenen Gutachten 11 Gutachten zwischen 7.30 Uhr und 15 Uhr ausgefertigt worden sind. Also würde man annehmen, während der Dienstzeit. Stellungnahme 2 der Wiener Linien: „Die Begutachtung selbst fand nicht in der

Dienstzeit statt, nur die EDV-mäßige Begutachtung.“ Dem Kontrollamt fiel weiters auf, dass hier eben, das habe ich schon erwähnt, diese Begutachtungen offensichtlich ein gegenseitiger Tausch war: Du machst mir eine Begutachtung da, ich mach' dir eine Begutachtung dort.

Also entscheidet das Kontrollamt und sagt: Schauen wir uns einmal an, wie denn diese alten Autos beieinander sind und welche schweren Mängel oder so diese Autos oder diese Begutachtungen aufweisen. Und siehe da, nie, nie wurde ein schwerer Mangel an einem dieser alten Fahrzeuge festgestellt. Somit war das Anbringen der Begutachtungsplaketten immer möglich, quasi ein Passierschein. Dritte Stellungnahme der Wiener Linien: „Begutachtungsplaketten werden von der Prüfstelle prinzipiell nur für in Ordnung befundene Fahrzeuge ausgestellt.“ Also da wäre auch keine Stellungnahme möglich gewesen. Aber bitte, wir nehmen das zur Kenntnis. Am 4. April 2011 bekommt die Leiterin der Konzernrevision der Wiener Stadtwerke die Unterlagen zugespielt und sie handelt wieder und teilt mit, dass es nun eine neue Betriebsvereinbarung gibt, die den Mieterarbeiterinnen und Mitarbeitern gestattet, die Räumlichkeiten, Werkzeuge, Maschinen, das Reparieren von Kfz, privaten Kfz außerhalb der Arbeitszeit zu erledigen, maximal aber nur an drei Kfz und, das ist für später interessant, dass die Kennzeichen vorab der Dienststelle bekannt gegeben werden müssen und das Abstellen von privaten PKWs natürlich untersagt ist.

So, jetzt kommen wir zum Besuch Nummer 5. Wir haben in der Zwischenzeit 16. November 2011, also schon über ein Jahr später. Was findet das Kontrollamt vor? Einen Oldtimerbus, der später noch eine wichtige Rolle spielt, deswegen erwähne ich ihn kurz. Und am Gelände der Hauptwerkstätte erneut, wie kann es anders sein, ein Anhänger mit einem Segelboot und ein privater PKW ohne Kennzeichen.

Ich weiß nicht, warum das Kontrollamt dann noch immer nicht aufgegeben hat, aber es hat nicht aufgegeben, das meine ich mit Beharrlichkeit, und besucht die Prüfstelle noch einmal am 24. November 2011. Jetzt waren schon zwei Oldtimerbusse der Wiener Linien dort und ein privater PKW. Gerade zu diesem Zeitpunkt wird auch ein privater Kastenwagen von einem Dienstwagen der Wiener Linien abgeschleppt und direkt zur Kfz-Prüfstelle geführt und, kurze Überprüfung, er war natürlich nicht angemeldet, wie das in der Betriebsvereinbarung vorgeschrieben war.

Wir kommen zur Begutachtung Nummer 7 am 6. Dezember 2011. Die Oldtimerbusse sind weiterhin da an derselben Stelle. Aber was interessant ist, es hat sich in der Zwischenzeit schon etwas getan, nämlich das Segelboot wurde wintertauglich gemacht (*GRin Mag Ines Anger-Koch: Nein! Nein! – Heiterkeit bei der ÖVP.*) und inzwischen mit einer Plane abgedeckt.

Begehung Nummer 8 am 16. Dezember 2011. Wieder beide Oldtimerbusse an der alten Stelle. Es ist keine Tätigkeit oder keine Prüftätigkeit irgendwo feststellbar. Der Bootsanhänger mit Segelboot ist noch immer am Gelände.

Begehung Nummer 9 am 3. Jänner 2012. Es befand

sich kein Prüfpersonal in der Halle, Prüftätigkeiten fanden nicht statt. Es war quasi niemand da, es passierte nichts und es wurde festgestellt, dass hier offensichtlich wochenlang kein Betrieb war. Zusätzlich zu dem Boot gab es jetzt auch noch einen privaten Einachseranhänger, damit dem Boot im Winter nicht langweilig ist. Es kommt also zur 5. Stellungnahme der Wiener Linien und das ist jetzt sehr interessant: „Die Tagesstättenbegehungen durch das Kontrollamt erfolgten jeweils in der Pausenzeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nämlich zwischen 9 Uhr und 9.15 Uhr und zwischen 11.30 Uhr und 12 Uhr.“ Jetzt beschloss das Kontrollamt, die Auslastung der Kfz-Prüfstelle zu prüfen und bekommt dann als Antwort: „Ja, es ist ein bisschen ein Problem, weil es Auslagerungen in die Betriebsgaragen Rax gab. Deswegen ist hier nicht so ein reger Betrieb wie das sonst wäre.“ Also deswegen ist es ein bisschen weniger. (*Heiterkeit bei den GRinnen Mag Ines Anger-Koch und Ing Isabella Leeb.*)

Was macht das Kontrollamt? Es besucht die Betriebsgarage Rax. 10. Besuch am 17. November 2011. Was findet es dort? Einen privaten Wohnwagen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Jetzt kommen wir schon zur 11. Begutachtung, zur letzten, am 2. Dezember 2011 wieder in der Betriebsgarage Rax. Und was findet das Kontrollamt? Private Reifen, Sommerreifen, die natürlich über den Winter irgendwo gelagert werden müssen, aber nicht ein Paar, zwei Paar oder so, sondern für zirka 30 PKWs. Weiters steht ein privater Wohnwagen immer noch dort und in der Zwischenzeit auch ein Motorradanhänger, der ja im Winter auch nicht unbedingt gebraucht wird. Stellungnahme Nummer 7 der Wiener Linien: „Derzeit finden Gespräche über eine Betriebsvereinbarung mit der Personalvertretung statt.“ Also das ist jetzt dann, glaube ich, die 3. Betriebsvereinbarung. (*Heiterkeit bei GRin Ing Isabella Leeb.*) Was kommt heraus? Wir sind ja geduldig. Das ist jetzt weniger erfreulich, nämlich dass in den letzten Jahren sechs Personen in der Hauptwerkstätte tätig waren und dass das Kontrollamt bei der Evaluierung herausgefunden hat, dass eigentlich eine Vollzeitkraft voll ausgelastet gewesen wäre, das heißt, fünf Kräfte waren hier zu viel in der Betriebsstätte angestellt. Stellungnahme 9, das ist die absolute Nullstellungnahme von allen Stellungnahmen der Wiener Linien: „Die Daten sind in der Tiefe noch zu untersuchen. Die Wiener Linien sind bestrebt, die Personalaufteilung auf die Prüforte zu optimieren.“ Also das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: „Die Daten sind in der Tiefe noch zu untersuchen.“

Jetzt komme ich dann langsam zum Schluss dieses Berichtes. Aber ein ganz wesentlicher Punkt, der jetzt zum Vorschein kommt, ist, es wurde dann vom Kontrollamt der Marktwert erhoben, weil es ja auch um Zahlen geht: Was kostet denn das Ganze? Und da muss man schon sagen, da wird es dann natürlich ernst, weil der Marktwert der von der Kfz-Prüfstelle erbrachten Leistungen betrug im Jahr 2011 344 000 EUR. Diesem Nutzen für die Wiener Linien stand ein Aufwand von 740 000 EUR gegenüber, das heißt, 400 000 EUR Steuergeld wurden hier sukzessive in den Sand gesetzt. Stellung-

nahme Nummer 10, wie könnte es anders sein: „Die Daten sind im Detail noch zu analysieren. Derzeit wird bereits intern geprüft, welche Kostensenkungspotenziale bei der Kfz-Prüfstelle gegeben sind.“

Nach dieser langen Durststrecke kommen wir zu den Empfehlungen des Kontrollamtes. Die Empfehlungen sind eben, dass keine Arbeiten an den privaten Fahrzeugen stattfinden sollen, Abstellflächen und Räumlichkeiten sollen nicht für das Abstellen von privaten Segelbooten, Wohnmobilen, Wohnwagen, Motorradanhängern sowie für das Lagern von privaten Fahrzeugteilen genutzt werden. Also alles, was wir jetzt gehört haben, bittet das Kontrollamt sozusagen zum x-ten Mal, dass das eingehalten und gemacht wird, weil eben nach über zwei Jahren noch nichts geändert wurde. Und was ist die finale Stellungnahme der Wiener Linien? „Durch das Inkrafttreten der Betriebsvereinbarung“ - wir haben ja gehört, wie ernst diese in der Vergangenheit genommen wurde – „über die private Benutzung von Betriebseinrichtungen wurde bereits ein wesentlicher Teil der Empfehlung des Kontrollamtes umgesetzt.“ Punkt, Schluss, aus. Das ist das Ergebnis einer zwei Jahre langen Begutachtung und das ist deswegen - ich meine, es ist wirklich amüsant, wenn man das hört und liest. Aber eigentlich ist es bitterernst und bittertraurig, dass hier so langsam und unwillig vorgegangen wird und eigentlich eine Missachtung des Kontrollamtes, wenn man so mit den Erkenntnissen des Kontrollamtes umgeht. Und das muss man leider aufs Schärfste kritisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und man muss sich die Frage stellen: Wie schaut es denn aus und wie geht es denn zu, wo das Kontrollamt nicht kontrollieren kann? Und noch einmal, ich möchte das noch einmal betonen: Es geht nicht um das Fehlverhalten der Einzelnen. Ich habe volles Verständnis und ich glaube, von uns ist niemand jemandem neidig, der seine Winterreifen irgendwo abstellt. Also darum geht's nicht und das waren auch die Diskussionen im Ausschuss. Ich bitte Sie, da wirklich sachlich zu bleiben.

Es geht nicht darum, dass es Verfehlungen gibt oder dass man jemandem nicht gönnt, dass er seine Reifen oder sein Motorrad kurzfristig irgendwo unterstellt, sondern es geht darum, wie mit den Erkenntnissen und den Empfehlungen des Kontrollamtes umgegangen wird. Darum geht es, dass die interne Kontrolle versagt und Sie ein Kontrollamt brauchen, das eigentlich Ihre Urtätigkeit quasi übernehmen muss, und dann wird es weiterhin ignoriert und es wird hier nichts gemacht. Das ist die Kritik, die Sie sich gefallen lassen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ähnliches gibt es in vielen Bereichen. Ich möchte jetzt nur ein paar Auflistungen machen, zum Beispiel im jüngsten Kontrollamtsbericht der Wien Energie, Wien Strom, wo Dienstwagen für Privatnutzung in einem überbordenden Maße verwendet werden, eine ähnliche Geschichte, wie wir jetzt bei den Wiener Linien gesehen haben. Auch da fahren Autos rein, fahren raus, sind übers Wochenende irgendwo, wo sie eigentlich privat sind, eigentlich müssten sie im Dienst sein und, und, und. Auch ein interessanter Bericht, kann ich empfehlen zu lesen.

Das Problem ist eben, dass hier einerseits Steuer-

geld sozusagen verschwendet wird und die mangelnde bis keine Bereitschaft der Verantwortlichen, Maßnahmen zu ergreifen. Ist das so schwierig und warum sind Sie nicht bereit, wenn solche Missstände aufgezeigt werden, einfach Maßnahmen zu ergreifen und das umzusetzen? Das kann doch nicht so schwierig sein!

Ein Beispiel, und da kommen wir schon in andere Dimensionen, das Stadthallenbad. Hier hat das Kontrollamt leider auch einiges aufgezeigt. Es hat zum Beispiel aufgezeigt, dass StR Oxonitsch es verabsäumt hat, den tatsächlichen Sanierungsbedarf ordentlich und zeitgerecht zu erheben. Manchmal bedarf es halt auch einer Kontrollamtsaußenstelle, in dem Fall Kontrollamtsaußenstelle Leeb, die festgestellt hat, dass bereits zum Zeitpunkt und vor dem Zeitpunkt der Pressekonferenz im Winter es offensichtlich klar war, dass eine Eröffnung im Februar nicht möglich ist, dass das Becken undicht war und das hier verschwiegen wurde. Wir wissen bis heute nicht, warum, weil, wie gesagt, ein Fehler jedem passieren kann. Aber es geht eben darum, transparent zu sein und Fehler so schnell wie möglich auszubügeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bis heute gibt es keinen Eröffnungstermin und die einzige Konsequenz, die wir alle kennen, gibt es seit Kurzem, nämlich dass eine GmbH gegründet werden soll, um die Kontrolle noch schwieriger zu machen, als sie schon ist.

Oder nehmen wir die Prüfergebnisse rund um das AKH, auch ein Themenbereich, der leider immer wieder kommt und wo es viele Prüfberichte gegeben hat, zum Beispiel: Was hat das Kontrollamt gemacht? Und ich bitte Sie, hier nicht zu verwechseln, es bin nicht ich und es ist nicht die Opposition, die hier irgendwelche Phantasiegeschichten erfindet und die Ihnen irgendwas gegen den Kopf wirft, wie Sie das so gerne behaupten. Nein, es ist Ihr Kontrollamt, das gewissenhaft prüft und hier folgende Feststellungen gemacht hat: Aufdeckung von Vergabeproblemen, Sie kennen sie alle: Computersysteme, EDV-Anlagen. Kontrollamtskritik an der Datenbank AKIM: Seit 1998 in Planung, bis heute nicht umgesetzt, Kostenpunkt über 20 Millionen EUR.

Aufdeckung fehlender Kontrolle, Fall Mindestsicherungen: Auszahlungen ohne Berechtigungsprüfungen oder zumindest voreilige Auszahlungen. Kritik - das war zum Beispiel auch in der Ausschussdiskussion interessant, da konnte man nicht sachlich diskutieren. Es geht nicht darum, dass jemand eine Mindestsicherung bekommt. Es geht auch nicht darum, dass jemand keine Mindestsicherung bekommen soll, sondern es geht darum, dass man eben kontrollieren muss und dass man prüfen muss, ob jemand berechtigt ist oder nicht. Das ist doch das Normalste auf der Welt! Dann Kritik ... *(Zwischenruf von GR Christian Deutsch.)* Aber deswegen sage ich ja, wenn es immer passieren würde, dann gäbe es ja den Kontrollamtsbericht nicht. Also irgendwo muss man auch einmal kritikfähig sein und sagen, ja, das ist so. Und da gibt's nichts anderes, als es schnell zu reparieren, alles, das ist alles. Oder Sie kontrollieren von vornherein selber, dann brauchen Sie diese Berichte nicht vom Kontrollamt zu bekommen.

Kritik an Verschwendung von Human Resources

nämlich anstatt Turnusärzte praktische Tätigkeiten tun zu lassen, damit sie Erfahrungen sammeln können, damit sie möglichst schnell ihre Erfahrungen sammeln, werden sie für bürokratische Schreibarbeiten und als Pflegerpersonal eingesetzt. Oder die Kritik an der Struktur KAV versus Medizinische Universität. Aber, wie gesagt, da gibt es unzählige weitere Punkte.

Als verantwortliche Politiker und, wie Kollege Neuhuber das am Montag bei der Rechnungsabschlussdebatte gesagt hat und den Gemeinderat sozusagen mit dem Aufsichtsrat verglichen hat, da kann ich Ihnen nur sagen: Wäre der Großkonzern Stadt Wien Ihr Privatunternehmen, dann würden Sie auch volle Transparenz fordern. Und diese volle Transparenz können wir nicht aufhören zu fordern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was zeigen uns die Ergebnisse der Kontrollamtsberichte generell? Nicht nur, dass das Kontrollamt als Kontrollinstanz wichtig und unerlässlich ist, sondern dass eine Kompetenzerweiterung begrüßenswert, ja notwendig ist, denn je weiter weg ein geprüftes Unternehmen vom Rathaus ist, desto größer ist offensichtlich das Eigenleben, und die Rechtslage unterstützt das. Je weiter weg, desto weniger Kontrollmöglichkeiten, denn wie wir alle wissen, für ausgegliederte Unternehmen der Stadt Wien bei einer Beteiligung ab 50, also das heißt, unter 51 Prozent, gibt es kein Fragerecht durch den Gemeinderat und kein Prüfrecht für das Kontrollamt wie zum Beispiel für die Wiener Stadtwerke oder die Wien Holding. Das versteht bitte kein Mensch draußen auf der Straße! Das ist auch nicht nachvollziehbar, außer man will nicht transparent sein. Wir haben gerade die Diskussion gehabt, gläserne Daten – na, jetzt habe ich den Titel vergessen –, also gläsernes Rathaus, wenn man so will. Da kann ich nur sagen, ja, Sie wollen nur den gläsernen Menschen, aber es hat sich heute bei der Diskussion auch wieder gezeigt, ein gläsernes Rathaus wollen Sie nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie selbst so transparent sein wollten, dann wäre ja zumindest ein Punkt des Regierungsabkommens schon erfüllt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Regierung, nämlich der Stadtrechnungshof mit einer Aufwertung des Kontrollamtes mit erweiterten Prüfkompetenzen. Das ist nicht nur eine jahrelange Forderung der ÖVP, sondern ist auch im Regierungsprogramm verankert. Aber wir wollen einen Stadtrechnungshof, der seinen Namen verdient. Es ist lachhaft, also ich meine, es ist wirklich lachhaft zu glauben, dass man, wenn man 1 Prozent verändert, nämlich von 51 Prozent auf 50 Prozent sozusagen die Beteiligung reduziert, dass das irgendein seriöses Angebot oder ein seriöser Vorschlag für eine Aufwertung des Kontrollamtes oder eine Grundlage für einen Stadtrechnungshof ist. Und eine Kann-Bestimmung für einen Kontrollvorbehalt, das ist ungefähr so, als ob ich meinem Sohn erlauben würde, er kann Playstation spielen, solange er will, aber maximal eine Stunde. Also das ist relativ lächerlich, denn nehmen wir das Beispiel Media Quarter St Marx. Auch hier hätten mit dem neuen Stadtrechnungshof das Kontrollamt keine Kompetenz und auch nicht der Gemeinderat. 40 Prozent Beteiligung der Stadt, 60 Prozent die VBM, knifflige Verschachtelungen,

ja ja, keine Frage. Und die Frage ist nicht so sehr, wer steckt denn dahinter, sondern für uns ist die Frage die entscheidende: Warum? Was haben Sie hier zu verstecken?

Ernst nehmen könnte man Sie nur bei einer Prüfkompetenz, die weit drunter liegt. Es gab da Verhandlungen und Gespräche oder Wünsche der Opposition und Vorstellungen, dass man das dramatisch auf 25 Prozent zum Beispiel reduzieren sollte. Aber Sie machen ja maximal 1 Prozent. Als normaler Bürger frage ich: Warum nicht überhaupt ab 1 Prozent? Warum? Warum nicht bei einer Beteiligung ab 1 Prozent volle Kontrollkompetenz? Das wäre 100-prozentige Transparenz! Das wäre eine echte Aufwertung des Kontrollamtes! Das wäre ein starkes Zeichen gegen die Politikverdrossenheit der Wienerinnen und Wiener und ein erster Schritt in eine Ära einer transparenten Wiener Stadtpolitik!

Abschließend nochmals herzlichen Dank an die Mitarbeiter des Kontrollamtes und Ihnen Herr Pollak persönlich, und ich wünsche Ihnen einen Stadtrechnungshof, der seinen Namen verdient. Sie hätten ihn verdient! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Mag Jung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich habe mich deshalb gemeldet, weil Sie, Herr Vorsitzender, beim vorhergehenden Debattenpunkt eine Zwischenbemerkung zum Redner gemacht haben, der die Zuständigkeit für Geschäftsstücke betroffen hat. Sie haben dort - ich habe mir das Protokoll ausheben lassen - wörtlich gesagt: „Herr Stadtrat, bevor Sie Antwort geben, nur eine kurze Antwort von mir, weil Zulassen oder Nichtzulassen entscheidet ausschließlich der Vorsitzende.“

Die Dringliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister wurde deshalb nicht zugelassen, weil nicht nur die Helige-Kommission thematisiert wurde, sondern viele andere Einrichtungen auch und diese gesamten Einrichtungen unterliegen ausschließlich der Vollziehung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Die Helige-Einrichtung wurde hier - ich sage es sehr respektlos - im Gemeinderat beschlossen und deshalb wird über das Ergebnis des Berichtes im Gemeinderat diskutiert. Das war die Ursache, warum die Entscheidung so gefallen ist.“

Nunmehr findet sich auf der Internetseite der Helige-Kommission die Feststellung, dass der Beschluss in der Landesregierung gefasst wurde, nicht im Gemeinderat.

Herr Vorsitzender, ich ersuche festzustellen, was jetzt wirklich den Tatsachen entspricht und wer wirklich zuständig ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Man rechnet mit derartigen Wortmeldungen.

Tatsache ist, dass im Landtag am 15. Dezember 2011 ein Beschluss- und Resolutionsantrag beschlossen wurde, in dem verlangt wurde, dass zur Prüfung der Vorwürfe eben eine entsprechende Kommission eingesetzt wird. Ich gebe Ihnen das dann. Ich habe es schriftlich bei mir. Dies war deshalb notwendig, weil es tatsächlich eine Landtagsangelegenheit ist, nämlich die Vollzie-

hung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Im Gemeinderat am 16. Dezember - Berichterstatlerin war Frau GRin Novak - wurde die Erhöhung der Subvention an den Weissen Ring in einem Ausmaß von 3 Millionen EUR auf insgesamt 8,83 Millionen EUR beschlossen. Dann war noch dabei, die MA 11 wird ermächtigt, mit dem Rechtsträger der Kommission Schloss Wilhelminenberg alle notwendigen Vereinbarungen abzuschließen und diese auf Haushaltsstelle 1/4350 zu finanzieren sowie allenfalls weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Aufklärung zu treffen und so weiter.

Das heißt, die Finanzierung der Kommission wurde dann im Gemeinderat beschlossen, weil es formell so auch richtig ist. Daher ist das, was ich gesagt habe, 100-prozentig korrekt, mit der Ausnahme, die Einsetzung war natürlich Landtagsangelegenheit beziehungsweise Angelegenheit der Landesregierung. Aber von der formellen Vorgangsweise ist eigentlich kein Strich wegzunehmen. Das ist äußerst korrekt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich gebe Ihnen gern die Unterlagen.

Als Nächste zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werter Herr Berichterstatler! Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch auf der Galerie!

Wir sprechen heute über den Tätigkeitsbericht unseres Kontrollamtes, eine, wie ich finde, sehr spannende Sache. Heuer machen wir es das erste Mal zu einer sehr angenehmen Zeit, tagsüber. Die letzten Jahre war es immer des Nächtens. Das heißt, es wertet die Kontrolle auf. Ich finde es gut, dass das jetzt stattfindet, weil das Kontrollamt bei uns die Aufgabe hat, die gesamte Verwaltung zu überprüfen, nämlich nach Ordnungsmäßigkeit, nach Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit und nicht nur das. Die Kontrolle hat grundsätzlich auch die Aufgabe, Missstände aufzudecken und Fehler im System zu erkennen, dies transparent zu machen, Empfehlungen abzugeben, auch die Bevölkerung davon zu informieren. Ich gehe so weit, dass ich sage, die Kontrolle ist eine Säule unserer Demokratie.

Wenn ich jetzt kurz auf meine Vorrednerin, Kollegin Holdhaus, eingehen darf, die Beispiele, die sie gebracht hat, und wir reden von 124 Geschäftsstücken, also 3 900 Seiten, die das Gesamte umfasst, und da könnten wir viele Lesungen machen, zeigen sehr deutlich, wie wichtig es ist, eine wirksame unabhängige Kontrolle zu haben.

Der zweite Punkt, der mir auch sehr wichtig ist: Die Kollegin Holdhaus hat gemeint, das Kontrollamt deckt dann auf, aber es passiert zu wenig damit. Gleichzeitig haben wir jetzt von der Stadtregierung her den Stadtrechnungshof neu verhandelt, wo genau das verbessert werden soll. Ich finde genau diesen Punkt einen der spannendsten Punkte. Zukünftig wird es so sein, dass die Empfehlungen des Kontrollamtes im Kontrollausschuss mit der Geschäftsgruppe, die zuständig ist, diskutiert werden, was von diesen Empfehlungen umgesetzt wurde, was nicht und warum nicht. Auch diese politische Diskussion soll zukünftig hier im Gemeinderat stattfinden, eine der wesentlichen Verbesserungen, die wir jetzt ausverhandelt haben.

Ich finde es schade, wenn man sich dann hier herausstellt und sagt, da muss etwas verbessert werden. Stimmt, da sind wir uns alle einig. Deswegen gibt es jetzt ein neues Übereinkommen, den Stadtrechnungshof Wien. Und die Oppositionsparteien sagen Nein dazu. Das ist mir wichtig, hier festzuhalten. Das ist schlichtweg schade. Ich weiß nicht, woran es liegt, weil Wahlkampf ist oder weil man prinzipiell nicht aus dieser Rolle herauskommen will. (*GRin Mag Karin Holdhaus: Das ist keine Besserung!*) Ich finde es schlichtweg schade. (*StR Mag Manfred Juraczka: Frau Kollegin, Sie wissen gar nichts!*)

Nichtsdestotrotz erlaube ich mir jetzt für die 3 900 Seiten, die 124 Geschäftsakten, ich würde sehr gerne im Namen unserer Fraktion einen herzlichen Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kontrollamtes ausdrücken - sehr spannende Berichte, sehr sachlich - und auch an den Herrn Kontrollamtsdirektor Dr Pollak im Namen unserer Fraktion. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Einen Punkt nehme ich noch heraus, weil ich es ein bisschen schade finde, dass man jetzt hergeht und auch den Kontrollakt der Mindestsicherung wieder einmal zum Thema macht. Frau Kollegin Holdhaus, wenn es so wäre, dass Sie nur mehr Kontrolle fordern bei der Mindestsicherung, kann man wirklich darüber diskutieren, wo, wie, mit welchem vertretbaren Aufwand. Es macht keinen Sinn, ein Jahr zu kontrollieren und die Leute, die dringend Hilfe brauchen, kriegen kein Geld. Darüber kann man gern diskutieren. Das, was Sie aber aus solchen Berichten machen, ist am nächsten Tag eine Presseaussendung. Sie sagen dann ganz klar, wir wollen, dass die Mindestsicherung nicht so schnell ausbezahlt wird. (*GRin Mag Karin Holdhaus: Ich habe keine Presseaussendung gemacht!*) Das ist Ihre politische Schlussfolgerung daraus. Da frage ich mich dann schon: Wissen Sie, über wen wir reden, der die Mindestsicherung erhalten soll? Wissen Sie, dass hier Menschen eine Hilfe erhalten, um ihre Lebensgrundlagen zu bezahlen? Also das liegt dann schon in Ihrer Verantwortung! Man kann Kontrollamtsberichte sachlich und ernst diskutieren oder man kann damit Parteipolitik am Rücken der Schwächsten machen!

Noch einmal zum Stadtrechnungshof zurück: Ich halte wirklich fest, dass das, was hier am Tisch liegt und vereinbart ist, mehr Transparenz, mehr Kontrolle für Wien bedeutet.

Ich weiß nicht, ob sie es wirklich gelesen haben. Wir haben festgehalten, dass es die strengere Überprüfung der Konsequenzen geben soll. Das ist doch bitte in unser aller Interesse, dass wir politisch bewerten, welche Empfehlungen umgesetzt worden sind, welche nicht und warum nicht. Das ist doch ein elementarer Eckpfeiler der Demokratie, zu schauen, wie wirkt die Kontrolle und welche Konsequenzen gezogen werden! Sie sagen ganz eindeutig Nein dazu! Sie sagen Nein! (*GRin Mag Karin Holdhaus: Nein! Das stimmt nicht!*) Doch! Sie sagen, keine strengere Überprüfung! (*GR Armin Blind: Wer sagt das?*) Wir wollen mehr Prüfbefugnisse.

Da bitte ich Sie schon, Frau Holdhaus - ich muss mich an Sie wenden, denn Sie waren die erste Rednerin -, alles zu lesen. Wir haben einen Beschlussantrag, dass

es zukünftig bei Beteiligung der Stadt Wien mit Privaten einen Prüfvorbehalt gibt. Da wird überprüft. Das heißt, zukünftig wird ein Skylink überprüft. Das war eine der heftigen Diskussionen. Dann nehmen Sie das auch ernst! Nein, Sie sagen: Warum mehr Prüfbefugnisse? Wir haben bei den Prüfbefugnissen auch verstärkte Sicherheitskontrollen von Tochter- und Enkelfirmen festgehalten. Wie auch immer, natürlich macht es Sinn, darüber zu reden, ob man das noch aufwertet oder nicht, ins Gesetz gibt oder nicht. Darüber kann man sachlich diskutieren. Ihre Ablehnung, und Sie finden immer wieder neue Geschichten, zu mehr Kontrolle und mehr Transparenz in Wien ist schlichtweg kindisch!

Der nächste Bereich ist, Sie haben, wie wir, immer mehr Transparenz bei der Bestellung des Kontrollamtsdirektors gefordert. Bisher war es so, dass ihn der Bürgermeister bestellt. Zukünftig wird es ein Dreier-Hearing im Kontrollausschuss geben. *(GR Armin Blind: Aber nicht im Gemeinderat!)* - Natürlich kann man immer mehr fordern, selbstverständlich. Sie werden nicht im Kontrollausschuss sein. Sie haben Vertreter Ihrer Partei im Kontrollausschuss. Im Kontrollausschuss ein Hearing über die Bewerber und Bewerberinnen bedeutet mehr Transparenz. Zusätzlich muss die Person auch nicht vom Magistrat kommen. Es gibt auch erstmals Unvereinbarkeitsbestimmungen und Berufsverbot.

Sie können nur jammern! Sie können im Grunde hergehen und die nächsten Jahre, jedes Jahr aufs Neue, dasitzen, herumjammern, warum es nicht mehr Kontrolle, mehr Transparenz gibt. Wenn es Ihnen genügt und Sie glücklich macht, bleiben Sie dabei! Oder Sie gehen den Schritt mit, wo eine Regierung für mehr Kontrolle und mehr Transparenz die Voraussetzungen schafft! *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Sie hängen nur Türtaferln um! Das brauchen wir nicht!)* - Begnügen Sie sich mit der Herumjammerei! Alles liegt auf dem Tisch, Sie sagen Nein! Sie sagen Nein und dann kommen Sie mit der nächsten Forderung! Es ist nicht drinnen, dass der Kontrollamtsdirektor zukünftig fünf Jahre oder zehn Jahre bestellt wird. Mit jedem Experten, mit jeder Expertin, mit denen man redet, sagen diese, es gibt Vor- und Nachteile in dem Bereich. Und wieder nehmen Sie dann einen Punkt heraus und sagen, weil das nicht ist, können Sie dem Gesamtpaket nicht zustimmen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich und merke es jetzt auch an Ihrer Herumjammerei, wir können als Regierungspartei ganz sachlich nicht auch noch Oppositionspolitik machen! Das ist Ihre Aufgabe! *(GRin Henriette Frank: Das haben Sie auch nie gemacht!)* Das ist Ihre Aufgabe! Dann tun Sie es! *(GRin Henriette Frank: Was machen wir denn?)*

Wir haben darüber diskutiert, ob wir die Minderheitenrechte erhöhen. *(GRin Henriette Frank: Das darf doch nicht wahr sein!)* - Beruhigen Sie sich! Alles wird gut! Wenn nicht heute, dann morgen! Beruhigen Sie sich ein bisschen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wenn wir kritisieren, regen Sie sich auf!)* Wir haben zum Beispiel nachgeschaut, wie und wo wir die Minderheitenrechte, die Oppositionsrechte erweitern können. *(GRin Henriette Frank: So ein Blödsinn!)* Wissen Sie was, es ist schon ein Problem, wenn Sie bei den Antragsrechten, die möglich sind, nicht einmal die bisherigen ausschöpfen, die möglich

sind! Das macht es nicht einfacher!

Wir sind auch hergegangen und haben gesagt, zukünftig kriegt jeder Abgeordnete, der zuständig ist für ein Thema, auch Rede- und Fragerecht im Kontrollausschuss, wenn wir vor allem über die Empfehlungen diskutieren. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihr Obmann schaut schon ganz gequält!)* Das haben wir früher in Oppositionsparteien nicht einmal gefordert, das ist eine Erweiterung der Minderheitenrechte. Das ist doch gut. Das ist doch gut, wenn zukünftig die zuständigen Abgeordneten im Kontrollausschuss sitzen und wir darüber diskutieren, welche Empfehlungen umgesetzt wurden und welche nicht. Auch wieder ein Schritt in die richtige Richtung. Das heißt, wir haben hier auch Oppositionsrechte gestärkt. *(GR David Ellensohn: Die Oppositionsparteien haben eh nichts dagegen!)* - Sie können im Grunde nichts dagegen sagen.

Natürlich gibt es Überlegungen. Ich meine, willkommen in der Demokratie. Alle Punkte sind natürlich nicht umgesetzt, die wir als Opposition gefordert haben. No na ned. Es hat viele Diskussionen gegeben, übrigens auch mit Kollegen von Ihnen, wie man die Unabhängigkeit des Kontrollamtsdirektors stärken kann. Wir können uns entscheiden, wir produzieren ein schönes Papier mit goldenem Rahmen oder wir gehen die Schritte, wo es praktikabel ist und wo es Verbesserungen gibt. In dem Augenblick, wo dem Kontrollamtsdirektor zumindest der gesamte Sachaufwand und Personalbedarf verpflichtend zur Verfügung gestellt werden muss, ist das wieder ein Schritt. Wir, hier im Gemeinderat, beschließen es letzten Endes. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das ist jetzt schon so!)* - Nein! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Ich lese es Ihnen vor! Es ist jetzt schon so!)* Nein! Sie können es mir gerne vorlesen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Vielleicht glauben Sie es nicht! Ich komme noch darauf zurück!)* Herr GR Kowarik, wir können auch gern einzelne Wörter auf die Waagschale legen. *(GR Armin Blind: Sie müssen uns zuhören!)* Sie werden aber trotzdem letzten Endes entscheiden müssen, ob Sie mehr Kontrolle und mehr Transparenz wollen. Ja oder nein? Das ist Ihre Entscheidung! Es liegt am Tisch! *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Mag Dietbert Kowarik: Ich sage es Ihnen noch!)*

Es gibt unzählige kleine Punkte. Wir können jeden einzelnen aufzählen. Das Rederecht des Kontrollamtsdirektors im Gemeinderat ist wieder ein Schritt. Eine eigene Geschäftsordnung, ein eigenes Kapitel, wo wir genau definieren, was, wie, welche Akten, welcher Datenschutz und so weiter, ist wieder ein Schritt. Die Überprüfungen der Konsequenzen halte ich für extrem wichtig. Die Bestellung des Kontrollamtsdirektors und die Erweiterung der Prüfbefugnisse, das sind doch die wesentlichen Eckpfeiler der Oppositionsforderungen gewesen. Ich sage auch dazu, alles gibt es nicht, aber es ist ein guter Schritt, ein wirklich guter Schritt, wo ich mich auch bedanken möchte bei der SPÖ. Das waren extrem konstruktive Verhandlungen in den letzten zwei Jahren, hier vor allem beim Herrn Thomas Reindl.

Insofern möchte ich noch einmal abschließen. Wir wissen alle, und es ist im Interesse von uns allen, dass es mehr an Kontrolle und mehr an Transparenz, mehr an Prüfbefugnissen hier in Wien geben soll. Wir machen

wieder einen Schritt, betonen aber, so wie wir es auch in den Oppositionszeiten schon gemacht haben, die Arbeit des Kontrollamtes, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist echt klasse. Es ist spannend, diese Berichte zu lesen. Man erfährt viel von Wien. Ich danke Ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlich. Ich gehe auch so weit, dass ich dem Herrn Eckwolf noch einmal von dieser Stelle aus danke. Er hat die Kontrollausschussreise organisiert. Diese war spannend und erfahrungsreich. - Vielen Dank! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor!

Das war jetzt die Sicht der Dinge der Frau Kollegin Hebein. Ich werde Ihnen dann - wir haben jetzt erfreulicherweise 40 Minuten Zeit (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Die müssen Sie ja nicht ausschöpfen!*) - die Sicht der Freiheitlichen dazu sagen und auch versuchen, Sie davon zu überzeugen, dass das, was Sie uns da präsentiert haben, so ist, dass Sie nicht einmal auf halbem Weg stehen geblieben sind, sondern maximal auf einem Fünftel des Weges stehen geblieben sind.

Aber eines möchte ich gleich am Beginn der Diskussion sagen: Da hat es offensichtlich bedurft, dass die GRÜNEN in die Regierung gekommen sind, das anerkenne ich durchaus, das bitte ich auch festzuhalten, wir diskutieren jetzt und nicht zu später Stunde. Wir diskutieren als Erstredner 40 Minuten. Das ist erfreulich. Das haben Sie geschafft. Dazu Gratulation. Das ist ein kleiner Schritt, aber immerhin ein Schritt. Das gehört auch einmal gesagt und anerkannt.

Eines möchte ich auch sagen: Es ist beim Bericht des Kontrollamtes natürlich für die Opposition immer naheliegend, jene Berichte herauszupicken, in denen sehr viel steht, was in dieser Stadt nicht funktioniert. Das ist durchaus auch ein großes Betätigungsfeld. Jeder, der die Berichte gelesen hat, wird das selbst feststellen können. Es gehört aber auch gesagt, auch von der Oppositionsseite, es gibt durchaus auch sehr viele Berichte, die erfreulich sind, wo keine Beanstandungen sind. Das, glaube ich, sollte man auch einmal feststellen, dass es sehr viele Dienststellen gibt, die wunderbar funktionieren, ob es die Stadtkasse ist, wo es auch ganz sensibel ist. Also auch das gilt es festzuhalten und das möchte ich am Beginn meiner Rede sagen. Auch das gehört anerkannt und sollte auch im Zuge dieser Diskussion gemacht werden.

Ich erlaube mir, gleich zu dem Thema zu kommen, dass von den letzten beiden Rednerinnen angeführt wurde und das auch für gewisse Aufregung in den Medien gesorgt hat, nämlich die versuchte Reform des Kontrollamtes und die Stellung der Freiheitlichen dazu beziehungsweise, was wir davon halten. Vorausschicken möchte ich schon und hoffe, dass das ankommt, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Verhandlungen mit der Opposition schauen anders aus. Ich glaube, das werden Sie hoffentlich auch einsehen. Ver-

handlungen auf Augenhöhe funktionieren nicht so, dass wir den Gesetzestext am Tag vorher bekommen. Das gilt es einmal festzuhalten, meine Damen und Herren!

Dass sich da Rot und Grün vielleicht doch nicht ganz so grün waren, wie es uns Frau Hebein glauben lassen will, kann man auch nachlesen. In der „Wiener Zeitung“ ist es ganz interessant ausgeführt gewesen, dass da vielleicht nicht alles so wunderbar ist, was ich durchaus nachvollziehen kann. Ich weiß, die SPÖ mischt da eher Beton an. Das ist kein Geheimnis. Das wird man jetzt vielleicht nicht hören von der größten Fraktion. Aber wir wissen, wie es ist. Und die GRÜNEN versuchen, vielleicht auch durchaus bemüht, möglichst viel herauszuholen. Was aber dann im Endeffekt herausgekommen ist, ist uns zu wenig. Das möchte ich schon anführen. Ich werde es Ihnen auch sagen, warum das zu wenig ist. Die Parteiengespräche können wir jetzt hier führen. Das ist auch durchaus Sinn einer Demokratie, dass man das öffentlich macht.

Sie sind, ich habe es schon gesagt, nicht einmal auf halbem Weg stehen geblieben. Sie haben vor allem auch eines gemacht, Sie haben alles, was am wenigsten wehtut, ein bisschen hineingeschrieben. Die wesentlichen Dinge, und das war nicht nur die Meinung der ÖVP beziehungsweise der FPÖ, sondern auch die Meinung der GRÜNEN, einer unabhängigen Kontrollinstanz wurden leider Gottes wieder nicht berücksichtigt. Das sind nun einmal die entsprechende Kompetenzerweiterung und auch die organisationsrechtliche Unabhängigkeit.

Hinsichtlich der organisationsrechtlichen Unabhängigkeit ist es bei uns vielleicht durchaus zu diskutieren. Sagen wir es einmal so. Wir wissen das Problem. Wir sind vor allem Gemeinde und Land, aber auf alle Fälle nicht dort, wo es ums Budget geht. Daher brauchen wir einen Stadtrechnungshof, wenn man so will. Also mir ist es, unter uns gesagt, egal, ob es jetzt Stadtrechnungshof oder Kontrollamt heißt. Das war in Wirklichkeit schon die größte Änderung an dem Ganzen, die im Übrigen dann auch zur Zweidrittelmaterie geführt hat, was offensichtlich übersehen wurde. Anders kann ich das nicht verstehen. Das ist auch bezeichnend. Wenn Sie uns dann vorwerfen, Frau Kollegin, dass wir das nicht gelesen hätten, kann ich den Vorwurf nur zurückgeben.

Organisationsrechtlich sagen wir, es ist möglich. Das sagen Schwarz, Blau und Grün. Zumindest noch vor Regierungseintritt haben das die GRÜNEN auch gesagt. Es muss möglich sein, hier als eigene Organisationseinheit der Gemeinde Wien, der Stadt Wien ein Kontrollamt, einen Stadtrechnungshof einzusetzen. Das wäre sehr wichtig. Das würde auch den internationalen Maßstäben, die in der Deklaration von Lima festgelegt wurden, entsprechen. Alles andere entspricht dem nicht. Ich empfehle Ihnen, lesen Sie die Deklaration von Lima durch, herausgegeben von der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden. Da können Sie nachlesen, was international State of the Art ist. Das sollte durchaus auch für uns als Vorbild gelten. Wenn da heute Vormittag bei der Aktuellen Stunde die GRÜNEN sehr in die Offensive gegangen sind, zumindest verbal, sollten Sie auch da in die Offensive gehen.

Der Herr Kollege Schicker ist jetzt nicht da. Ich sehe

ihn zumindest nicht. Er hat wissen lassen, ich glaube, das ist auch im Bericht der „Wiener Zeitung“ gestanden, dass die organisatorische Unabhängigkeit leider nicht geht, weil in der Bundesverfassung steht, der Magistrat muss eine Einheit sein. Es stimmt, dass die Bundesverfassung sagt, der Magistrat muss eine Einheit sein. Punkt. Dass man allerdings das Kontrollamt außerhalb des Magistrates organisieren kann, meint nicht nur die Mehrheit dieses Hauses, zumindest ursprünglich, das sagt unter anderem auch ein gewisser Herr Dr Kolonovits. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wer das ist, meine Damen und Herren. Sie müssen es auch nicht wissen. Eigentlich sollten Sie es schon wissen. Wissen müssten es die Herrschaften der Landesregierung, um es konkret zu sagen, denn sie haben diesen Herrn Dr Kolonovits nämlich zum Vorsitzenden des neuen Verwaltungsgerichtes Wien bestellt. Also das ist nicht irgendwer, sondern er ist gerade für die Stadt Wien nicht unentscheidend und hat in einem Aufsatz „Personalwesen in den städtischen Kontrolleinrichtungen“, herausgegeben vom Österreichischen Städtebund, seiner Meinung Ausdruck gegeben. Ich erspare Ihnen jetzt, dass ich es vorlese. Aber es ist nicht uninteressant, wirklich auf hohem Niveau. Er hat festgestellt, das geht doch. Ich hoffe, ich trete dem Herrn Klubobmann der SPÖ nicht zu nahe, aber wenn es um verfassungsrechtliche Fragen geht, wem ich glaube, Kolonovits oder Schicker, glaube ich lieber Kolonovits. Ich sage es Ihnen so, wie es ist. Also, das geht. Warum machen wir es dann nicht?

Noch einmal, mag sein, dass die GRÜNEN bemüht waren, aber warum machen wir es nicht, SPÖ? Warum machen wir es nicht? So etwas wäre natürlich schon auch schön gewesen, wenn man das in Form von Parteilgesprächen von mir aus zumindest einmal diskutiert, darüber spricht. Dann kann man immer noch sagen, nein, das will man nicht, weil hin oder her. Das ist nicht geschehen, bitte schön. Das möchte ich hier schon noch einmal feststellen. Verhandlungen haben keine ernst zu nehmenden stattgefunden. Das lasse ich mir nicht nachsagen.

Wir haben dann einen weiteren Schritt versucht. Wir haben dann das gemacht, was die Geschäftsordnung hergibt und was eigentlich auf Bundesebene eine Selbstverständlichkeit ist. Auf Bundesebene ist es eine Selbstverständlichkeit, dass große Gesetzesvorhaben tatsächlich vorberaten werden in Form von parlamentarischen Enqueten. Das ist ganz normal und das ist etwas Selbstverständliches. Noch einmal, wir hätten versucht, dass wir diesen Weg gehen, um die Diskussion zu versachlichen und auf Expertenebene zu heben. Wir haben das vorgeschlagen. Den Tag kann man sich aussuchen. Wir wären da gerne beweglich gewesen, dass wir das vor der Wahl, nach der Wahl, wann auch immer das gewünscht ist, auf sachlicher Ebene, auf Spezialistenebene besprechen, dass hier eine Diskussion, die auch öffentlich stattfinden soll, stattfindet. Rot-Grün hat dagegen gestimmt. Warum? Ich verstehe es nicht! Haben Sie kein Interesse an sachlicher Auseinandersetzung? Offensichtlich nicht! - Also das ist die organisatorische Frage.

Bei der Kompetenzerweiterung, Frau Kollegin, ist gar

nichts weitergegangen hinsichtlich Ihres Vorschlages. Das möchte ich schon auch betonen. Sie haben dann noch versucht, mit einem Beschlussantrag, der herumgeschwirrt ist, irgendetwas zu machen. Aber Beschlussanträge binden nicht die Verwaltung. Beschlussanträge des Gemeinderates sind Willenskundgebungen, gelten übrigens auch nur eine Periode, nämlich die laufende Legislatur- oder Funktionsperiode des Gemeinderates. Auch diesbezüglich haben Sie eigentlich keine Änderung vorgenommen.

Die Frau Kollegin hat es gesagt. Sie hat gesagt, von 51 auf 50. Es muss auch jetzt schon die Beteiligung der Stadt Wien nicht 51 Prozent sein, dass man prüfen darf, sondern Sie muss 50,00001 sein, also ein bisschen mehr als 50. Sie haben sich nicht einmal um 1 Prozent bewegt! Der Vergleich macht uns sicher! Hier macht es wohl Sinn.

Es gehört auch dazugesagt, es ist mir vorher beim Kollegen Niedermühlbichler angenehm aufgefallen, und da hat er natürlich recht, das muss man schon feststellen, es macht keinen Sinn, dass wir in Bezug auf Transparenz zehn verschiedene Regelungen haben, eine für den Bund, dann eine für die Länder und womöglich für die Gemeinden eine eigene. Hier wäre es durchaus sinnvoll, dass man den Vergleich hernimmt und sich das anschaut.

Auf Bundesebene brauche ich Ihnen das nicht zu sagen. Das ist geschehen. Auf Landesebene unterliegen bei den Landesrechnungshöfen zum Beispiel im Burgenland Unternehmen mit mehr als 25 Prozent Landesbeteiligung der Prüfkompentenz. Es ist das Burgenland SPÖ-alleinregiert, wenn mich nicht alles täuscht. In Salzburg sind es 25 Prozent. Dort ist jetzt eine andere Regierungsform, aber es war bis jetzt auch sozialdemokratisch regiert. Und in der Steiermark ist, glaube ich, auch ein sozialdemokratischer Landeshauptmann, wenn ich mich nicht täusche. Also es geht! Man muss nur wollen!

Dann das Argument, dass jetzt bei allen PPP-Modellen ein Prüfrecht des Kontrollamts automatisch ist: Bitte schön, die Bestimmung, die Sie da geändert haben, war nicht wesentlich. Ganz im Gegenteil, da haben Sie in der Klammer etwas dazugeschrieben. Aber der Vorgang ist jetzt genauso wie nachher. Nur weil jetzt im Klammersausdruck auch PPP-Modelle oder so - ich finde jetzt den Gesetzesentwurf von Ihnen nicht - steht, ist noch nichts geändert. Das muss man schon feststellen und betonen. Da haben Sie sich auch nicht bewegt! - Das wäre jetzt der neue § 73a - Gebarungskontrolle: „Der Stadtrechnungshof kann“ - kann steht in Ihrem Entwurf, nicht muss - „ferner die Gebarung von Einrichtungen“ - dann kommt es - „- Klammer: wirtschaftliche Unternehmen, Vereine, öffentlich-private Partnerschaften, Arbeitsgemeinschaften und dergleichen -“, - also, ich glaube, öffentlich-private Partnerschaften, Arbeitsgemeinschaften und dergleichen wurde ergänzt - „prüfen, an denen die Gemeinde in anderer Weise als nach Abs 2 beteiligt“ - blabla - „soweit sich die Gemeinde eine Kontrolle vorbehalten hat.“ - Also, es hat sich nichts geändert. Die Gemeinde muss sich abermals eine Kontrolle vorbehalten, sonst hat das Kontrollamt keinen Zugang. Das heißt, die Stadt Wien muss von sich aus sagen, sie schreibt in das

Vertragswerk hinein, für die ARGE einer Bauabwicklung will sie das Kontrollamt prüfen lassen. Das ist nicht automatisch. Durch einen Beschlussantrag kann man das auch nicht automatisch machen. Das bitte ich, schon zu betonen.

Bei der Kompetenzerweiterung haben Sie sich um 0,01 Prozent bewegt. Sagen wir es einmal so.

Bei der Bestellung des Stadtrechnungshofdirektors oder Kontrollamtsdirektors gibt es ein paar Punkte - soll so sein. Trotzdem, das Wichtige für die Unabhängigkeit des Kontrollamtsdirektors wäre, glaube ich, schon, dass man seine Periode wesentlich verlängert und nicht bei fünf Jahren belässt und auch eine Wiederbestellung nicht zulässig ist. Das macht schon Sinn. Ich weiß nicht, mit welchen Spezialisten Sie gesprochen haben, aber das ist schon sehr wichtig, auch im Sinne der Unabhängigkeit.

Was die Mittelzurverfügungstellung betrifft, verweise ich Sie auf den Anhang 1 der Geschäftsordnung des Magistrates. Da sieht man, es ist durchaus auch einmal lohnend, wenn man sich solche Sachen durchliest. Dort steht schon jetzt, eigentlich fast wortident, dass das Personal des Kontrollamtes auf Vorschlag zuzuweisen ist. Da haben wir es jetzt. Das ist eine geringe Verbesserung, aber eine inhaltliche Verbesserung ist es nicht. Es ist eine formelle, wenn man so will. Das haben wir jetzt aus der Geschäftsordnung des Magistrates ins Gesetz aufgenommen. Der große Wurf ist das nicht, Frau Kollegin!

Auch bei der Berichterstattung, sage ich, sind Sie wieder einmal auf dem halben Weg, wenn überhaupt, stehen geblieben. Okay, es ist in Ordnung, sie müssen Bericht erstatten, müssen sie aber jetzt auch schon. Wieder Anhang 1 zur Geschäftsordnung des Magistrates, Sonderbestimmung für das Kontrollamt, § 5 Abs 5. Das sind dann immer diese Ergänzungsmittelungen, die hin und wieder in unseren Berichten sind. „Die geprüften Stellen sind verpflichtet,“ - jetzt schon – „die im jeweiligen abschließenden Bericht des Kontrollamtes enthaltenen Prüfungsfeststellungen zu verfolgen und die im Hinblick darauf getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten dem Kontrollamt bekannt zu geben. Wurden keine Maßnahmen getroffen, ist das schriftlich zu begründen.“ - Das ist nicht Gesetz, aber das ist Norm. Das ist auch jetzt schon einzuhalten.

Warum sind Sie auf dem halben, oder nicht einmal auf dem halben Weg stehen geblieben? Was wollten wir denn ursprünglich, auch Ihre Fraktion? Wir wollten, dass über die Bekanntgaben der geprüften Stelle dann abgestimmt wird. Das fehlt mir. Aber das ist das Entscheidende! Das wäre das politisch Interessante und das politisch auch Aussagekräftige! Akzeptieren wir das, was der Magistrat oder die Dienststelle oder die Organisation gemacht hat, oder nicht? Das ist auch nicht drinnen!

Ich habe zwar 40 Minuten, aber doch nicht alle Zeit der Welt. Ich habe im Kurzen nur ein paar Punkte angeführt, warum wir nicht dafür sein wollten. Noch einmal, meine Telefonnummer ist öffentlich. Ich habe das Mandat der Freiheitlichen Fraktion hier im Rathaus, ein volles Mandat hier, auf Verhandlungen einzugehen. Bitte rufen Sie mich an, wenn Sie Interesse haben! Wenn nicht,

dann sagen Sie es! Auch in Ordnung! Sie sind die Regierung, nicht ich! Aber bitte sagen Sie dann nicht, es hat Verhandlungen gegeben!

In einem Pressedienst vom Kollegen Reindl und vom Kollegen Schicker ist gestanden, sie sind sehr traurig, dass die Opposition nicht zugestimmt hat, blablabla, und sie hoffen, weiterhin die Opposition überzeugen zu können. Sie haben ja noch gar nicht angefangen, uns zu überzeugen! Bitte beginnen Sie, uns zu überzeugen, dann können wir wirklich über alles reden! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich wollte das eigentlich zuletzt bringen. Aber ich habe es vorgezogen, weil es mir als das Wichtigste in dieser heutigen Diskussion erscheint.

Ich möchte Ihnen auch nicht eine Sache vorenthalten, auch im Hinblick auf die Diskussion am Vormittag hinsichtlich Transparenz und öffentliches Rathaus. Ich weiß jetzt auch nicht mehr den genauen Titel der Aktuellen Stunde. Wir haben diesbezüglich schon viel zu tun. Wir haben diesbezüglich auch viel zu tun, was die Rechte der Gemeinderäte betrifft. Ich habe mir erlaubt, ein Prüfersuchen hinsichtlich der Inserate und der Medienkooperationen an das Kontrollamt zu richten. Es war im Jahr 2011, wenn mich nicht alles täuscht, oder im Jahr 2012, nein, im Jahr 2011. Das Kontrollamt hat geprüft und hat einen Bericht herausgegeben. Ich hätte mir gerne gewünscht, erstens das Volumen. Das wurde beantwortet. Ich hätte auch gerne die Medienpartner gehabt, wer was bekommen hat. Jetzt ist mir schon klar, das ist nicht im Bericht gestanden und ich habe mir auch nicht erwartet, dass im Bericht steht, die Zeitung, Hausnummer, „Heute“, die Zeitung „Kronen Zeitung“, die Zeitung „Kurier“, die Zeitung „Standard“, die Zeitung „Neue Freie Zeitung“ oder sonst irgendeine Zeitung, hat das und das bekommen. Das sehe ich ein. Das war zum damaligen Zeitpunkt datenschutzrechtlich vielleicht problematisch. Dass hier ein starkes öffentliches Interesse besteht und damals schon bestanden hat, liegt wohl auf der Hand, weil das öffentliche Interesse sehr groß war. Ich glaube nicht, dass der Bundesverfassungsgesetzgeber mein Prüfersuchen als Anlass genommen hat, das Bundesverfassungsgesetz zu ändern. Das glaube ich doch nicht. Aber das öffentliche Interesse war so groß, dass man dann das Medientransparenzgesetz geschaffen und auf den Weg geschickt hat. Jetzt haben wir genau das, was ich wollte, nämlich, dass die Stellen, die vom Rechnungshof geprüft werden können, von sich aus vierteljährlich ab einem gewissen Betrag mitteilen müssen, welche Medienkooperationen es gibt. Das ist schon ein großer Fortschritt. Das gebe ich auch zu. Es fehlen natürlich wieder die Sanktionsmechanismen. Es gibt viel zu kritisieren. Aber immerhin wurde das gestattet. Damals hat es das noch nicht gegeben. Darum wollte ich es auch wissen. Sonst hätte ich es mir ja sparen können. Ich habe schon am Vormittag gesagt, warum ich das Prüfersuchen gestellt habe. Weil die Stadträte sämtlicher Couleurs, also Rot und Grün, gesagt haben, das können sie leider nicht beantworten, das ist ein so großer Aufwand. – So viel zur Transparenz.

Ich glaube, auf Seite 23 des Prüferberichtes führt dann das Kontrollamt aus, was ich in einer gewissen Weise

auch durchaus nachvollziehen kann und wo ich akzeptiere, dass es hier ein schwieriges Thema ist, die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Da wurde dann ausgeführt, warum eben in keiner Weise angeführt wird, welches Medium was bekommen hat. Man hätte es auch anders lösen können, indem man gesagt hätte, Zeitung A so viel, Zeitung B so viel. Das gibt es immer wieder. Ich komme dann zu einem anderen Bericht. Dort wird zum Beispiel von einer Firma B gesprochen, die sehr interessant war.

Nichtsdestotrotz habe ich diesbezüglich für mich natürlich keine befriedigende Antwort bekommen. Ich habe dann Folgendes gemacht: Ich habe im Vorfeld der heutigen Sitzung ersucht, dass ich Akteneinsicht bekomme. Akteneinsicht ist wohl eines der wichtigsten Rechte des einzelnen Gemeinderates. Ich bin hineingegangen zur Frau Kriz. Dort habe ich dann die Akteneinsicht bekommen. Das war eine CD. Ich wollte ein bisschen mehr sehen. Ich wollte eben beurteilen können, wer was bekommen hat, im Bewusstsein, das sage ich auch ganz deutlich dazu, dass ich mit meinem Wissen, das ich dann womöglich bekommen hätte, sehr sensibel umgehen muss. Das ist dann meine Verantwortung. Dessen bin ich mir bewusst. Ich habe das Verlangen, wie es in unserer Geschäftsordnung grundsätzlich normiert ist - unsere Geschäftsordnung ist gar nicht so schlecht -, an den Vorsitzenden des Gemeinderates gestellt.

Der Vorsitzende des Gemeinderates ist meinem Verlangen nicht nachgekommen. Ich möchte ihn durchaus nicht in Schutz nehmen, kann aber ein gewisses Verständnis dafür aufbringen. Er hat beim Verfassungsdienst der Stadt Wien nachgefragt und dieser hat gesagt, das geht nicht, mit einer Begründung, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich weiß nicht, ob irgendwer von Ihnen den § 17 der Geschäftsordnung auswendig kennt. Ich jetzt fast schon. Der Verfassungsdienst argumentiert, dass dieses darüber hinausgehende Einsichtsrecht - ich sage es einmal so - nur für seinerzeitige Beschlussfassungen zusteht. Meine Damen und Herren, das kann es meiner Meinung nach nicht ganz sein! Das ist im § 17, der „Tagesordnung und Akteneinsicht“ heißt, geregelt. Natürlich muss ich auch zum Geschäftsstück, das jetzt zur Tagesordnung aufliegt, Akteneinsicht haben und darüber hinausgehende Akteneinsicht. Was hat es zur Konsequenz? Der arme Herr Vorsitzende wird von mir, nachdem wir den Geschäftsordnungspunkt beschlossen haben, denn dann ist der Beschlussakt historisch, ein erneutes Verlangen bekommen. Dann schauen wir, was sich der Verfassungsdienst diesmal einfallen lässt. Aber was ich sagen will, ist, hier ist meines Erachtens nach ein wesentlicher Mangel der Rechte des Gemeinderates. Das passt jetzt sehr gut dazu, weil es auch zu einem Kontrollamtsakt ist. Aber das kann es dann doch nicht sein, meine Damen und Herren!

Diesen Prüfbericht habe ich schon zitiert. Ich darf Ihnen noch aus anderen Prüfberichten zitieren. Ich habe schon anfangs gesagt, was mir wichtig war, es gibt sehr viele Berichte, die in Ordnung sind. Darin wird geschrieben, die Arbeit war korrekt, die Arbeit war gut. Das freut einen auch als Oppositionspolitiker. Es gibt aber sehr viele Berichte, in denen genau das Gegenteil steht. Wir

haben schon von der Frau Kollegin Holdhaus gehört, die aus einem Bericht zitiert hat. Ich glaube, die Wiener Linien waren das. Wir haben schon von der Stadthalle gehört. Da hören wir vielleicht noch etwas. Auch im Baubereich gibt es immer wieder die gleichen Probleme. Da hören wir vielleicht auch noch etwas. Es sind schon, das kann man herauslesen und darauf möchte ich vielleicht auch hin, immer wieder gleiche Probleme, was Ausschreibungen betrifft, was Vergaben betrifft. Da gibt es immer wieder Mängel und Feststellungen des Kontrollamtes, die eigentlich nicht sein müssten.

Ich darf einen Bericht herausgreifen: „Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser - Prüfung der Architektenleistungen des innovativen Wohn- und Pflegehauses Döbling“. Beim Studium des Aktes kommt man auf etliche Auffälligkeiten. Das Kontrollamt ist immer sehr freundlich in der Berichterstattung, was durchaus in Ordnung ist. Wenn man schon länger Kontrollamtsberichte liest, weiß man schon, was gemeint ist. Es geht um die Neueinrichtung des innovativen Wohn- und Pflegehauses Döbling und um die Verwertung der nicht mehr benötigten Liegenschaften und des dazugehörigen Baurechtes. Hier tritt diese Firma B immer wieder auf, die sehr ominös ist. Da fragt man sich dann schon, was das für einen Sinn hat. Das kann es ja nicht sein. Zur Vorbereitung des Projektes wurden drei Studien dieser Firma B in Auftrag gegeben. Die Vergabe selbst war schon problematisch. Bei der ersten Studie konnte das Kontrollamt keinen Mehrwert der Studie feststellen. Außerdem wurde von der Firma B gleich unaufgefordert eine Studie über die Nutzung des nicht mehr gebrauchten Grundstückes geliefert. Was hat das für einen Sinn? Interessant. Diese wurde dann überraschenderweise auch gleich statt eines Architekturwettbewerbes herangezogen. Also da wäre wohl die zweite Möglichkeit die gescheiterte gewesen. Eine zweite Studie kostet dann 100 000 EUR. Die Beauftragung hat stattgefunden am 5.6.2007. Zustimmung der Firma zur Beauftragung: im September 2008. Man höre und staune! Das Erstellungsdatum der Studie ist allerdings der 10.9.2007. Wie das zusammenpasst, weiß auch keiner! Viel zu teuer, wie das Kontrollamt feststellte, und aus der ersten Studie abgeschrieben. Also sehr viel Kreativität hat man da nicht eingesetzt. 100 000 EUR war die zweite Studie. Eine weitere Studie, auch für die Firma B vergeben, wieder zu teuer. Schriftliche Beauftragung der Studie zwei Monate nach Vorliegen derselben. Wie das funktioniert, meine Damen und Herren, oder was da der Hintergrund ist, wäre durchaus interessant. Da wäre dann auch wieder ein weitergehendes Einsichtsrecht des Gemeinderates interessant. Weil was das für einen Sinn haben soll, einer Wirtschaftlichkeit, einer Ordnungsmäßigkeit und einer Sparsamkeit, kann mir wohl keiner erklären! Es hat dann noch weitere Probleme gegeben. Ich erspare es Ihnen. Lesen Sie den Bericht durch. Er ist interessant.

Auch erwähnenswert: Bau-, Sicherheits- und Hygienemängel in einem Schul- und Hortgebäude. Auch da kuriose Vorgangsweisen der Behörden. Dort hat man monatelang gebraucht, um endlich festzustellen, was eigentlich schuld ist und hat dann die Schule sperren müssen, und so weiter und so fort. Also auch ein Bei-

spiel, genauso soll es nicht sein.

Es wäre das, wenn es die Ausnahme wäre, auch unangenehm, aber noch irgendwie verständlich. Aber es gibt leider Gottes immer wieder - ich habe es schon vorhin gesagt - die gleichen Probleme, die auftauchen. Das sollte auch Auftrag an die Stadtregierung sein, dem nachzukommen und wirklich einmal darauf zu schauen, dass da eine Änderung herbeigeführt wird. Es wäre fein, wenn die Arbeit des Kontrollamtes nicht nur von der Opposition ernst genommen wird! - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich will meinen Kollegen nicht berichtigen, aber ich muss es jetzt deswegen machen, weil ich sonst bei der nächsten Präsidialkonferenz ein bisschen ein Problem habe. Wir haben den Tagesordnungspunkt Nummer 1 für die jetzige Sitzung über meinen Vorschlag in der Präsidialkonferenz einvernehmlich so festgesetzt, das heißt, alle Parteien waren darüber einig, dass wir dieses Thema etwas mehr hervorheben, wie es sonst früher immer passiert ist. Ich wollte das nur der Korrektheit halber sagen, damit man dann nicht später Vorschläge etwas kritischer sieht. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Ist in Ordnung!)*

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Ausschusses! Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor! Werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat haben wir letztes Jahr ein sehr intensives Kontrollausschussberichtsjaahr hinter uns gehabt. Heute liegen virtuell 3 900 Seiten Berichte über die Verwaltung der Stadt Wien am Tisch, 124 Geschäftsstücke. Wir haben in 5 Sitzungen, gemeinsam die Stadtregierung mit der Opposition und auch mit den Verantwortlichen, mit Geschäftsführern von Töchtern, mit Geschäftsführern von Einrichtungen der Stadt Wien, aber auch mit vielen Beamten, diese Geschäftsstücke diskutiert.

Ein Tenor ist schon sehr wichtig: Für alle steht im Mittelpunkt, wenn in der Verwaltung Fehler passieren, und ich bin nicht hier, um zu sagen, es passieren keine Fehler, und diese auch über das Kontrollamt aufgezeigt werden, dass wir daraus lernen und dass wir auch versuchen, in der Zukunft diese Fehler nicht mehr zu machen. Man muss aber auch sagen, bei 60 000 Beschäftigten in der Stadt Wien ist halt auch eine gewisse Fehlerquote möglich. Wir versuchen, sie sehr gering zu halten. Mit dem Kontrollamt haben wir eine hervorragende Einrichtung, die uns hier eine Prüfmöglichkeit ermöglicht.

Das Kontrollamt der Stadt Wien ist überhaupt eine der größten Prüfeinrichtungen in Österreich. Größer ist nur der Rechnungshof. Das Kontrollamt hat über 80 Beschäftigte. Der Rechnungshof hat 2012 257 Prüfer im Einsatz gehabt. Diese Prüfer haben 91 Prüfberichte produziert, also um 30 weniger. Jetzt sage ich, die Anzahl sagt nichts über die Qualität der Prüfung aus, weil natürlich hier teilweise auch andere Themenstellungen sind. Es sind aber auch natürlich unter den 91 Prüfungen

Prüfungen dabei, die uns als Stadt Wien betreffen, weil der Rechnungshof auch uns prüft.

Die SPÖ, meine Damen und Herren, bekennt sich zur öffentlichen Kontrolle. Die SPÖ bekennt sich zur Unterstützung der öffentlichen Kontrolle. Uns ist auch sehr wichtig, dass die Kontrolle transparent und öffentlich stattfindet.

Darum haben wir auch schon vor einigen Jahren beschlossen, dass die Berichte, ab dem Moment, wo sie das Kontrollamt verlassen und der politischen Diskussion zugeführt werden, auch veröffentlicht werden, damit sich hier auch die Öffentlichkeit ein objektives Bild schaffen kann, vor allem auch die Medienöffentlichkeit. Wir sind auch dafür eingetreten und haben das auch gemacht, dass auch die Minderheit, die jeweiligen Parteien, die nicht in der Regierung sind, Rechte bekommen, um das Kontrollamt bei Prüfungen einzusetzen - Kollege Kowarik hat vorhin einen Fall erzählt -, und dass auch diese Minderheitenrechte sehr gut sind und sehr gut angenommen werden. Letztlich ist, glaube ich auch, eine Darstellung der Transparenz, dass den Vorsitz im Kontrollausschuss die Opposition und nicht die Regierung führt. Dazu könnte man sagen, das ist selbstverständlich, aber ich glaube, es ist sehr gut, dass auch hier durchaus über die Geschäftsführung des Kontrollausschusses die Opposition sehr stark eingebunden ist.

Wenn man nun die Inhaltlichkeiten, die Prüfberichte diskutiert, möchte ich jetzt nicht aus einzelnen Prüfberichten zitieren, aber schon sagen, von den 124 Prüfberichten gibt es natürlich einige, die nicht sehr erfreulich sind für die Regierung und wo auch durchaus Fehler passiert sind, das muss man auch offen zugeben, wo aber auch an der Fehlerbehebung gearbeitet wird. Auf der anderen Seite muss man aber auch sagen, dass es sehr viele positive Berichte gibt und dass es auch direkte Konsequenzenaktionen gibt. Ich möchte nur an einen der letzten Ausschüsse erinnern, wo wir über die Kommission beratschlagt haben, die das Rating für die Kinofilme macht, die wir in Wien eingesetzt haben. Dieselbe Kommission gibt es auf Bundesebene auch. Heute in der Früh ist ein Initiativantrag für den Landtag hinausgegangen, wo wir diese Kommission abschaffen wollen. Das ist ein gelebtes Ergebnis, wo das Kontrollamt das aufzeigt und wir dann auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen umsetzen.

Wir haben uns in den letzten Monaten, fast Jahren überhaupt bemüht, auch die Organisation des Kontrollamtes zu stärken. Gemeinsam mit meiner Kollegin Hebein haben wir uns in sehr vielen Gesprächen und Verhandlungen auf ein Reorganisationskonzept für das Kontrollamt in einen Stadtrechnungshof geeinigt, um hier einerseits die Unabhängigkeit zu stärken und auf der anderen Seite auch die Rechte des Stadtrechnungshofes klarer herauszuarbeiten. Wenn hier gesagt wird, das ist ein Pimperlvorschlag und nichts wert, so weise ich das zurück, weil ich glaube, jeder Vorschlag einer Veränderung in einer Organisation ist ein Fortschritt. Man kann jetzt über die Schrittlänge des Fortschrittes diskutieren, 50 cm, 70 cm oder ob ein Riesenschritt 2 m sind, aber es ist ein Weg in eine weitere Richtung. Meiner Meinung nach ist es ein sehr guter Weg.

Wir wollen die Sicherheitskontrollkompetenzen des Stadtrechnungshofes schärfen, vor allem, was die Töchter- und Enkelfirmen der Stadt Wien betrifft, natürlich unter Wahrung von Betriebsgeheimnissen. Aber hier wollen wir verschärfen. Wir wollen auch, dass bei der Neuorganisation die PPP-Verträge mit einem Prüfvorbehalt geprüft werden. Das verstehe ich nicht ganz von Seiten der Opposition, dass dieses Vorhaben kritisiert wird. Wenn jeder Verein in Wien, der eine Subvention empfängt, auch einen Prüfvorbehalt akzeptieren soll und das okay ist, warum soll es dann bei PPP-Modellen nicht okay sein? Das verstehe ich nicht. Aber zu einem Prüfvorbehalt gehören auch zwei Partner, nämlich der eine, der ihn akzeptiert und der andere, der ihn ausspricht. Wenn wir eine Subvention einem Verein geben wollen, der einen Prüfvorbehalt nicht akzeptiert, dann wird er auch die Subvention nicht bekommen. Ich denke, damit ist schon genug gesagt.

Auch wir wollen die Position des Stadtrechnungshofdirektors stärken, indem wir den Stadtrechnungshofdirektor in Zukunft in einem Hearing bestellen wollen. Das heißt, wenn die Ausschreibung erfolgt ist, sollen sich dann die drei bestgereihten KandidatInnen - mit großem I - im Kontrollausschuss unter Anwesenheit des Bürgermeisters einem Hearing unterziehen, ob diese drei Kandidaten geeignet sind, dieses hochwertige und wichtige Amt für die Stadt Wien wahrzunehmen. Dass es für die ÖVP eine Farce ist, verstehe ich nicht, Herr Klubobmann, weil es ein Schritt in die richtige Richtung ist. Jetzt haben wir kein Hearing. Jetzt haben wir keine Möglichkeit, uns vorher anzusehen, wer die Kandidaten sind. Ich glaube, es ist ein Schritt in die richtige Richtung, zu sagen, wir wollen wissen, wer die drei Kandidaten sind. Und wenn die drei Kandidaten geeignet sind, dann soll sich der Herr Bürgermeister auch aussuchen, wer dann der Stadtrechnungshofdirektor wird. Bestellt wird die Person sowieso durch den Gemeinderat und nicht durch den Ausschuss.

Auch dass die Bestellung weiterhin, wie bisher, fünf Jahre ist, haben wir sehr lange diskutiert, ob man längere Fristen nimmt. Wir haben uns aber darauf geeinigt, dass wir bei den fünf Jahren bleiben.

Wir haben auch die Möglichkeit erweitert, wer überhaupt Stadtrechnungshofdirektor werden kann. Bis jetzt hat es geheißen, dass man Jurist sein und in der Verwaltung arbeiten muss. In der neuen Fassung steht nur, dass ein akademisches Studium, juristisch, von Vorteil ist und ausreichende Erfahrung in der Verwaltung sein soll.

Was wir auch gestärkt haben, sind die Unvereinbarkeitsbestimmungen und das Berufsverbot.

Was meiner Meinung nach noch sehr wichtig und auch eine Stärkung des Parlamentarismus ist, ist, dass wir für die Abwahl, die jetzt mit einfacher Mehrheit, mit Regierungsmehrheit, möglich sein soll, eine Zweidrittelmehrheit vorgeschlagen haben. Das heißt, ohne Opposition wird hier in Zukunft nichts gehen. Ich sage aber auch gleich, wir haben nicht vor, den amtierenden Kontrollamtsdirektor abzurufen. Aber ich glaube, auch das ist sehr wichtig.

Es ist auch überhaupt nicht einzusehen, dass im Wiener Gemeinderat beziehungsweise im Landtag der

Rechnungshofpräsident sprechen darf, der Ärztanwalt sprechen darf, dass einige Nichtmitglieder des Hauses ein Rederecht haben, aber der Kontrollamts- vulgo Stadtrechnungshofdirektor nicht. Daher soll auch hier der Stadtrechnungshofdirektor Rede und Antwort im Gemeinderat stehen.

Wichtig ist auch, und das wurde vorhin schon erwähnt, wie wir in Zukunft mit den Empfehlungen umgehen. Da, meine Damen und Herren von der Opposition, haben wir einen Riesenschritt gemacht, indem wir eine Empfehlungsnachverfolgung einführen wollen, und zwar eine lückenlose. Das heißt, das ist jetzt schon. Das Kontrollamt hat schon vorgearbeitet. Wenn Sie die Berichte lesen, finden Sie in den Berichten bereits jetzt eine Zusammenfassung der Empfehlungen. Das ist schon eine Vorbereitung auf einen möglichen Beschluss. Diese Zusammenfassungen der Empfehlungen sollen auch dazu da sein, damit die geprüften Stellen innerhalb von drei bis neun Monaten - so ist unser Vorschlag - die Empfehlungen beantworten müssen, was damit passiert ist, ob sie umgesetzt wurden, und wenn nicht, warum nicht, und wenn sie mehr Zeit brauchen, dies auch, und dass auch dieses wichtige Element der Empfehlungsbearbeitung aufgezeigt wird, und zwar auch im Tätigkeitsbericht, also vorher im Ausschuss diskutiert wird, aber auch im Tätigkeitsbericht hier im Gemeinderat. Ich sage, es ist nicht zu verstehen, dass wahrscheinlich von den vielen Hunderten Empfehlungen, die das Kontrollamt schon heute macht und wo schon viele der Empfehlungen auch umgesetzt werden, wir aber immer nur die diskutieren, die nicht umgesetzt wurden, und zwar auch begründet nicht umgesetzt wurden. Da wollen wir Transparenz haben. Da wollen wir Klarheit haben. Da brauchen wir uns nicht zu verstecken. Unsere Verwaltung ist sehr gut. Diese Qualität soll auch in Zukunft in der Erfüllung der Empfehlungen zusammengefasst werden.

Die Empfehlungen sollen dann auch immer im nächstfolgenden Ausschuss, wo die zuständige Stadträtin/der zuständige Stadtrat der Geschäftsgruppe auf der Tagesordnung ist, diskutiert werden. Das heißt aber natürlich auch für die Kolleginnen und Kollegen, die im Kontrollausschuss sitzen, wir werden nicht 124 Berichte und 3 900 Seiten lesen, sondern es wird tendenziell wesentlich mehr werden.

Wichtig ist auch, dass der Stadtrechnungshofdirektor dem Gemeinderat einen Tätigkeitsbericht vorlegen soll. Jetzt besteht der Tätigkeitsbericht ja aus sämtlichen Prüfberichten, die es gegeben hat, also aus den 124 Prüfberichten. In Zukunft soll der Stadtrechnungshofdirektor jedoch einen eigenen Bericht vorlegen, in dem er sein Tun, seine Strategie, seine Planungen - was auch immer - beschreibt und uns mitteilt, welche die wichtigen Punkte für den Stadtrechnungshof sind. Und wir wollen auch vorschreiben, dass die Empfehlungen an die Verwaltung verpflichtend sind und dass aufgezeigt wird, wie die Verwaltung mit den Empfehlungen umgeht.

Bezüglich Ausstattung und Personal des Stadtrechnungshofes haben wir vor, die Stadtverfassung zu ändern. Jetzt ist ja definiert, dass auf Wunsch des Kontrollamtsdirektors der Magistrat das Personal zur Verfügung stellen soll. Wir wollen das insofern stärken, indem die

Bestimmung dann besagt, dass das Personal und der Sachaufwand auf Anforderung des Kontrollamtsdirektors zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ganz wichtig ist mir auch der Hinweis, dass, nachdem uns der Rechnungshof und auch der Europäische Rechnungshof prüfen, auch die Mitwirkung an der gemeinschaftlichen Finanzkontrolle gestärkt wird. Auch diesen Passus haben wir eingearbeitet.

Noch etwas ist uns im Ablauf der täglichen Arbeit im Kontrollausschuss sehr wichtig: Bis jetzt hing es gemäß Geschäftsordnung vom Vorsitzenden ab, ob der Vorsitzende auch Nichtmitglieder des Ausschusses im Ausschuss zulässt und dort auch reden beziehungsweise Fragen stellen lässt, abstimmen natürlich nicht. Das wurde in der Vergangenheit teilweise unterschiedlich gehandhabt. So wurden zum Beispiel Ausschussmitglieder von den Klubs ausgetauscht, um das zu ermöglichen.

Wir sagen ganz klar: Wir wünschen uns, dass in Zukunft jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin in den Stadtrechnungshofausschuss kommen und mitdiskutieren kann, denn es ist, wie meine Vorredner gesagt haben, sicherlich auch für alle eine gute Erfahrung, einmal in diesem Gremium zu sein.

Das sind die wesentlichen Punkte, warum meiner Meinung nach die Reform kein kleiner Schritt, sondern ein größerer Schritt ist.

Nun kommen wir zu dem Punkt, warum die Opposition diesem Vorhaben nicht zugestimmt hat: Ich habe schon gesagt, dass selbstverständlich noch größere Schritte notwendig sind. Die ÖVP spricht sogar von Riesenschritten. – Ich bin verwundert, dass die ÖVP in Wien diese Riesenschritte von uns fordert, im Parlament beziehungsweise im Bund aber eigentlich einen Schritt nach dem anderen zurück macht, was Kontrollrechte für Minderheiten betrifft. Das finde ich sehr bedauerlich! Ich weiß, dass viele Kolleginnen hier im Haus, wenn sie die Chance dazu hätten, im Parlament wahrscheinlich dafür eintreten würden, weil es hier gute Erfahrungen betreffend Minderheitenarbeit im Kontrollbereich gibt. Sie würden sich wahrscheinlich dafür einsetzen, dass auch im Parlament solche Dinge eingeführt werden. Es ist dies aber trotzdem eine etwas zwiespältige Haltung.

Was die FPÖ betrifft, so habe ich heute die Einladung des Kollegen Kowarik zu Gesprächen verstanden, und wir haben ja auch schon miteinander gesprochen. Selbstverständlich lade ich auch die ÖVP und die FPÖ zu Gesprächen gemeinsam mit meiner Kollegin Hebein im Laufe des Sommers ein, damit wir uns vielleicht bis zum Herbst auf eine Zustimmung einigen können. Man muss ja auch wissen, warum nicht zugestimmt wird.

Zu allem, was ich da vorgelesen habe, brauchen wir die Opposition nicht, das kann die Regierung allein machen. Allerdings sagt der Verfassungsdienst bei uns in der Stadt, dass es zum Beispiel für die Namensänderungen, die beschlossen und dann auch gesetzlich umgesetzt werden sollen, natürlich positiv wäre, wenn man das mit Zweidrittelmehrheit beschließen würde.

Ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass der Kontrollamtsdirektor jetzt gegenüber dem Bürgermeister weisungsfrei gestellt ist. Das ist ein Zweidrittelmehrheitsbe-

schluss. Juristen – ich bin kein Jurist, ich kann das nur wiedergeben, was diese sagen – tut es natürlich weh, dass da „Kontrollamtsdirektor“ steht, wenn wir jetzt einen Stadtrechnungsdirektor haben. Das verstehe ich. Und die Argumente, dass diese Bezeichnung nicht ideal ist und man das später irgendwann planen müsste, bringen mich dazu, dass ich sage, na gut, dann müssen wir das halt mit Zweidrittelmehrheit beschließen.

Ich sage noch einmal: Die inhaltliche Auseinandersetzung hinsichtlich der genannten Punkte könnte die Stadtregerung allein vornehmen. Wir haben aber um eine Zustimmung der Opposition geworben. Wir haben diese für die Namensänderungen – wohl gemerkt: für die Namensänderungen! – aber leider nicht bekommen. Unser Klubdirektor hat bereits am 19. November um 19.56 Uhr den Klubdirektoren aller Fraktionen, also der GRÜNEN, der ÖVP und der FPÖ, einen ersten Entwurf zur Novelle, die wir planen, geschickt. Das war vor über einem halben Jahr. Es ist daher etwas problematisch, wenn man jetzt sagt, wir haben ja nicht gewusst, was da kommt! – Vielleicht hat man es überlesen, denn es waren auch der Vorschlag für das Petitionsrecht und noch ein, zwei andere Dinge mit dabei. Jedenfalls habt ihr es aber zumindest schon ein halbes Jahr gewusst!

Der neue Vorschlag, der jetzt gekommen ist, enthält ein paar semantische, aber keine materiellen Änderungen. Daher muss ich schon sagen: Die Opposition nimmt eine etwas komische Position ein, wenn sie ein halbes Jahr ein Gesetz auf dem Tisch hat und dann sagt, dass sie nicht zustimmen kann, weil sie den Vorschlag nicht gekannt hat.

Es wurde auch kein Gespräch gewünscht. Es wollte auch niemand darüber reden. Das bedaure ich ein bisschen! Ich glaube, man sollte nicht quasi auf dem Rücken des Kontrollamts oppositionelles Kleingeld wechseln. Dieses ist eine viel zu wichtige und viel zu starke Einheit, als dass man sich mit Abtäuschen etwas abkaufen lassen sollte. Entweder man steht dafür, dass die Kontrolle weitergeht und dass diese verbessert wird, oder man steht nicht dafür. Dann soll man es aber auch sagen und sich nicht darauf ausreden, dass das Gesetz in der absoluten Letztfassung erst vor zwei Wochen gekommen ist, obwohl der erste Vorschlag schon seit einem halben Jahr auf dem Tisch liegt!

Meine Damen und Herren! Abschließend bedanke ich mich beim Kontrollamtsdirektor und seinem Team, den 80 MitarbeiterInnen des Kontrollamtes, für die Arbeit, die sie für uns gemacht haben. Es ist dies eine sehr wichtige und auch sehr abwechslungsreiche Arbeit. Manchmal ist sie durchaus kontroversiell, auch innerlich, so dass man vielleicht auch einmal selbst nicht versteht, warum das Kontrollamt das eine oder andere so sieht. Dennoch danke ich recht herzlich für die Arbeit. Ich freue mich schon auf eine fruchtbare Zusammenarbeit ab Herbst, wenn wir die nächsten Sessionen haben, die nächsten Berichte diskutieren und hoffentlich auch das neue Gesetz beschließen werden. Und ich ermuntere auch die Opposition, in den Gesprächen, die wir im Sommer führen werden, im positiven Sinn sehr kreativ zu sein!

Ich bedanke mich auch bei Kollegin Hebein noch

einmal, dass sie viel Geduld – auch mit mir – gehabt hat, und hoffe, dass wir alle gemeinsam zum Wohle des Kontrollamtes weitere Fortschritte machen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für die weiteren Wortmeldung bringe ich in Erinnerung, dass 20 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile das Wort.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Gemeinderat! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Herrschenden müssen bewacht werden, nicht die Beherrschten.“ – So hat Friedrich Dürrenmatt einst gesprochen. Abgesehen davon geht es hier gar nicht so sehr ums Bewachen, sondern um die Aufarbeitung, und zwar um die Aufarbeitung von Unregelmäßigkeiten bis zu Missständen. Davon haben wir hier in der Stadt genug, und das sind keine Einzelfälle, und viele davon kommen auch nur deswegen ans Tageslicht, weil sich das Kontrollamt dieser Sache annimmt, und zwar – wie ich sagen möchte – fast in akribischer Kleinarbeit. Das Kontrollamt unterzieht alle Magistratsdienststellen diesen Prüfungen, man kann also nicht Einseitigkeit unterstellen, und ich möchte auch sagen, dass ohne das Kontrollamt viele Fälle der Opposition vielleicht in dieser ausdrücklichen Form überhaupt nie bekannt geworden wären.

Die Berichte sind sehr umfassend und lesen sich spannend, das muss man auch sagen. Man könnte diese einem Krimi gleichstellen, würde man nicht schon den Täter kennen und auch wissen, dass dieser leider oft nicht zur Verantwortung gezogen wird.

Ich möchte dem Kontrollamt wirklich meinen ausdrücklichen Dank aussprechen, denn ich glaube, es muss ziemlich enervierend sein, wenn sich diverse Stellen immer wieder als Wiederholungstäter herausstellen beziehungsweise überhaupt nicht auf das reagieren, was man jahrelang immer wieder vorbringt. Ich danke wirklich, dass man trotzdem bei der Stange bleibt und – wie wir heute von Frau Mag Holdhaus gehört haben –, auch wenn es mühsam ist, die Fälle immer wieder aufrollt, bis man vielleicht doch zumindest zu einem Ergebnis kommt.

Wenn die Opposition häufig hier Fälle aufzeigt – ich denke jetzt an frühere Zeiten, den Installationsskandal, die Haus- und Außenbetreuung, Betriebskosten, Notfallwohnung –, dann ist generell von der SPÖ zu hören: Das ist ein Einzelfall. – Ich weiß nicht, was Sie immer haben: Es ist alles immer nur ein Einzelfall! – Dass das aber keine Einzelfälle sind und manches vielleicht sogar Methode hat, zeigt das Kontrollamt dann eben auf, sodass man nicht sagen kann, dass es nur in diesem Fall so war. So wurde zum Beispiel bei den Notfallwohnungen gezeigt, dass das eine sehr breite Bevölkerungsschicht trifft, und man ist der Sache endlich einmal auf den Grund gegangen.

Aber selbst wenn das Kontrollamt dann etwas aufzeigt, besteht von Seiten der Stadt – das muss ich leider auch sagen – oft nur die Bereitwilligkeit, in diesem einen Punkt etwas zu ändern, und da nur sehr eingeschränkt. Man ist nicht gewillt, sämtliche Zusammenhänge zu erfassen und der Sache tiefer auf den Grund zu gehen.

Sie brauchen nicht zu befürchten, dass ich jetzt die einzelnen Berichte zerlege, aber ich möchte der Sache im Zusammenhang mit Wiener Wohnen doch ein bisschen nähertreten, und zwar jenen Fällen, die sich mit dem Bau beschäftigen. Auch wenn schon seit vielen Jahren bekannt ist, dass die Preise überzogen sind, dass die Verteilung der Aufträge relativ einseitig erfolgt und dass es Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe gibt, ist die Stadt Wien jedoch nicht bereit, darauf entsprechend zu reagieren.

So wurden etwa den Schlossern wesentlich überhöhte Beträge gezahlt, und das gilt gleichermaßen auch für die Elektriker und die Maler. Nur im Hinblick auf unsere Schwerpunktsetzung betreffend Wiener Wohnen wurden in den letzten 5 Jahren 1 737 Seiten gefüllt. – Es geschieht also etwas. Ich sage das jetzt nur wegen der Chronologie. Man hat darauf aber nicht reagiert: Es sind immer noch dieselben Firmen und die gleichen Leute am Werk, die schon einmal Vergehen begangen haben, die dann aufgedeckt wurden. Aber man tut weiter, als gäbe es kein Kontrollamt, als gäbe es keine Kritik von der Opposition, als wären die Dinge einfach nicht da! Und kommt es einmal dazu, dass etwas bei der Staatsanwaltschaft anhängig ist, dann wird das wieder zurückgezogen, damit es keine großen Wellen schlägt. – Ich meine, man müsste wirklich, wenn man sich selbst und das eigene Regelwerk ernst nimmt, auch einmal Konsequenzen ziehen oder ein Schuldeingeständnis auf den Tisch legen!

Besonders drastisch – ich habe es schon kurz angesprochen – waren zum Beispiel in jüngster Vergangenheit die Geschehnisse, die dem Akt betreffend die Vergabe von Notfallwohnungen zu entnehmen sind. Wenn diesfalls die Bandbreite zwischen 5 Tagen und 1 080 Tagen liegt, dann erklären Sie das den Bürgern, die dringend auf eine Notfallwohnung warten! Das Kontrollamt schreibt, dass in Einzelfällen nicht einmal irgendeine Beschreibung vorhanden war, Adressen fehlten und gar nicht nachvollziehbar war, warum einer nach 5 Tagen und ein anderer erst nach 1 080 Tagen eine Wohnung bekommt.

Ich gebe zu, dass es immer Fälle gibt, in denen der eine wirklich nach fünf Tagen eine Wohnung braucht, während im Zusammenhang mit einem anderen Antragsteller, der für sich selbst zwar glaubt, dass ein Notfall gegeben ist, die Richtlinien eben etwas anderes besagen und es länger dauert. – Heute ist hier das Wort Transparenz schon oft gefallen. Dazu kann ich sagen: Diesfalls ist Transparenz wirklich nicht gegeben, dass man nachvollziehen könnte, warum der eine Fall so und der andere Fall so gehandhabt werden.

Besonders schlimm ist diese Intransparenz zum Beispiel auch bei den Betriebskosten. Wenn etwas bezahlt wird, obwohl es dafür keine Rechnung gibt, oder Rechnungen gelegt werden, für die es keine Leistungsbeschreibung gibt, und man dann zum Beispiel eine CD anfordert, um das selbst nachzuvollziehen, dann stellt man fest, dass die ausgedruckte Papierform anders ist als die CD.

Und jetzt kommt aber noch das Überdrüber: Man kann sagen, dass es hier Versäumnisse durch Wiener

Wohnen gibt und man versuchen wird, das zu ändern. Was aber geschieht? – Man versucht nicht, etwas zu ändern! In diesem Fall hat es jemand gewagt, eine Klage betreffend diese Betriebskosten bei Gericht einzubringen. Und jetzt werden nur mehr USB-Sticks und CDs ausgegeben, die wiederbeschreibbar und damit bei Gericht nicht zulässig sind. Bei Wiener Wohnen sagt man aber nicht, dass man hier etwas ändern muss, sondern das Problem besteht weiter und das System bleibt so wie bisher!

In Anbetracht dessen muss ich schon sagen: Da müssen Sie sich wirklich an der Nase nehmen, denn das Kontrollamt gibt Ihnen ja schon die Unterlage! Sie bräuchten nicht einmal selber recherchieren, sondern Sie müssten nur mehr das umsetzen, was hier vorgeschlagen wird, nachdem entsprechend aufgedeckt wurde.

Wie sehr das Kontrollamt einer Sache gerecht wird, haben, glaube ich, die Vorkommnisse rund um die Ausschreibung des Krankenhauses Nord gezeigt. Man bedient sich externer Sachverständiger beziehungsweise Berater, die Geld kosten, das der Steuerzahler bezahlt. Gegen deren Rat schreibt man dann aber 1 900 Positionen aus, obwohl eigentlich nur 152 Positionen wesentlich wären. Für die Baugrubenumschließung des Krankenhauses Nord hat der Erstbieter rund 3,7 Millionen veranschlagt, und der Zweitbieter war um sagenhafte 340 EUR billiger. Niemandem ist jedoch aufgefallen, dass es da eventuell eine Absprache gegeben haben könnte. Es ist ja alles ach so legitim und ach so transparent und ach so sauber! – Ich glaube jedoch, dass dem nicht so ist.

In diesen Fällen geht es um Steuergelder, und es ist sehr schlimm, dass diese verschleudert werden, aber noch viel schlimmer ist es, wenn es um Leib und Leben geht und Sie auch dann keine Notwendigkeit zum Handeln sehen. Ich erinnere jetzt an den Fall der Parkdecks, in dem das Kontrollamt bereits im Jahr 2005 gesagt hat: Um Gottes willen, der Stahl ist korrodiert, weil er gar nicht mehr von Beton bedeckt ist, die Platten fallen hinter. Doch was tun Sie? – Es wird ein internes Gutachten erstellt, das besagt: Das passt noch lange, noch ist niemand gestorben! Und jetzt deckt das Kontrollamt das wieder auf, und es hat sich nichts verändert. Zum Glück ist noch niemand gestorben, aber es geht dabei wirklich um Leib und Leben, und eines Tages wird etwas passieren. Ich möchte diese Verantwortung mit Sicherheit nicht übernehmen!

In einem anderen Fall ging es nicht gerade um Leib und Leben, aber man hat doch mit der Gesundheit gespielt. Mein Kollege Kowarik hat das ganz kurz angerissen: Es ging um Kinder und vor allem auch um ältere Menschen. Ich spreche von dem Fall, in dem braunes Wasser aus der Wasserleitung geronnen ist. Da frage ich: Bei der Qualität des Wiener Wassers rinnt braunes Wasser aus der Wasserleitung? Man hat gesagt: Gesundheitsschädlich ist es nicht, macht ja nichts! Das Kontrollamt aber sagt: Das macht schon etwas, und es ist auch gesundheitsschädlich.

Ich meine: Dazu braucht man doch nicht das Kontrollamt! In dem Moment, in dem so etwas geschieht, liegt es doch in der Verantwortung der betreffenden Stellen, dass man das wirklich auf Grund und Boden

untersucht und nicht sagt, solange nicht ein Kind krank wird, so lange ist es nicht gesundheitsschädlich. – Wie kann man so unverantwortlich handeln? Das verstehe ich wirklich nicht!

Wofür ich dem Kontrollamt persönlich sehr danken möchte, ist, dass es nicht nur zum Beispiel Vorkommnisse im Zusammenhang mit Ausschreibungen aufdeckt, sondern dass es sich auch der Museen annimmt. Ich finde diese Serie – wir haben jetzt, glaube ich, drei oder vier Teile – sehr interessant.

Vor allem wage ich zu behaupten, dass der Hofpavillon vielleicht nicht so gute Überlebenschancen gehabt hätte, wenn das Kontrollamt nicht eingegriffen hätte. (GRin Barbara Novak: *Das stimmt!*) Trotzdem ist hier die Stadt Wien in die Pflicht zu nehmen: Es gab einen gültigen Vertrag mit den Wiener Linien, und daher muss man die Wiener Linien in die Pflicht nehmen und kann nicht tatenlos zusehen, dass ein so wertvolles Gebäude einfach verfällt! Aber dank Kontrollamt wird jetzt saniert.

Ich freue mich immer wieder über solche Fälle. Vor allem auch durch den Altstadterhaltungsbeirat haben wir wieder ein Objekt gerettet.

Es wären jetzt noch eine ganze Menge Akte aufzuzählen. Es geht da zum Beispiel um Notbeleuchtungssituationen im AKH, es geht um die Therme Wien oder um die Prüfung der verschiedenen Gasanlagen. – Apropos Gasanlagen: Das ist ja nicht irgendetwas! Es geht ja nicht darum, dass das hässlich aussieht oder so, sondern da passiert etwas, und zwar passiert da massiv etwas. Daher muss man einfach handeln und darf das nicht immer quasi ein bisschen schleifen lassen.

Ich verstehe schon, dass in einer Stadt – Wien ist eine sehr große Stadt, die ständig wächst – auch etwas passieren kann. Was ich aber nicht verstehe, ist, dass man das, was das Kontrollamt sagt, nicht ernst nimmt, sondern die Dinge schleifen lässt und wirklich wartet, bis es gar nicht mehr geht, und sich dann auch nur auf den einen Punkt konzentriert, anstatt die Sache ein bisschen mehr mit globaler Sicht anzugehen.

Wenn es bei Wiener Wohnen – ich komme jetzt noch einmal ganz kurz darauf zurück – schon bei diesen Einzelgewerken Probleme gibt, dann kann man doch nicht über Jahre so tun, als ob ohnehin alles immer in Ordnung wäre, bis es auf einmal halt wieder einmal eine Staatsanwaltsgeschichte gibt! Es wurde das seit vielen Jahren immer wieder aufgedeckt und aufgezeigt, und man hätte handeln können, wenn der politische Wille dazu vorhanden gewesen wäre, wie ich jetzt behaupte.

Ich kann nur noch einmal sagen, dass wir mit großem Interesse die Berichte des Kontrollamtes verfolgen. Ich bedanke mich sehr herzlich beim Herrn Kontrollamtsdirektor und seinen Mitarbeitern für diese wirklich ausführliche Art der Darstellung und freue mich auf das neue Jahr! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Novak. Ich erteile es ihr.

GRin Barbara **Novak** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr habt fast für ein bisschen Verwirrung gesorgt,

aber ich habe festgestellt: Es gibt eine Kausalität zwischen der parlamentarischen Tätigkeit im Kontrollamt, im Kontrollausschuss und in der Vorsitzführung im Gemeinderat. Alle Herren sind auch im Kontrollausschuss tätig. Das war jetzt so offensichtlich, weil hier ein paar Mal der Platz gewechselt beziehungsweise getauscht wurde.

Sehr geehrter Herr Kontrollamtsdirektor! Vor allem auch: Liebe Kolleginnen und Kollegen des Kontrollamts, die heute auch hierher gekommen sind! Vielleicht sind Sie heute mit ein bisschen mehr Freude als sonst gekommen, weil wir heute nicht zu später Stunde nach der Rechnungsabschlussdebatte, sondern als Hauptverhandlungsgegenstand den Tätigkeitsbericht – sprich, die Prüfberichte des Kontrollamts des letzten Jahres – in dieser Gemeinderatssitzung diskutieren können. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, und das ist auch ein Vorgriff auf die Reform, zu der Kollege Reindl schon einiges ausgeführt hat. Es ist dies einer jener Teile der Veränderung, die sich auch in den Berichten selbst widerspiegelt.

Die Berichte haben sich im letzten Jahr in zwei Punkten ganz massiv verändert, und das nehme ich persönlich nicht nur als Serviceleistung, sondern vor allem auch als Stärkung des Parlamentarismus wahr. – Einerseits gibt es jetzt eine Einleitung zu jedem Bericht. Und ich habe versprochen, auch für Kollegen Aigner ein Dankeschön für diese Einleitung und Zusammenfassung, die jedem Bericht vorangestellt wird, an das Kontrollamt auszurichten.

Zweitens beinhaltet jeder Bericht jetzt auch eine Empfehlungsliste. Dadurch wird einerseits die Lesbarkeit des Berichts um einiges vereinfacht, es werden aber auch die nachhaltige Umsetzung der Empfehlungen und die Diskussion der einzelnen Standpunkte, welche die Empfehlungen beinhalten, erleichtert.

Ich glaube, das Kontrollamt ist für uns alle und nicht nur für die Opposition eine sehr wichtige Einrichtung. Wenn Kollegin Frank sagt, dass die Opposition ohne das Kontrollamt über einige Missstände oder Entwicklungen nicht Bescheid wissen würde, das kann ich ihr sagen: Auch wir würden es nicht wissen! Und ich meine, das ist der Sinn und Zweck des Kontrollamtes. Es ist wichtig, dass vom Gemeinderat ganz genau in die Abteilungen, in die Unternehmungen und auch in die Vereine, die von uns Subventionen erhalten, hineingeschaut wird, damit man sieht, mit welcher Sorgfalt einerseits mit den Geldmitteln umgegangen wird und ob andererseits auch die Bestimmungen eingehalten werden oder nicht. Es gibt – wie ich sagen möchte – bei den Berichten unterschiedliche Charaktere, es gibt unterschiedliche Berichte, und teilweise spiegeln sich natürlich die Missstände oder Verfehlungen wider und kehren auch immer wieder.

Ein Teil der Berichte beschäftigt sich vor allem mit sicherheitstechnischen Maßnahmen wie Brandschutz, Statik und so weiter. Solche Überprüfungen von sicherheitstechnischen Bestimmungen führen manchmal doch zu Verwunderung, und zwar insbesondere dann, wenn es um Abteilungen oder Einrichtungen geht, die selbst im Sicherheitsgeschäft sind. Wenn es Abteilungen betrifft, deren Kernaufgabe eine ganz andere Dienstleistung wie etwa Pädagogik oder Ähnliches ist, dann fällt unser Urteil

wohl ein bisschen milder aus, weil es sich eben nicht um das Kerngeschäft handelt. Wenn aber der Brandschutz bei der Feuerwehr nicht stimmt, dann ist doch irgendwo etwas falsch! So etwas kritisieren wir dann alle ganz klar, natürlich auch die Kolleginnen oder Kollegen von den Regierungsparteien im Kontrollausschuss. So etwas sieht niemand ein, und das ist auch unentschuldig.

Weiters gibt es eine Gruppe von Berichten, die ich auch als sehr wertvoll empfinde, weil sie Organisationsentwicklungsprozesse in den einzelnen Unternehmungen oder Abteilungen begleiten beziehungsweise Umgestaltungsprozesse und Weiterentwicklungen auch analysieren, anregen und anstoßen. Solche Berichte sind zum Beispiel oft auch im IT-Bereich zu finden, etwa betreffend die SAP-Einführung und -Implementierung in diesem Sektor. Dabei werden auch Empfehlungen abgegeben, damit andere Abteilungen für die Einführung daraus lernen und es besser machen.

In diesen Bereichen geht es sicherlich niemandem darum, aufzudecken, dass etwas falsch gemacht wird, sondern da wird etwas Neues gestaltet und ausprobiert und man sieht dann gemeinsam mit dem Kontrollamt, was gut funktioniert, was weniger gut funktioniert und was man in Zukunft daraus lernen kann.

Mich ärgern jene Berichte persönlich am meisten – diese treffen mich auch emotional –, in denen quasi ein gewisses Laissez Faire erkennbar ist, also etwa ein nicht sehr sorgfältiger Umgang mit Ressourcen. Oft geht es um Vorfälle, die vielleicht vor 10, 20 oder 30 Jahren noch üblich waren oder geduldet wurden, heute aber ganz klar nicht mehr geduldet werden. Dabei wird in der Debatte in den Ausschüssen durch die Aussagen aller Mandatarinnen und Mandatare ganz klar erkennbar, dass solche Dinge abgestellt werden müssen.

Die Kollegin hat das – glaube ich – heute schon bei ihrer Rede erwähnt. Die Berichte über die Wiener Linien, zum Beispiel die Werkstättenberichte, zeigen, dass es ganz klare Regeln geben muss. Dort ist vieles ungeregelt, weil es immer üblich war, so und so vorzugehen, und daher müssen jetzt Konsequenzen gezogen und Bereiche reguliert und geregelt werden.

Überall dort, wo es auch um Sorgfaltspflicht geht, muss man, glaube ich, ganz klar eine Position auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermitteln. Dort, wo solche Fehler unterlaufen, weil Unwissenheit herrscht, müssen entsprechende Schulungen stattfinden. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Bericht bezüglich der Steckdosen in den Kindergärten. Diesbezüglich ist ganz klar: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu schulen, darauf ein besonderes Auge zu haben, und es liegt natürlich in der Verantwortung der Abteilung, dafür zu sorgen, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden können.

Ganz spannend finde ich jene Berichte, die zwar meistens von der Seitenzahl her eher ausarten, deshalb aber nicht weniger spannend sind, und die fast schon wissenschaftlichen Charakter haben. Es sind dies echte Werke, in denen ganze Bereiche in die Tiefe untersucht werden. Ich glaube, ich kann mir nur ansatzweise vorstellen, wie viele Mann- beziehungsweise Fraustunden für diese Arbeit aufgewendet werden, etwa für einen

tiefgehenden Bericht im Gesundheitsbereich – das sind meistens die dicksten Berichte –, und zwar zur psychiatrischen oder pflegerischen Versorgung der Wiener Bevölkerung oder Ähnliches. Dazu gab es ganz viele Berichte aus dem Krankenanstaltenverbund auch im letzten Jahr, etwa auch Berichte über die Versorgungssituation von Schwangeren, Gebärenden und Neugeborenen.

Diese Berichte ermöglichen auch der Politik entsprechende Planungsprozesse und Entscheidungen. Man hat die Möglichkeit, sich mit einer Sache wirklich lang und intensiv auseinanderzusetzen. In Anbetracht solcher Berichte stelle ich mir dann immer die Frage, was wir gemeinsam – abseits von einer Neustrukturierung des Kontrollamtes – tun können, um vielleicht noch an Nachhaltigkeit zu gewinnen, denn für das Kontrollamt ist, wenn der Bericht erstellt wurde, die Arbeit quas einmal erledigt. Ich glaube, da brauchen wir noch viel Wissensmanagement, und ich meine, wir müssen kreativ darüber nachdenken, wie sich das – vielleicht in einem eigenen Wiki – aufbereiten lässt.

Vielleicht finden wir entsprechende IT-Möglichkeiten, um dieses Wissen, das generiert wurde, wirklich zu erhalten und auch in einer ansprechenden Form nach außen zugänglich zu machen. Ich meine nämlich, es ist wichtig, richtig und gut, dass die Berichte auch online gestellt werden. Es müssen aber auch allen Leuten Informationen über den Zugang dazu vermittelt werden. Die Wienerinnen und Wiener müssen wissen, dass es das überhaupt gibt. Ich weiß nicht, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsbereich wissen, dass es diese Berichte gibt, und auch Zugang dazu haben, damit sie die Fakten auch verwerten und in ihrem Bereich umsetzen können. Ich glaube, wir müssen noch darüber nachdenken, diese Nachhaltigkeit zu schaffen, und zwar auch wenn es um die Frage der politischen Bearbeitung geht.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei Kollegen Eckwolf für die Organisation der Ausschussreise bedanken. Diese war sehr nett, und ich meine, wir konnten dabei auch sehr spannende Diskussionen führen. Eine dieser für mich spannenden Diskussionen in Paris war die Frage der Einrichtung eines gemeinsam besetzten, thematisch klar abgegrenzten, für einen bestimmten Zeitraum eingesetzten Arbeitskreises, der betreffend ein Thema, das untersucht und auch wissenschaftlich mit Daten und Fakten begleitet wurde, dann in eine gemeinsame Planung und in einen gemeinsamen politischen Diskurs geht. Ich glaube, dass wir angesichts der großen Fragen, die untersucht werden und hinsichtlich welcher dann Ergebnisse vorliegen, gut daran täten, uns damit nachher intensiv gemeinsam zu beschäftigen und so etwas wie ein Schnittstellen- und Nachhaltigkeitsmanagement einzuführen. – So viel zu diesen großen, sehr wissenschaftlich dokumentierten Berichten.

Die nächste Gruppe an Berichten sind jene, die meist auf Grund von Mediendebatten über politische Anlässe verfasst werden. Solche häufig durch Minderheitenantrag initiierte Berichte bringen oft nicht ganz das oppositionell erwünschte Ergebnis. Allerdings war Kollege Kowarik so

fair – und dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei ihm –, auch zu sagen, dass anhand sehr vieler Berichte erkennbar ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehungsweise die Vereine, die Subventionen erhalten, sehr überlegt und sorgfältig damit umgehen und die Subvention widmungsgemäß verwenden. Solchen Berichten wird natürlich im Ausschuss gar kein Platz eingeräumt, weil wir uns darauf konzentrieren, jene Berichte zu diskutieren, in denen Missstände aufgezeigt werden oder Empfehlungen abgegeben werden, die man umzusetzen hat.

Ich darf jetzt schon einige Jahre im Kontrollausschuss tätig sein, und grundsätzlich empfinde ich die Arbeit aller Parteien als sehr konstruktiv. Ich glaube, wir schaffen es in diesem Ausschuss weitestgehend, das rhetorische, dialektische Hickhack draußen zu lassen und uns wirklich sachlich mit den einzelnen Bereichen auseinanderzusetzen.

Ich würde mir wünschen – und hoffe, dass das auch durch die Neustrukturierung bewirkt wird –, dass die Berichte letztlich mehr Nachhaltigkeit schaffen. Es soll also eine nochmalige Überprüfung schon überprüfter Stellen geben, und es soll die Umsetzung der Empfehlungen überprüft werden. Ich glaube, diesbezüglich sollte man wirklich ein bisschen nachsetzen! Auch ich habe nämlich den Eindruck, dass nicht immer alles von jedem ganz ernst genommen wurde oder wird.

Ich finde es gut, dass wir auch über das Kontrollamt manchmal Kompetenzstreitigkeiten bereinigen können. Ein Beispiel hat Kollegin Frank genannt. Auch ich habe mich sehr gefreut, als ich beim Hofpavillon vorbeigefahren bin und dort rege Renovierungstätigkeit wahrgenommen habe. Ich habe mir gedacht: Sieh einmal einer an, auch diese Frage hat sich endlich gelöst! – Ich persönlich muss gestehen, dass ich nicht weiß, wer das jetzt macht, aber das werden wir herausfinden! Jedenfalls aber wurde eine Renovierung herbeigeführt und wird dieser Hofpavillon gerettet! Das ist mit Sicherheit ein Ergebnis der sehr intensiven Debatte im Kontrollausschuss.

Ich freue mich auch, dass es heute auch einen Initiativantrag bezüglich des Kinogesetzes gegeben hat, in dem es um die Sinnlosigkeit der Doppelbenennung der Überprüfung von Empfehlungen für die Jugendschutzregelung geht. Somit sind wir auch auf Grund eines Kontrollamtsberichtes zu einer Lösung gekommen.

Grundsätzlich möchte ich im Hinblick auf die Debatte in der Aktuellen Stunde etwas zum Thema Informationsfreiheit und dazu sagen, wie wir mit Informationen beziehungsweise Unterlagen umgehen. – Genau das habe ich heute schon in der Aktuellen Stunde zu sagen versucht: Wir führen diese Diskussion jetzt schon sehr intensiv, wir werden diese aber noch intensiver führen. Auch ein IFG auf Bundesebene wird nicht alle Fragen, welche Daten in welche Kategorie einzuordnen sind, endgültig lösen. Es gibt natürlich Informationen, bei welchen es zum Beispiel interpretierbar ist, ob sie zu den Sicherheitsfragen oder zu personenbezogenen Fragen gehören, wobei Letzteres vielleicht am eindeutigsten zu klären ist. Aber die Frage, ob es ein Gemeinwohlinteresse gibt, das über dem Informationsbedürfnis des einzelnen Parlamentari-

ers steht, ist die wirkliche Kernfrage, und diese muss sehr sensibel diskutiert werden. Ich glaube, wir haben alle noch sehr viel Diskussionsbedarf darüber, welche Register wirklich zu führen sind und wie diese in welchem Ausmaß zu führen sind.

Es wird dann auch in der Folge sehr spannend werden, wenn es die ersten Berufungen gibt. Diesbezüglich wünsche ich schon jetzt der Berufungsbehörde – in diesem Fall wird das für uns das Landesverwaltungsgericht sein – viel Spaß bei den ersten Entscheidungen! Das ist, wie gesagt, ein sehr sensibler Bereich, und man muss damit gut und sorgfältig umgehen. Diese Diskussion ist da noch gar nicht zu Ende und wird sich, wie ich glaube, auch nicht mit einem Paukenschlag abschließen lassen.

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich für diese sehr intensive Arbeit, für die 114 Prüfberichte und auch für die vielen Stellungnahmen und Auseinandersetzungen, die die Abteilungen im Zuge ihrer Prüfung hier bestreiten, bedanken. Ich bedanke mich für die vielen guten Berichte und auch für die Umsetzung vieler Empfehlungen. Ich wünsche mir, dass wir überall dort, wo es noch nicht geklappt hat, vielleicht im nächsten Jahr ein positives Ergebnis für uns alle finden. – Danke schön (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Direktor Pollak! Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes!

Ich danke an dieser Stelle für das angesprochene konstruktive Arbeitsklima im Ausschuss. Ich kann das bestätigen: Dieses Klima ist von gegenseitigem Respekt getragen und dient der Sache.

Kontrollwesen ist jedoch eingebettet in das politische Leben. Wir haben in einem großen Teil der bisherigen Wortmeldungen die schwierigen Umfeldbedingungen für das Kontrollamt kennen gelernt. Es geht um das Thema Reform des Kontrollwesens in Wien. Und im Hinblick darauf komme ich zu dem Befund, dass die Politik der Regierungsparteien das Kontrollamt im Stich lässt, und zwar in seinem Selbstverständnis als unabhängige und freie Kontrollinstanz.

Wenn ich mir das rot-grüne Regierungsprogramm anschau, kann ich sagen: Da bestand noch Hoffnung, dass es zu einer Reform und einer entsprechenden Entwicklung kommt. Jetzt blicken wir zurück: Zwei Jahre waren Rot und Grün untätig, um schließlich im Mai eine Pseudoreform vorzulegen, die, wie wir heute schon gehört haben, nicht gemeinsam ausgearbeitet wurde und nicht das ausgewogene Ergebnis gemeinsamer Bestrebungen darstellt.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kontrollamtes hervorragende Arbeit unter Leitung des Kontrollamtsdirektors Dr Pollak, und ich werde zum Abschluss meiner Rede noch einmal ganz ausdrücklich und herzlich dafür danken.

Oft bemerkt man in den höflich formulierten Empfehlungen des Kontrollamtes teilweise gravierende Miss-

stände in den jeweils geprüften Bereichen. Untersucht man nun die Vielzahl der Berichte und Empfehlungen, ob es systembedingte Fehlleistungen und quasi einen roten Misstandsgraden gibt, dann stößt man auf mehrere Misstandsgraden. Ich möchte jetzt angesichts der Kürze der Zeit auf zwei Beispiele hinweisen.

Ein Misstandsgraden besteht aus der Fehlplanung und den Kostenexplosionen bei Bauvorhaben der Stadt Wien. Man kommt zu dem Ergebnis, dass es eine Fehlleistungssystematik gibt, und man ist versucht, von einer Fehlleistungssystematik zu sprechen, und zwar gleichermaßen, ob es nun um Neubauten oder um Sanierungen geht.

Wir erinnern uns stellvertretend an den Umbau des Prater-Vorplatzes. Laut der Zeitung „Heute“ vom 10.6.2013 ist dies „einer der größten Bauskandale in Wien, der auch das Kontrollamt beschäftigt hat. Mindestens 23 Millionen Steuergeld wurden versenkt. Der Verbleib einiger Millionen ist noch immer ungeklärt.“

Außerdem erleben wir aktuell das Drama Stadthaltenbad. Sie alle kennen das Fiasko. Ich möchte lediglich kurz aus dem „Standard“ zitieren. Der Bericht im „Standard“ über den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes zeigt, dass auch die Arbeit des Kontrollamtes Eingang in die Medien findet. – Ich zitiere: „In einem umfangreichen Bericht wurde dargelegt, was nach Ansicht der Prüfer schiefgelaufen ist. So wurde im Vorfeld des Baus der Zustand des Baus nur ungenau erhoben, und der Bauablauf verlief angesichts eines offenbar überforderten Projektteams nicht strukturiert, wie es hieß. Für die Durchführung der Arbeiten selbst wurde zudem eine Firma ausgewählt, die laut Kontrollamt über keine einschlägige Expertise verfügt.“

Wenn wir nun im „Standard“ weiterlesen, stoßen wir auf den zweiten roten beziehungsweise rot-grünen Misstandsgraden. Es geht um die Vergabe von Leistungen beziehungsweise um das Beschaffungswesen insgesamt. – Ich fahre fort in dem Zitat: „Und auch die Entscheidung für die Bauaufsicht wurde vom Kontrollamt nicht goutiert, denn laut Firmenbuch war der damalige technische Direktor der Stadthalle Geschäftsführer einer Firma, bei der das zum Zug gekommene Ziviltechnikerbüro Gesellschafter war.“ – Jeder hier im Raum versteht, was das bedeutet.

Ich zitiere nun aus dem Bericht des Kontrollamtes vom Oktober 2012 zum Stadthaltenbad: „Auffällig war, dass eine Bieterin ihren Angebotspreis im Verlauf des Verhandlungsverfahrens um 44 Prozent“ – um 44 Prozent! – „reduziert hat. Die Kritik des Kontrollamtes richtete sich darauf, dass der Zuschlagsempfängerin mit diesem Nachlass die Möglichkeit geboten wurde, den Angebotspreis der Zweitbieterin knapp zu unterbieten und auf diese Weise den Zuschlag zu erhalten.“

An dieser Stelle muss man einen Gedanken einfügen: Es ist nicht so, wie man meinen könnte. Es ist ja hervorragende Arbeit, wenn man im Lauf des Vergabeverfahrens eine Reduktion um 44 Prozent erreicht! Vielmehr war es aber so, wie das Kontrollamt festgestellt hat, dass nämlich einem Bieter, den man, aus welchen Gründen auch immer, zum Zug kommen lassen wollte, die Möglichkeit gegeben wurde, den vorherigen Bestbie-

ter knapp – ganz knapp, nicht mehr als nötig – zu unterbieten. Wir alle wissen aber aus den weiteren Berichten und Entwicklungen des Umbaus des Stadthallenbades, dass dann selbstverständlich der volle Preis verrechnet wird, nämlich über Regiestunden und über Zusatzaufträge. – Das ist sozusagen ein Lehrstück, wie bei Vergaben und Ausschreibungen manipuliert wird, damit bestimmte Auftragnehmer den Zuschlag erhalten.

Aber auch andere aktuelle Fälle verdeutlichen das Ausmaß der Missstände im Vergabebereich. – Ich zitiere aus einer OTS vom 18. Juni 2013 mit der Überschrift: „Wegen unzulässiger Direktvergabe unter einer beabsichtigten Umgehung des Vergaberechts muss Wiener Wohnen Bußgeld zahlen.“ – Es geht dabei um die Vergabe der Verwaltung und Sanierung einzelner Wohnhausanlagen ohne Ausschreibung an eine GmbH. – Ich zitiere: „In der dafür eigens gegründeten GmbH & Co KG scheinen neben dem Büroleiter des Wohnbaustadtrates auch die beiden Geschäftsführer der beauftragten GmbH auf. Der Vergabekontrollsenat Wien sprach aus, dass die Einbringung städtischer Wohnhausanlagen zur Verwaltung und Sanierung in die WISEG – Wiener SubstanzerhaltungsgmbH & Co KG rechtswidrig und der Vertrag mit Ende 2013 nichtig ist.“

Doch das ist noch nicht das gesamte Ausmaß der Missstände. – Ich zitiere wörtlich: „Der Präsident des Senates begründet das Bußgeld mit der offensichtlich eindringlichen Energie und Mühe, die seitens der Stadt Wien investiert wurde, um das Vergaberecht ganz bewusst zu umgehen.“ – Harter Tobak, meine Damen und Herren!

Da drängen sich Erinnerungen an die Feststellungen im Kontrollamtsbericht zum Stadthallenbad auf. Es fällt einem der Ausgliederungswahn der Stadtregierung ein. All dies dient zur Beseitigung jeder Transparenz, all dies führt schlussendlich auch zur Verletzung und Umgehung des Vergaberechtes, und zwar nicht unabsichtlich, sondern mit „eindringlicher Energie und Mühe seitens der Stadt Wien“. – So viel zum Thema Transparenz. Wir erinnern uns noch gut an die Aktuelle Stunde der GRÜNEN zum Thema Transparenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Beispiele zeigen, dass es mehrere rote beziehungsweise nunmehr rot-grüne Missstandsfäden in wichtigen Bereichen gibt. Die Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, eine unabhängige und freie Kontrolle in Wien zu haben und wie wichtig daher die Jahrzehnte alte Forderung der FPÖ zur Stärkung der Kontrolle und zur Stärkung der Kontrolleinrichtungen in Wien ist.

An dieser Stelle meine Befürchtung: Ich befürchte angesichts des Gehörten und Gelesenen, dass die derzeitigen Großprojekte, seien es das Krankenhaus Nord oder die Seestadt Aspern, dem Kontrollamt und dem Kontrollausschuss noch viel Arbeit beschoren werden.

Abschließend danke ich namens des FPÖ-Klubs nochmals allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kontrollamtes für ihren Einsatz und die hervorragende geleistete Arbeit auch im Jahr 2012. – Danke schön. (Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Martin Margulies. Ich erteile es

ihm.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Kontrollausschussvorsitzender! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Sehr geehrter Herr Präsident des Stadtrechnungshofs Wiens! – So hätte ich meine Rede heute zumindest gerne begonnen, aber macht nichts: Es kommt im Herbst! Ich bin überzeugt davon, dass wir dann den Stadtrechnungshof Wien mit mehr Kompetenzen und Rechten feiern können! Ich hoffe, dass wir es gemeinsam zusammenbringen, diesbezüglich tatsächlich einen einstimmigen Beschluss zu fassen, denn meines Erachtens ist es bei Kontrollrechten wichtig, dass man diese gemeinsam weiterentwickelt und einstimmige Beschlüsse fasst.

Etwas sage ich jetzt aber vorweg: Wir werden uns bei der Ausweitung der Kontrollrechte nicht von der Opposition bremsen lassen, wenn sie sich auf einen Justamentstandpunkt stellt! Das sicherlich nicht! Wir sind für Gespräche jederzeit offen, aber die Ausweitung der Kontrollrechte kommt, und zwar mit oder ohne die Stimmen der FPÖ!

Wenn wir jetzt schon über Kontrolle reden, dann möchte ich festhalten: In dieser konkreten Frage waren wir jetzt tatsächlich Zeugen eines Treppenwitzes der Geschichte. Ich frage jetzt auch die Freiheitliche Partei: Ist Ihnen die Ironie bewusst, dass Sie gerade Herrn Wansch zum Thema Kontrolle hinausschicken? Sind Sie sich wirklich dieser Ironie bewusst? (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was tun Sie denn da? Warum stehen Sie denn da?*)

Ich zitiere aus den Reden des Herrn Wansch, auch aus jener von soeben. – Er hat von der „grünen Verleumdungsgesellschaft“ gesprochen. Er hat gesagt, dass das, was er tut, weder juristisch noch moralisch in irgendeiner Form ehrenrührig sei. Er unterstellt, dass wir charakterlos und kreditschädigend seien.

Das Oberlandesgericht Wien hat allerdings festgestellt: „Wegen dieser groben Pflichtverletzung wären sämtliche Mitglieder des Vorstandes aus wichtigem Grund abgerufen gewesen, wären sie nicht mittlerweile zurückgetreten.“ – Ich glaube, dass Frau Meschar tatsächlich glücklich über diese Urteilsbegründung ist, und ich wage einmal zu behaupten: Frau Meschar ist ... (*Zwischenrufe von den GRen Mag Johann Gudenus, MAIS, Johann Herzog und Armin Blind.*) Ich behaupte, dass Frau Meschar jetzt „Wansch-los“ glücklich ist. Sie wird sich tatsächlich darüber freuen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ich möchte zurückkommen zur heutigen Diskussion über das Kontrollamt und den hinkünftigen Stadtrechnungshof. Ich erlaube mir einige Bemerkungen. Wir können froh sein ... (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Margulies hat null Ahnung! Er ist völlig inkompetent. Er steht hier und produziert heiße Luft!*)

Es ist faszinierend: Kollege Gudenus reißt immer das Maul auf! Blablabla macht er die ganze Zeit. Melden Sie sich zu Wort, Kollege Gudenus! Kommen Sie heraus! Ich weiß: Sie haben nicht viel zu sagen! Sie sind ein armer Mensch! Das ist okay. Sie stellen sich auch bei Kontrolle auf einen Justamentstandpunkt. Sie sind gegen mehr

Kontrolle. Und Sie machen auch immer dort, wo es wirklich um Kontrolle geht, der ÖVP die Mauer.

Apropos, da fällt mir noch ein Punkt ein, bevor ich abschließend zum Kontrollamt etwas sagen werde. – ÖVP und Kontrolle: Der Rechnungshof erarbeitet einen Bericht über die Vergabepaxis im Innenministerium. Im Vergleich dazu: Wir in Wien nehmen Kontrollamtsberichte zur Kenntnis und versuchen, Schlüsse daraus zu ziehen und die Empfehlungen bestmöglich umzusetzen, um hinkünftig Fehler zu vermeiden. Was aber tut das Innenministerium? Der Rechnungshof hat gesagt: Diese freihändigen Vergaben im Innenministerium sind mehr als nur nebulös, die sind gefährlich. Was aber tut das Innenministerium, damals unter Frau Fekter, jetzt unter Mikl-Leitner? Es beauftragt einen Gutachter, den Rechnungshof zu widerlegen, sodass dieser Gutachter sagt, der Rechnungshof irrt! (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das sagen doch Sie und Frau Brauner auch!*)

Wie viel Geld hat das gekostet? Das war wahrlich total billig: 17 000 EUR für nichts und wieder nichts, weil man Kontrolle nicht will! In den Wind geschrieben! Und die FPÖ hat zu dieser Vorgehensweise applaudiert. Das muss man sich einmal vorstellen! (*GR Mag Wolfgang Jung: Hat nicht Frau Brauner, Ihre Koalitionspartnerin, auch gesagt, dass der Rechnungshof irrt?*)

Und wie geht das weiter? – Der Rechnungshof sagt, weil es immer mehr zu kontrollieren gibt, insbesondere bei dieser ÖVP und auch in der Aufarbeitung der blauschwarzen Jahre bis 2006: Wir brauchen mehr Geld. – Und der Rechnungshofsvorsitzende war sogar einmal ein FPÖler. Das muss man sagen! Aber er hat sich wahrscheinlich gewandelt! Er sieht, dass es da viel zu kontrollieren gibt, möglicherweise auch deshalb, weil er die FPÖ gekannt hat.

Er sagt jedenfalls, ich hätte gerne mehr Geld. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist die Psychocouch!*) Und was sagt die damalige Innenministerin Fekter, jetzt Finanzministerin, zuständig für das Geld für den Rechnungshof? – Na selbstverständlich, Kontrolle muss uns etwas wert sein! Der Rechnungshof bekommt diejenigen finanziellen Mittel, die notwendig sind, um auch in Österreich weiterhin Kontrolle sicherzustellen. – Mitnichten! Sie wurde damals als Ministerin im Innenministerium kritisiert, und jetzt als Finanzministerin gibt sie weniger Geld für den Rechnungshof.

So arbeitet die ÖVP, wenn sie in der Regierung ist! So arbeitet die ÖVP, wenn sie Kontrolle verhindern will! Sie wissen genau, wie es geht! Und Sie wollen nicht einsehen, dass es unter Rot-Grün einfach ganz anders ist! (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Die GRÜNEN gehen in der Umsetzung ihrer Versprechen immer einen Stück weiter, wobei ich dazusage: Die Umsetzung ist nicht 100-prozentig, wie wir auch nicht zu 100 Prozent allein regieren, sondern wir unsere Versprechen gemeinsam mit dem Koalitionspartner umsetzen. Aber wir gehen immer ein Stück weiter, das sehen wir jetzt auch beim Entwurf des Stadtrechnungshofes. Und deshalb wissen Sie nicht, wie Sie aus Ihrer Ecke herauskommen, daher machen Sie de facto alles madig, was es gibt! (*GR Dipl.-Ing Roman Stifftner: Lächerlich!*)

Jetzt zum Kontrollamt an sich und zum Stadtrech-

nungshof: Das Einzige, worüber ich wirklich froh bin – das habe ich auch aus allen Reden, die von Ihnen gekommen sind, herausgehört –, ist, dass niemand von Ihnen auch nur in irgendeiner Weise angedeutet hat, dass auf das Kontrollamt Einfluss genommen wird, was mich auch nicht wundert, weil es das nicht gibt. Niemand von Ihnen hat die Unabhängigkeit des Kontrollamtes in Frage gestellt. Aber Sie schreien: Wir brauchen noch mehr Unabhängigkeit! – Dazu sage ich: Entweder gibt es Unabhängigkeit, oder es gibt keine Unabhängigkeit. Das Kontrollamt ist jetzt schon unabhängig. Die MitarbeiterInnen des Kontrollamtes sind jetzt schon unabhängig, und wir können stolz darauf sein! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ. – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Margulies ist der gelebte Widerspruch.*)

Nur deshalb können Sie in Wien im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch immer wieder durchaus verbesserungswürdige Angelegenheiten, die das Kontrollamt aufdeckt, feststellen. Man kann auch negative Punkte in Kontrollamtsberichten feststellen. Und was tun wir? – Wir versuchen, diese Mängel zu sanieren, und wir nehmen diese Kontrollamtsberichte tatsächlich ernst!

Ich bin stolz darauf, das sage ich auch ganz offen. Bei 70 000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wäre es ein Wunder, wenn das Kontrollamt nichts feststellte! Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was würde es heißen, wenn das Kontrollamt nichts feststellt? – Dass es nicht arbeitet!

Das Kontrollamt stellt Mängel fest, wir verbessern entsprechend, und deshalb gilt abschließend mein ganz besonderer Dank dem Herrn Kontrollamtsdirektor, dem zukünftigen Präsidenten des Stadtrechnungshofes sowie all seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Ich bedanke mich für Ihre Arbeit! – Danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Die Restredezeit beträgt 13 Minuten für Sie. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Frau Vorsitzende, es wird ausreichen!

Es ist schon auffällig, meine Damen und Herren, jetzt haben wir eine von allen Seiten gut geführte Diskussion gehabt, in der aus meiner Sicht als Oppositionspolitiker auch die SPÖ durchaus sinnvolle Vorschläge gemacht hat, wo auch die Frau Kollegin Hebein, glaube ich, auf durchaus gutem Niveau mit uns diskutieren will, einer will es offensichtlich nicht, das ist der Kollege Margulies. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Es ist auch auffällig, jedes Mal, wenn es darum geht, dass GRÜNE umgefallen sind – ob das jetzt zum Beispiel die Kontrollamtsreform ist oder sonstige Sachen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Oberumfaller! Der Umfaller der Nation!*) –, jedes Mal kommt der Margulies da heraus und wird irgendwie verhaltensauffällig, um es einmal freundlich zu sagen. Und meistens kommt er nicht aus ohne Ordnungsruf. Muss das sein, Herr Kollege? Muss das sein? Ist das wirklich notwendig? Ist das Ihr Niveau? Na gut, dann lassen Sie es sich bei sich in der Fraktion, aber geben Sie eine Ruhe. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Mit dem Unsinn, den Sie über den Kollegen Wansch gesagt haben, werde ich mich jetzt nicht weiter ausei-

nersetzen. (*GR David Ellensohn: Warum wollen Sie nicht darüber reden? – Weitere lebhaftes Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Sie haben offensichtlich keine Ahnung, wovon Sie reden. Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden, und ich nehme das zur Kenntnis. (*Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Und ich sage schon noch eines, meine Damen und Herren: Gerne reden wir mit der Regierungskoalition über alle Vorhaben, auch über die Reform des Kontrollamtes, nur bitte, den Margulies lassen Sie draußen bei der Diskussion. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Betreffend das Ansuchen um einen Ordnungsruf werde ich mir das wörtliche Protokoll kommen lassen. (*Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und GRÜNEN.*)

Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dr Wolfgang **Ulm**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bis zur Wortmeldung vom Herrn Kollegen Margulies habe ich mir auch gedacht, ich werde sagen können, die Debatte ist in etwa so abgelaufen, wie wir sie auch von den Gemeinderatsausschüssen, von den Kontrollamtsausschüssen kennen, nämlich überwiegend sachlich, und von den Fakten her ist eigentlich gar nichts zu korrigieren.

Diese Einleitung ist jetzt nicht mehr zutreffend, denn wenn der Herr Kollege Margulies sagt, es ist die Opposition, namentlich die ÖVP, die die Kontrolle verhindern will, und es ist Rot-Grün zu verdanken, dass die Ausweitung der Kontrollrechte kommt, dann kann ich nur sagen, dass das nicht den Fakten entspricht. Denn wir haben diese Ausweitung der Kontrollrechte bis dato nicht. Es hätte mich sehr gefreut, wenn wir heute schon über die Ausweitung der Prüfkompetenz des Kontrollamtes oder des Rechnungshofes hätten debattieren können. Es ist leider Gottes nicht dazu gekommen.

Genau deshalb, weil es diese Ausweitung der Prüfkompetenz im Vorschlag von Rot-Grün nicht in ausreichendem Ausmaß gibt, stehe ich nicht an zuzugestehen, dass es zwei Ideen gegeben hat in die Richtung Ausweitung. Das eine ist, eine Prüfkompetenz bereits vorzusehen ab einer 50-prozentigen Beteiligung der Stadt Wien und nicht erst über einer 50-prozentigen Beteiligung der Stadt Wien, und es ist richtig, dass man auch vorgesehen hat, über einen Beschlussantrag mehr Prüfungen zu ermöglichen. Ins Gesetz wollte man dieses Mehr an Prüfkompetenz nicht aufnehmen, weshalb letztendlich die Opposition auch nicht ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag geben konnte.

Auch ein zweiter Punkt ist nicht richtig, nämlich dass man grundsätzlich gemeinsam mit der Opposition Kontrollrechte erweitern sollte. Das heißt, das Anliegen ist schon richtig, aber die Vorgangsweise der letzten Monate und Jahre, muss man schon sagen, war eine andere. Da war es also nicht so, dass es tatsächlich Verhandlungen gegeben hätte darüber, wie nun der Stadtrechnungshof ausschauen soll. Verhandlungen stellt man sich halt schon ein bisschen anders vor, als dass man 24

Stunden vorher eine schriftliche Einladung bekommt, auf einen Antrag draufzugehen, um dann gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen.

Und wenn der Kollege Reindl sagt, am 19. November hat man doch schon einen ersten Entwurf an die Opposition geschickt, wie diese Novelle zum Stadtrechnungshof aussehen könnte, dann muss ich sagen, ja, das stimmt schon, aber Verhandlungen über ein Gesetz mit der Opposition, wenn einem die Zustimmung wichtig ist, wenn man wirklich eine Zweidrittelmehrheit haben möchte, die sollten doch anders aussehen als lediglich der Umstand, dass man von einem Entwurf ein halbes Jahr lang weiß. Kollege Reindl hat dann gemeint, man hätte sich auch melden können seit dem 19. November, wenn einem irgendetwas nicht gefällt an dem Entwurf. Also ich glaube, ernsthafte Verhandlungen zum Thema Stadtrechnungshof sollten etwas anders aussehen, und ich glaube, Herr Kollege Margulies, eine gemeinsame Vorgangsweise zur Erweiterung der Kontrollrechte sollte ein bisschen anders aussehen.

Wichtig wäre diese Ausweitung der Kontrollrechte, das ist überhaupt keine Frage. Man wird sehen, was nun die nächsten Monate bringen und ob es tatsächlich gelingt, einen Stadtrechnungshof auf den Weg zu bringen, der auch diesen Namen verdient. Denn Kollege Reindl hat gesagt, eigentlich brauchen wir die Zweidrittelmehrheit sowieso nur auf Grund der Namensänderung. Ja, stimmt, bliebe man bei der Bezeichnung Kontrollamt, müsste man sich gar nicht bemühen um die Zustimmung der Opposition, denn es geht ja eigentlich nur um eine einzige Verfassungsbestimmung, und das ist jene in einem Absatz der Stadtverfassung, in welchem der Kontrollamtsdirektor in hohem Ausmaß weisungsfrei gestellt ist. Es wäre daher ohne Weiteres möglich, all die Vorschläge, von denen wir heute gehört haben, einfachgesetzlich umzusetzen. Aber ich meine, wenn wir einen Stadtrechnungshof hier in Wien installieren wollen, dann sollte dieser auch seinen Namen verdienen und ausreichende Prüfkompetenz haben.

Es ist ja auch ganz interessant, dass im vorletzten Debattenbeitrag auch noch der Rechnungshof in die Debatte eingebracht worden ist, und dazu muss man sachlicherweise schon auch festhalten, dass die Prüfkompetenz laut Entwurf von Rot-Grün nicht einmal die Prüfbefugnis vorgesehen hat, die auch der Rechnungshof hat, nämlich eine Prüfung von Gesellschaften, an welchen die Stadt Wien in einem Ausmaß beteiligt ist, dass man von einer beherrschenden Stellung sprechen kann.

Abgesehen von diesen Entwicklungen zum Thema Stadtrechnungshof in der letzten Zeit glaube ich aber, dass es viel Einigkeit gegeben hat in den Wortmeldungen, wenn auch unterschiedliche Einschätzungen. Ich glaube, alle Redner waren sich darüber einig, dass es eine sehr erfreuliche Verbesserung darstellt, dass wir heute, am Tag nach dem Rechnungsabschluss, ausführlich den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes diskutieren können. Davon wurde mit über zweieinhalb Stunden auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Das ist auch wenig verwunderlich, denn es ist ein ganz wichtiges Thema. Der Tätigkeitsbericht ist mehr als umfassend, nicht nur in

quantitativer Hinsicht mit 3 900 Seiten, sondern auch qualitativ ganz hervorragend recherchiert und noch dazu in einer nachvollziehbaren, gut lesbaren Art und Weise zu Papier gebracht.

Es hat sicherlich auch im vergangenen Jahr eine ganz große Beharrlichkeit von Seiten des Kontrollamtes gebraucht, um zu diesen Prüfberichten zu kommen. Ich hoffe, es war nicht immer so mühselig wie bei dem Fall, den die Frau Kollegin Holdhaus dargestellt hat mit der Kfz-Prüfstelle der Werkstatt der Wiener Linien, wo das Kontrollamt gezählte elf Mal Begehungen durchführen musste, bis dann am Ende doch ein gewisser Fortschritt festgestellt werden konnte.

Es ist doch so, dass es noch immer in ganz weiten Bereichen eine unglaubliche Reformresistenz in unserer Verwaltung gibt, einen hinhaltenden Widerstand, den es aufzulösen gilt. Und man muss feststellen, dass diese Reformresistenz und dieser Widerstand doch immer stärker auffallen, je weiter eine Organisation vom Rathaus entfernt ist, je weiter die geprüfte Stelle weg ist, also ausgegliederte Bereiche oder Bereiche, an denen die Stadt Wien nur beteiligt ist. Umso wichtiger ist es natürlich, dass ein zukünftiger Stadtrechnungshof oder auch ein zukünftiges Kontrollamt Prüfbefugnisse genau in diesen Bereichen hat, die schon etwas weiter vom Kern der Verwaltung im Rathaus entfernt sind.

Ich darf mich ganz herzlich bedanken beim Kontrollamtsdirektor Dr Pollak, bei seinen Abteilungsleitern, bei allen Mitarbeitern des Kontrollamtes. Es war eine sicher mühevollen, aber doch sehr erfolgreiche Arbeit, die Sie wieder geleistet haben – zum Wohle dieser Stadt, sehr zur Hilfe der Gemeinderäte, aber letztendlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, denn diese Stadt kann Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit und Empfehlungen in diese Richtung wirklich sehr gut brauchen. – Herzlichen Dank. (*Allgemeiner Beifall.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung des Tätigkeitsberichtes des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 2012/2013. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieses Poststück ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 25 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7119E im 13. Bezirk, KatG Hietzing. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Poststück Nummer 25 zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Dieses Poststück ist mit den Stimmen von Rot, Grün und ÖVP, also mehrstimmig, angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 31 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Evaluierung des Masterplans Verkehr. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Susanne Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Werte Damen und Herren!

Wir haben natürlich das Thema Verkehr sehr häufig auf der Tagesordnung, weil es ja doch, wie wir auch gestern besprochen haben, die Gemüter sehr bewegt, aber ich denke, es ist es auch wert, trotz vielleicht der einen oder anderen Wiederholung sich abermals mit diesem nun vorliegenden Masterplan auseinanderzusetzen, denn es geht hier um eine Evaluierung, die ja unsere gemeinsame Zukunft in dieser Stadt betrifft, ob wir nun wollen oder nicht.

Ich stelle fest, dass in der Evaluierung und in der Fortschreibung des Masterplans 2008 der Straßenausbau und die Straßensanierung noch wesentliche Themenbereiche waren, die bis dahin zumindest Eingang gefunden haben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall, es wird schlichtweg negiert. Stattdessen taucht immer wieder die Notwendigkeit des Ausbaus des Radfahrverkehrs auf und wird als wichtiger Hinweis hier formuliert.

Ich möchte es aber einmal klarstellen und auch für meine Fraktion klarlegen: Die ÖVP hat sicherlich keine Radfahrphobie. Radfahren ist in dieser Stadt eine sehr sinnvolle Ergänzungsmaßnahme und Alternative, kann vielleicht auch helfen, den einen oder anderen Anstieg beim Autoverkehr zu verhindern, aber wird sicherlich nie ein vollkommener Ersatz für den motorisierten Individualverkehr sein. Selbst wenn es gelingen sollte, so wie ich immer wieder höre, den Radfahranteil des Modal-Split auf 10 Prozent zu erhöhen – selbst im Masterplan ist nur von 8 Prozent die Rede, und der Rest ist etwas philosophisch gehalten –, aber angenommen, wir schaffen diese 10 Prozent, so heißt das automatisch, dass 90 Prozent, also mehr als die überwiegende Mehrheit der Wienerinnen und Wiener, anders als mit dem Fahrrad unterwegs sein werden.

Derzeit fließen aber 90 Prozent der Energie der zuständigen Stadträtin in den Fahrradverkehr, obwohl der Anteil des Modal-Split, wie eine vielleicht nicht ganz so erfolgreiche Konferenz im Rathaus vor Kurzem gezeigt hat, jetzt auch nur bei 6 Prozent liegt, also sich in Wirklichkeit statistisch kaum verändert hat und eher auf die Wettersituation im Mai und in den letzten Monaten als auf konkrete Maßnahmen zurückzuführen ist.

Aber das ist auch nicht der Punkt. Nicht die Tatsache, dass der Fokus seitens der Stadträtin auf dem Fahrradverkehr liegt, stört uns, sondern wir beklagen uns darüber, dass andere Verkehrsbereiche vollkommen links liegen gelassen werden. Und ich erlaube mir schon auch eine Replik darauf, Frau Stadträtin – weil Sie heute hier sind, das freut mich, dass Sie sich, und das unterscheidet Sie sehr wohl vom Herrn Bürgermeister und von SPÖ-Stadträten, zumindest die Diskussion anhören; das sage ich ausdrücklich positiv und wertschätzend –, dass Sie meinen, meine Kritik sei unhöflich oder vielleicht auch beleidigend. Ich werde versuchen, Ihnen da vielleicht auch einen Teil meines Verständnisses von Kritik und oppositioneller Arbeit, wo Sie ja auch in Ihrer Ver-

gangenheit durchaus nicht zimperlich waren mit Kritik, dahin gehend widerzuspiegeln, indem ich mich auf Ihre Zahlen berufe und Ihnen vielleicht Perspektiven eröffne, die nicht unmittelbar in den Schlussfolgerungen dieses Auftragsgutachtens liegen, sondern jene, die man durch andere Divisionen erreicht. Ich hoffe, Sie empfinden das nicht wieder als eine Unhöflichkeit, wenn ich das aus der oppositionellen Sicht eines Gemeinderates der ÖVP hier nochmals darlege.

Man wird, wenn man sich diesen Bericht durchliest, irgendwo das Gefühl nicht los, dass man doch ein wenig – ich weiß nicht, ob das Wort manipuliert angebracht ist – flunkert mit den Zahlen. Es werden statistische Verrenkungen gemacht, und es werden Verhältniszahlen aneinandergereiht, wie man es halt politisch gerade für sich braucht. Das ist politisch durchaus legitim, und ich verstehe den Blick durch diese Brille durchaus. Aber ein objektiver Bericht würde halt an Seriosität gewinnen, würde man von diesen statistischen Spielereien absehen.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Sie jonglieren hier mit den Verhältniszahlen im Motorisierungsgrad, geben andererseits aber zu, dass die Zahl der PKW wegen des Bevölkerungswachstums, wie Sie sagen, bis 2030 um 14 Prozent steigen wird. Gleichzeitig sagen Sie, der Motorisierungsgrad nimmt ab, das ist eine reine statistische Zahl. Aber ich werde darauf noch eingehen und ich werde versuchen, diese Widersprüche sehr höflich, aber in der Sache sehr bestimmt hier darzulegen.

Obwohl die Evaluierung der Verkehrsentwicklung eine Zunahme der Wienerinnen und Wiener zwischen 2001 und 2009 um 7,8 Prozent verzeichnet, sagen Sie, es ist das Ende des Automobilzeitalters. In Wirklichkeit sprechen ja die Zahlen im eigenen Bericht ganz andere Tatsachen an. Die Schlussfolgerungen sind aus unserer Sicht, wie gesagt, nicht richtig und werden deshalb auch so nicht zutreffen, aber es ist gesinnungsmäßig der Regierung natürlich zugestehen, dass sie die Zahlen in ihre Richtung zurechtdreht.

Was die Ergebnisse der Evaluierung betrifft, wurden schon im Bericht 2008 einige Abstriche von den Überlegungen gemacht, es wurde das eine oder andere Projekt unter den Tisch fallen gelassen, und diese Kunst ist jetzt hier in diesem Bericht in noch größerem Maße angewendet worden. So reduzieren sich die verkehrspolitischen Ziele der Stadtregierung immer mehr, bis wahrscheinlich, so kann man vermuten, nur mehr der Radverkehr übrig bleibt.

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel klarmachen, damit Sie vielleicht auch sehen, dass meine Kritik durchaus fachlich und sachlich begründet ist, nämlich am Beispiel des Straßenbahnnetzes. Bisher habe ich geglaubt oder es so verstanden, dass die GRÜNEN den U-Bahn-Ausbau nicht wollen, aber bei der Straßenbahn hatte es bisher den Anschein, dass man sich dem seitens der Grünen Fraktion prioritär widmen möchte. Im Masterplan 2003 waren noch sieben neue Linien angekündigt, in der Evaluierung 2008 – das war also noch vor der grünen Beteiligung – waren es nur noch fünf, aber jetzt mit der grünen Beteiligung sind es nur mehr vier. Also der Plan für den Ausbau der Straßenbahnlinien ist

halbiert worden, ohne dass es Alternativen dazu gibt. Einige Linienprojekte sind sanft entschlafen, haben gar nicht mehr den Weg in die Evaluierung gefunden, andere sind nicht einmal mehr erwähnt. Ich denke, das ist sicherlich nicht die Masterplan-Erfüllung, sehr geehrte Damen und Herren, die sich die Wienerinnen und Wiener vorstellen.

Bei diesem Tempo wird sich das Wiener öffentliche Liniennetz nicht attraktiv entwickeln können, und es wird ebenso der U-Bahn-Ausbau mit dieser Geschwindigkeit nicht den attraktiven Stand einer Metropole erreichen. Wir halten derzeit statistisch bei 1,8 km neuem U-Bahn-Netz pro Jahr, was für eine Großstadt wie Wien sicherlich erbärmlich ist. Noch dazu, wenn wir wissen, wie viele Stadtentwicklungsgebiete es gibt und welchen Bevölkerungszuwachs wir zu erwarten haben. Wir streben die 2-Millionen-Grenze an, und wir wissen, wie lange Bauten dauern. Also es wäre jetzt an der Zeit, in den öffentlichen Verkehr, in den Schnellverkehr, gerade auch in das Umland hinaus, zu investieren. Aber das ist derzeit offenbar nicht im politischen Willen, und das Gedränge in den U-Bahnen, Straßenbahnen, in den Bussen wird zur Kenntnis genommen. Dass Ihnen dadurch wieder viele Fahrgäste verloren gehen, die dann Alternativen suchen, oft dann auch aus der Stadt hinausziehen, weil Sie das nicht mehr als lebensqualitativ positiv empfinden, ist hier offenbar nicht einkalkuliert oder man nimmt es einfach zur Kenntnis.

Die S-Bahn ist ebenso ein Thema. Der S-Bahn-Ring, der den Einpendlerverkehr massiv abfangen würde, ist nicht angedacht. Die Park-and-ride-Stationen, die im Zuge dessen zu errichten wären, sind ebenfalls nicht aus dem Masterplan erkenntlich. Ich denke, das wären die richtigen Akzente, die zu setzen wären.

Zu den Garagen. Im statistischen Bericht werden die privat errichteten Garagen großzügig hinzugezählt. Ich lasse die mal weg, weil sie natürlich nichts damit zu tun haben, was die Stadt Wien in dem Bereich macht. Garagen gibt es, aber laut dem Bericht viel zu wenig. Man hat sich nämlich vorgenommen, zwischen 2008 und 2013 5 000 Stellplätze – ohnehin keine sehr große Zahl – dieses Typs zu schaffen, geworden sind es lediglich dann 1 400. Es darf deshalb nicht verwundern, dass die Einpendlerproblematik immer stärker wird und die Menschen sich immer mehr durch eine Hammermethode wie das Parkpickerl gefrotzelt fühlen.

Was mich besonders beunruhigt, ist – das ist in Richtung SPÖ gesprochen, die ja immer sagt, sie sei sehr wirtschaftsaffin –, dass man sich auch nicht mit dem Güterverkehr einer Stadt und damit der Gesamtlogistik auseinandersetzt. Die Zeitverzögerung um das Projekt Güterterminal Inzersdorf ist schon eklatant. Seit dem Verkehrskonzept 2004 – so hieß es damals – ist dieses Projekt angekündigt, und jetzt findet sich in dem neuen Masterplan ein sehr dürrer Satz, den ich Ihnen zitiere, um ja nicht wieder polemisch zu wirken. Wörtliches Zitat: „Die Errichtung des Terminals Inzersdorf wird die Kapazitäten und Qualitäten des Güterumschlages in Wien weiter verbessern.“ Punkt.

Das ist alles, was zu einem extrem wichtigen Knotenpunkt für den Güterverkehr drinnensteht. Ich denke,

ein Commitment sieht anders aus, und das Verständnis für Wirtschaftspolitik sollte zumindest bei der SPÖ doch etwas ausgeprägter sein. Ich helfe gerne, meine Fraktion hilft gerne mit, sollten hier Unterstützungsmaßnahmen zu setzen sein, denn der Güterverkehr – das sagt auch der Evaluierungsbericht – steigt enorm an, gerade in der Centropo-Region. Er ist nicht aufzuhalten, ob wir das wollen oder nicht, und er wird ja auch seitens der GRÜNEN schlecht auf das Fahrrad umlenkbar sein.

Ich denke, das Ganze ist keine Erfolgsbilanz. Sie werden das anders sehen, aber ich glaube, die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Die Schuldzuweisungen sind aber gleich dabei. Der Bericht, der eigentlich objektiv sein sollte, sagt auch, woran es denn liegt, dass die Zahlen, die in der Substanz sind, nicht gut genug sind und warum die steigende Luftverschmutzung da ist. Es ist nämlich die Bevölkerungsexplosion, der Bevölkerungszuwachs in Wien, der leider, so heißt es dort, das eine oder andere Ziel konterkariert hat.

Ich hab schon gesagt, der PKW-Bestand steigt bis 2013 um 14 Prozent, aber Ihnen kommt diese Zahl des Bevölkerungswachstum in anderen Bereichen – diese Zahlen verwenden Sie nämlich gerne – sehr zu Gute, nämlich im sogenannten Motorisierungsgrad. Das ist eine Verhältniszahl, nämlich Anzahl der PKW pro 1 000 Einwohner, und diese Kennzahl hat sich tatsächlich verringert von 410 PKW pro 1 000 Einwohner im Jahr 2003 auf jetzt im Jahr 2011 unter 400, nämlich auf 394 PKW pro 1 000 Einwohner. Klar, wenn die Bevölkerungszahl steigt, reduziert sich natürlich dann, wenn die PKW-Anzahl nur relativ gesehen steigt, diese Zahl, und das ist das, was Sie als Mobilisierungsgrad politisch positiv für sich verkaufen. Dahinter verbirgt sich allerdings kein Erfolg, sondern eine rein statistische Interpretation, um neutral zu bleiben, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich frage mich aber, ob diese Dinge nicht vorhersehbar sind, weil wir wissen, wie sich die Bevölkerungsentwicklung generieren wird in der Zukunft. Ich denke, da ist mehr Gestaltungsspielraum gefragt, da ist mehr Vision gefragt, und, wie gesagt, eine monothematische Verkehrspolitik, die einerseits das Parkpickerl und andererseits den Radverkehr in die Fokusslinie nimmt, wird nicht ausreichen. Ich denke, verwalten ist nicht ausreichend, gestalten ist hier angesagt. Ich hoffe auch, dass man nicht mehr auf statistische Interpretationen setzt, sondern – und da erwarte ich mir vom großen Koalitionspartner, von der Bürgermeisterpartei mehr Input – dass man nicht nur Statistiken politisch richtig, aus Ihrer Sicht, interpretiert, sondern auch Substanz schafft, sehr geehrte Damen und Herren.

Lassen Sie mich aber, weil es mir ein Anliegen ist, noch ein Beispiel aus der wirtschaftlichen Sicht hier darlegen, nämlich die Frage, welche Antriebsmodalitäten hier gesehen werden. Als bekanntes Detail am Rande des Luftverschmutzungskapitels ist nämlich der Verzicht auf Dieselfahrzeuge erwähnt, der angeblich eine Verbesserung der Luftsituation bringen würde. Also vielleicht setzen sich nicht alle – und das ist auch legitim – mit der technologischen Entwicklung von Dieselfahrzeugen auseinander. Ich möchte es jetzt auch hier nicht diskutie-

ren, man kann geteilter Meinung sein, aber sicherlich sind heute Dieselfahrzeuge in einer anderen Qualität, als sie noch vor einigen Jahren waren. Aber wenn man seitens der Stadt und der Stadtregierung der Meinung ist, dass Dieselfahrzeuge nicht geeignet sind, die Luftqualität in Wien zu verbessern, dann frage ich mich, warum man es seitens der Grünen Fraktion zulässt, dass die Wiener Linien von Gasbussen auf Dieselsebusse umgestiegen sind. Da sieht man, wie inkonsequent die Verkehrspolitik ist, da sieht man, wie inkonsequent man auch mit den Annahmen ist und wie unglaublich man in Summe mit dem Gesamtbericht auch hier zugange ist, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hoffe, dass Sie meiner statistischen Analyse nicht wieder Polemik unterstellen. Sie ist eine Darstellung der Zahlen, wie Sie sie in diesen Bericht darlegen und zum Besten geben, aber Sie erlauben mir hoffentlich eine Interpretation aus oppositioneller Sicht, die uns überlassen ist, und eine Kritik, die natürlich auch demokratiepolitisch zulässig sein sollte.

Was mir aber aufgefallen ist, ist, dass es natürlich immer wieder Fehlentscheidungen und Unterlassungen gegeben hat. Das liegt einmal in der Natur der Sache, aber was sich in den letzten zweieinhalb Jahren hier abgespielt hat, ist schon so etwas wie ein Paradigmenwechsel. Es hat nämlich eine ideologisch gefärbte Verkehrspolitik, die immer wieder versucht, die Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen, in dieser Stadt Platz gegriffen, und das ist etwas, was man in übersetzter Form früher als Klassenkampf bezeichnet hat. Jetzt ist dieser Kampf halt auf der Straße merkbar. Dieser überträgt sich auch auf die Mobilitätsbedürftigen und bringt keine einzige Verkehrslösung, sondern nur eine Spaltung in dieser Stadt, eine Polarisierung in dieser Stadt.

Das zieht sich auch in diesem Masterplan durch, und es wird Sie deshalb nicht wundern, dass wir diesen ablehnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich habe es jetzt ein bisschen schwer. Ich glaube, wir haben jetzt gerade irgendwie ein bisschen eine Verwechslung erlebt. Wir reden jetzt nicht vom Masterplan Verkehr, den haben wir 2003 abgestimmt, und zwar war es so, dass wir den in einzelnen Tranchen abgestimmt haben. Da haben wir von den GRÜNEN teilweise zugestimmt, teilweise haben wir uns eben nicht dazu aufraffen können, könnte man heute vielleicht sagen, und haben bestimmte Dinge abgelehnt. Aber es war eine gemischte Veranstaltung, und es haben alle Fraktionen unterschiedlich abgestimmt. Das war 2003.

2008 hat es eine Fortschreibung gegeben. Der haben wir und, ich glaube, auch die beiden anderen Oppositionsparteien einfach nicht zugestimmt. Es wurde aber beschlossen, dass es davon eine Evaluierung gibt. Das heißt, was ist herausgekommen im Laufe der letzten Jahre bis 2013, bis heute.

Also ich wundere mich, lieber Roman, wenn du dau-

ernd vom Masterplan redest. Es ist eine Evaluierung, ein Bericht, was weitergegangen ist oder was nicht weitergegangen ist. Wir, der grüne Teil der Stadtregierung, haben den Masterplan damals nicht geschrieben. Er ist von Expertinnen und Experten beurteilt worden, und es ist nicht unser Masterplan, sondern es ist die Evaluierung, die die Stadtregierung durchführen hat lassen und wo steht, dass die Evaluierung in das neue Fachkonzept Verkehr und auch in den STEP einfließen wird. Also ich verstehe deinen Ausritt gegen einen Masterplan, den wir geschrieben hätten, nicht, denn es ist schlicht und einfach kein Masterplan. – So, das ist einmal das eine.

Das Zweite ist das: Man kann natürlich immer sehr populistisch auf das Radfahren einschlagen und immer sagen, das ist schuld. Deswegen möchte ich gerne – ich meine, ich habe ja noch ein bisschen Zeit – ein paar Zitate vorlesen. Und zwar habe ich da so ein interessantes Papier über Verkehr, da steht drinnen: „Wichtig für Wien.“ – angeblich –: „Radwegenetz stärken.“ Weiters steht hier: „Dem konsequenten Ausbau des Radwegenetzes kommt entscheidende Bedeutung für einen sicheren und attraktiven Radverkehr zu. Notwendig sind folgende Maßnahmen: Lückenschluss für Radwegenetz, Radwegsanierungen verstärken, Ausbau des Citybike-Netzes.“ Das ist kein grünes Papier, das ist das ÖVP-Verkehrspapier aus 2007. Das haben nicht wir geschrieben, sondern die ÖVP hat das geschrieben. (*GR Franz Ekkamp: Das ist so ein Flip-Flop! Einmal schreiben sie so, einmal so!*) Ja, ja, es ist so. Also damals für die Radfahrer, jetzt vielleicht ein bisschen anders.

Zu den Abstellmöglichkeiten. Sie verlangen zum Beispiel 2007 – was nicht einmal wir uns getraut hätten, zu verlangen; das finde ich interessant – Fahrradabstellmöglichkeiten auch in Bus und Straßenbahn außerhalb des Gürtels und der Stoßzeiten. Das verlangt die ÖVP 2007. Heute weiß man nichts darüber, heute regt man sich auf, wenn zwei oder drei Bankerl aus dem 43er rauskommen, damit die Eingänge nicht so verstopft sind. 2007 sagt die ÖVP ganz cool, das muss in die Bim und in den Bus hinein. Das finde ich eine interessante Geschichte. Das sollten wir diskutieren.

Und dann, lieber Kollege Stiftner, wenn man über die Parkplätze spricht und aus der Evaluierung zitiert, muss man genau sein. Da steht natürlich drinnen, dass weniger Park-and-ride-Plätze gebaut wurden, als hätten gebaut werden sollen. Stimmt, aber ein bisschen weiterlesen. Es steht nämlich auch drinnen in der Evaluierung, dass 70 000 Stellplätze außerhalb des öffentlichen Straßenraums bei neuen Wohngebäuden und gewerblichen Garagen geschaffen worden sind, wobei der PKW-Bestand – das steht wörtlich auf Seite 58 drinnen – im selben Zeitraum nur um 29 000 PKW gewachsen ist. Das heißt, Sie gehen einfach her, nehmen die Zahlen, die Ihnen passen, und das, was darauf folgt, haben Sie schlicht und einfach weggelassen. Das ist ein bisschen, ich würde einmal sagen, polemisch – wir haben uns ja irgendwie vorgenommen, wir sind nicht so böse zueinander –, denn Faktum ist, wir haben im Moment 50 000 oder 49 000 Stellplätze, für die wir keine Abnehmer haben, die sind einfach leer. Das kann man sich anschauen auf der Wagramer Straße, wenn man stadtauswärts

fährt, das kann man sich im 7. Bezirk, im 6. Bezirk, wurscht wo, anschauen. Wir haben viele Stellplätze gebaut, und sie werden nicht benützt.

Jetzt kann man sagen, das hat was mit dem Preis zu tun. Ja, gar keine Frage, das hat was mit dem Preis zu tun, oder es könnte ja auch sein, dass viele von diesen Stellplätzen auch gleichzeitig den Wohnbau verteuert haben, weil wir in Wirklichkeit mit der Stellplatzverpflichtung ein Problem haben. Sie sagen, daran darf man nicht rühren. Wir bauen jetzt gemeinsam – also die Stadt insgesamt, die Wohnbauträger, wer auch immer – einen Haufen Stellplätze, von denen wir wissen, da wird nie einer drinstehen. Das bedeutet Geldvergeudung, der Wohnbau wird teurer. Das kommt bei Ihnen natürlich gar nicht vor.

Wir glauben – noch einmal zu dieser Geschichte –, die Evaluierung des Masterplans Verkehr zeigt Schwachstellen auf, die im alten Masterplan offensichtlich so konzipiert waren, dass man sie nicht erfüllen konnte oder sie verändern sollte. Ein wichtiger Punkt, der drinnensteht – das kann man sich schön anschauen, da gibt es auch Graphiken dazu –, ist, dass uns zwar viel gelungen ist beim Modal-Split, nämlich beim Verhältnis zwischen motorisiertem Individualverkehr und Öffis, Radfahren und zu Fuß Gehen. Da ist uns viel gelungen, da haben wir einen Wert erzielt, der 27 Prozent der Wege der Wienerinnen und Wiener umfasst. Da waren wir sehr erfolgreich.

Wo die Stadt nicht erfolgreich war, und zwar vor der grünen Regierungsbeteiligung, auch wenn es jetzt während der Regierungsbeteiligung ist: Es ist uns nicht gelungen, den Modal-Split über die Landesgrenze hinaus zu verbessern, und zwar in dem Sinn, dass mehr Leute mit den Öffis, mehr Leute mit dem Fahrrad fahren. Das ist nicht gelungen bis jetzt. Da müssen wir gemeinsam mit Niederösterreich, gemeinsam mit dem Burgenland, gemeinsam mit dem VOR, gemeinsam mit den Gemeinden da draußen einiges tun. Und es ist auch wichtig, dass die ÖVP in Niederösterreich – ob es die Wiener ÖVP ist, weiß ich nicht, aber die niederösterreichische ÖVP, die in den Gemeinden sitzt, im Land sitzt – da gemeinsam kooperiert. Da gibt es mittlerweile auch Gespräche. Wir werden das Problem der PendlerInnen nicht nur durch den Bau, wie Sie immer sagen, von großen Park-and-ride-Anlagen lösen. Wir haben 100 000 Autos mehr in den letzten 10 Jahren, die nach Wien hereinfahren. Wenn wir für die alle, nur für diesen Überhang von 100 000, einen Stellplatz in einer Park-and-ride-Anlage zur Verfügung stellen, dann kostet das bei einem billig gerechneten Preis für einen Stellplatz in einer Park-and-ride-Anlage 15 000 EUR pro Stellplatz; mal 100 000 sind 1,5 Milliarden EUR. Das hat ganz Österreich nicht. Wir können uns das schlicht nicht leisten. Wir brauchen, das steht da auch drinnen, mehr U-Bahn, mehr Straßenbahn, mehr Autobus, mehr Schnellbahn, mehr Radfahren. Damit können wir das in den Griff bekommen.

Und wenn wir jetzt in den nächsten 15, 20 Jahren ein Plus von 250 000 Menschen in Wien haben werden und im Umland noch einmal von 120 000 Menschen, dann werden wir alleine, um den Standard zu halten, den wir

jetzt haben, viel, viel, viel Geld investieren müssen, damit nicht diese vielen Autos, über die Sie ein bisschen gelächelt haben, dann mit den BewohnerInnen auch kommen werden, denn die können wir einfach nicht brauchen in der Stadt. Wir müssen Alternativen zur Verfügung stellen. Das heißt – wie Sie es so schön schreiben in Ihrem ÖVP-Papier –, mehr Radwege, mehr Radabstellanlagen, mehr Öffis. Aber ich glaube, es wird sich nicht ausgehen, dass wir Fahrräder in der Straßenbahn und im Bus unterbringen können, wie Sie das vielleicht gerne hätten.

Also noch einmal: Damit wir unseren Lebensstandard, damit wir unsere Lebensqualität in der Stadt halten können, braucht es ganz, ganz viel Investition und nicht billige Polemik. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Da soll noch einer sagen, dass die GRÜNEN nicht lernfähig sind. Das ist jetzt nicht auf die vorhergegangene Rede zu beziehen, sondern auf den gestrigen ... *(GR David Ellensohn: Auf meine! – GR Mag Rüdiger Maresch, auf GR David Ellensohn zeigend: Auf seine!)* – leider auf dich auch nicht, da mache ich dir vielleicht ein anderes Mal die Freude –, sondern auf die gestrigen Anfütterungsversuche der GRÜNEN in Sachen Manner-Schnitten, worauf ich vorgeschlagen habe, es doch künftig vielleicht mit einem hellen Ottakringer zu versuchen. Und was finde ich heute in meinem Bankfacherl? Ein 16er-Blech. *(Der Redner stellt eine kleine Bierdose auf das Rednerpult.)* Ich weiß zwar nicht, wer es mir hineingestellt hat. Ich tippe nur auf den Rüdiger Maresch, der mag mich nämlich. Ich sage vielen herzlichen Dank! Und da wir uns lieb haben sollen, wie er gemeint hat, und weil auch der Kollege Stiftner jetzt nicht so, vermeintlich, niveaulos, angriffig und böse war, können wir das irgendwann bei Gelegenheit, wenn ich es eingekühlt habe, zusammen trinken.

Aber gleich zu einer Thematik, die der Rüdiger Maresch angesprochen hat, und da muss ich ihm widersprechen aus meiner Sicht, wenn er sagt, es sind so viele Stellplätze bei den Wohnbauträgern, Genossenschaften, privaten Wohnbauträgern leer und deswegen brauchen wir die Stellplatzverpflichtung nicht mehr, und wenn schon, dann ein Regulativ und, und, und. Ich bin der Meinung, dass man zuerst immer Phantasiepreise verlangt. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Da kosten die Stellplätze drei, vier Jahre soundso viel. Das kann sich natürlich keiner leisten. Der kauft sich eine Wohnung oder eine Genossenschaftswohnung im Anteil, muss einrichten, hat Kinder, Auto und, und, und. Das kann er sich nicht leisten und steht draußen. Nach drei, vier Jahren hat er erstens schon ein bisschen mehr Geld *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* – hör mir kurz zu –, hat sich finanziell schon wieder ein bisschen erfangen, zum Zweiten wird es den Wohnbauträgern zu blöd und sie geben sie um die Hälfte her, denn um die Hälfte Geld haben sie immer noch mehr im Sack, als wenn die ganze Garage leer steht. Das ist überall so.

Darum sind wir auch weiter für die Stellplatzverpflichtung und gegen die exzessive Anwendung des Stellplatzregulativs.

Beim Thema Anfüttern oder Antrinken seid ihr lernfähig, beim Thema Radverkehr oder bei den Öffis anscheinend nicht, denn die Tarifschnalzerei ab 1. Juli wird sicher nicht dazu dienen, noch mehr Leute zum Umsteigen auf die Öffis zu animieren, sondern es wird viele Leute hindern, vom Auto oder vom Motorrad auf die Öffis umzusteigen, den Modal-Split zu verbessern, weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum Radl, zu den Öffis.

Und wenn wir schon beim Radl sind. Da habt ihr ja auch eine etwas merkwürdige Gewichtung der Mittel gewählt, zumindest für das Jahr 2013. Ganze 18 km neue Radwege! Das mache ich nach dem Rathaus im Pfuschnenher, und da brauche ich nicht einmal einen Zweiten dazu. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Dann engagieren wir dich!)* 18 km – das ist schwächer als schwach. Da haben die Roten, glaube ich, wie sie allein regiert haben, mehr zustande gebracht. Ihr habt euch die Förderung des Radverkehrs vorgeblich auf die Fahnen geheftet und verwendet heuer für 18 km ungefähr 1 Million EUR, so über den Daumen. Ich weiß ja nicht, baut ihr lauter vollwertige Radwege, von Gehsteig und Fahrbahn getrennt, oder macht ihr wieder mehr Mehrzweckstreifen? Ihr habt einen Mittelwert gewählt. Mehr als 1 Million EUR kann man nicht verwenden für 18 km Radwege, außer man malt diese und noch einige andere grün an.

90 Prozent der Mittel, also von 10 Millionen EUR, gehen drauf für die Velo-city Konferenz, für die Mobilitätsagentur, die vormalige Radagentur. Was gibt es noch? Das Radjahr 2013 mit 4,5 Millionen EUR und, und, und. Rund 10 Millionen EUR, um die man 80 km sichere Radwege, vollwertige Radwege bauen könnte – nicht 18, sondern 80 – oder 333 km Mehrzweckstreifen, für die wir nicht so sind, auf die Straße pinseln könnte. Nein, was machen die Grünen? Da habt ihr ja schnell gelernt von den Roten. 10 Millionen werden für Posterl, Festerl, Lobbying und Ähnliches ausgegeben.

Darum haben wir gestern im Rechnungsabschluss noch einen Anrang genommen, weil wir – das wird uns zwar immer abgesprochen – schon für die Förderung des Radverkehrs sind, das kann man aber nicht damit machen, indem man 10 Millionen für Lobbying ausgibt, sondern eher 10 Millionen für neue Radwege. Darum haben wir gesagt, es soll eine andere Gewichtung des Einsatzes der Radverkehrsmittel auf Schiene gelegt werden. Das wurde von Rot und Grün abgelehnt. Das heißt, es gibt weiter die Gewichtung: 10 Prozent für neue Radwege, 90 Prozent für Nebengeräusche.

Daher und aus vielen anderen Gründen auch – ich möchte nur kurz aufzählen: systematische Parkplatzvernickung, fehlendes Baustellenmanagement, Dauerstörungen bei U-Bahnen – können wir dieser Evaluierung das Masterplans Verkehr leider nicht zustimmen. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau

Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte es ganz kurz machen, weil wir ja eigentlich gesagt haben, wir wissen ohnehin, wie die Positionen sind. Was mir fehlt bei dieser Evaluierung und bei dem Ausblick, der gegeben wird, sind unideologische Alternativvorschläge zu bestehenden Missständen. Wenn Sie sich darüber aufregen und beschweren, dass so viele Einpendler mit dem Auto nach Wien fahren, dann frage ich mich, warum Wien und Niederösterreich nicht schon längst an einem Tisch sitzen und die Verlängerung der Wiener U-Bahn-Linien ins Umland verhandeln und diskutieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es kann doch nicht so ein Problem sein, die U4 zumindest bis Auhof zu führen, die U4 bei Heiligenstadt weiter ins Umland zu führen, die U6 ins Umland zu führen. Natürlich unter einer entsprechenden Kostenbeteiligung auch des Landes Niederösterreich, na selbstverständlich, aber im Endeffekt geht es ja darum, die Menschen, die sich ja nicht zum Vergnügen in die Stadt hereinstauen, die in Wien auch zu Wertschöpfung führen, für die in Wien Lohnsteuern gezahlt und Sozialbeiträge abgeliefert werden, einfach nach Wien hereinzuholen. Die Zusammenarbeit und das Klima zwischen Wien und Niederösterreich sind ja auf der Topebene und auch sonst auf den anderen Ebenen wirklich nicht so schlecht. Das wäre doch auch ein innovativer Ansatz, und der fehlt völlig.

Oder der teilweise wirklich traurige Zustand des S-Bahn-Netzes – S-Bahn ist natürlich Bundesbahn – und der S-Bahn-Garnituren. Die sind 30, 40 Jahre alt. Das entspricht überhaupt nicht mehr den heutigen Anforderungen. Seinerzeit hat auch Niederösterreich die Wieselzüge gesponsert, um halt die Leute nach St Pölten hinauszuführen. Also da gibt es ja Beispiele dafür, wie im Zusammenwirken zwischen Gebietskörperschaften und den Österreichischen Bundesbahnen im Interesse der Fahrgäste zusammengearbeitet werden kann.

Das fehlt alles völlig. Es ist viel zu viel Dirigismus, es ist viel zu viel Obrigkeitsstaat, es ist viel zu viel Ideologie in dieser Evaluierung und in den Leitlinien drinnen. Ich glaube, Verkehrspolitik sollte sich eher am Pragmatismus orientieren und weniger an Ideologie, denn wir müssen pragmatisch die Mobilität der Menschen, den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität in Wien aufrechterhalten. *(Beifall bei FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Bevor ich dem nächsten Redner, das ist dann GR Lindenmayr, das Wort erteilen, möchte ich Stellung nehmen zu dem Ansuchen der Fraktion der Freiheitlichen an mich, einen Ordnungsruf an den Kollegen GR Dipl.-Ing Margulies zu erteilen.

Ich habe mir jetzt das wörtliche Protokoll kommen lassen. Ich lese den entsprechenden Satz vor. Ich sage dazu, ich habe den Satz selber nicht gehört, weil ich gerade in einem Gespräch mit dem Schriftführer über die Entgegennahme einer Wortmeldung der Freiheitlichen Fraktion war. Der entsprechende Satz lautet im wörtlichen Protokoll: „Es ist faszinierend, der Kollege Gudenus reißt immer das Maul auf, blablabla.“

Ich werde für diesen Satz keinen Ordnungsruf erteilen. *(Ironisch-empörte Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Jeder

und jede in diesem Saal weiß, dass ich nicht restriktiv bin in der Vergabe von Ordnungsrufen, auch nicht an die eigene Fraktion, aber zunächst wurde mir zugetragen, es ginge um die Aufforderung „Halt das Maul!“ oder „Maul halten!“ an den Herrn Kollegen Gudenus. Dafür hätte ich selbstverständlich einen Ordnungsruf erteilt. Das würde absolut nicht der Würde des Hauses entsprechen. Auch die gewählte Wortwahl des Herrn Kollegen Margulies ist sicher keine geglückte. Ich würde sagen, sie ist eine schlechte und möglicherweise auch einer Entschuldigung würdig, aber ich denke, ein Ordnungsruf ist an dieser Stelle nicht angebracht.

Ich erteile nun dem GR Lindenmayr das Wort. *(Aufgeregte Diskussionen in den Reihen der FPÖ.)*

GR Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vorherigen Wortmeldungen meiner Kollegen der ÖVP und der FPÖ, aber auch die zwei gestern gestellten Anträge von ÖVP und FPÖ haben gezeigt, dass jeder Cent, den wir für die Mobilitätsagentur ausgegeben haben, wichtig und richtig war. Warum? Noch vor ein paar Jahren haben die ÖVP und die FPÖ generell gesagt, Radwege sind pfui, brauchen wir nicht und so weiter und so weiter, wir brauchen nur Verbesserungen für den Autoverkehr. Aber jetzt haben wir eine Mobilitätsagentur, und die Mobilitätsagentur macht Bewusstseinsbildung, Bewusstseinsbildung bei allen Wienerinnen und Wienern und auch bei den Einpendlern, und die Bewusstseinsbildung wirkt auch bei ÖVP und FPÖ. Denn – schau, schau! – es wird nicht mehr generell der Radverkehr verteufelt, sondern man sagt nur, man könnte vielleicht für das Radjahr, die Konferenz und Ähnliches ein bisschen weniger Geld ausgeben, aber wir können – der Herr Mahdalik hat das so schön ausgerechnet – soundso viele Kilometer Radwege bauen.

Also es wirkt. Wir haben ja noch zweieinhalb Jahre Zeit in dieser Legislaturperiode, und wir werden es wahrscheinlich in dem Haus noch erleben, dass ÖVP und FPÖ dem Radwegebau zustimmen, und darauf freue ich mich jetzt schon.

Im Masterplan Verkehr 2003, über den wir ja eigentlich reden, steht im Vorwort drinnen: „Der Masterplan Verkehr Wien 2003 ist innovativ, aber nicht utopisch. Er ist an klaren Prioritäten orientiert, aber nicht fundamentalistisch. Er ist konkret, aber nicht einengend. Er ist offen für das neue Europa, aber ein Plan für die Zukunft Wiens. Nun gilt es, den Masterplan Verkehr Wien 2003 in den nächsten 20 Jahren“ – ja, das steht da drinnen, 20 Jahre; also 2003 plus 20 ist 2023, wenn man rechnen kann – „möglichst weitgehend umzusetzen.“

Daher reden wir heute – das wurde schon erwähnt – nicht über einen neuen Masterplan, sondern wir reden über die Evaluierung des Masterplans beziehungsweise die Fortschreibung 2008 und die Evaluierung. Wenn man nachschaut im Duden, bedeutet das Beschreibung, Analyse und Bewertung. Und nicht anderes passiert hier in dem Papier. Beschreibung, Analyse, Bewertung: Wo hat die Richtung gestimmt? Wo stimmt die Richtung nicht? Wo haben sich Rahmenbedingungen verändert? Wo

muss man nachjustieren, welche Schräubchen muss man noch drehen?

Wenn man sich dann ein bisschen genauer mit den Inhalten beschäftigt, dann komme ich auf jenes Fünfeck zurück, das 2003 so schön den Mechanismus beschreibt und ihn auch in der Fortschreibung, in der Evaluierung beschreibt, nämlich woraus besteht intelligente Mobilität. Intelligente Mobilität besteht aus dem Zusammenspiel von Effektivität, Nachhaltigkeit, Innovation, Kooperation und Akzeptanz. Ohne Akzeptanz geht also gar nichts. Dieses Fünfeck beschreibt sehr genau dieses Spannungsverhältnis, aber auch dieses Verhältnis, wie man sorgsam und behutsam mit den Maßnahmen umgehen muss, damit wir auf einem richtigen Weg sind. Schlussendlich kommt dann der Plan zur Überzeugung, dass wir mit Ausnahme von vielleicht zwei kleinen Punkten, die ich aber sehr wohl erwähnen möchte, auf dem richtigen Weg sind.

Eine Tabelle, die Sie vielleicht nicht, aber die ich spannend gefunden habe, ist eine Gegenüberstellung der Selbsteinschätzung der Menschen, wie sie ihre Wege und welche Länge an Wegen sie in dieser Stadt zurücklegen, und dann eine objektive Feststellung anhand eines Routenplaners. Es wurde ja ursprünglich hauptsächlich Wert auf die Selbsteinschätzung gelegt, ab dem Jahr 2009 wurden diese Angaben dann mit einem Routenplaner tatsächlich nachverfolgt. Die Selbsteinschätzung der durchschnittlichen Fußwege in Kilometern lag bei 1 km, die Nachmessung mit Routenplaner ergibt 0,8 km, also man hat hier 25 Prozent mehr geschätzt, als man tatsächlich unterwegs war. Bei den Radwegen war es noch viel deutlicher. Die Selbsteinschätzung war, man hat 4,5 km zurückgelegt, aber in Wahrheit waren es nur 2,4. Bei den ÖV-Wegen hat man sich selbst mit 6,7 km eingeschätzt, es waren aber nur 5,5. Das ist eine 20-prozentige Überschätzung. Bei den PKW-Wegen – das ist auch interessant – war die Selbsteinschätzung, man legt immer 7,6 km zurück im Durchschnitt, aber in Wahrheit waren es nur 5,9. Also da sieht man, dass die Selbsteinschätzung eine ganz andere ist, als wenn man das objektiv nachprüft.

Dem öffentlichen Verkehr hat der Kollege Stiftner sehr viel Platz eingeräumt, und ich nutze gerne die Gelegenheit, da einiges richtigzustellen und darzustellen, was tatsächlich in dieser Stadt passiert. Eines kennen wir ja alle, wir haben das auch sehr groß publiziert, nämlich die Entwicklung der Fahrgastzahlen: 907 Millionen Fahrgäste in einem Jahr. Im Detail bedeutet das aber Modernisierung und Verlängerung der U1. Das haben wir gemacht, beziehungsweise die Verlängerung ist gerade in Bau. Auch die U2 wird verlängert.

Und weil hier davon gesprochen wurde, warum wir die U-Bahnen nicht überhaupt ins Umland verlängern, muss ich sagen, so ein U-Bahn-Zug fasst so viele Personen, da ist ein ganzes Dorf entvölkert in Niederösterreich. Und die U-Bahn soll dann jeden Tag fahren? Mit einem einzigen Zug ist die Ortschaft leer, und für die restliche Zeit haben wir die Schienen umsonst gebaut. Das ist ja völlig unsinnig. (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Aber wir wären trotzdem gesprächsbereit, wenn Nie-

derösterreich sich an den Kosten beteiligen würde. Aber was macht Niederösterreich mit dem Geld? Niederösterreich hat schon Geld und gibt es aus. In Niederösterreich bekommt jeder Kuhstall eine Ortsumfahrung und jeder Misthaufen bekommt eine Lärmschutzwand, aber Geld in Park-and-ride-Anlagen wird nicht hineingesteckt. Es kann ja nicht so sein, dass Wien die gesamten Probleme von Niederösterreich löst. So kann das nicht sein. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Hier sollte das ÖVP-geführte Bundesland Niederösterreich ein bisschen nachdenken, wie man das Geld vielleicht sinnvoller verwendet, und nicht eine Weinviertelautobahn bauen, die A5, die mehr oder weniger Geisterautobahn ist, wo keiner fährt. Da wird das Geld in die falschen Projekte gesteckt, dort werden Donaubrücken gebaut – ich verstehe schon, dass man nach St. Pölten besser kommt –, aber in Park-and-Ride-Anlagen, was sinnvoll wäre, investiert das ÖVP-geführte – ich wiederhole es gerne noch einmal: das ÖVP-geführte – Land Niederösterreich überhaupt nichts. Da sieht man, Verkehrspolitik à la ÖVP ist verangenehmungsorientiert. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Aber weil auch Straßenbahnen erwähnt worden sind: Die Linie D ist verlängert worden, nämlich um 600 m hinter den Hauptbahnhof – das habe ich schon vorgestern gesagt –, der 25er ist komplett neu dazugekommen, der wurde am 21. Dezember 2012 eröffnet – 12 Millionen EUR wurden da übrigens investiert –, der 71er fährt nun über den Ring bis zur Börse, im Oktober 2013 wird die U2-Verlängerung eröffnet und da wird auch die neu geschaffene Linie 26 in Betrieb gehen.

So könnte ich Ihnen noch einiges aufzählen, aber auch wieder ein Beispiel, um wieder das Wort ÖVP in den Mund zu nehmen, eine Kleinigkeit nur. Im 19. Bezirk – also nicht nur im 19., der fährt auch durch den 9. Bezirk – gibt es den 40A, einen Autobus. Hier wollen alle Fraktionen, auch die FPÖ, die Verlängerung um eine Station. Der 40A sollte verlängert werden, und zwar bis Glanzing. Wer verhindert das? Es gibt genau eine Person beziehungsweise eine Partei, die diese Verbesserung des öffentlichen Verkehrs beziehungsweise die Entlastung einer anderen Linie verhindert. Das ist – Überraschung! – der Herr Bezirksvorsteher Tiller. Die ÖVP in Döbling verhindert das.

Also hier groß reden, die rot-grüne Regierung macht nichts, die Koalition macht nichts. Aber wo hängt es immer? Es hängt immer an der ÖVP. Die ÖVP bringt ja nichts zusammen, geht aber da heraus und führt großartige Reden.

Busse haben wir geschaffen et cetera, et cetera. Wir investieren viel Geld in die öffentlichen Verkehrsmittel. Wir bauen 5 neue U-Bahn-Züge im Jahr 2013, 18 neue ULFs gehen in Betrieb, 29 neue Busse, alles um insgesamt 130 Millionen EUR, und 60 Millionen EUR werden bis 2016 in eine komplett neue moderne Busflotte investiert. Da von anderer Seite der öffentliche Verkehr so kritisiert worden ist, muss ich das hier schon so deutlich sagen. Nicht nur fürs Protokoll, sondern vielleicht hört die ÖVP da ein bisschen zu und revidiert ihre eigenen Ansichten und denkt ein bisschen nach, ob die Wortmeldungen da so sinnvoll sind.

Was steht denn noch im Masterplan Verkehr? Sie

sehen immer Rot, wenn Sie das Wort Rad hören, aber nicht nur der Radweg steht drinnen, sondern die Conclusio, die Handlungsschwerpunkte für die Zukunft. Beim Schwerpunkt sichere Mobilität sind wir ganz gut unterwegs, bei der Rückgewinnung des öffentlichen Raumes sind wir auch ganz gut unterwegs, beim Qualitätssprung beim Radverkehr sind wir auch ganz gut unterwegs, aber – auch das habe ich selber schon zur Sprache gebracht, aber ich möchte es wiederholen – bei den Einpendlern haben wir große Probleme. Der Kollege Stiftner hat uns Zahlenspielererei vorgeworfen. Vermutlich hat er das nicht ganz genau verstanden, was da drinnegestanden ist. 2003 konnte man ja noch nicht ahnen, dass Wien eine deutlich wachsende Stadt ist. Wir nähern uns in den nächsten 20, 30 Jahren der 2-Millionen-Grenze. Wien ist eine stark wachsende Stadt, daher ist nicht eingetroffen, was wir angestrebt haben, nämlich dass der motorisierte Individualverkehr einen bestimmten Rückgang erreicht. Er wurde teilweise, leider nicht ganz so, erreicht beziehungsweise ist er leicht angestiegen, und zwar hauptsächlich durch die zunehmende Bevölkerung, die wir Gott sei Dank in dem Land haben. Wir müssen jetzt schon vorbauen, dass wir, wenn wir die 2-Millionen-Grenze erreichen, dennoch eine sichere und lebenswerte Stadt bleiben und die Menschen nicht nur mit dem Auto unterwegs sind, sondern mit dem Umweltverbund.

Daher: Die 40 Prozent, die wir angestrebt haben, die wollen wir selbstverständlich nach Möglichkeit auch noch deutlich ausbauen beim öffentlichen Verkehr, man muss aber eben berücksichtigen, dass es immer schwieriger wird bei steigenden Bevölkerungszahlen.

Und in noch einem Punkt erreichen wir nicht ganz das Ziel, nämlich bei der Logistikkompetenz und beim Flächenmanagement für den Güter- und Wirtschaftsverkehr. Und da komme ich jetzt wieder auf meine drei Lieblingsbuchstaben von heute, nämlich auf die ÖVP. Wir erleben immer mehr, dass die Lagerhaltung in manchen Betrieben immer geringer wird. Es wird sozusagen die Lagerfläche, die man nicht zahlen will oder die man für andere Dinge verwendet, in den öffentlichen Raum verlagert. Immer mehr Transporte finden „just in time“ statt, also man lagert das nicht in dem Betrieb angeschlossenen Lagerräumen, sondern man liefert ständig. Also die Lagerräume sind ständig auf den Straßen unterwegs, und wir müssen uns dann damit herumschlagen. Also City-Logistik wäre hier angebracht, und da ist die ÖVP-dominierte Wirtschaftskammer leider ein bisschen säumig.

Unterm Strich kann man sagen: Wir sind sehr, sehr gut unterwegs. Die Zielrichtung stimmt bei sehr, sehr vielen Punkten, bei anderen haben wir leicht nachjustiert. Es ist die Fortschreibung des Mastersplans 2003. Wir sind damit zukunftsorientiert.

Zusammenfassend kann ich sagen: Wien ist mit Rot-Grün gut unterwegs, und wir machen auf diesem unserem Weg weiter. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene

Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 33 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 7880 im 16. Bezirk, KatG Ottakring. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 33 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 34 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8026 im 16. Bezirk, KatG Neulerchenfeld. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 34 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 18 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Stadtforum - Kommunalpolitische Vereinigung für den städtischen Raum. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 18 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN, ÖVP und dem Klubunabhängigen Mandatar angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 35 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anmietung von Büroräumlichkeiten für ein Doppelsozialzentrum in Wien 2, Walcherstraße 11. Auch hier liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 35 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 36 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anmietung von Büroräumlichkeiten im Bürohaus Rivergate in Wien 20, Handelskai 92. Auch hier liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 36 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Wiener Volkshochschulen GmbH. Ich bitte die Frau Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile es ihm.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Hoher Gemeinderat!

Das Poststück 2 behandelt eine Subvention an die Wiener Volkshochschulen GmbH in einer Höhe von 1,8 Millionen EUR, im Rahmen der Länder- und Bundinitiative für Erwachsenenbildung. Was wird da vermittelt, was sind hier die Kernpunkte? Es geht um Basisbildung, Grundkompetenzen und um das Nachholen von Hauptschulabschlüssen.

Wir haben ein etwas anderes Verständnis von einer Volkshochschule. Erstens ist damit einmal das Staatsvolk gemeint. Und dann sollte sich dieses Volk weiterbilden, aber nicht grundausbildet werden, darum geht es nämlich. Wir haben eine Grundschule. Hier aber sollen Grundkenntnisse vermittelt werden, nämlich Lesen, Schreiben und Rechnen für Menschen, die in unser Land gekommen sind oder schon lange da sind, aber keinen Schulabschluss, keinen Hauptschulabschluss zusammengebracht haben.

Wenn man sich das Ziel dieser Bund-Land-Maßnahme anschaut, dann sollen geringqualifizierte Personen im erwerbsfähigen Alter eben diese Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen, damit der Anteil dieser Personen gesenkt wird. Das ist aber falsch. Denn Mitglieder der Stadtregierung haben etwas ganz anderes vor, wenn sie Menschen, die sich nicht rechtmäßig in unserem Land aufhalten und dagegen protestieren, dass sie weg müssen und zugleich in den Arbeitsmarkt drängen, unterstützen. Im Konkreten sind das der Herr Akkilic und der Herr Werner-Lobo, die beim Protest in der Votivkirche dabei waren und die Aktivisten bei diesem Protest unterstützt haben.

Mit so einem Vorhaben werden Sie als Mitglied der Stadtregierung ganz einfach den Anteil dieser Personen nicht senken können. Somit stimmt das nicht, somit arbeiten Sie an dieser Maßnahme nicht mit, sondern boykottieren sie und bringen immer mehr Leute zu uns, die diese Ausbildung nutzen wollen, weil es ja ohnedies nichts kostet. Es kostet ja nur den Steuerzahler etwas, aber die Personen selber profitieren nur.

Dann geht es um zugewanderte Jugendliche, die in ihrem Heimatland keine Schulausbildung abgeschlossen haben. Ja, jetzt reden wir von Zuwanderung: Sie sprechen von einer Bereicherung der Zuwanderung, es ist aber eine Belastung durch Zuwanderung, denn es ist nicht in Ordnung, wenn zugewanderten Menschen erst Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht werden muss oder sie alphabetisiert werden müssen oder Ähnliches – was halt in diesem Maßnahmenpaket alles drinnen ist.

Dann suchen Sie eigene Volksgruppen, wie die Kinder aus Roma-Familien, bei denen Sie feststellen, dass sie zwar gut Deutsch können, aber halt nicht gerne in die Schule gehen. Die möchten Sie mit irgendeiner Maßnahme so weit bringen, dass sie in die Schule kommen, dazu möchte man eine Kooperation mit den Eltern herstellen. (*GR Senol Akkilic: Das stimmt nicht!*) – Sie beuteln den Kopf und sagen, das stimmt nicht. Das steht aber alles da drinnen. Sie kennen ja mit Sicherheit diesen Subventionsantrag. Und im Ausschuss habe ich ja gefragt, wer feststellt, wer ein Roma-Kind ist, wer in den Genuss dieser Förderung kommen soll. Die Antwort war: „Na ja, das macht man über die Eltern.“ Und wie kommt

man zu den Eltern? – Das weiß der Verein der Roma!

Es ist eigentlich für uns nicht wirklich schlüssig nachvollziehbar gewesen, wie man zu diesen Kindern kommt. Aber wichtig ist, dass die Finanzierung wieder einmal vorgenommen wird. Was herauskommt, weiß man nicht genau. Bei den Roma-Kindern sind es 14 Lerngruppen mit insgesamt 1 050 Unterrichtseinheiten. Die 1 050 Unterrichtseinheiten werden natürlich für irgendein Personal bezahlt werden. Und das ist eigentlich der Grundgedanke bei dem Ganzen, darum können wir dem nicht zustimmen.

Zum Schulabschluss: Wenn man auf die Startseite der Homepage der Volkshochschule geht, steht dort groß, dick und fett in Rot geschrieben: „Hauptschulabschluss jetzt gratis nachholen.“ – Es ist also zum Standard geworden, dass man gar keinen Hauptschulabschluss hat. Und voriges Jahr haben ja auch die Medien darüber berichtet, dass 17 000 Menschen keinen Job finden, weil sie keinen Pflichtschulabschluss haben.

Das kann nicht das Ziel sein. Dieser Subventionsantrag ist Zeugnis dafür, dass wir eine verheerende Bildungspolitik haben und dass wir die Menschen, die zu uns ins Land kommen, ausbilden müssen, dass wir sie schulen müssen. Das heißt, sie sind weit weg von einer Bereicherung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zur Beschlussfassung liegt uns ein Subventionsantrag der Volkshochschule vor, der aus mehreren Projekten besteht. Es handelt sich um eine Art 15a-Vereinbarung der Basisbildung zwischen Bund und Ländern.

Das erste Projekt bezieht sich auf Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren, die im Rahmen einer Familienzusammenführung eine Niederlassungsbewilligung bekommen haben. Weiters geht es hier um Jugendliche, die aus dem Sozial- oder Bildungsnetz herausgefallen sind und hier eine Chance bekommen, sich wieder in den Bildungsprozess einzubinden.

Das zweite Projekt sind Basisbildungskurse für MigrantInnen, die in ihren Herkunftsländern in einem anderen Schriftsystem alphabetisiert wurden beziehungsweise ihre persönliche Situation und ihre Bildung verbessern wollen. Auch hier handelt es sich um eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, eine 15a-Vereinbarung.

Der dritte Teil dieses Subventionsantrages bezieht sich auf Frauen, deren Kinder in der Pflichtschule sind, also „Mama lernt Deutsch“. Hier wissen wir schon aus vielen Debatten, dass es ein Erfolgsrezept ist, dass wir hier gerade die Frauen erreichen, die schulpflichtige Kinder haben, damit aber auch ihre Grundkompetenz erhöhen können, auch in weitere Bildungsmaßnahmen eingebunden werden und somit eine bessere Chance am Arbeitsplatz bekommen.

Beim vierten Projekt handelt es sich um Lernhilfe für Roma-Kinder im Alter von 6 bis 16 Jahren. Auch dieses Projekt führen wir schon seit Jahren in Kooperation mit unterschiedlichen Vereinen und Eltern durch. Aus der

Evaluierung dieser Projekte hat sich ergeben, dass diese Kinder viel bessere schulische Leistungen in jenen Fächern aufweisen, in denen sie unterstützt und unterrichtet werden. Es gibt hier auch eine gute Kooperation mit den Eltern beziehungsweise mit den Kontaktpersonen, die aufsuchend bei den Eltern agieren.

Beim fünften Projekt sollen zugewanderte Migranten und Migrantinnen in wichtigen Informationsmodulen über das Leben in Wien, und hier insbesondere auf diese kulturellen Unterschiede vorbereitet werden, und somit eine bessere Integrationschance bekommen beziehungsweise in dieser schwierigen Zeit, dem Beginn des Integrationsprozesses unterstützt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle diese Projekte sind sehr sinnvolle Projekte und eine sehr gute Kooperation mit der Volkshochschule. – Ich bitte Sie um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Unterstützungskomitee zur Integration von Migranten und Migrantinnen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats!

Bevor ich zum eigentlichen Geschäftsstück komme, erlaube ich mir, kurz auf die Vorkommnisse rund um den tragischen Vorfall einer Frau, die im Wiener Frauenhaus untergebracht war, zu replizieren. Nicht nur, dass man Frauen und Kinder wegsperret, und nicht die Täter, schützt man auch die Opfer im Frauenhaus nicht ausreichend. Vor zehn Jahren war die Institution Frauenhaus sicherlich zeitgemäß, aber im Zeitalter der Handyortung sowie der Tatsache, dass sicher nicht nur alle Wiener Taxifahrer die Adressen der Frauenhäuser haben und kennen, sind die Frauen nicht mehr wirklich sicher. Wenn man jetzt Frauen auch noch direkt im eigenen Bezirk oder in Nachbarbezirken unterbringt – um sie ja nicht aus der gewohnten Umgebung zu nehmen, was ich ja verstehen kann –, dann ist natürlich die Gefahr, gewaltbereiten Partnern in die Hände zu fallen, wesentlich größer.

Keine Angst, ich bringe jetzt keinen Antrag ein, den Sie dann in trauter Koalitionseintracht ablehnen können. Aber, Frau Stadträtin, ich appelliere von hier an Sie persönlich, dass Sie in Ihrem Ressort ein neues, der heutigen Zeit entsprechendes Sicherheitskonzept für die Wiener Frauenhäuser ausarbeiten, damit so etwas nicht mehr passieren kann. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun zum Geschäftsstück, in dem es um eine Subvention an den Verein Unterstützungskomitee zur Integration von MigrantInnen in Höhe von 111 000 EUR geht. Der Verein begleitet nach eigenen Angaben MigrantInnen bei der sprachlichen und beruflichen Integration. Er soll für die Gleichstellung von inländischen und ausländischen Arbeitskräften sorgen und bietet dafür deutsche Berufsorientierungs- und Hauptschulabschlusskurse für MigrantInnen an.

Das klingt prinzipiell gut. Nur wenn man auf der anderen Seite weiß, wie viele Wienerinnen und Wiener durch Schulabbruch oder schlechte Schulkenntnisse – besonders in Deutsch und Mathematik – Nachteile im Berufsalltag beziehungsweise bei der Suche nach einer Lehrstelle haben, dann stelle ich mir schon auch persönlich die Frage: Wer kümmert sich um diese und wer finanziert sie vor allem? Und kommen Sie mir jetzt nicht mit der Arbeiterkammer und dem WAFF. Denn von der Arbeiterkammer hören wir selber immer wieder, wie schwer es ist, diesen Personenkreis in Besserqualifizierungen zu bekommen beziehungsweise in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Hier passiert leider viel zu wenig. Die aktuellen Zahlen der Arbeiterkammer für Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze in Wien, die sofort Lehrstellen suchen, liegen bei 3 245, das sind im Vergleichszeitraum zum Vorjahr um 17,7 Prozent mehr.

Und noch eine Ungleichbehandlung ist mir bei der Durchsicht des Subventionsantrags aufgefallen. Der subventionierte Verein selbst lukriert ja nur diese Förderung, das heißt, er hat keine weiteren Einnahmen, weil die Kursteilnehmer nichts bezahlen müssen. Wenn ich mir auf der anderen Seite jetzt das AMS hernehme, dann fördert das überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen beziehungsweise Vorbereitungskurse auf die Berufsreifeprüfung mit einem aliquoten Anteil der Lehrlingsentschädigung von maximal 75 Prozent. Der Rest muss selber aufgebracht werden. Und wenn man sich jetzt den Spruch, der ja altbekannt ist, hernimmt – Was nichts kostet, ist nichts wert! –, dann lässt mich das für die erhaltende Leistung dieses Vereins eine schlechte Prognose erahnen.

Wenn man die Subvention jetzt aufschlüsselt und sich anschaut, wofür diese 110 000 EUR verwendet werden, so werden 83 701 EUR für Personalkosten und 12 719 EUR für Mietkosten verwendet. Und wenn man sich diese Subventionsunterlage jetzt noch ein bisschen genauer durchliest – was ich getan habe –, dann fällt auf, dass – abgesehen davon, dass wir das Auslagern von Aufgaben des WAFF und der Arbeiterkammer in private Vereine sowieso ablehnen – die Zielgruppe der begünstigten Personen die Förderung von erwachsenen MigrantInnen mit dem Hauptwohnsitz Niederösterreich ist. Es ist daher nur allzu verständlich, dass wir dieser Subvention nicht zustimmen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ludwig-Faymann. Ich erteile es ihr.

GRin Martina **Ludwig-Faymann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Kollegin Schütz, ich habe nicht vor gehabt, mich zu melden, aber nach Ihrer Wortmeldung, die mich

sehr verblüfft hat, bleibt mir nichts anderes übrig. Sie haben einen äußerst dramatischen Vorfall aufgegriffen, der morgen vor zwei Wochen in Wien passiert ist. Tatsächlich, es ist eine Frau, die in einem Frauenhaus gewohnt hat, auf offener Straße leider auf furchtbarste Art von ihrem Ehemann ermordet worden.

Dieser Mord ist natürlich nicht im Frauenhaus passiert. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das hat ja keiner gesagt!*) Für das Frauenhaus tragen wir in Wien auch die Verantwortung. Und wir sind besonders stolz auf die höchste Qualität, die wir im Frauenhaus haben, vor allem, was Sicherheitsvorkehrungen betrifft. Wir haben gerade vor einigen Monaten wieder ein neues Frauenhaus eröffnet, und das ist tatsächlich, was die Frauenhäuser betrifft, ein Hochsicherheitshaus. Gerade auf die Sicherheitsvorkehrungen legen wir höchsten Wert, sind auch Vorbild. Der Mord ist nicht in einem Frauenhaus passiert, und – das muss ich Ihnen vielleicht sagen, vielleicht beschäftigen sie sich irgendwann einmal mit der Materie – ein Frauenhaus ist kein Gefängnis. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ja eben!*) Ja! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) In ein Frauenhaus flüchten Frauen meist mit ihren Kindern, weil es zu gefährlich ist, in der eigenen Wohnung weiterzuleben, aber wir sperren Frauen und ihre Kinder nicht ein. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das sagt auch niemand!*) Und gerade diese Frau, die zum Beispiel einen Amtsweg erledigen musste, zu dem sie auch persönlich hingehen musste, hat beschlossen, auf die Straße zu gehen.

Wenn Sie sich wirklich dafür interessieren, hätten Sie mich einmal angesprochen, ich bin jetzt seit 16 Jahren ehrenamtliche Vorsitzende. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie machen eine künstliche Aufregung!*) Es gibt andere Kolleginnen in Ihren Reihen, die haben das getan, auch in der Vergangenheit. Ich kann mich erinnern, dass die Kollegin Landauer sehr interessiert an der Arbeit der Wiener Frauenhäuser war. Wir waren im permanenten Austausch. Wenn Sie das wirklich so interessiert, dann bin ich natürlich gerne bereit, Ihnen auch einmal die Realität und die Praxis und vielleicht auch ein paar Kenntnisse zum Thema Gewaltschutz näherzubringen. Aber Sie sprechen hier etwas an, was uns ehrlich gesagt sehr betroffen gemacht hat, von dem wir aber wissen, dass es natürlich nicht Schuld der Frauenhäuser ist.

Im Übrigen kann ein Frauenhaus nicht jeden Monat umziehen. Wie stellen Sie sich das vor? Wenn jemand Adressen herauskriegen will, dann passt er vielleicht irgendwo Frauen ab, die ihren Wegen nachgehen, die zur Arbeit gehen. Auch das ist für viele Frauen ganz notwendig, weil Sie sonst überhaupt keine eigenen finanziellen Mittel haben. Aber all das würde ich Ihnen gerne einmal in einem persönlichen Gespräch nahebringen. Wir haben die höchste Qualität, gerade was die Sicherheitsvorkehrungen betrifft. Wir haben in Wien das dichteste Gewaltschutznetz, wozu uns auch immer wieder andere Stellen wie unter anderem die Polizei gratulieren. Wir halten regelmäßige Gewalt-Jour-fixe mit allen Institutionen in dieser Stadt und sind hier Vorbild für alle anderen.

Wo Sie recht haben – aber das haben Sie ja gar nicht gesagt, weil da kennen Sie sich zu wenig aus –, ist, dass

hier ein Mord auf offener Straße passieren kann, von einem Mann, der, was häusliche Gewalt betrifft, schon mehrmals aufgefallen ist und auch – zwei Betretungsverbote – polizeibekannt war. Es stimmt, dass zum Beispiel die Justiz mehr Aufmerksamkeit auf Gewalttäter legen sollte – es gibt ja, Gott sei Dank, mittlerweile einen Paragraphen, der bei andauernder Gewalt auch herangezogen werden kann –, die hier schon mehrmals aufgefallen sind, um sie vielleicht früher zu inhaftieren. Aber das ist wahrlich nicht Aufgabe der Wiener Frauenhäuser, die in ihren Einrichtungen optimalsten Schutz für von Gewalt betroffene Frauen bieten. Vielleicht gibt es hier noch im Bereich der Justiz einiges zu tun. Da werden Sie uns und mich als eine Partnerin finden, die hier großes Engagement an den Tag legen. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist die Frau nichtamtsführende Stadträtin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Ruhe – und Sie haben es zuvor auch gesagt –, ich habe mich, während ich in diesem Ausschuss tätig war, selbstverständlich dafür interessiert. Ich habe auch ein Frauenhaus besucht. Wir müssen nur eines festhalten, und das ist vielleicht in der Kürze der Rede ein bisschen untergegangen:

Meine Kollegin Schütz hat sehr wohl mit dem Satz – es ist ja eigentlich eine Katastrophe, dass die Täter frei herumlaufen und man vielleicht – in der nicht ganz glücklichen Formulierung – Frauen wegsperren muss oder sich die Frauen zurückziehen müssen, die ja die Opfer sind – gemeint, dass das eine Situation ist, ohne irgendjemandem hier im Raum einen Vorwurf zu machen.

Und natürlich sind die Täter durch die Technik heute einen Schritt voraus. Das stimmt ganz einfach. Das weiß man auch. Man muss sich nur einmal gewisse Korrespondenzen anschauen oder auch hören, was Täter sagen. Selbstverständlich ist die Handyortung ein Problem. Die Frauenhäuser sind sicher bis zur Pforte. Ja, es ist richtig, dass es kein Gefängnis sein soll, aber auf der anderen Seite natürlich ein gesichertes Rückzuggebiet. Ich glaube, darüber muss man sich ja einig sein.

Frau Kollegin und Frau Stadträtin, die Überlegung ging nur dahin – und auch das ist keine Erfindung von der Frau Kollegin Schütz oder sonst jemandem –, dass Sie halt einen Taxler in Wien fragen sollen. Die kennen die Adressen, die sind bekannt und offen. (*GRin Martina Faymann-Ludwig: Muss man umziehen?*) – Nein, man muss nicht umziehen. Aber man muss schon bei der Unterbringung vielleicht auch Fahrer des Vertrauens haben, und das findet derzeit so nicht ganz statt. Vielleicht wäre das schon eine Überlegung, wenn man weiß, dass der schlagende, prügelnde, gewalttätige Partner – ich sage jetzt als Beispiel – im Zehnten wohnt, die Frau etwas weiter entfernt unterzubringen, so sich das machen lässt. Das wird anderswo auch so gehandhabt, und ich glaube, das sollte man sich schon überlegen.

Es hat niemand gesagt, dass die Institution Frauenhaus an diesem tragischen Unfall die Schuld trägt. Das ist überhaupt keine Frage, um Gottes Willen. Aber es

gibt halt oft ein Anlass – so ist das nun einmal – den Ausschlag dafür, dass man sich überlegt, gewisse Maßnahmen zu setzen, um insgesamt das Sicherheitsnetz noch zu verstärken. Wie gesagt, auch heute haben die Täter einen anderen, auch zum Teil technischen Vorsprung gegenüber den Opfern oder eine andere Möglichkeit, sie zu finden. Und das muss man berücksichtigen. Es war in keiner Weise gemeint, hier eine Institution anzugreifen.

Wie Sie auch richtig festgestellt haben und wie ich ja auch bestätige, haben wir ja selbstverständlich jeder Förderung für das Frauenhaus zugestimmt. Ich suche auch gerne wieder einmal eines auf, wenn eines besucht wird, und wir nehmen auch gerne an einer einschlägigen Veranstaltung teil. Jedenfalls haben wir hier jede Unterstützung natürlich immer gerne mitgetragen, das ist überhaupt keine Frage.

Was wir ja auch immer sagen: Man muss vielleicht noch viel stärker beim Täter ansetzen und natürlich nicht das Leben der Opfer zur Qual machen, bis es dann – Gott sei Dank nicht jeden Tag, nicht jede Woche und nicht jeden Monat – zu so einem Fall kommt. Wie gesagt, das war keine Kritik am Frauenhaus. Es war ein Appell, sich die Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen zu überlegen. So sollte das bitte stehen bleiben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Feldmann. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Fakt ist, und das bleibt über, das System hat versagt. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Polizei und Justiz!)* Das Frauenhaus mag eine sichere Einrichtung sein. Aber wenn es so ist, dass ein Mensch so gefährdet ist, ja ... *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie und Ihre Ministerinnen!)* – Hören Sie einmal zu, was ich sagen will, bevor Sie herumschreien. *(Anhaltende Unruhe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Fakt ist, die Frau ist tot. Und wenn sie gefährdet war, weil man gewusst hat, dass der Mann so gefährlich ist, warum hat man der Frau nicht Sicherheitsdienst oder Ähnliches angeboten. *(Empörte und anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und wenn es private sind. In anderen Ländern ist das so organisiert, dass sich Frauenhäuser eigene Sicherheitsdienste nehmen. Dazu müssen Sie aber mehr Geld in das Ressort schaffen, damit sich das Frauenhaus auch einen Sicherheitsdienst leisten kann. Und sind Sie mir nicht böse ... *(Empörte und anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** *(unterbrechend)*: Ich bitte um Ruhe im Saal. Lassen Sie die Rednerin sprechen!

GRin Mag Barbara **Feldmann** *(fortsetzend)*: Nehmen Sie die 10 Millionen für Bemalung eines Radweges und geben Sie es in den Sicherheitsdienst. *(GRin Martina Faymann-Ludwig: Das ist unfassbar!)* – Sagen Sie nicht, das ist unfassbar. *(Empörte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Lebt sie, ja oder nein? Wieso hat sie keinen Sicherheitsdienst bekommen für den Weg außerhalb des Frauenhauses? *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist unerträglich!)* Ist ihr empfohlen worden, im Frauenhaus zu bleiben, oder ist ihr das nicht empfohlen worden?

(Empörte Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.) Sie schreien so laut, weil Sie wissen, wo die Fehler liegen. *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Sie machen damit Politik, das ist das Letzte!)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** *(unterbrechend)*: Ich ersuche Sie nachhaltig um etwas Ruhe, wir haben genügend Zeit für eine Debatte. Bitte lassen Sie die Rednerin reden, Sie können sich nachmelden.

GRin Mag Barbara **Feldmann** *(fortsetzend)*: Eine Schande ist, dass diese Frau nicht mehr lebt, und nicht, dass ich sage, dass die Sicherheit erhöht gehört. Die Schande ist, dass Sie so herumschreien, obwohl hier jemand tot ist. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wesentlicher wäre, wenn wir gemeinsam überlegen, wie wir die Sicherheit von solchen Frauen erhöhen, auch wenn sie dann auf die Straße gehen. Vielleicht wissen sie nicht, was ihnen blüht, vielleicht gehören sie mehr aufgeklärt, vielleicht brauchen sie Sicherheitsdienste, Personenschutz oder Ähnliches. Daran gilt es zu arbeiten, nicht an dem Gebrüll, weil ein System versagt hat. – Danke. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Schuster. Ich erteile es ihm.

GR Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es erregt, wenn man sich vorstellt, wie hier eine Debatte über Menschen abläuft, die Hilfe, Sicherheit suchen, für sich und ihre Kinder, und dann kommt die Frau Kollegin Feldmann her und erzählt Sachen, bei denen ich zu 100 Prozent sicher bin, dass Sie sich mit diesem Thema nicht auseinandergesetzt haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Würden Sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen, wären Sie etwas sensibler in die Debatte eingestiegen. Und zwar aus dem folgenden Grund – ich sage das hier in einer sehr, sehr großen Betroffenheit: Ich kenne zufälligerweise die Umstände dieses Falles, wobei die Bezeichnung Fall schon eine Diskriminierung ist. Ich kenne sie zufälligerweise aus einer Erzählung.

Wenn man den genauen Hintergrund kennt und weiß, was diese Person mit ihren zwei Kindern mitgemacht hat, und wenn man das weiß, dass sie mit einer Freundin unterwegs war, die im letzten Moment das kleine Kind und das etwas größere Kind an sich gerissen hat, weil der Vater dieser Kinder ausgerastet ist und die Frau hinterrücks erstochen hat, dann müssen Sie ein bisschen ein Gefühl aufbringen und sagen, ich kann das nicht so hinnehmen. Und die Debatte, die in der Öffentlichkeit entsteht, ist, dass Frauen, die wegen ihrer Männer ohnehin Riesenprobleme in ihrem Leben haben, jetzt auch noch suggeriert wird, im Frauenhaus bist du nicht sicher. Und ich sage Ihnen, im Frauenhaus ist man sicher, weil das die einzige Möglichkeit ist unterzukommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Daher ist Folgendes für mich die Schlussfolgerung in Kenntnis des gesamten Themas, ich sage das wirklich in dieser Form: Es gab ein sehr, sehr unsensibles Verhalten der Medien. Man nimmt so etwas nicht als Aufmacher und zieht die Frauenhäuser in dieses Thema hinein, weil man dadurch enorme Ängste produziert hat. Und ich

weiß jetzt, wovon ich rede, weil ich weiß, was da diskutiert wurde. Es wurden enorme Ängste produziert. Ich würde auch meinen und bitten, dass auch die Wiener Polizei mit dieser Themenstellung in ihrer Medienarbeit sensibler umgeht. Das sage ich jetzt als Sicherheitssprecher, und Sie wissen, dass ich sehr auf der Seite der Polizei bin, aber das wäre hier notwendig gewesen. Und ich bitte als Mann nur darum: Halten wir das Thema der Wiener Frauenhäuser aus einer derartigen Diskussion heraus und tun wir alles, damit Frauen, die solches mitmachen müssen, einen Hort der Sicherheit zumindest in diesen Häusern finden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

In dem Haus haben wir öfter einmal die Debatte, was ist angemessen und was nicht, und wofür gibt es Ordnungsrufe. Und da sind wir dann nicht kleinlich bei irgendwelchen einzelnen Worten, die fallen. Aber es tut mir leid, Frau Feldmann, wenn sie nachgelesen werden würde, müsste einfach die gesamte Rede – weil Sie die Würde des Hauses verletzt, obwohl es mir gar nicht um die Würde des Hauses geht – einen Ordnungsruf erhalten. *(GRin Mag Barbara Feldmann: Das ist absurd!)* Nein. Weil das, was ... *(GR Johann Herzog: Redeverbot im Gemeinderat!?)* – Es bringt überhaupt nichts, wenn wir über Gewalt reden und dann selber da alle laut werden, weil gerade in der Sache wäre ... *(Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)* Nein, es nutzt auch nichts, wenn wir uns gegenseitig provozieren bei der Frage. Wenn es um Gewalt von Männern – deswegen ist es auch angebracht, wenn bei Frauenhäusern zwischendurch Männer am Pult sind, so wie der Vorredner und ich – an Frauen und an Kindern geht, sollte man die Sache trotzdem sachlich bewerten. Da war der klare Ausrutscher: Muss man Frauen einsperren? – Das stimmt aber insofern: Die Frauen muss man schützen, die Frauen haben ein eingeschränktes Leben, und die Männer laufen noch frei herum mit ihren Gewaltphantasien, die leider nicht nur Phantasien bleiben. Und jetzt kann man schon überlegen, was man machen kann. Aber Sie haben wirklich versucht, hier politisches Kleingeld auf dem Rücken einer nicht nur verletzten, sondern einer umgebrachten Frau zu machen. Das ist fast nicht zum Aushalten, wenn man unten sitzt. Ganz ehrlich.

Jetzt überlegen wir uns doch besser gemeinsam, was wir machen müssen. Brauchen wir mehr Frauenhäuser? Brauchen die mehr Unterstützung? Brauchen die mehr Möglichkeiten zum Helfen? Aber der Ton hat suggeriert, die müssen besser drauf schauen. Und Sie haben dann gesagt, wenn man weiß, dass dieser Mann so ist, muss man dieser Frau helfen. – Es sind nur solche Frauen dort, die von ihren Männern zu Hause geschlagen werden. Dort ist keine, der es leiwand gegangen ist und deswegen wohnt sie jetzt im Frauenhaus. Das ist ja kein Hotel. Dort kommt man hin, weil man nicht mehr dort wohnen kann, wo man vorher war, weil man in der eigenen Wohnung nicht mehr sicher ist, weil es halt haufenweise Männer gibt, die ihre Frauen hertögen, die dann, wie in diesem Fall auch, umgebracht werden.

Und jetzt überlegen wir uns, was wir brauchen. Was hat die Justiz nicht gemacht? Welche Möglichkeiten hat die Justiz? Hat sie wirklich versagt? Wie lange hätten sie den Mann denn wegsperren können? Was macht man, wenn er wieder herauskommt? – Dann diskutieren wir das aus. Aber doch nicht auf dem Rücken der vielen Frauen, die engagiert in Frauenhäusern arbeiten. Ich verstehe total die Emotion, die Martina Ludwig vorhin gehabt hat, wenn die Diskussion dann so läuft. Aber wir könnten sie hier sachlich führen, weil alle hier wohl zumindest sagen werden, wir wollen nicht, dass Gewalt gegen Frauen oder Kinder ausgeübt wird. Da sind wir uns hoffentlich einmal einig. Wir wollen, dass die Frauenhäuser die Möglichkeit haben, gut zu arbeiten.

Und jetzt überlegen wir uns, was uns da jetzt fehlt. Der Rest ist auch eine Frage an den Gesetzgeber auf Bundesebene. Was soll man denn machen? Ich sage es ganz ehrlich. Spätestens bei Gewalt gegen Frauen und Kinder hat man schon den Eindruck, dass mancher Täter zu leicht davonkommt. Das ist keine leichte Diskussion, die wir hier aber sowieso nicht zu Ende führen können. Was wir hier tun können, ist, entweder mit Respekt über Frauenhäuser reden und über die Frauen, die dort arbeiten, oder nicht. Und den Respekt habe ich vermisst. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. – Pardon, Frau Berichterstatterin, wir haben noch eine Wortmeldung. Frau GRin Feldmann hat sich nachgemeldet.

GRin Mag Barbara **Feldmann** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Ellensohn, es ist ja wirklich ganz einfach, sich herauszustellen, dem anderen irgendwelche Vorwürfe zu machen und dann genau das zu wiederholen, was ich gesagt habe. Das ist ja wirklich etwas zu einfach.

Ich sage Ihnen etwas: Ich bin Frauensprecherin, ich habe hier oft genug für ein umfassendes Gewaltkonzept plädiert, genug Anträge eingebracht. Ein Gewaltkonzept heißt, dass man sich bemüht, dass verschiedene Stellen zusammenarbeiten, und dass man schaut, dass ein umfassender Schutz ... *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Dann befassen Sie sich damit!)* – Das habe ich. *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Dann wissen Sie, dass es eines gibt!)* – Was ist Ihr Konzept, wenn eine Frau ein Frauenhaus verlässt? Was ist das Konzept? Sagen Sie es mir! Was ist das Konzept? *(Beifall bei der ÖVP. – Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Sie als Frauensprecherin haben sich nicht damit beschäftigt!)* Sagen Sie es mir! Ich möchte es jetzt wissen, was ist Ihr Konzept, wenn die Frau das sichere – und ich finde das Frauenhaus sicher ... *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Sie haben sich nicht damit beschäftigt!)* – Antworten Sie mir doch nicht, ob ich mich beschäftigt habe oder nicht, das wissen Sie nicht. *(GRin Martina Faymann-Ludwig: Sie haben ja keine Ahnung!)* – Schön, dass Sie meinen Tagesablauf kennen. Fakt ist nur, sagen Sie doch einfach, statt zu schreien, ich hätte keine Ahnung, was das Konzept ist, wenn eine Frau das Frauenhaus verlässt? Sagen Sie es mir jetzt! *(GRin Martina Faymann-Ludwig: Es gibt zwei verschiedene Konzepte!)*

Wird die geschützt? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wie wird sie denn geschützt, wenn sie aus dem Frauenhaus rausgeht? Sagen Sie es mir! Geht ein Sicherheits-Guard mit ihr mit? Kriegt sie einen Personenschutz? Hat sie ein Piepshandy? Hat sie Polizeischutz? Was ist passiert, wenn sie gefährdet aus dem Frauenhaus geht? Und wenn Sie diese Frage beantwortet haben, dann können Sie mir vorwerfen, dass ich eine Rede halte, die einen Ordnungsruf verdient. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Einige sachlichen Sätze zu diesem vorliegenden Subventionsantrag: Auch bei dieser Subvention handelt es sich um die Länder-Bund-Initiative zur Erwachsenen- und Jugendlichenbildung. Den Antrag hat der Verein Unterstützungskomitee zur Integration von Migranten und Migrantinnen gestellt. Dabei handelt es sich um einen Verein, der schon seit 1993 existiert. Gerade in den Fragen Erwachsenenbildung, Jugendlichenbildung gibt es eine große Nachfrage. Hier gibt es eine unabhängige Akkreditierungskommission, die Projektträger nach strengen Qualitätskriterien prüft. Die Kommission hat empfohlen, diesen Verein zu fördern. Es handelt sich auch hier um zwei unterschiedliche Projekte.

In einem Projekt geht es um Erwachsenenbildung, um die sprachliche und berufliche Integration und Gleichstellung am Arbeitsplatz. Im zweiten Teil des Projektes geht es um eine Lernwerkstatt für Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Hier gibt es eine umfassende Basisbildung in allen notwendigen Fächern wie Schreiben, Rechnen, Lesen, um diese schulischen Kompetenzen dieser Jugendlichen zu erhöhen. Es sind 2 Kurse mit maximal 10 Personen. Auch die Anzahl der Personen wurde vom Bund vorgegeben, mit insgesamt 800 Unterrichtseinheiten. Das ist ebenfalls eine notwendige Maßnahme, um auf einer Seite Erwachsene, auf der anderen Seite Jugendliche auf die Integration am Arbeitsplatz vorzubereiten. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle fest, dass die ÖVP, SPÖ und die GRÜNEN diese Postnummer unterstützen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 4 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Förderung an die Interface Wien GesmbH. Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch hier bitte ich Sie um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitli-*

chen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wir haben da gerade eine Broschüre verteilt bekommen. Ich nehme an, es ist eine Broschüre der SPÖ, zumindest nach den Herausgebern zu schließen. Es ist ein bisschen ungewöhnlich, hier Parteibroschüren zu verteilen, aber wir werden Sie demnächst auch mit unseren beglücken. Das ist es aber nicht, was ich ansprechen wollte. Ich lese nur – ich habe ja jetzt wegen dieser durchaus hitzigen Debatte keine Zeit gehabt, näher hineinzuschauen –, dass es hier anscheinend im Wesentlichen und die „Tscharta“ oder „Karta“ – wie man das aussprechen will – geht. Und da ist mir gerade heute in einer Zeitung eine Bemerkung über die Charta in die Hände gefallen, von einem gewissen Herrn Heinz Fassmann, der SPÖ sicher nicht ganz unbekannt. Was sagt dieser Migrationsexperte der Uni Wien zur Charta? – Er zieht eine zwiespältige Bilanz. Das Projekt wurde groß angelegt und am Schluss war es dann nur ein kleines Mäuschen oder etwas Papier. – Also soweit Ihre eigenen Leute zu diesem Projekt. Denn ich glaube nicht, dass Sie den Herrn Fassmann bei uns dazurechnen werden.

Gehen wir über zum Tagesordnungspunkt, der insgesamt drei Bereiche beinhaltet. Ich werde aber bei der Interface Wien GesmbH bleiben, die hier zwar nicht so überragende Summen bekommt, aber insgesamt pro Jahr – ich glaube, im Vorjahr waren es – 3,5 Millionen einsteckt. Und da fehlen dann noch andere Subventionsträger wie Bund, AMS oder WAFF, die wahrscheinlich oder ziemlich sicher auch noch aufscheinen werden.

Wenn man das Ganze eine Konstruktion nennt, so ist das gar keine schlechte Beschreibung. Denn würde man das in dem EU-Neu-Sprech übersetzen, ist es ein Gebilde besonderer Art. Es hat, wie so oft in der SPÖ, als Verein begonnen und wurde dann umgewandelt. Nicht so, wie wir das letztes Mal bei Sozial Global gehört haben, in eine Aktiengesellschaft, diesmal wurde aus dem Verein eine GesmbH. Ich stelle wiederum an die Frau Stadträtin die Frage: Wozu ist das notwendig? Jedenfalls beschäftigt diese GesmbH eine ganz stattlich Mitarbeiterzahl – 54 Angestellte, 127 freie Dienstnehmer, insgesamt 144 Werkverträge.

So, meine Damen und Herren, verpflichtet man sich für den Wahltag Wähler, so verpflichtet man sich Leute, die für einen laufen müssen. (*GR Prof Harry Kopietz: Das ist eine Unterstellung, die ist ungeheuerlich. Nehmen Sie das zurück!*) – Ich denke nicht daran, das zurückzunehmen, das ist genau die Methode, die Sie bei der Vereinsförderung betreiben. Sie machen die Leute von Ihnen abhängig. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Prof Harry Kopietz: Auch wenn Sie noch so lange schreien, wird es nicht wahr!*) Und wenn Sie da manche Stellungsausschreibungen lesen, also maßgeschneiderter geht es fast nicht mehr, Herr Präsident. Das können Sie sich selber genau ansehen.

Zum Förderantrag dazu haben wir auch ein dickes Konvolut als Rechtfertigungsnachweis bekommen. Wer sich die Mühe angetan und sich da durchgearbeitet hat, hat allerdings sehr viel höchst kuriozes Füllmaterial gefunden. Ich werde Ihnen einige kleine Auszüge aus diesem dicken Papier geben.

Da ist zum Beispiel das Projekt Portfolio beschrie-

ben – ich überlasse Ihnen; das zu beurteilen: Das Projekt ist ein Lernbegleiter, der den Lernenden dabei hilft, die eigene Sprachlerngeschichte zu reflektieren, aufzuzeichnen und Lernstrategien in den Fähigkeiten Hören, Lesen, Schreiben und Sprechen zu entwickeln und zu verbessern. Zu diesem Zweck sammeln die Jugendlichen in ihrem Kurs entstandene Arbeiten in einer eigenen Mappe und sollen sich an Hand von Kann-Beschreibungen am gemeinsamen europäischen Referenzrahmen orientieren. Sind die 4 000 Stunden absolviert, nehmen sie auch ihre Mappen mit nach Hause. – Wissen Sie, was das in Wirklichkeit ist? Früher hätte man so etwas Hausübungs- und Schulübungshefte genannt, wenn man mitschreibt, was man getan hat und was man notiert hat und dann mit nach Hause genommen hat. Das ist nichts anderes. Hier wird es wunderschön kompliziert umschrieben, wobei ich starke Zweifel habe, ob die meisten dieser Absolventen diese komplizierte Beschreibung des Ganzen überhaupt verstanden hätten.

Von Prüfungen, von rechtlich wirksamen Abschlüssen hört man in dem Zusammenhang allerdings verdammt wenig. Und zum Seitenfüllen gibt es dann noch sogenannte Erfahrungsberichte. Da gebe ich Ihnen auch einen netten Auszug, von einem gewissen Robert Merten, der DaF-/DaZ-Trainer ist:

„8.40 Uhr:“ – der hat so einen Minutentagesablauf oder so etwas Ähnliches – „Ich logge mich in unser Personalzeiterfassungssystem ein. Ich brauche immer genug Zeit, um Materialien zu kopieren. Zwar habe ich schon genug vorbereitet, aber ich muss vor dem Unterricht kurzfristig trotzdem sicher sein, dass ich nicht doch noch eine feine Unterrichtsidee einbaue. Also zunächst einen Blick in den eigenen Ordner, die jeder von uns Kursleitern für sich angelegt hat. Diese Ordner wachsen ständig und werden somit, zumindest in meinem Fall, auch unübersichtlicher. Dann noch ein Blick in die neu angeschafften Lehrmaterialien, denn in der Jugendbildungswerkstatt, bei Interface haben wir im Unterschied zu anderen Sprachinstituten, die ich kennen gelernt habe, eine wunderbare Materialiensammlung. Aber jetzt noch schnell zum Kopierer. Die Kopiermaschine ist neu und ein High-End-Gerät, sodass das Kopieren eine wahre Freude ist. Obwohl es so schön ist zu kopieren, darf man nicht vergessen, zweiseitig zu kopieren, denn was in der JBW bei zirka 20 Kursen gleichzeitig kopiert wird, ist ganz beträchtlich. In der Nähe des Kopierers haben wir daher Hinweis- oder Kursorganisation, die uns darauf hinweisen, wie viele Bäume für unsere Arbeit sterben.“ – Bitte, das ist aus einem Bericht, der rechtfertigen soll, warum wir hier so viel Geld einsetzen.

Um 9.15 Uhr am gleichen Tag schreibt er weiter: „Zeit für Grammatik.“ – Das geben Sie sich noch, Frau Kollegin. – „Zeit für Grammatik.“ (*Zwischenruf von GR Prof Harry Kopietz.*) – Über das kann ich Ihnen auch ganz gern noch was erzählen, am Schluss. Werden wir sehen, ob noch Zeit über bleibt. – „Der Dativ macht mir immer wieder Freude. Je länger ich unterrichte, umso lieber wird mir der Dativ. Ich entdecke immer wieder neue Facetten. Das kann der Akkusativ nicht leisten, er bietet nicht diese Tiefenschärfe und grammatikalische Schönheit des Dativ.“ – Bitte, mit so was verblöden Sie

uns, das geben Sie uns zum Lesen, die wir es ernst nehmen und durchstudieren wollen, warum hier Förderungen geschehen. Dann legen Sie uns eine solche Unverschämtheit vor, meine Damen und Herren, das ist ein Pflanz der Mandatare, den die Stadträtin aber anscheinend gerne – jetzt ist sie weg – hinnimmt. Hauptsache, Geld geht hinaus. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und jetzt weg von den Schönheiten des Dativs – den aussterbenden Genetiv erwähnt er ja nicht – zurück zur Realität, nämlich zur Klientelwirtschaft und Geldvernichtung, die ja bei der Stadträtin geschieht. Immer wieder, auch in der letzten Sitzung hat sie wahrheitswidrig behauptet, wir wären gegen die Förderungen und Deutschkurse von Zuwanderern. Das sage ich ihr jetzt noch einmal: Das sind wir nicht! Wir wollen das nur geordnet, in einer Hand, und mit einer ordentlichen Prüfung am Schluss. Denn nur dann hat das einen Sinn. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir verlangen natürlich ... (*GR Senol Akkilic: Deutsch-Lager vielleicht?*) – Bitte? Deutsch-Was? (*GR Senol Akkilic: Lager!*) – Was meinen Sie denn damit, Herr Kollege? Können Sie sich vielleicht ein bisschen präziser ausdrücken? Das trauen Sie sich nicht, ich weiß, weil es eine ganz miese Unterstellung ist, die Sie da betreiben, das kann ich Ihnen nur sagen, mit den Deutsch-Lagern. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist elend und schäbig. Und Sie wissen ganz genau, was Sie sagen wollten, Herr Kollege, Sie sollten sich wirklich schämen und das zurücknehmen. Die Lager wird jetzt die Türkei demnächst einrichten, die sperrt die Leute ein, die auf der Straße gegen sie demonstrieren, das ist genau etwas anderes, Herr Kollege. Das ist jämmerlich.

Und jetzt wieder einmal zum Praktischen zurück. Was hier angesprochen wird und wir hier kritisieren, ist, dass die Förderungen nicht gezielt erfolgen, nicht kontrolliert erfolgen und kein Ergebnis bringen, das messbar wäre. Denn die Integration, Frau Stadträtin, funktioniert hier bei Ihnen nicht, das viele Geld, das wir hinauswerfen, hat kein positives Ergebnis.

Wer von Ihnen hat gestern noch Zeit gefunden, vielleicht den ORF-Report zu sehen, meine Damen und Herren? (*Einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicken.*) – Sehr schön, dann haben Sie es gesehen, sehr brav, setzen. – Mit diesem Bericht wurde deutlich aufgezeigt, dass Ihre Integrationsbemühungen danebengegangen sind. Da wurde unter anderem eine junge Türkin interviewt, die ausgezeichnet Deutsch gesprochen hat. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN*) – Aber das alleine genügt nicht, Herr Kollege. Es gehört zur Integration nicht nur Sprachkenntnis, denn sonst wäre ich ja Engländer oder Schwede oder Norweger, denn deren Sprachen kann ich auch. Es genügt, sich als solcher mit dieser Stadt verbunden zu fühlen. Und genau das fehlt bei der Masse dieser Leute, und das wurde gestern deutlich bewiesen. Wie gesagt, es wurde eine junge Frau interviewt, und die hat den Reporter angegriffen: „Warum sagen Sie immer, dass unsere Polizei schlecht ist, nämlich die türkische Polizei?“ – Daraufhin fragt der Reporter: „Warum sagen Sie unsere Polizei, Sie sind doch Österreicherin?“ – Und daraufhin sagt die junge Frau – hören Sie gut zu, Herr Präsident: „Das ist nur Papier,

mein Blut ist türkisch, hier bin ich Türkin!“ – Das sind die Erfolge Ihrer Integration. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin!

Ich glaube, die Grundvoraussetzung zur Integration und um miteinander auf einem hohen Niveau zu reden, ist Respekt. Ein Thema, das uns alle beschäftigt, nämlich die Frage der Integration, ist eine Begleiterscheinung unseres gesamten Lebens, zumindest meines Lebens seit 1979, ist sehr eng verbunden mit Entwicklungen in diesem Land und ist auch sehr eng damit verbunden, wie wir mit dieser Problematik umgehen.

Sie haben Interface angesprochen. Bevor es Interface gegeben hat, hat es den Wiener Integrationsfonds gegeben. *(GR Ing Udo Guggenbichler: Während Sie reden, gehen alle Roten hinaus!)* – Ich rede zu allen Leuten. Der Wiener Integrationsfonds hat damals im Jahre 1994 die sogenannte Parkbetreuung eingerichtet, und die Parkbetreuung fand im 15. Bezirk in der Lugner City statt. Der Grund war, dass man gesagt hat, da gibt es ein Einkaufszentrum und in diesem Einkaufszentrum gibt es Probleme, dafür müssen wir eigens Parkbetreuer, Parkbetreuerinnen einstellen, damit Jugendliche und KonsumentInnen miteinander auskommen.

Aus diesem Projekt heraus ist die Jugendstelle des Wiener Integrationsfonds errichtet worden, und dann Interface. *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Warum?)* – Weil wir erkannt haben, dass man ohne Jugendarbeit in der Integrationspolitik nicht weiterkommt. Jetzt herzugehen und sagen, die Angebote von Interface. *(Zwischenruf von GRin Mag Ines Anger-Koch.)* – Wieso regen Sie sich auf, ich rede zu allen Leuten. Wieso regen Sie sich auf, das verstehe ich nicht. – Es kann also keine Integrationspolitik ohne eine qualitativ gut ausgestattete Jugendpolitik geben. Das funktioniert nicht, weil wir eben Quereinsteiger haben, Seiteneinsteiger haben, Neuankömmlinge haben, anerkannte jugendliche Flüchtlinge haben. Und es ist das Konzept von Interface, diesen Leuten bei der Integration in die Gesellschaft zu helfen beziehungsweise sie zu begleiten.

Sie haben früher immer wieder kritisiert und gesagt, Sie wollen nicht, dass die kleinen Vereine gefördert werden, die Volkshochschulen sollen die Deutschkurse übernehmen. Was machen Sie heute? Sie sagen, die Volkshochschulen nicht.

Interface macht Integrationsarbeit und ist eine sehr große professionelle Trägerorganisation. Ich war allein heuer mindestens vier Mal bei Interface-Veranstaltungen. Ich habe keine einzige Person von der Freiheitlichen Partei dort gesehen. Ich habe heuer im Integrationsbereich überhaupt nur ein Mal einen einzigen freiheitlichen Politiker gesehen. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Das war bei der Empfangszereemonie für neueingebürgerte Personen, und da war der Herr Jung dort. Bei allen anderen Veranstaltungen, die Integration betreffen, war, meine Damen und Herren, keine einzige Person von der Freiheitlichen Partei anwe-

send. Und jetzt kommen Sie daher und versuchen, die Aktivitäten von professionellen Trägerorganisationen zu kommentieren. Sie sind nicht an Integration interessiert. Sie sind auch nicht an Deutschkursen interessiert. Wären Sie an Integration und an Deutschkursen interessiert – das habe ich hier auch schon gesagt –, wäre Ihnen die Grundlage Ihrer Politik unter den Füßen weggezogen. Daher, tun Sie nicht so, als würden Sie von Leuten erwarten, dass sie sich hier integrieren, dass sie hier Deutsch lernen, dass Sie hier in der Politik mitmachen.

Über die Türkei werden wir wahrscheinlich morgen auch noch Länge mal Breite reden. Ich habe gestern versucht, Ihnen die Transnationalität zu erklären. Ich halte von keinem einzigen Nationalisten etwas, ob es ein türkischer Nationalist ist, ob es ein serbischer Nationalist ist oder ein österreichischer Nationalist ist. Die sind alle in einem Topf drinnen. Für mich gibt es eben die Fronten Nationalisten und Nichtnationalisten beziehungsweise Menschen, die für eine vielfältige Gesellschaft stehen. Und Rot-Grün steht für eine vielfältige Stadt. Sie werden mit Ihren Aussagen unsere Integrationspolitik nicht zerreden können, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Interface gegründet wurde, war ich Vizepräsident des Integrationsfonds, und die Aufgabe von Interface damals war nicht Parkraumbewirtschaftung, sondern Internetzugang und Fotografieren für Migranten, Jugendliche, was damals wirklich auch ein großes Bedürfnis war, um sich mehr zu integrieren. Der Standort war damals übrigens in der Kenyongasse.

Die Debatte ist beendet. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch bei diesem Subventionsantrag handelt es sich wiederum um eine Länder-Bund-Initiative für Basisbildung mit unterschiedlichen Angeboten und unterschiedlichen Projektträgern.

Auch bei diesem Subventionsantrag handelt es sich wieder um eine Länder-Bund-Initiative für Basisbildung mit unterschiedlichen Angeboten und unterschiedlichen Projektträgern. Der eine Verein ist Interface, zu dem wir vom Kollegen Akkilic schon eine umfassende Erklärung gehört haben.

Aber lassen Sie mich ein bisschen meine Eindrücke schildern. Ich hatte vor einiger Zeit die Gelegenheit, das Interface-Projekt und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu besuchen. Es war sehr beeindruckend, face to face vor diesen Jugendlichen zu stehen. Da gab es zum Beispiel einen Jugendlichen, der Flüchtling aus Syrien ist, der drei Monate in diesem Interface-Projekt war, der wunderbar Deutsch gesprochen hat, den man natürlich auch – wofür das Projekt da ist – darauf vorbereitet, den Hauptschulabschluss gut bewältigen zu können, um ihn dann in einem Lehrgang beziehungsweise in einer umfassenden Ausbildung unterbringen zu können. Da gibt es viele Jugendliche wie ihn. Interface leistet wirklich großartige Arbeit, und Interface und auch alle anderen Subventionsantragsteller unterliegen, wie vorhin schon gesagt,

diesen strengen Qualitätsrichtlinien, die bundesweit gleich sind.

Der zweite Verein ist das Integrationshaus. Hier wird zusätzlich zu Deutschkursen der Umgang mit modernen Medien angeboten, so wie es vom ÖSD empfohlen wurde. Der dritte Verein ist die Station Wien. Da handelt es sich um 8 zusätzliche Basisbildungsintensivkurse für Frauen, je 130 Unterrichtseinheiten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu Förderungskriterien sagen. Generell vergibt die Stadt Wien Vereinssubventionen nach klaren und transparenten Förderrichtlinien und wirklich strengen Förderkriterien. Jeder Verein unterschreibt bei dieser Förderung einen Vertrag, mit dem er sich zu Qualitätssicherung und Berichterlegung verpflichtet. Jeder, der die Akte beziehungsweise Jahresberichte dieser Vereine ordentlich studiert, kann daraus lesen, dass es sich dabei um eine qualitätsvolle Arbeit handelt. Da gibt es unterschiedliche Kontrollmechanismen bis zum Kontrollamt. Auch dazu haben wir heute in diesem Haus genug gehört. Jede unsachliche Unterstellung ist dieser Vereine nicht würdig. *(GR Ing Udo Guggenbichler: Das sind Fakten, das sind Zitate und keine Unterstellungen!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zum vorliegenden Subventionsantrag! – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit den Regierungsparteien und der ÖVP so angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft einen Sachkredit für den Betrieb und die Wartung von Druckern im Magistrat der Stadt Wien. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dr Stürzenbecher, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Kurt **Stürzenbecher**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Geschäftsstück.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Es geht, wie gesagt, um die Druckinitiative von Innenministerium, BAZ, Stadt Wien inklusive Krankenanstaltenverbund, der Stadt Salzburg, der Stadt Graz, den Ländern Niederösterreich, Vorarlberg, Kärnten und Salzburg sowie der Arbeiterkammer Wien. Der Teil, der die Stadt Wien betrifft, beträgt bis zu 90 Millionen EUR, und im Akt war zu lesen, die Vertragslaufzeit beträgt maximal 15 Jahre. Das war einmal grundsätzlich im Akt unglücklich formuliert, denn in Wahrheit geht es um einen Rahmenvertrag für die Dauer von 5 Jahren mit der Option für noch einmal 5 Jahre und dann mit Serviceleistungen von weiteren 5 Jahren. So wie es im Akt formuliert wurde, nämlich 15 Jahre, hätte man davon ausgehen müssen, dass der Vertrag 15 Jahre grundsätzlich läuft.

Ich bedanke mich dafür, dass ich den Akt nachher noch einmal habe einsehen dürften, und auch den Rah-

menvertrag. Er hat Klarheit gebracht, aber auch etwas in Unklarheit gelassen, und zwar: Die Vertragsdauer ist, wie gesagt, definiert mit fünf Jahren mit der Option auf Vertragsverlängerung. Aber es steht, der Lenkungsausschuss der Auftraggeber, also der gesamten Gruppe, kann diese Verlängerungsoption durch schriftliche Erklärung verlängern.

Wer im Lenkungsausschuss sitzt, ist weder aus dem Akt noch aus dem Rahmenvertrag ersichtlich gewesen. Ob es ein Statut beziehungsweise eine Satzung für den Lenkungsausschuss gibt, wie der Lenkungsausschuss zusammengesetzt ist, und wie die Ausübung der Stimmrechte – unter Anführungszeichen – erfolgt, oder wie das eben gewichtet ist, wer wie viel sagen kann, das ist nicht ersichtlich. Dabei geht es um ein Gesamtvolumen von mehr als 200 Millionen EUR.

Ich glaube, es ist in Österreich bisher einzigartig, dass so viele verschiedene Teilnehmer eine Ausschreibung in dieser Größenordnung machen, wo es eines Lenkungsausschusses überhaupt einmal bedarf. *(Zwischenruf von Amtsf StRin Sandra Frauenberger.)* – Ja, noch einmal, wir sehen das sehr, sehr positiv als Klub, dass die Stadt Wien in letzter Zeit immer mehr auf die BBG zurückgreift. Das ist alles keine Kritik. Die Frage ist: Wie schaut es denn aus zum Beispiel in fünf Jahren? Der IT-Bereich ist sehr schnelllebig. Kann die Stadt Wien im Lenkungsausschuss von den anderen – das ist immer auch eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse – überstimmt werden? Man stelle sich vor, man hätte das mit Handys gemacht vor acht Jahren, und vor drei Jahren wäre eine Überstimmung möglich gewesen, dass man keine Smartphones nimmt et cetera.

Der Lenkungsausschuss ist uns nicht klar und im Zweifel. Der Akt war auch sehr dünn. Er war wirklich nicht ... *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Aber die Fragen stellen Sie ja jetzt auch auf Basis dieses Berichtes!)* – Ja, weil ich mir das jetzt angeschaut habe. Wir werden, wie gesagt, im Zweifel dagegen stimmen. *(Beifall bei der FPÖ. – GRin Nurten Yilmaz: Den Akt haben Sie erst jetzt angeschaut?! – GR Mag Wolfgang Jung: Den haben wir erst extra anfordern müssen!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dr Kurt **Stürzenbecher**: Wie der Redner nur insofern richtig ausgeführt hat, ist es ein großer Fortschritt, was da heute beschlossen wird. Es ist auch so, dass der Magistrat der Stadt Wien in der Vergangenheit vor allem günstige Drucker und Scanner aus dem Consumer-Bereich eingesetzt hat und dass das eine sehr heterogene Druckerlandschaft von 350 verschiedenen Druckertypen unterschiedlicher Hersteller und 1 000 Kopierergeräte gebracht hat. Und jetzt wird man eben statt bisher 22 Hersteller in Zukunft 2 Hersteller haben, statt bisher 15 Druckkategorien wird es künftig 7 geben, und statt 350 Druckertypen wird es 10 Druckertypen geben.

Das heißt, das ist eine Reduktion der Gesamtdruckkosten des Magistrats. Es ist damit eine eindeutige Trendumkehr der derzeit stetig steigenden Druckkosten verbunden, eine laufende Reduktion der jährlichen

Druckkosten bis zu zirka 2 Millionen EUR pro Jahr im Jahr 2020 im Magistratsbereich. Es gibt eben eine gemeinsame Beschaffung mit Bund und Ländern und dadurch die Nutzung der günstigen Preise auch im Wiener Bildungsnetz. Das ist ja nicht nur für den Magistrat, sondern auch für das Wiener Bildungsnetz, und das Gesamtvolumen des Sachkredits umfasst die maximale Ausschöpfung der Vertragslaufzeit: Wie gesagt, fünf Jahre – fünf Jahre Verlängerungsoption und fünf Jahre Wartung.

Es ist auch eine Betriebskostenminimierung durch Typenreduktion vorgesehen, also das zum Sachlichen. Es ist eindeutig eine Verbesserung im Ökonomischen für den Magistrat und das Wiener Bildungsnetz. Man muss aber auch sagen: Ausgeschrieben hat das alles die Bundesbeschaffung GmbH, und wir rufen das praktisch ab. Wir sind zwar organisatorisch sozusagen in der Abwicklung aktiv. Das Ausschreibungsergebnis war sozusagen

nicht in unserer Agenda, aber das, glaube ich, ist dem Kollegen Kasal ohnehin beim heutigen zusätzlichen, genaueren Einschauen in den Akt klar geworden. Insofern ist das wirklich eine sehr positive Vorgangsweise, die wir hier wählen. Deshalb kann ich wirklich nur der Zustimmung zu diesem Akt das Wort reden. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich ersuche jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 5 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien, der ÖVP und dem Klubunabhängigen so unterstützt und daher auch angenommen.

Jetzt könnte ich eigentlich sagen, ich verabschiede mich von den Internetzuschauern, weil ich die Webcam und die Verbindung zum ORF ausschalten muss.

(Ende der Sitzung um 16.12 Uhr.)